

TAGESSCHAU

POLITIK

Grenz-Diskussion: Vor einem Wiederaufrollen der Frage der Grenzen in Europa warnte Außenminister Genscher. „Wehrt den Anfängen aus Gründen der inneren Stabilität unseres Staates, wehrt den Anfängen aus Gründen der Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik“, erklärte er im Hessischen Rundfunk. (S. 16)

Terror: Die Serie der Anschläge auf US-Einrichtungen in der Bundesrepublik ging am Wochenende weiter. Ziele waren eine Sendeanlage in Mannheim und eine Bürobaracke in Düsseldorf. (S. 5)

Überstiedler: Die fremdeindliche Aufnahme beeindruckt „DDR“-Überstiedler in der Bundesrepublik am meisten, den stärksten Anstoß erregt die Bürokratie, geht aus einer Meinungsumfrage hervor. (S. 4)

Katalysator: Bundesverkehrsminister Dollinger hat Äußerungen des baden-württembergischen Regierungschefs Späth widersprochen, wonach schon 1985 für Neuwagen ohne Katalysator eine erheblich höhere Steuer gezahlt werden soll. Ihm sei von derartigen Plänen nichts bekannt.

Machtprobe: Der Oberkommandierende des bolivianischen Heeres, General Olvis Arias Chaz, dem Putschvorbereitungen nachgesagt wurden, ist von dem gemäßigt linken Präsidenten Siles Zuazo seines Amtes enthoben worden. Der General lehnt seinen Rücktritt jedoch ab. (S. 2)

Japan: Eine Steigerung des Verteidigungsetats um knapp sieben Prozent auf 12,6 Milliarden Dollar sieht der vom Kabinett verabschiedete Haushaltsentwurf für 1985 vor. (S. 5)

Palästina: Der blutige Streit zwischen radikalen und gemäßigten Fraktionen in der PLO hat ein weiteres Opfer gefordert. In Amman wurde der Arafat-Vertraute Fahd el Kawasmeh vor seinem Haus erschossen. Arafat machte Syrien verantwortlich. (S. 16)

Sharon: Der Prozess des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers gegen das Nachrichtenmagazin „Time“ in New York geht in dieser Woche in die entscheidende Phase. Nicht ausgeschlossen wird, daß sich „Time“ zu einem Vergleich bereit erklärt. (S. 11)

Sonderthemen zum Jahresende

1984: Geduld und kühler Sinn für viele heiße Eisen S. 6
Profile der Courage: Menschen, die ein Beispiel gaben S. 8 u. 9
Wirtschaft: US-Boom brachte Aufschwung nach Europa S. 10
Aktien: Nach gutem Jahr bleiben die Ampeln auf Grün S. 18

WIRTSCHAFT

Ölmarkt: Die 13 Opec-Staaten haben beschlossen, am bisherigen Richtpreis von 29 Dollar pro Barrel festzuhalten. Die Preisspanne zwischen hochwertigen leichten und schwerem Öl milderer Qualität soll eingeengt werden. (S. 17)

Argentinien: Das Umschuldungspaket ist gesichert. Dem Land werden in den kommenden 15 Monaten 5,07 Milliarden Dollar an neuen Krediten zur Verfügung stehen. (S. 17)

Rekordergebnis: Auf den deutschen Flughäfen wurden 1984 rund 51 Millionen Passagiere abgefertigt - sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Das Frachtaufkommen stieg um 13 Prozent.

Berliner Arbeitsmarkt: Eine weitere Entspannung erwartet Wirtschaftssenator Pichoth für die nächsten zwei Jahre. Auch das Wirtschaftswachstum dürfte mit dem im Bundesgebiet Schritt halten. (S. 17)

KULTUR

„Vierte Dimension“: Das Phänomen „Zeit“ als vierte Dimension in der Kunst sucht eine Ausstellung im Brüsseler Palais der Schönen Künste zu ergründen. Ausgiebig werden dabei die Medien Film und Video eingesetzt. (S. 23)

Apologet der Gewalt: Der US-Filmregisseur Sam Peckinpah, der durch Western- und Abenteuerfilme mit Szenen schockierender Gewalt Weltruhm erlangte, starb in Los Angeles im Alter von 59 Jahren an Herzversagen. (S. 23)

ZITAT DES TAGES



„Die Zuversicht ist deutlich spürbar. Man läßt sich nicht mehr von einer Stimmung in die andere treiben.“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Interview der „Bild am Sonntag“ zum Jahreswechsel. FOTO: WERNER SCHÖRING

SPORT

Eishockey: Der für den Kölner EC spielende Steve McNeil droht nach einem Foul des Mannheimer Roy Roedger auf einem Auge zu erblinden. (S. 14)

Skispringen: Ernst Vettori (Österreich) gewann in Oberstdorf den ersten Wettbewerb der Vierschanzen-Tournee vor dem Finnen Matti Nykänen. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Jubiläum: Von Königin Victoria einst als „abscheuliches Druckwerk“ geschmäht, ist die britische Zeitung „The Times“ zu einer angesehenen Institution neben Königshaus und Anglikanischer Kirche geworden. Morgen ist sie 200 Jahre alt. (S. 24)

Unfällen von Linien- und Chartermaschinen: Lediglich zwei Menschen ums Leben. (S. 24)

Wetter: Zum Jahresende schlug das Wetter weltweit Kapriolen. In Sibirien stürzte die Temperatur auf minus 60 Grad - in New York stieg sie auf plus 21 Grad. Bei uns ist nach dem grünen Weihnachtssommer zumindest gebietsweise mit einem weißen Neujahr zu rechnen.

Flugverkehr: So sicher wie in diesem Jahr war das Fliegen außerhalb des Ostblocks noch nie. Bei

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Drei Wahrheiten - Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 2
- Forum: Personalien und Leserbrief. Wort des Tages S. 12
- FDP 1985: Viel Hoffnung und viele offene Fragen - Von Stefan Heydeck S. 3
- Medienpolitik: Der Bund schaltet sich ein - Privater Rundfunk braucht Sicherheit S. 16
- Baugewerbe: Die Branche wird sich kleiner setzen müssen - Von Hanna Gieskes S. 17
- Fernsehen: Gemalt wie von eines Flammen Hand - Zeffirelli Opernverfilmungen im ZDF S. 22
- Pankraz: E. Jünger und der Tod im Milchsee - Über Optimisten und Pessimisten S. 23
- Ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1985 wünscht DIE WELT ihren Lesern und Geschäftsfreunden. Unsere nächste Ausgabe erscheint am 2. Januar zur gewohnten Stunde.

Vogel wünscht sich von der SPD „mehr Überzeugungsarbeit“

Oppositionsführer beschreibt sozialdemokratische Ziele '85 / WELT-Gespräch

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel sieht in der hohen Zahl von Dauerarbeitslosen und den jungen Bürgern, die für sich keine Zukunftsperspektiven erkennen, einen „sozialen Sprengstoff“, über dessen Gefahren sich niemand im klaren sein sollte. Er wolle zwar keine „vordergründige Verbindung“ zum gerade wiederaufackernden Terrorismus ziehen, aber „wer dem Terror den Nährboden entziehen will“, dürfe diese beiden Felder nicht vernachlässigen, sagte der SPD-Politiker in einem WELT-Gespräch.

Sozialdemokratische Vorschläge für ein „stärkeres gesellschaftliches und staatliches Engagement“ gegen die Arbeitslosigkeit, „Auseinanderzusetzen um stärkere soziale Gerechtigkeit“ - etwa durch eine umfassende Reform der Rentenversicherung - das Feld der Friedenssicherungspolitik sowie der „Kampf um einen besseren Umweltschutz“ würden deshalb zu den Hauptgebieten der Oppositionspolitik 1985 gehören. Dabei sieht er durch die Landtags-

wahlen im Frühjahr, aber ausdrücklich auch durch die hessische Kommunalwahl, mehr als nur die Chance, die Gewißheit, daß sich unsere Position verstärken wird. Allerdings kritisierte der stellvertretende SPD-Vorsitzende die eigenen Parteigliederungen. Er wünsche sich „gelegentlich ein stärkeres Engagement, mehr Überzeugungsarbeit in der Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik und ihren konkreten Folgen sozialer Ungerechtigkeiten“.

In einer selbstkritischen Bilanz der eigenen Arbeit des vergangenen Jahres räumte Vogel ein, daß „wir zu Beginn wohl zu oft den Rücktritt von Regierungsmitteln geordert“ haben, was den „Eindruck von Kurzatmigkeit“ habe erwecken können. Insgesamt jedoch habe die Bundestagsfraktion „bei den vielen Skandalen und Pannen die parlamentarische Kontrolle aktiv wahrgenommen“. Sie habe auf ihren politischen Schwerpunkt-Feldern gute Arbeit geleistet. Für die Partei lohnte er die „erkennbare „Kommodifizierung“ 1985 will die Fraktion „immer wieder konkrete Schritte zur Beendigung des Rül-

stungswettlaufs“ bei der Bundesregierung annehmen und ihr „mit vielen konkreten Vorschlägen aus der Phase der widerrufenen Umweltschutz-Ankündigungen heraushelfen“.

Wie bereits in früheren WELT-Gesprächen bot Vogel dem Bundeskanzler die Unterstützung der SPD für die deutsche Europa-Politik an. Kohl solle „die Chance einer pro-europäischen Opposition nutzen“. Die Bundesregierung verfüge damit im Vergleich zu fast allen anderen EG-Staaten über einen erheblichen Vorteil, „und ich würde mir wünschen, daß sie mit diesem Pfund wuchert“. Vogel nannte als konkrete Beispiele Fortschritte in Richtung auf eine Währungsunion, den Abbau von Handelsbarrieren sowie „von mir aus auch den Bau einer europäischen unbemannten Raumstation“.

Ausdrücklich betonte der SPD-Fraktionschef die Kontinuität zum früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, als er davor warnte, daß „Europa aufpassen muß, daß sich die Großmächte in den jetzt wieder be-

DER KOMMENTAR

Mit Zuversicht

MANFRED SCHELL

War nun 1984 ein gutes oder ein schlechtes Jahr? Am Silvesterabend werden viele von uns diese Frage stellen - jeder für sich persönlich, für seine Familie und für den Weg, den die Bundesrepublik Deutschland in diesen zwölf Monaten zurückgelegt hat. So unterschiedlich die „persönlichen“ Bilanzen ausfallen mögen - für unser demokratisches Gemeinwesen war das Jahr 1984, insgesamt betrachtet, ein recht gutes Jahr.

Der wichtigste Satz in der Neujaarsansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl war dieser: „Zum erstenmal seit vielen Jahren sieht eine Mehrheit von 55 Prozent unserer Bürger mit Zuversicht ins neue Jahr.“ Der Optimismus, der Kräfte freisetzt, der Bürger ermutigt, Resignation und Larmoyanz abzustreifen, ist wieder zu einem politischen Faktor geworden, mit dem man rechnen darf.

Er hat seine innere Rechtfertigung. Das Gespräch zwischen den Supermächten ist nicht abgebrochen. Im Januar sitzen sie wieder an einem Tisch. Die Wirtschaft ist wieder in Schwung gekommen. Industrie, Handel, große Einzelhandelsketten melden dickere Auftragsbücher für 1985. Wir haben die niedrigste Inflationsrate seit 1969. Die Neuversicherung des Staates ist drastisch zurückgeschraubt worden, und die düsteren Prognosen von einem An-

stieg der Arbeitslosigkeit auf drei Millionen sind gottlob nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr gibt es auch auf dem Arbeitsmarkt erste Anzeichen der Besserung. Mehr Schulabgänger als erwartet haben dank einer einmaligen Kraftanstrengung der Wirtschaft einen Ausbildungsplatz gefunden. All dies gehört zu den positiven Bilanz des abgelaufenen Jahres.

Da ist es freilich bedrückend zu sehen, daß bei einer Umfrage unter Zeitungsredaktionen, bei der „vorrangig“ Inlandthemen abgefragt worden sind, von all dem nichts vorkommt. Vielmehr werden die Affären als wichtigste aufgezählt - Affären und Affären, die so peinlich sind für die politische Handlung und so schmerzhaft sind für die Betroffenen, doch wirklich nicht so wichtig sind wie die Tatsache, daß unser Staat wieder in Ordnung gebracht wird.

Ein Staat, der in Ordnung ist, „nach außen“ besser zur Geltung bringen. Unsere Rolle gegenüber unseren Alliierten ist stark genug. Jedoch: So erfreulich die Zahl der vierzigtausend Deutschen ist, die 1984 aus der „DDR“ zu uns kommen konnten - die Verpflichtungen gegenüber unseren Landsleuten in der Botschaft in Prag und in der „DDR“, die unter der Last der Geschichte besonders leiden, bleibt bestehen. Auch 1985.

Polen: Waren weitere Priester gefährdet?

Angeklagter spricht von Plänen zur Entführung Malkowskis und Jankowskis

DW. Warschau

Andeutungen im Thorne-Prozess um den Mord an dem Priester Jerzy Popieluszko, daß mindestens zwei weitere polnische Geistliche auf der Entführungsliste standen, haben in Polen die Angstgefühle gegenüber dem Staatssicherheitsdienst verstärkt. Der Angeklagte Leszek Pekala hatte am vergangenen Freitag seinen Vorgesetzten Grzegorz Piotrowski weiter belastet. Nach Aussagen Pekalas nannte Piotrowski im Gespräch mit ihm und dem ebenfalls Beschuldigten Waldemar Chmielewski die Namen Stanislaw Malkowski und Henryk Jankowski als mögliche weitere Opfer.

Beide Geistliche sind Symbolfiguren des Widerstands gegen das Regime Jaruzelski. Priester Jankowski ist der Beichtvater und Vertraute von Arbeiterführer Lech Walesa, Malkowski gilt als derjenige Priester, der

Popieluszko „Messen für die Heimat“ fortzuführen sollte. Malkowski darf seit mehreren Wochen auf Geheiß des Primas der katholischen Kirche, Kardinal Glemp, nicht mehr predigen. Glemp hatte den „politischen Inhalt“ der Predigten des Geistlichen beanstandet.

Der Prozess in Thorn soll am 2. Januar fortgesetzt werden. Nach einer ausführlichen Beschreibung der Tat hatte der Angeklagte Pekala am Freitag nachmittags Aussagen zum Teil widerrufen, die höhere Stellen des Innenministeriums belasteten, und als Mißverständnis dargestellt. Andererseits geht aber auch aus seinen Aussagen vor Gericht hervor, daß er der Meinung war, daß ein großer Teil der Aktion gegen Priester Popieluszko von den übergeordneten Stellen gedeckt war.

Insbesondere widerrief er eine seiner Aussagen, wonach Piotrowski

ihm einen Vizepräsidenten genannt haben soll, der mit der Ermordung des Priesters einverstanden war. Dies müsse er falsch verstanden haben, meinte er jetzt vor Gericht auf Vorhaltungen des Vorsitzenden. Der Vizepräsident sei nach Piotrowskis Worten zwar mit einer Aktion gegen Popieluszko einverstanden gewesen, nicht aber mit einer eventuellen Tötung. Ein Name fiel dabei nicht.

Teilweise widerrief Pekala auch Äußerungen aus den Ermittlungen, daß er sicher gewesen sei, daß sein Ministerium alle seine Handlungen deckt. „Ich hatte keinen Grund dafür zu glauben, daß das Innenministerium „recouswrigue“ Handlungen deckt“, sagte er jetzt, während er vorher gemeint hatte, obwohl einige Elemente der Aktion rechtswidrigen Charakter gehabt hätten, sei er von der Rechtmäßigkeit seiner Handlungsweise überzeugt gewesen.

Schönefeld soll Tegel Passagiere abjagen

„DDR“ will Kontrollen an der Stadtgrenze zu West-Berlin direkt zum Flughafen verlegen

H.-R. KARUTZ, Berlin

Lenins Wort „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ gilt nichts, wenn es den Devisenfluß staut. Die „DDR“ will, ganz gegen ihre Natur, vom neuen Jahr an die Kontrollen an der Stadtgrenze zu West-Berlin beim Transit für West-Passagiere direkt zum „DDR“-Flughafen Schönefeld verlegen. Mit der schnelleren Abfahrt soll der Ost-Flughafen mit seinen Billig-Flügen aus dem Sinkflug der West-Passagierzahlen gestoppt werden: Im ersten Halbjahr 1984 checkten sich rund 10 000 „Westler“ weniger als 1983 ein.

Vom Plan, den rund 300 000 West-Gästen - die per anno ihren Eigenprofiß über Patriottismus stellen - erst am 1000 Meter von der Grenze entfernten Flughafen für fünf D-Mark ein Transvisum zu verkaufen, erfuhr der Senat aus den Lokaleitungen im Westen. Die ungewöhnlichen Überlegungen auf östlicher Seite, westliche Billig-Flieger mit kürzeren Wegen zu werben, kommen nicht von ungefähr. Laut Senatsstatistik ging die Zahl der Reisenden, die sich durch die erst 1963 in die Mauer geschlagene Bresche zum Flughafen Schönefeld zwängten, von Januar bis Juni 1981

im Vergleich zu 1983 um gut drei Prozent zurück. Im selben Zeitraum bewegte sich vor allem der westliche Flughafen Tegel mit seinem Spitzenkomfort und flotten Zubringerwegen im Aufwind: Von Januar bis September 1984 gingen 8,6 Prozent mehr Charterfluggäste durch die Drehkreuze. Tegel fertigte 1984 rund 4,1 Millionen Passagiere ab - mehr als viermal soviel, wie die „DDR“-Gesellschaft „Interflug“ 1982 insgesamt an Passagieren beförderte.

Auch im Linienflugverkehr machte der Airport dem Senats-Slogan „Ich fliehe uff Tegel“ alle Ehre: Allein „British Airways“ beförderte 1983/84 rund 470 000 Privatreisende (plus 6,9 Prozent) und 700 000 Geschäftsreisende (plus 2,5 Prozent). Die „Leichte Aufwärtsentwicklung“, von der Experten sprechen, ohne euphorisch „abzuheben“, hat viele Gründe: die rekonvaleszierenden Berlin-Aktionen - vom „Feuertheater“ bis „Sommernachtsstraum“ - aber auch endlich mehr Einfallreichum der alliierten Airlines: Spar-, Familien- und Stand-by-Tarife machen die Tickets wieder erschwinglich.

Diese Schubumkehr kam politisch im rechten Moment: Denn bis 1981/82

schien Schönefeld immer mehr vom Berliner Flughafen-Kuchen zu verzeihen. 1982 flogen 345 000 Gäste weniger von Tegel. 1981 beispielsweise bestiegen von den 800 000 West-Berlinern, die im Urlaub oder den Sommerferien auf den schnellen Transport Richtung Mittelmeer angewiesen sind, rund 210 000 die rotweiß lackierten sowjetischen Interflug-Maschinen. Westberliner Reiseflüge betätigten sich - und beteiligten sich noch - an diesem Geschäft. Lokale Groß-Veranstalter entdeckten jedoch inzwischen wieder ihr Herz für Tegel. Den „Turnschuh“-Touristen, die Rom schon für 40 D-Mark erleben wollen, geht die zeitraubende Anfahrt nach Schönefeld (Einchecken bis zu zwei Stunden vor dem Start) kaum auf die Nerven, wohl aber normalen Reisenden.

Im November eröffnete „Interflug“ im Bahnhof Friedrichstraße ein Ticketbüro. Westliche Flugscheine-Käufer brauchen - nicht anders als bei den zahlreichen „Intershop“-Geschäften dieses Bahnhofs - nicht den Ostsektor zu betreten. Die 39 Reisebüros, die ohnedies im Westteil die Flugkarten der rot-weißen „DDR“-Gesellschaft verkaufen, genügen Ost-Berlin offenbar nicht mehr.

Marzabotto will Reder nicht vergeben

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Walter Reder, dem letzten noch in Italien festgehaltenen Kriegsverurteilten der ehemaligen deutschen Wehrmacht, ist von den Hinterbliebenen der Mordopfer von Marzabotto die Vergebung verweigert worden. Bei einem Referendum im Rathaus der Apenninengemeinde sprachen sich gestern nur fünf von etwa 200 Angehörigen der bei einer Strafexpedition des von Reder befehligten Waffen-SS-Bataillons ums Leben gekommenen Zivilisten dafür aus, dem Ex-Major zu verzeihen und seiner vorzeitigen Freilassung aus der Festung Gaeta zuzustimmen. Die anderen votierten - zum Teil unter Tränen - den Standpunkt, daß Reder, der für die ermordeten Zivilisten verantwortlich sei, höchstens Gott vergeben könne.

Das Schicksal des ehemaligen Waffen-SS-Majors liegt jetzt in der Hand des italienischen Ministerpräsidenten

Bettino Craxi. Dieser ließ am Vorabend des Referendums erklären, daß er vor einer Entscheidung das Votum der Hinterbliebenen abwarten wolle, daß dieses Votum jedoch für ihn nicht bindend sei.

Reder, der 1915 in dem damals noch zu Österreich-Ungarn gehörenden Freiwaldau (heute Tschscholowka) geboren wurde und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, war 1984 von einem italienischen Militärgericht zu lebenslanger Festungshaft verurteilt worden. Im Herbst 1944 waren bei dem Massaker nach offiziellen Angaben 1830 Zivilisten, unter ihnen viele Frauen und Kinder, ums Leben gekommen. Reder wurde die direkte Verantwortung für 300 dieser Morde angelastet, die laut Urteil ohne berechtigten Grund verübt wurden. Das Gericht hielt für erwiesen, daß sich während der Tatzeit keine Partisanen in Marzabotto und in

dessen unmittelbarer Umgebung aufhielten und daß das Reder-Bataillon die Massenerschießung von Zivilisten nur zum Zwecke der Vergeltung und Einschüchterung vornahm.

Im Jahre 1980 hatte das Krieggericht von Gaeta, in dessen aufhebendem Weg zwischen Rom und Neapel gelegener Festung Reder seit seiner Freilassung eintritt, die bedingte Freilassung des ehemaligen SS-Offiziers verfügt, daran jedoch die Bedingung geknüpft, daß Reder noch weitere fünf Jahre in „überwachter Freiheit“ auf der Festung verbringen müsse.

Diese fünf Jahre laufen am 14. Juli 1985 aus. Vor Weihnachten hatte Reder jedoch die Hinterbliebenen der Opfer von Marzabotto ausdrücklich um Vergebung gebeten, sich von der nazistischen Ideologie distanzieren und die Hoffnung geäußert, das Weihnachtsfest diesmal dabei in Salzburg verbringen zu können.

Rajiv Gandhi hat größte Mehrheit der Geschichte

DW. Neu-Delhi

Der indische Premierminister Rajiv Gandhi hat die Parlamentswahlen der vergangenen Woche mit überwältigender Mehrheit gewonnen. Von den zur Entscheidung anstehenden 508 Mandaten errang seine Kongreß-Partei nach Angaben der Nachrichtenagentur PTI rund 80 Prozent. 394 der 508 bis gestern ausgezählten Stimmbezirke fielen an die Partei Rajiv Gandhis, der damit im neuen Parlament über die größte Mehrheit in der indischen Geschichte verfügt. Damit kann der 40jährige Ministerpräsident in den nächsten fünf Jahren mit seiner Partei praktisch wie ein absoluter Herrscher regieren - notfalls auch mit Verfassungsänderungen. Weit abgeschlagen auf den zweiten Platz kam die südindische Regionalpartei Telugu Desam mit bisher 28 Sitzen. An dritter Stelle (22 Mandate) liegt die kommunistische Partei der unabhängigen Marxisten.

Heute treten die neugewählten Abgeordneten der Kongreß-Partei in Neu-Delhi zusammen, um Rajiv Gandhi offiziell zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Dies ist die Voraussetzung für die Neubildung der Regierung, die vom Staatspräsidenten dem Führer der stärksten Parlamentarischen Fraktion übertragen wird. Rajiv Gandhi kündigte gestern in Neu-Delhi an, er werde sein Mandat nutzen, um die blutigen religiösen Auseinandersetzungen und separatistischen Bestrebungen zu beenden, denen auch seine Mutter und Amtsvorgängerin Indira Gandhi zum Opfer fiel. Während der Wahlkampagne wurden 39 Menschen getötet. Seite 2: Der Erdtruch

Kohl: Lähmender Pessimismus ist überwunden

DW. Bonn

Bundeskanzler Kohl ist zum Jahreswechsel Tendenzen entgegengetreten, pessimistisch in das Jahr 1985 zu blicken. Vielmehr sei der „Lähmende Pessimismus“ überwunden. In seiner Rundfunk- und Fernsehansprache bezeichnete es der Kanzler als bedeutendstes außenpolitisches Ereignis, daß auch nach dem NATO-Doppelbeschuß die Gespräche zwischen Ost und West nicht abgebrochen worden seien. Gerade die Deutschen hätten zum Fortgang der Gespräche beigetragen. Angesichts der bald in Genf beginnenden Kontakte zwischen der Sowjetunion und den USA über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung habe sich dieser Weg als richtig erwiesen.

Als erfreulichstes Ergebnis in der innerdeutschen Politik charakterisierte Kohl die Tatsache, daß 1984 fast 40 000 Menschen aus der „DDR“ hätten übersiedeln können. In der Innenpolitik verwies er auf die Konsolidierung des Staatshaushalts und die Belebung des Wirtschaftswachstums. Die Unternehmen erzielten bessere Erträge, könnten investieren, Kurzarbeit abbauen und bereits wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Das Schicksal von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen bereitete aber nach wie vor Sorge. Die Bereitstellung von mehr als 740 000 Ausbildungsstellen gehöre zu den besten Ergebnissen dieses Jahres. In Erinnerung an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 40 Jahren hob Kohl die Verdienste der Generation hervor, die in jenen Jahren einen neuen Anfang gewagt habe.

Die »Berlin« kommt zurück: Rund um die halbe Welt, durch den Indischen Ozean und den Suez-Kanal nach Venedig.



Nach zweijährigem Kreuzfahrtdienst in fernen Gewässern kehrt die »Berlin« auf einer großartigen Reise zurück: von Singapur unter anderem nach Peking, zu den Andamanen, nach Sri Lanka, Cochín, Bombay, Djibouti, Jemen, Agaba, Sharm-el-Sheikh, Safage, Athen und Venedig. Es ist vielleicht keine Jungfernfahrt, aber eine Kreuzfahrt, die ein Datum in der deutschen Kreuzfahrttradition markiert: schließlich kehrt ein Schiff dieser Qualität und dieses Anspruches nicht alle Tage nach Europa zurück.

Die Reise der »Berlin«, 35 Tage, ab DM 6.700,-, kann auch in zwei Segmenten gebucht werden: Singapur-Bombay, 16 Tage, von 8.24.1985, ab DM 4.890,-; Bombay-Venedig, 21 Tage, von 22.2.1985 ab DM 4.390,-.

PETER HELMANN REISEREI
Am Hofstr. 10
1000 Frankfurt am Main I
Tel. (069) 15 01 11
Sesstours international
Waldstr. 3
6000 Frankfurt am Main I
Tel. (069) 13 35 1

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Monate vorher

Von Heinz Heck

Unser Außenminister war nicht nur entrüstet. Er schien auch von der Mitte Dezember getroffenen UNO-Entscheidung über den Bau eines Konferenzentrums in dem von einer Hungerkatastrophe geplagten Äthiopien überrascht worden zu sein. Das Auswärtige Amt jedenfalls sprach von einer kurzfristig anberaumten Entscheidung in der UN-Vollversammlung.

Jedenfalls schrieb Genscher dem UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar einen gepfefferten Brief, und Regierungssprecher Sudhoff konnte am 21. Dezember verkünden: „Damit ist unsere Stimmhaltung in der Vollversammlung in ein Nein umgewandelt worden.“ Recht so, mochte der Bürger denken. Jetzt hat's unser Außenminister ihnen aber gezeigt.

In Wahrheit jedoch konnte von einer Überraschung keine Rede sein. Denn bereits am 16. Oktober hat sich der fünfte Ausschuss, also der Haushaltsausschuss der UNO, mit 83 gegen drei Stimmen (USA, Großbritannien und Niederlande) bei 13 Enthaltungen (überwiegend EG-Mitglieder, darunter auch die Bundesrepublik, nordische Staaten sowie Japan und Australien) für das Konferenzzentrum ausgesprochen. Nach aller Erfahrung fallen die Abstimmungen im Plenum nicht anders aus als in den Ausschüssen.

Seit Mitte Oktober hätten also Außenministerium und Kanzleramt über die Gefechtslage im UNO-Glaspalast im Bilde sein müssen. Damit war ausreichend Gelegenheit, der deutschen Delegation in New York zu bedeuten, daß ihre Stimmhaltung nicht der Weisheit letzter Schluß sei. Die Zeit hätte sogar ausgereicht, Hinweise und Anweisungen mit dem Segelschiff auszutauschen.

Doch irgend etwas in der deutschen Organisation – in New York oder in Bonn – muß schiefgelaufen sein. Genscher, mit seinem Sinn für Dramatik, verstand es zwar, die deutsche Fanne in eine Attacke gegen die UNO zu wenden. Dennoch, wenn auch die UN-Haltbarkeit der New Yorker Entscheidung außer Frage steht: Man würde doch gern erfahren, wieso das Nein des deutschen Außenministers erst so spät kam, erst nach dem Ausbruch der allgemeinen Empörung.

Noch einmal Bolivien

Von Werner Thomas

In Bolivien geht das alte Jahr so turbulent zu Ende, wie es verlaufen war. Die Rebellion des entlassenen Armeekommandeurs hielt die Bevölkerung am Wochenende in Atem.

Präsident Hernán Siles Zuazo hatte sich überraschend zu einem Kommandowechsel bei den Bodentruppen entschlossen. Der 71-jährige Präsident entthron den Heereschef General José Olvis Arias seines Amtes. Er wollte ihn zunächst durch den General Hugo Gironda ersetzen. Als sich Gironda weigerte, ernannte Siles den bisherigen Generalstabschef Raul Lopez Leyton, der akzeptierte.

In der Hauptstadt La Paz herrschten Nervosität und Konfusion. Die Rundfunksender veröffentlichten abwechselnd die Erklärungen des Präsidenten und des entlassenen Generals. Olvis Arias weigerte sich, „die illegalen Befehle des Präsidenten“ zu respektieren. Die Kommandeure der neun Armeedivisionen stünden hinter ihm, warnte er.

Obgleich Olvis Arias betonte, seine Rebellion verfolge keine politischen Ziele und obgleich er „die demokratische Ordnung“ verteidigte, bestehen zwischen ihm und dem Präsidenten erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den Kurs der Regierung. Anfang Dezember, nach einem lähmenden Generalstreik, forderte der General seine Offiziere auf, „angesichts des Chaos und der Anarchie die politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Situation genau zu studieren“. Manche Beobachter äußerten die Meinung, daß der Armeeführer die Militärs zu einer Putschaktion mobilisieren wollte. Hier dürfte letzten Endes der Grund für Siles' Durchgreifen liegen.

Der Präsident scheint diesen Machtkampf zu gewinnen, weil er die Unterstützung des Kommandeurs der Gesamtstreitkräfte, General Simon Sejas, und des einflussreichen Luftwaffenchefs Oscar Villa besitzt. Aber die Lage bleibt kritisch. Die Inflation erreicht mittlerweile die Weltrekordhöhe von 2500 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt sank in diesem Jahr um 17 Prozent, das Realeinkommen um 24 Prozent. Keine andere Währung Lateinamerikas befindet sich in einem so schlechten Zustand wie der bolivianische Peso. Der Dollar ist mittlerweile mehr als zehntausend Pesos wert. Immerhin, es wäre ein Trost, wenn es sich erweisen sollte, daß die Zivilgewalt wenigstens mit der Generalität fertig wird – vielleicht vermag sie eines Tages doch auch die anderen Probleme anzupacken.

Durch den Grün-Filter

Von Ephraim Lahav

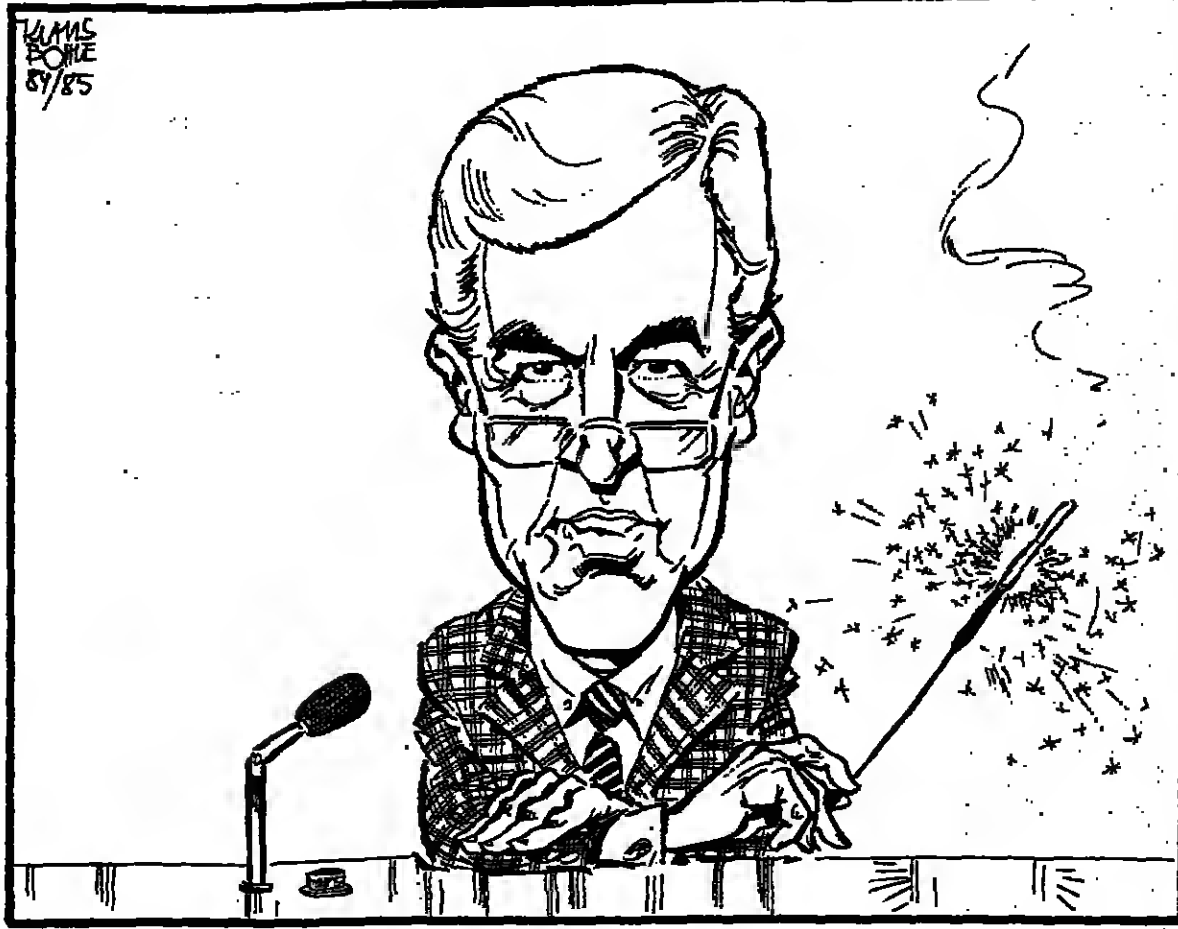
Die Israel-Reise der Grünen hat alle Erwartungen erfüllt, auch die traurigsten. Sie galt praktisch allein den Arabern. Oder, richtiger: Nicht einmal alle Araber waren ihnen gut genug. Sie unterhielten sich nur mit den Extremisten, wie dem abgesetzten Bürgermeister von Hebron. Auch die PLO war ihnen offenbar nicht scharf genug; einen ganzen Vormittag verwendeten sie für eine Gruppe der „Ibn al Balid“, die sich als Partnerin der gegen Arafat gerichteten Abu-Musa-Gruppe fühlt. Das Gespräch mit dem kommunistischen Bürgermeister von Nazareth und dessen Parteikollegen fiel nur aus technischen Gründen ins Wasser.

In Syrien haben sich die Delegationsmitglieder viel taktvoller verhalten. Regimegegner suchten sie erst gar nicht. Nun haben die Grünen sich in Israel zum Selbstbestimmungsrecht bekannt. „Diese Überzeugung kann uns keine Information, die wir hier bekommen mögen, wegnehmen.“ Sie haben auch wiederholt die Errichtung eines palästinensischen Staates gefordert.

Warum aber setzen sie sich dann nicht für das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker ein? Da wären vor Israels Haustür die Kurden. Da wären, etwas weiter nördlich, die Deutschen in der „DDR“ und die anderen Völker unter sowjetischer Herrschaft – einschließlich der Russen selbst. Und wenn „Gebiets-erwerb durch Krieg“ nicht zulässig ist – wie ist das mit den sowjetischen Eroberungen von Osteuropa bis zu den Kurilen?

Wenn das israelische Lager von El Anzar in Südbanon, in dem Terroristen, die mit der Waffe in der Hand gefaßt wurden, unter Aufsicht des Internationalen Roten Kreuzes inhaftiert werden, die Empörung der Grünen erregt – wie wäre es, wenn in den mordwischen Lagern Rußlands, wo Menschen wegen bloßen Widerspruchs inhaftiert sind, das Rote Kreuz wenigstens nachschauen dürfte?

Rein zufällig kritisieren die deutschen Grünen genau das, was auch die Sowjets kritisieren. Sie schweigen, wo die Sowjets keine Kritik zu hören wünschen. Und rein zufällig sind wieder einmal die Juden das Ziel.



„Die Bundesregierung wünscht mit gutem Gewissen Prost Wendel!“

KLAUS BÖHLE

Drei Wahrheiten

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seinen sprichwörtlichen Schalk in den Augenwinkeln, berief sich Konrad Adenauer auf seinen Freund Pferdmeines, den Kölner Bankier, als er dessen drei Wahrheiten für sich in Anspruch nahm: die einfache, die reine und die laute Wahrheit. Die Abgeordneten im Bundestag reagierten einmal nicht nach Fraktionen, sondern amüsierten sich köstlich über die reinlich-katholische Lebensweisheit des alten Herrn.

Mit den drei Wahrheiten hatte Adenauer zugleich den Spielraum abgesteckt, den jeder Kanzler nutzen kann, wenn er eine Regierungserklärung abgibt. Er darf seine Erfolge staatsmännisch geschönt darstellen, seine Mißerfolge aber nicht ganz verschweigen. Er muß zumindest bei der „einfachen“ Wahrheit bleiben. Sonst verliert er seine Glaubwürdigkeit.

Wenn nach der Regierungserklärung der Oppositionsführer zum Rednerpult schreitet, wissen alle schon, was er sagen wird. Er wird den Kanzler dort für gescheitert erklären, wo dieser in Wirklichkeit Erfolge erntet, und er wird dem Regierungschef gönnerhafte Ratschläge geben, wo jener sie am wenigsten braucht. Was der Kanzler weiß sieht, sieht der Oppositionsführer schwarz – und umgekehrt. Folglich zieht der Oppositionsführer weniger durch die Originalität seiner Argumente Ruhm auf sich als durch den „Biss“ seiner Rede. Gottlob werden diese Rollenmuster gelegentlich auch durchbrochen und Gemeinsamkeiten beschworen; aber das sind die Ausnahmen, welche die Regel bestätigen.

In diesem holzschnittartigen Kontrast spielen sich zumeist die Redeschlachten in den Parlamenten ab, und gebetsmühlenartig werden sie in Interviews endlos fortgesetzt. Oft geht es den Volksvertretern gar nicht darum, den Wählern die ungefähre Wahrheit zu sagen, sondern es geht ihnen um die Selbstdarstellung ihrer Partei. Sie agieren dann nicht wie „Vertreter des ganzen Volkes“, die als Abgeordnete laut Grundgesetz „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind, sondern als mehr oder weniger begabte Statisten ihrer Partei. Auf diese Weise wird der vernünftige Sinn des Wechselspiels von Regierung und Opposition, nämlich den Bürgern mit Argument und Gegenargument die eigene Urteilsbildung zu erleichtern, verfälscht.

Solche Darstellung ihrer selbst be-

treiben die Parteien natürlich auch außerhalb des Parlaments, besonders im Wahlkampf. Münster genutz das an Wahlertug, wie zum Beispiel 1980, als die SPD den Bürgern nicht ihre wirklichen Absichten in der Deutschlandpolitik offenbarte. Dazu erklärte Bahr 1973 im Bundestag: „Die Mehrheiten waren nicht so, daß sie es zugelassen hätten, die Wahrheit zu sagen.“

Zum politischen Kult gehört ebenso die verzeichnete, nicht selten diffamierende Darstellung der Konkurrenzparteien und ihrer führenden Persönlichkeiten. Man kann nur staunen, was da dem Publikum zugeworfen wird. Zum Beispiel: Am 14. Dezember startete die SPD eine Flugblattaktion. Dazu bemächtigte sie sich der Werbeanzeige einer Diamantenfirma, die ihre Kunden zur schleunigen Abgabe der zurückgekauften Investitionsschulden aufforderte. Daraus drechselte die SPD auf ihrem Flugblatt die Parole: „Klassenkampf hat wieder einen Namen: Kohl, Diamanten-Kohl“. Wie weit sind wir mit unserer Parteien-Demokratie gekommen, wenn ein so intelligenter Mann wie der SPD-Bundesgeschäftsführer Giotz solchen Schwachsinn für eine geglättete Parteipropaganda hält?

Die Parteien wissen, daß die meisten Bürger ihnen die häufige kraß einseitige und eher polemische als sachgerechte Vermittlung der Politik so nicht abnehmen; aber sie bleiben bei ihrer Praxis in der Gewißheit, im Unterbewußtsein der Wähler bleibe doch etwas hängen. Die Bürger wie-



Von der Verschönerung bis zum achten Gebot: Adenauer, Pferdmeines FOTO: DPA

derum nehmen die Schwarz-Weiß-Maleri hin, teils aus Vergnügen an den Hahnenkämpfen, teils in der Überzeugung, das Hickhack vollziehen sich unterhalb des allgemeinen demokratischen Konsenses. Doch ohne Folgen bleibt die agitatorische Vergewaltigung der politischen Kommunikation durch die Parteien nicht.

Oft wird von Staatsverdrossenheit gesprochen. In Wirklichkeit handelt es sich um Parteienverdrossenheit, und eine ihrer Ursachen liegt in der zur Routine gewordenen Unredlichkeit der Argumentation. Darunter leidet am meisten das Parlament.

Ein ausgesprochener Mißstand der Schwarz-Weiß-Agitation ist die Aufgegriffenheit der öffentlichen Debatte. Dazu sagte Altbundespräsident Carstens an seinem 70. Geburtstag, es gebe kaum noch ein Problem, das gelassen diskutiert werde; die Themen der erregten Diskussion wechseln mit großer Schnelligkeit von Monat zu Monat, manchmal von Woche zu Woche.

Das Ergebnis dieser von den Parteien verursachten Fehlentwicklung ist ein schizophrener Gemütszustand der Bevölkerung. Immer wieder kommt bei Meinungsumfragen heraus, daß der einzelne Bürger seine persönliche Lage eigentlich ganz erhellend findet, die allgemeine Lage jedoch mit Pessimismus betrachtet. Also: Subjektiv geht's uns gut, objektiv ist aber alles mäßig traurig. Wie kommt das? Carstens: „Kritik an den bestehenden Zuständen steht ganz im Vordergrund. Selten hört man eine Stimme, die das lobt und anerkennt, was geleistet worden ist.“

Karl Carstens hat als Bundespräsident hohes Ansehen gewonnen, weil er in unserer permanent aufgeregten politischen „Kultur“ das normale Bürgerliche sagte und tat. So auch wieder an seinem 70. Geburtstag. Wir müssen uns um die Wiedergewinnung der religiösen Dimension bemühen, mahnte er, denn sie ist entscheidend für die Zukunft und das Überleben der Menschheit. Wie wäre es, wenn die Parteien im Umgang miteinander das achte Gebot ernst nähmen? Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Martin Luther fügte hinzu, wir sollen unsern Nächsten nicht fälschlich belügen, verraten, afterreden oder bösen Leumund machen. Bekanntlich ist der Weg über die Jahresschwellen mit guten Vorsätzen gepflastert.

Der Erdrutsch des unbekannten jungen Mannes

Ein Wahlergebnis, das jedenfalls diesmal Indiens Einheit bestätigt / Von Marta Weidenhiller

Was Nehru und Indira Gandhi nie gelang, schaffte der politische Neuling Rajiv Gandhi auf Anhieb: Er holte sich bei den Wahlen einen Traumsieg, den höchsten der Kongreßpartei seit der Unabhängigkeit Indiens überhaupt. Mehr noch: Ein Volk hat sich in freier Wahl fast für einen Einparteiensaat entschieden. In den Jubel über den Wahlsieg mischt sich daher auch Sorge: Wird die Allmacht der Kongreßpartei angesichts einer ohnmächtigen Opposition nicht zur Gefahr für die demokratischen Institutionen?

Ein Volk setzt unbegrenztes Vertrauen in einen Mann, über den es wenig weiß, der sich politisch kaum profiliert hat. Von Anbeginn lagen dennoch die Vorteile bei ihm: Er ist ein Nehru/Gandhi, er ist „der Sohn seiner Mutter“, er ist jung.

Nehru gehörte zu den Mitbegründern des unabhängigen Indiens, Indira Gandhi regierte mit nur zwei Jahren Unterbrechung das Land sechzehn Jahre lang. Der legendäre

Name, mit Indien nahezu gleichgesetzt, verpflichtet Rajiv und setzt beim Volk immense Erwartungen frei. Eher wider Willen, aber gehoramt, ließ sich Rajiv von seiner Mutter in die Pflicht nehmen. Jetzt holte er sich die demokratische Legitimation.

Indira Gandhi mußte vor zwei Monaten noch fürchten, nicht einmal die Zwei-Drittel-Mehrheit zu behalten. Ihre immer mehr auf die Erhaltung ihrer eigenen Macht ausgerichtete Politik hatte eine Erosion der Kongreßpartei zur Folge, sichtbar in Verlusten bei Landtagswahlen. Ihr Tod durch Mordhand verklärte ihr Bild und kehrte diesen Negativ-Trend um. Eine Welle des Mitleids ging über das Land hinweg und mobilisierte die Wähler. Hinzu kam die Angst, das Chaos, das nach Indiras Tod Tausende das Leben kostete, könnte das ganze Land erfassen.

Waren die Wahlen 1977 und 1980 Protestwahlen, so haben sich die Indier diesmal positiv entschieden, für etwas: für die Jugend, für eine neue Generation, für einen politischen

Wandel – für Rajiv. Mit seinen vierzig Jahren verbindet ihn nichts mehr unmittelbar mit dem Ringen um die Unabhängigkeit. Er repräsentiert das neue Indien. Die Mehrheit der Inder ist jünger als dreißig Jahre, für sie ist es so etwas wie ein Hoffnungsträger.

Die Hochrufe auf den Wahlsieger überläßt die Enttäuschung derer, die eine Niederlage, ja eine Katastrophe hinnehmen mußten: die Oppositionsparteien. Mit lauten und selbstzerstörerischem Mut zogen sie in diese Wahl, zerstritten, zersplittert, von den Ambitionen ihrer Führer geblendet. Sie konnten sich nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen, sie hatten keinen Führer von nationalem Rang aufzuweisen. Die Opposition ist zur Bedeutungslosigkeit degradiert, sie ist machtlos und kopflos. Denn selbst ihre Spitzenpolitiker ziehen nicht wieder in die Lok Sabha ein.

Traditionell stimmen neben der Industrie die Minderheiten – Moslems, Harijans, Sikhs – für die Kongreßpartei. Nur die Sikhs dürften sich, für niemanden überraschend,

IM GESPRÄCH Tatjana Ossipowa

Gefängnis für Mitleid

Von Peter Dittmar

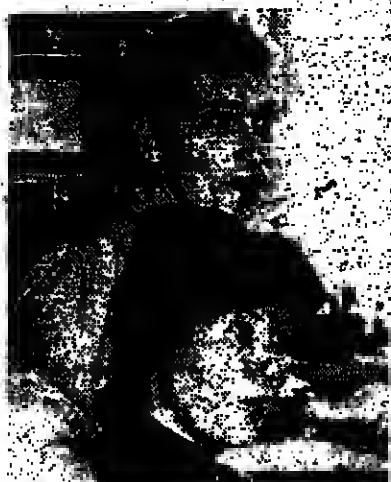
Wir alle, ob gemeinsam oder unabhängig voneinander, haben nach Kräften an dem mitgewirkt, was man gemeinhin als Menschenrechts-tätigkeit bezeichnet und was im Grunde genommen nichts weiter ist als die Äußerung gewöhnlicher menschlicher Regungen: des Mitleids, des Wunsches, einem Menschen in Not zu helfen, das Bewußtsein seiner eigenen Verantwortung an dem, was geschieht. Dafür wird man in unserem Land vor Gericht gestellt. Die Wahrheit wird zur Lüge erklärt, die Hilfe für Menschen zur kriminellen Tätigkeit.

Das schrieb Iwan Kowaljow in seinem Dossier „Zur Verhaftung von Tatjana Ossipowa“, seiner Frau, mit der er gemeinsam der Moskauer Helsinki-Gruppe angehört.

Das war vor vier Jahren. Tatjana Ossipowa wurde am 2. April 1981 zu fünf Jahren Lager und anschließend fünf Jahren Verbannung verurteilt. Die Hoffnung der Moskauer Herrscher, die Bürgerrechtlerin damit zum Schweigen bringen zu können, erwies sich jedoch als Irrtum. Für den 6. Januar hat sie jetzt gemeinsam mit Irina Ratuschinskaja einen Hungerstreik „bis zum Tode“ angekündigt, wenn ihnen weiterhin das Recht, ihre Männer zu sehen, verweigert wird.

Irina Ratuschinskaja, die Ehrenmitglied des französischen PEN-Clubs ist, wurde wegen eines Gedichtbandes und ihrer Mitgliedschaft in der inoffiziellen „Freien Interprofessionellen Vereinigung von Werktätigen“ 1983 zu zwölf Jahren Lager und Verbannung verurteilt. Seitdem hat sie ihren Mann nicht mehr sehen dürfen. Tatjana Ossipowa sah Iwan Kowaljow zuletzt bei ihrer Verurteilung 1981. Genau ein Jahr später, am 2. April 1982, wurde dann auch Kowaljow ebenfalls zu zweimal fünf Jahren verurteilt.

Tatjana Ossipowa, 1949 geboren, ist Computereinspeizerin. Seit 1976 beteiligt sie sich aktiv an der Rechtsschutzbewegung und seit 1976 gehört sie der von Juri Orlov gegründeten Helsinki-Gruppe an. Bei dieser



Hungerstreik im Sowjetlager: Bürgerrechtlerin Tatjana Ossipowa (mit Ehemann Iwan Kowaljow) FOTO: ARC

Arbeit lernte sie Iwan Kowaljow kennen, den sie 1979 heiratete. Kowaljow, 1954 geboren, schloß 1977 sein Studium als Energieingenieur mit dem Diplom ab. 1979 übernahm er jedoch die Stelle eines Bäckerarbeiters, weil sie ihm mehr freie Zeit für das Heiß, was er als seine eigentliche Aufgabe ansah: das Sammeln und Publizieren von Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion. Dieses soziale Engagement hängt mit dem Schicksal seines Vaters zusammen, des Biologen und Freundes von Andrej Sacharow, Sergei Kowaljow. Er erhielt im Dezember 1975 wegen „antisowjetischer Propaganda“ sieben Lager- und drei Verbannungsjahre zudiktet.

Trigana Ossipowa und Iwan Kowaljow wußten also, worauf sie sich einließen. Und sie sind auch im Lager nicht bereit, zu kapitulieren. Frau Ossipowa trat wiederholt mit Hungerstreiks für kranke Mitgefangene ein. Sie unterschrieb zusammen mit Frau Ratuschinskaja und fünf anderen Mitgefangenen im mordwischen Lager 3-4 einen Brief, in dem sie Reagan zu seiner Wiederwahl gratulierte. Und nun ist sie auch mit aller Konsequenz entschlossen, ein Minimum an Menschenrechten für sich selbst zu erzwingen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Er geht in den Wirtschaftswissenschaften

Ein weiteres Wendeziel – die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft – ist noch gar nicht ernsthaft angestrebt worden. Stollenberg Wunschkettel zur Teilprivatisierung von Bundesunternehmen wird bestenfalls der Osterhasen abbilden. Der Abbau von Subventionen wird überdies vorläufig nur in Sonntagsreden angesprochen. Auf der anderen Seite gibt es einige „Landesfürsten“ der Union, die sich in dem Bemühen beinahe überschlagen, zukunftsreiche Spitzentechnologien mit neuen Subventionen zu füttern. Diese Art der Industriepolitik von Landesregierungen hat der Präsident des Industrie- und Handelslandes, Otto Wolff von Amerongen, erst kürzlich als „Renaissance der Mäcker statt des Marktes“ kritisiert. Solche Abweichungen bringen auch den Bonner Regierungskurs ins Schlingensiefel.

STRAUBINGER TAGEBLATT

Wie sagt, wo unsere tiefsten Bedürfnisse sind?

Erinnern wir uns noch der „Hochschul-Minor“-Rufe bei Demos gegen das US-Engagement in Vietnam... Warum ließen die deutschen Friedensfreunde, die sonst bei jeder Demo mit Frau und Baby dabei sind, wenn die US-Imperialisten irgendwas verbrochen haben, warum ließen diese sonst immer Engagierten die Afghanis im Stich, als die am Donnerstag in Bonn zu zwei Kundgebungen gegen die mittlerweile fünf Jahre

währende Besetzung ihres Landes durch die „Gottlosen“ aus der Sowjetunion aufrufen? Es kamen 300 (in Worten: dreihundertfünfzig) zusammen, und es waren ausnahmslos Afghanis.

SÜDWEST PRESSE

Das Ulmer Blatt kommentiert zur Autokratie

Lautes Geheule hört aus den Chefetagen der Automobilfirmen: Immer langsamer tuckerten die Verkäufe der letzten drei Monate vor sich hin... Schuld sei die Entscheidungsschwäche der Bonner Bundesregierung, die versäumt habe, endgültige, rechtlich verbindliche Vorschriften zu erlassen. Dabei waren es doch die Autofirmen, die anfangs für die Massenentlassungen gedroht haben, wenn sie gezwungen würden, Neuwagen mit Abgasrengern zu konstruieren. Technisch sei dies erst in fünf bis sieben Jahren möglich, erklärten sie. Die Manager der Autofirmen haben damals nicht erkannt, wo es langgeht. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, offensiv an die Entwicklung der umweltfreundlichen Autos heranzugehen, anstatt zu bremsen. Schließlich haben sie ja doch geschaltet.

Baiting in Mail

Die Londoner Zeitung schreibt zur demagogischen Taktik

Alle Regime in Polen, mögen sie noch so tyrannisch sein, müssen sich irgendwie mit der Kirche arrangieren. Darum geht es auch bei diesem Prozeß. So parteiisch und unaufrichtig er auch sein mag, ist er doch ein Akt der Buße.

Montag, 31. Dezember 1984 - Nr. 305

FDP 1985: Viel Hoffnung und viele offene Fragen

Mit einem Kraftakt will die gesamte FDP-Spitze die Talfahrt der Partei stoppen, ihr Image aufpolieren und sie wieder als „die liberale Partei“ präsentieren. Die monatelange „Nabelschau“ und die innerparteilichen Querelen sollen endgültig beendet werden.

Von STEFAN HEYDECK

Für die immer wieder totgesagte Drei-Punkte-Partei F.D.P. sind ein gemeinsames Aufstehen und ein gewaltiger Kraftakt heute notwendiger denn je. Angesichts des desolaten Bildes, das die FDP in diesem Jahr bot, und der Tatsache, dass die Liberalen inzwischen aus sechs der elf Landesparlamente und dem Europaparlament hinausgewählt sind und auch bei den letzten Kommunalwahlen an Boden verloren, ist das aber alles andere als ein leichtes Unterfangen.

Hinzu kommt, daß die Parteikassee schon wieder leer ist, daß bereits fast achtstellige „rote Zahlen“ geschrieben werden müssen. Doch trotz teilweise geheimer, für die Freien Demokraten nicht gerade positiver Umfragen wird mit Blick auf die anstehenden Wahlen im kommenden Jahr im Bonner Thomas-Dehler-Haus Versuche unternommen, „Wir können es schaffen. Alles ist drin“, heißt es.

Die FDP will alles daran setzen, damit sie nach dem 10. März, bei den Landtagswahlen in Berlin und im Saarland, weiter zusammen mit der CDU regieren kann und bei den Kommunalwahlen am selben Tag in Hessen gut abscheidet. Denn einerseits wird vom Ausgang dieser Wahlen eine Signalwirkung für den Umhang erwartet, wo die Liberalen nach zweimaligem Scheitern - 1975 und 1980 - die Rückkehr in das Landesparlament schaffen und wie an der Spree und an der Saar ein „rot-grünes Bündnis“ verhindern wollen. Andererseits geht es dabei auch um die Frage, welche Bedeutung und welchen Stellenwert die FDP künftig im Bonner Regierungsbündnis hat, welchen Einfluß sie nehmen kann.

Das zum politischen Überleben notwendige Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde will die FDP unter anderem dadurch schaffen, daß sie eine - wenn auch sehr spät gestartete - „entschiedene und harte Ausein-

dersetzung“ mit den Grünen beim Kampf um Stimmen aufnimmt. Die Liberalen wollen den Wählern klar machen, daß sie nicht die Grünen nach wie vor Platz drei im Parteienspektrum einnehmen.

Dazu wird Anfang Januar ein „Strategiepapier“ intern verbreitet. Nach ihm sollen die Grünen nicht „pauschal“ attackiert werden. Vielmehr sollen zum Beispiel deren politische Sül, ihr Verhältnis zur Demokratie und ihre Programmaussagen als Wahlkampfmunition dienen. Daneben setzen die FDP-Strategen auf „linke“ CDU- und „rechte“ SPD-Wähler.

Spätestens mit dem Saarbrücker Bundesparteitag Ende Februar soll demonstriert werden, so Generalsekretär Helmut Haussmann, daß von ihm ein „gewisser Aufbruch“ für die Partei ausgeht. So soll dort ein „knappes und prägnantes“ Liberales Manifest verabschiedet werden. Mit ihm sollen Wege zur Stärkung der Wirtschaftspolitik konkretisiert und der gesellschaftspolitische Standort sowie die Rolle des Staates beschrieben werden.

Dazu sind bisher über 100 Änderungsanträge in der Parteizentrale eingegangen. Angestrebt wird jedoch auf keinen Fall ein Themenwechsel. Vorgenommen werden soll aber eine andere „Gewichtung“ der politischen Aufgaben.

Zwar will die FDP unverändert an ihrem „Wächteramt“ für den Rechtsstaat festhalten, gleichzeitig aber auf den Feldern Umweltschutz und Wirtschaft auch in der Koalition mit CDU/CSU „konsequenter und aktiver werden. Haussmann setzt auf „positive Themen“, die sich im Programmtext in dem „Dreieck Arbeit, Umwelt, Technologie“ niederschlagen.

Allerdings ist klar, daß Programme allein, so ein Führungsmitglied, „nicht ausreichen“, um die Wahlkämpfe zu bestehen. Vielmehr kommt es ebenso sehr darauf an, daß die FDP-Spitze sich geschlossen zeigt, für „Rückwind“ sorgt und - bis auf weiteres - keine negativen Schlagzeilen mehr produziert.

Viele erinnern sich immer noch an den Parteitag in Münster Anfang Juni, auf dem FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und seine beiden Stellvertreter Wolfgang Mischnick und Jürgen Morlok eine schwere Schlappe hinnehmen mußten.



Der Alte und der Neue: 1985 übernahm Morlok (rechts) von Genscher (links) das Amt des FDP-Parteivorsitzenden. Foto: WERK

Auch jetzt gibt es schon Befürchtungen, daß der Saarbrücker Kongress eine „Neuaufgabe“ von Münster werden könnte, wenn Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann zum Nachfolger für den nach zehnjähriger Amtszeit nicht mehr antretenden Genscher gewählt werden soll.

Unklar ist noch das Verhältnis zwischen Bangemann und Genscher. Nachdem der gescheiterte Europa-Spitzenkandidat am 21. Juni als künftiger Parteichef von Genscher auf einer Sitzung mit den Landesvorsitzenden „ausgespuckt“ worden war und rund eine Woche später den wegen der Flick-Affäre zurückgetretenen Otto Graf Lambsdorff als Wirtschaftsminister abgelöst hatte, verursachte Genscher selbst im eigenen Lager neue Irritationen: Kaum waren die Pleiten mit dem Amnestiegesetz und mit dem Kohlekraftwerk Buschhaus vom Tisch, drehte Genscher „wie im alten Tagen“ auf. Prompt wurde die Frage laut, ob er nicht doch sein eigener Nachfolger wäre. Hinzu kam, daß Bangemann zunächst als Minister eine nicht gerade allzu glückliche Figur zu machen schien und sich sein Vorgänger Lambsdorff immer wieder unüberhörbar in der Öffentlichkeit zu Wort meldete.

Heute wird im Thomas-Dehler-Haus abgewiegelt von einer „Grobplanung“ gesprochen. Nach ihr habe Genscher in diesem Jahr innerparteilich noch einmal seine Position stärken sollen. Das sei ihm gelungen. Mit Beginn des neuen Jahres solle nun-

mehr die „Funktion“ Bangemanns, der bereits an allen zentralen Entscheidungen beteiligt sei, stärker in den Vordergrund gerückt und seine „Handschrift“ deutlicher sichtbar gemacht werden. Allerdings, so heißt es, denkt Genscher nicht daran, sich in eine „Repräsentationsfunktion“ zurückzuziehen. Kritiker warfen ihm sogar schon vor, es sei ihm egal, wer unter ihm Parteivorsitzender werde.

Klar scheint aber zu sein, daß das elfköpfige Präsidium wieder stärker zum eigentlichen Führungsgremium der FDP werden soll. Dazu soll auch der hessische Landes- und Fraktionschef Wolfgang Gerhardt beitragen, der als Nachfolger von Morlok jetzt doch schneller als erwartet in der FDP „ganz nach oben“ durchstiegt.

Erste Aufschlüsse über den weiteren Weg der Liberalen werden vom traditionellen Drei-Könige-Treffen der Liberalen am 6. Januar in Stuttgart erwartet. Dort wollen Bangemann, der die Hauptrede halten soll, und Genscher, der sich zur langfristigen Außenpolitik äußern will, sowie Haussmann demonstrieren, daß sich ein „Führungsteam“ formiert. Dabei will der Generalsekretär grundsätzliche Ausführungen über die Führungsstruktur und den Stil der Zusammenarbeit machen.

Eines scheinen die Freien Demokraten in diesem Jahr auf jeden Fall geklärt zu haben: daß sie weg von den Imageproblemen, „Mehrweltschaffern“ und „Preis“ zu sein, und klar zu einmal gefassten Bündnisaußenstehen müssen.

Hainburg spaltet Parteien und trennt Jung und Alt

Bis zum 3. Januar hatte Österreichs Kanzler Sinowatz im Streit um das Donau-Kraftwerk Hainburg einen „Weihnachtsfrieden“ verkündet. Doch inzwischen gilt als sicher: Es wird - zunächst - nicht weitergebaut.

Von CARL G. STRÖHM

Volksabstimmung! Volksabstimmung! skandierten Zehntausende von Demonstranten in der Wiener Innenstadt - auf dem Wege vom Bundeskanzleramt am Ballhausplatz zum Stephansdom. Wenige Tage vor Weihnachten brachte ein Umweltproblem - in diesem Fall: der von der Wiener Regierung beschlossene Bau des Donau-Kraftwerks Hainburg - die größte spontane, nicht von Parteien oder Gewerkschaften organisierte Demonstration auf die Beine, welche die österreichische Hauptstadt seit Jahren erlebt hatte. Die Polizei sprach von 15 000 Teilnehmern. Die Umweltschützer behaupteten, es seien 40 000 gewesen. Spätestens am diesem Abend war klar, daß der Versuch der Wiener Regierung, den Baubeginn in den Donau-Auen von Hainburg im Schnellverfahren und mit Hilfe der Polizei durchzusetzen, gescheitert war.

Die österreichischen Sozialisten sahen sich am „Tatort“, in der Au, einigen tausend jungen Leuten gegenüber, die sich mit Zelten und Schlafsäcken ans Donau-Ufer begeben hatten, um dort bei Eisessack passiven Widerstand gegen den Beginn der Rodungsarbeiten zu leisten.

Bundeskanzler Sinowatz konnte im letzten Augenblick verhindern, daß „baywillinge“ Gewerkschafter von der ÖGB-Führung zu einer Generaldemonstration in die Au entsandt wurden. Das hätte nämlich zu einem „Umwelt-Bürgerkrieg“ und wahrhaftig zu Prügeleien zwischen den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft und den Umweltschützern sowie den Grünen geführt. Die Folgen wären für Österreich unabsehbar gewesen.

Statt dessen hatte die Regierung versucht, die von den Umweltschützern besetzte Au durch Polizei und Gendarmen räumen zu lassen. Auch dieses Vorhaben scheiterte. Am Abend der „Schlacht von Hainburg“ war klar, daß die Umweltschützer - darunter viele Studenten mit ihren Professoren - nur mit Bruchialgewalt aus ihren Zeltlagern entfernt werden konnten.

Die Fronten begannen sich auf seltsame Weise zu verschieben: Der vom linken Flügel der SPÖ kommandierte Innenminister Karl Blecha - der seine Karriere bei den Jusos begonnen hatte - erhielt dank der Bilder von Polizeihunden, die auf Au-Besetzer losgelassen wurden, plötzlich das Aussehen eines rechtsautoritären „Law-and-order“-Funktionärs. Sein Versuch, die Au-Besetzer als Anarchisten, Rechtsextremisten oder gar vom Ausland ferngesteuerte Marionetten zu charakterisieren, wurde ihm von der Öffentlichkeit nicht abgenommen.

Sicher haben in der Au von Hainburg auch Extremisten ihr Stüppchen an den Lagerfeuern gekocht. Sicher gab es dort auch Leute, denen es weniger um die Rettung des letzten großen Flußwaldes in Mitteleuropa als vielmehr um persönlichen Ehrgeiz und Profitierung ging. Aber die Mehrzahl derer, die dort ausgeharrt und sich mit den Gendarmen herumgeschlagen hatten, waren wohl ebenso wenig Extremisten oder Anarchisten wie die Demonstranten in der Wiener Innenstadt. Da war eine neue Jugendbewegung zu erkennen - eine Bewegung, welche die Maßstäbe und Wertvorstellungen der älteren, etablierten, durch Krieg und Nachkriegszeit geformten Generation einfach nicht mehr akzeptieren will.

Deshalb stießen die gutgemeinten Versuche der Wiener Regierung, des christlich-demokratischen Oppositionsführers Alois Mock, der Gewerkschaftsführung und des Industriellenverbandes, den Bau des Donaukraftwerkes als wirtschaftlich vernünftig und notwendig darzustellen, vor allem bei der jüngeren Generation nicht nur auf taube Ohren, sondern auf Protest und Abwehr.

Die Elektrizitätswirtschaft, die mit der ökonomischen Bedeutung billiger einheimischer Wasserkraft argumentierte, erschien als profitorientierter „Zubetonierer“ der österreichischen Naturschönheiten. Die sozialistisch beherrschten österreichischen Gewerkschaften versuchten vergeblich, das Problem der Arbeitsplätze in den Mittelplätzen zu stellen. Die Generation der achtziger Jahre nahm jene, die ihr Weltbild in den fünfziger Jahren geformt hatten, die Argumente nicht ab.

Der mächtige Präsident des ÖGB, Anton Benya, erzielte mit seiner Erklärung zur Umweltverschmutzung, wonach auch er als junger Mann auf den damals nicht asphaltierten Landstraßen beim Radfahren ohne negati-

ve Gesundheitsfolgen Staub geschluckt hätte, in den Medien einen ebenso großen Heiterkeitserfolg wie der wackere Tiroler Landeshauptmann Walldorfer mit seiner Feststellung, er habe bei Fahrten ins Gebirge noch nie eine kranke Fichte gesehen. Zum ersten Mal wurde hier sichtbar, daß die Älteren an den Jüngeren einfach vorbeigekommen waren.

Innerhalb der Wiener Regierungskoalition hat die Hainburg-Frage zu einer Zerreißprobe beim kleineren Koalitionspartner, der FPÖ, geführt. Mehrere FPÖ-Landespolitiker haben der FPÖ-Regierungsmannschaft, die in Wien gemeinsam mit den Sozialisten das Kraftwerk bauen will, die Gefolgschaft aufgekündigt. Der ehrgeizige und erfolgreiche Kärntner FPÖ-Landeschef Jörg Haider forderte sogar den Austritt seiner Partei aus der Regierung.

Die oppositionelle ÖVP, deren Spitze angesichts innerer Flügelgegensätze lange Zeit keinen sehr profilierten Standpunkt zu Hainburg bezog, hat sich inzwischen die Forderung nach einer Volksabstimmung zu eigen gemacht. Kanzler Sinowatz steht jetzt vor schweren Entscheidungen. Zunächst hatte er einen bis 3. Januar befristeten „Weihnachtsfrieden“ verkündet. Der Bau des Kraftwerkes, der vorher nicht schnell genug begonnen werden konnte, hatte plötzlich keine so große Elle.

Es ist kaum anzunehmen, daß am 4. Januar die Motorsägen der Holzfäller wieder in Bewegung gesetzt werden - es sei denn, die Regierung wäre bereit, eine zweite „Schlacht von Hainburg“ zu riskieren. Einstweilen wird in feierhaften Verhandlungen nach einem Kompromiß gesucht, der sowohl für die Umweltschützer als auch für die Gewerkschaften, die Elektrizitätswirtschaft und die von Prestige- und Gesichtsverlust bedrohte Regierung akzeptabel sein könnte. Das aber kommt einer Quadratur des Kreises gleich.

„Welcher Partei werden die wohl bei den nächsten Wahlen ihre Stimmen geben?“ fragte ein Zuschauer, als die Au-Demonstranten in der Wiener Innenstadt vorbeizogen. Unter den Transparenten gab es eines, das besonders nachdenklich stimmte: „Die Sozialdemokratie ist in der Hainburger Au gestorben!“ Selbst wenn nur ein geringer Prozentsatz der Wähler - und vor allem der Jungwähler - so denken sollte, wäre das für die österreichische Regierungspartei sehr gefährlich.



Zwei Jahre lang feiert Hessen seine bedeutendsten Söhne: die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm. Foto: DPA

Märchensammler, Germanisten und Demokraten

Am 4. Januar vor 200 Jahren wurde Jacob Grimm geboren. Auftakt für Feiern, die bis 1986 dauern, denn da hat Bruder Wilhelm 200. Geburtstag. Feste nicht nur für Märchenerzähler, sondern auch für Germanisten.

Von R. KRÄMER-BADONI

Recht so! Die Brüder Grimm sind wahrhaftig die vielen Feiern wert, die für 1985 und 1986 an ihren sämtlichen Wirkungsstätten geplant sind. Jacob Grimm ist der Vater der Germanisten, auch wenn sie heute wenig Gebrauch von ihm machen. Immerhin ehrt man seinen Vater, und so besitzt also auch das „Deutsche Wörterbuch“, obwohl von der Benutzung dieses Pionierwerkes später noch ein Wortchen zu sagen ist.

Wilhelm Grimm ist ein literarisches Genie erster Ordnung. Zweifler wollen hier im Handumdrehen behaupten.

Im Vorwort zu den „Kinder- und Hausmärchen“ ist davon die Rede, daß der „Geist des Volkes“ halb unbewußt, dem „stillen Fortreiben der Pflanzen ähnlich“ und von der „unmittelbaren Lebensquelle getränkt“ diese Märchen gedichtet habe, früher, in alten Zeiten, heute aber nicht mehr. Man muß sie also retten. In diesen Dokumenten sind die Anschauungen der Vorzeit erhalten.

Und was haben wir davon? Alles. Echte Poesie gab es nur in der Vorzeit, so wie lebendige Sprache nur in

der Frühzeit. Alles Spätere geht immer mehr in formelhafte Erstarrung über. Der Literaturhistoriker wird sich also in die ältesten Dokumente vertiefen, der Grammatiker wird sich zu den ältesten Formen zurückwenden, der Wörterbuchmacher wird die ältesten Wörter festhalten, auch die verschollenen, und mit Freude alte, noch erhaltene Reste vermerken.

Wäre demnach die Geschichte eine fortschreitende Degeneration? Es scheint so. Denn wie war es früher mit dem Volk? Auch das findet man in dem genannten Vorwort. „Hessen hat als ein bergisches, von großen Heerstraßen abwärts liegendes und zunächst mit dem Ackerbau beschäftigtes Land den Vorteil, daß es alte Sitten und Überlieferungen besser aufbewahren kann. Ein gewisser Ernst, eine gesunde, tüchtige und tapfere Gesinnung, die von der Geschichte nicht wird unbeachtet bleiben, selbst die große und schöne Gestalt der Männer in den Gegenden, wo der eigentliche Sitz der Chatten war, haben sich auf diese Art erhalten und lassen den Mangel an dem Bequemen und Zierlichen, den man im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa aus Sachsen kommend, leicht bemerkt, eher als einen Gewinn betrachten. Dann empfand man auch, daß die zwar rauhen aber oft ausgezeichneten bergischen Gegenden, wie eine gewisse Strenge und Dürftigkeit der Lebensweise, zu dem Ganzen gehören. Überhaupt müssen die Hessen zu den Völkern unseres Vaterlandes gezählt werden, die am meisten wie die alten Wohnsit-

ze so auch die Eigentümlichkeit ihres Wesens durch die Veränderung der Zeit festgehalten haben.“ Da haben wir's. Das Alte ist tüchtig, das Neue ist zierlich, ist Frieheitz.

Allerdings kam eines Tages, von den Nostalgikern nicht zur Kenntnis genommen, heraus, daß hier nicht das „Volk“ gedichtet hatte, sondern das es sich um „zersungenen Minnesang“ handelt, um Popularisierung von Kunstdichtung, um die Schläger des Spätmittelalters und der beginnenden Neuzeit. Es gibt keine Dichtung, die vom Volk geschaffen wird. Und so ist es auch kein Wunder, wenn von der Archäologie der Grimmschen Märchen fast nichts übrig bleibt. Was übrig bleibt, sind Motive, die unter allen Völkern der Welt seit eh und je benutzt werden. Aber das gilt nicht nur von Märchen, sondern von jeder Art Dichtung.

Ist es also nichts mit den Märchen der Grimms? O doch! Sie sind hervorragend erzählt, aber nicht vom Volk, sondern von Wilhelm Grimm. Wilhelm gab den Geschichten den anheimelnden altgermanischen Ton. Wilhelm Grimm war ein genialer Erzähler, der sich in die Psyche der Kinder hineinversetzen konnte. Und für Erwachsene klingt es wie ein Räumen aus der Frühzeit. Mit Recht wurde gerade die Grimmsche Erzählform in viele fremde Sprachen übertragen, mit Recht wollen die Kinder die besten Märchen immer wieder hören, und immer in der gleichen Form.

Und die Vorrede? Sie ist ein ro-

mantischer Irrtum, aber - ein produktiver Irrtum. Das Produkt ist die weltberühmte Gänzeleistung des Erzählers Wilhelm Grimm. Und was das ganz und gar Einzigartige ist: Mit dieser Schöpfung führt Wilhelm Grimm die Menschen schon in frühester Jugend zu wirklicher Literatur! Dieser einmalige Wurf ist mit keinerlei „Kinderbüchern“ vergleichbar. Von Zeit zu Zeit taucht irgendein Trottel auf, der uns erklären will, daß diese Märchen kein geeignetes „Kinderbuch“ seien!

Jacob Grimm, von Hause aus Jurist, hat sich in jener Zeit, als universale Bildung noch nichts Seltenes war, der historischen Sprach- und Literaturforschung zugewandt. Selbstverständlich war er nicht der erste. Die Lautverschiebung war schon bekannt, aber Jacob kam hinter ihre Gesetzmäßigkeit. Und der hochgelehrte, wenig jüngere Karl Lachmann leistete als Althilologe und Germanist Bedeutendes in textkritischer Philologie. Die Germanistik war also keine trockene Wüste. Doch der unvorstellbar arbeitswütige Jacob Grimm leistete auf dem Gebiet der Sprache derart systematische Arbeit, daß alles bis dahin Vorliegende zu bescheidenen Versuchen zusammenschmpfte. Nach den zwei Bänden „Kinder- und Hausmärchen“, die er 1812 und 1814 herausgab, folgte die „Deutsche Grammatik“ in fünf Bänden (eine historisch vergleichende Betrachtung der germanischen Sprachen), die „Deutschen Rechtsaltertümer“, vier Bände „Weis-

Ein Mann verändert die Welt

Wie Konrad Zuse den ersten Computer baute und was er heute über die Folgen seiner Erfindung denkt.

Kostenrechnung
Das klassische Rechnungssystem ist überholt; differenzierte Verfahren vermeiden Fehlinformationen.

Mikrocomputer
Deutsche Manager auf dem Computertip - Trends und Tipps für Einsteiger.

Test
Ein Fragebogen aus den U.S.A. sagt Ihnen, ob Sie ein Unternehmertyp sind.

Japan
Die jungen Manager hatten nicht mehr viel von Opferbereitschaft; der Westen ist ihr Vorbild.

Sekretärinnen
Gute Kräfte gibt es im Überangebot; die Ansprüche der Damen steigen trotzdem.

Management Wissen
Magazin der Führungskräfte.

Management Wissen
Konrad Zuse: Vater des Computers

Das neue Management Wissen gibt es ab sofort beim Bahnhofs-Buchhandel und bei ausgewählten Zeitschriften-Verkaufsstellen.

Oder einfach anfordern bei: Vogel-Verlag, Postfach 6740, D-8700 Würzburg 1

Rotsch gewann Klage beim Arbeitsgericht

WERNER KAHL, Bonn/München

Der unter Beschuldigung der Spionage für den sowjetischen Geheimdienst inhaftierte leitende Angestellte von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Manfred Rotsch, hat vor dem Arbeitsrichter die Klage wegen seiner fristlosen Kündigung gewonnen. Auf Antrag des mutmaßlichen Spitzenagenten stellte das Münchener Arbeitsgericht in erster Instanz fest, die Kündigung sei unwirksam, teilte Rotsch-Anwalt Schulz-Arensdorff auf Anfrage der WELT mit.

Bei seiner Entscheidung zugunsten des Klägers berücksichtigte das Gericht unter anderem die verfassungsrechtliche Unschuldsvermutung bis zum Nachweis der Schuld. Die unmittelbare nach der Verhaftung des Konstrukteurs im September 1984 vorgetragenen Kündigungsgründe wurden demzufolge nicht für ausreichend erachtet. Der 60-jährige stellvertretende Abteilungsleiter, der bei dem internationalen Luft- und Raumfahrtunternehmen eine Vertrauensstellung innehatte, wurde vierzehn Tage vor seiner vorzeitigen Pensionierung verhaftet. In der schlagzeilenträchtigen Affäre steht seitdem die Frage im Mittelpunkt, ob Rotsch militärisch wichtige Projekte wie Teile des Mehrkampfflugzeuges „Tornado“ verraten hat.

In der ersten Vernehmungsphase, die von Oktober bis Anfang Dezember dauerte, hat Rotsch zwar den Experten des Bundeskriminalamtes und der Bundesanwaltschaft gestanden, daß er als Agent des östlichen Nachrichtendienstes in den Westen gekommen war. Seinen Angaben zufolge wurde er als Absolvent der Dresdner Technischen Hochschule zur Mitarbeit benötigt, nachdem angeblich dem Geheimdienst die Absicht von Rotsch zu Ohren gekommen war, daß er sich im Westen eine Existenz schaffen wollte; Rotsch räumte in der Vernehmung jetzt jedoch lediglich ein, er habe keine geheimen Projekte an den Osten weitergegeben.

In Bonn beginnt für den ehemaligen MBB-Konstrukteur in der kommenden Woche die nächste Vernehmungsphase. Dann geht es um Details der Aufträge durch den östlichen Geheimdienst. Schachspieler Rotsch erhielt inzwischen in der Bonner Haftanstalt eine ungewöhnliche Vergünstigung: Er darf fernsehen.

Vorstoß gegen „Sozialhilfe- Tourismus“

DW, Berlin

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) unternahm jetzt einen politisch brisanten Vorstoß: Er forderte angesichts der „nicht abbreitenden“ Einreise von Polen in die Bundesrepublik Deutschland, die bisher übliche Duldung dieser Asylantragsteller aus dem Ostblock zu überprüfen. Lummer sprach in diesem Zusammenhang von einem „Sozialhilfe-Tourismus“.

Dieser Entwicklung müsse „wirksam entgegengetreten“ werden, sagte der Senator und Bürgermeister. Zugleich regte er an, die noch aus dem Jahre 1983 stammenden Beschlüsse der Länderinnenminister zu überprüfen. Sie schreiben vor, daß kein Ostblockflüchtling zurückgeschickt werden darf. Die jeweiligen Fluchtgründe spielen dabei keine Rolle.

In seiner Erklärung gibt Lummer zu bedenken, „ob im Sinne einer Gleichbehandlung aller Flüchtlinge und Asylbewerber eine Bevorzugung zum Beispiel der Polen weiter angemessen ist“.

Es gebe keinen anderen Weg, als den 18 Jahre alten Ministerbeschluss „den seither eingetretenen Veränderungen anzupassen“. Die damalige Entscheidung beruhe auf „zwischenzeitlich überholten Vorstellungen“. Lummer wies zugleich darauf hin, daß sich seine Kollegen bereits darauf verständigt hätten, wie Mißbrauchsfälle zu behandeln seien: „Die Entscheidung liegt jetzt bei der Ministerpräsidenten-Konferenz“.

Allein in Berlin leben rund 11 000 Polen. Nach Angaben der Innenverwaltung bezieht von ihnen nahezu jeder fünfte – also mehr als 2000 Menschen – Sozialhilfe. Vor allem in der DDR gibt es einen weitverbreiteten Unmut über polnische Asylantragsteller, die häufig zunächst als Gast- oder Gelegenheitsarbeiter in den Westen kommen und oft als „Pendler“ nach entsprechendem D-Mark-Erwerb in die Heimat zurückkehren.

Die WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„DDR“-Übersiedler beeindruckt von freundlicher Aufnahme im Westen

Erste repräsentative Befragung / 18 Prozent hatten nach drei Wochen einen Arbeitsplatz

hvk, Berlin/Bonn
Nicht die oft unvorstellbare Konsumwelt, sondern die freundliche Aufnahme durch Kollegen, Nachbarn oder Bekannte beeindruckt die „DDR“-Übersiedler am meisten. Den stärksten Anstoß erregt die Bürokratie, von der sich viele überfordert fühlen. Ein Fünftel der Neu-Bürger aus dem anderen Teil Deutschlands hatte nach drei Wochen schon Arbeit. Bei den Ausreisegründen stehen „fehlende Meinungsfreiheit“ (71 Prozent) und „politischer Druck“ (66) weit vor Reisebeschränkungen (66) und der Versorgungslage (46).

Dies sind Ergebnisse der ersten repräsentativen Befragung unter den rund 10 000 „DDR“-Übersiedlern dieses Jahres. Die Erhebung stammt von Dr. Anne Köhler (Institut Kommunikationsforschung München) und Professor Volker Ronge (Universität Wuppertal). Das „Deutschland-Archiv“ veröffentlicht jetzt die ersten Resultate der mehrteiligen Befragungsserie. Die beiden Wissenschaftler hatten im Frühjahr 1984 im Aufnahmelaager Gießen 2000 Fragebögen an über 18 Jahre alte Übersiedler verteilt.

Die Empfänger seien repräsentativ für das gesamte Spektrum der Neuzugewanderten gewesen, heißt es im Bericht der beiden Sozialforscher, die eine Reihe grundsätzlicher Feststellungen machten:

- Mehr als ein Drittel der Übersiedler war noch keine 30 Jahre alt.
- Es sind, im Verhältnis zur „DDR“-Bevölkerung, überproportional viele Männer in den Westen gekommen.
- Fast jeder dritte Übersiedler steht im Westen nicht mutterselbstlos vor einem neuen Anfang. Nahezu jeder dritte hat enge, über die Hälfte hat zumindest entfernte Verwandte in der Bundesrepublik.
- Überproportional viele Übersiedler wohnten vorher im Bezirk Dresden. Dort kann aus technischen Gründen kein West-Fernsehen empfangen werden.
- 90 Prozent der Übersiedler waren vorher berufstätig. Ein Drittel besitzt das Abiturzeugnis, jeder zehnte hatte ein Studium absolviert.

Im „Deutschland-Archiv“ schreiben die Autoren: „Mit leichtem Übergewicht besetzt sind die Motive „feh-

lende Meinungsfreiheit“ und politischer Druck“ in der DDR. Mehr als die Hälfte gab aber auch die „beschränkten Reisemöglichkeiten“ als Motiv an. Je nach dem formalen Bildungsniveau ließen sich typische Motivmuster feststellen: „Bei niedrigem Bildungsniveau spielten „materielle“ Ausreisemotive eine relativ größere Rolle, während bei höherem Bildungsniveau die immateriellen „Motiv“ alle anderen eher verdrängten.“

Als Folgen des Ausreisetrages führten die Befragten auf „Hausdurchsuchungen, Bespitzelungen, Wahlverbot, Post- und Telefonüberwachung, Reisereisewarnungen, schlechte medizinische Versorgung.“

Die Untersuchung erhellte die stark ausgeprägte Arbeitsmotivation der Übersiedler und ihre berufliche „Ich-Stärke“. Fast alle Übersiedler hielten sich bei den Feldern Arbeitsplatz und Wohnungssuche die Waage. Zu den stärksten ersten West-Eindrücken zählte beispielsweise auch die saubere Erscheinungsbild vieler Städte und das ausgebaute Verkehrssystem.

Im „Deutschland-Archiv“ schreiben die Autoren: „Mit leichtem Übergewicht besetzt sind die Motive „feh-

Herzog: Gefahren für Verfassung

„Entscheidungen der Karlsruher Richter dürfen nicht konterkariert werden“

AP/DW, Köln

Vor einer Mißachtung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hat dessen Vizepräsident Roman Herzog gewarnt. Auch wenn die Urteile heute noch von der überlegenen Mehrheit der Bürger als endgültig anerkannt würden, so sei doch nach den Erfahrungen der vergangenen Monate nicht auszuschließen, daß sich dies in den nächsten Jahren ändern werde, sagte Herzog am Sonntag in einem Interview des Deutschlandfunks. Dies wäre eine ungemein gefährliche Entwicklung.

Herzog, der 1987 zum Präsidenten des höchsten Gerichts der Bundesrepublik Deutschland aufsteigen soll, erläuterte: „Kritik verleiht auch ein Gericht. Nur das eine verleiht es nicht: Wenn sich eine wirklich große Anzahl von Bürgern, mehrere Prozent, nicht nur von den Sprüchen dieses Gerichts nicht imponieren lassen – das muß keiner –, sondern wenn sie sie auch ausdrücklich konterkarieren.“

Das würde dieses Gericht und damit unsere Verfassung nicht verletzen.“

Herzog begrüßte es, daß sich das Bundesverfassungsgericht in seinen jüngsten Entscheidungen in politischen Fragen eine größere Zurückhaltung auferlegt habe als bei den früheren Urteilen: „Ich halte diese Entwicklung für richtig und muß sagen, wahrscheinlich sind wir hier auf einem guten Wege.“ Das Bundesverfassungsgericht dürfe nicht selber Politik machen.

Zunächst einmal, so erläuterte Herzog, entschieden die politischen Instanzen, Regierung und Parlament. Das Verfassungsgericht habe allenfalls Korrekturen anzubringen. Es könne nie sagen, welche Politik falsch sei; es könne lediglich sagen, ob die Politik, die gemacht worden ist, mit dem Grundgesetz übereinstimmt. Wenn etwas das Gütesiegel nicht ver-

Kassen wollen Ärzten die Zähne zeigen

AOK-Chef Heitzer fordert umfassende Strukturreform

PETER JENTSCH, München

Für eine umfassende Strukturreform der Krankenversicherung hat sich der Vorsitzende des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO), Wilhelm Heitzer, ausgesprochen. In einem Gespräch mit der WELT erklärte Heitzer, allein durch die Ärzteschwemme kämen auf die Krankenkassen bis 1990 zusätzliche Kosten von 45 Milliarden Mark zu. Diese Summe könne nicht mehr beitragsneutral finanziert werden. Es stelle sich daher die Frage, ob man aus dem heutigen 16-Prozent-Anteil des Gesundheitswesens am Bruttoinlandsprodukt 20 Prozent machen wolle oder ob man bereit sei, das System an Haupt- und Gliedern zu reformieren. Ein Verzicht auf die Reform erhöhe aber die Soziallast und führe allmählich zur „Entsorgung der Lohnempfänger“.

Heitzer sprach sich für kurzfristige Konsolidierungsmaßnahmen im Arztnetz und langfristig wirksame strukturelle Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung aus (siehe WELT vom 28. Dezember). So könnten etwa im Arztnetz vier Milliarden durch die Einführung einer Preisobergrenze kurzfristig vier Milliarden Mark gespart werden.

Entscheiden wandle er sich gegen Überlegungen, die Krankenversicherung durch „Kostenverlagerungsmodelle in Form von Selbstbeteiligung“ sanieren zu wollen. „So lange Lohn die Grundlage für die sozialen Leistungen ist, führt die Mehrbelastung des einzelnen nicht zu einem Mehr an Lebensqualität oder Gesundheit.“

Schon die bisherige Selbstbeteiligung etwa in Form der Zuzahlungen beim Krankenhaus oder Kuraufenthalt und der Zwölftelung der Weh-nachtsgratifikation habe kaum kostendämpfend gewirkt, dafür aber die Arbeitgeber erheblich belastet, die ihren Mitarbeitern den Nettolohn ausfallen durch höhere Gratifikationen ausgingen. Auch eine weitgehende Selbstbeteiligung schaffe keine Kostensteuerung, weil wegen der sozialen Belastung Ausnahmen geschaffen werden müßten, so daß nur noch 20 bis 25 Prozent der Versicherten von der Selbstbeteiligung betroffen wären.

Als „dringendstes Problem“ nannte Heitzer die Ärzteschwemme. Bis

1990 ließen sich 30 000 neue Mediziner in freier Praxis nieder. Er forderte den Gesetzgeber auf, entweder den Zugang zum Studium durch eine Änderung der Kapazitätsverordnung zu erschweren, um die Studientzahlen auf die Hälfte zurückzuführen, oder im Anschluß an das Studium ein Auswahlverfahren einzuführen. „Ausgerechnet im Gesundheitswesen soll ein Mediziner nach dem Studium Anspruch auf Arbeitsplatz und Einkommen haben. Dafür ist die soziale Krankenversicherung nicht geschaffen worden.“ Das sei auch keine verfassungsrechtliche Frage, denn faktisch habe ein Jurist, der nach seinem Studium keine Stelle finde, bezogen auf sein Studium auch „ein Berufsverbot“.

Heitzer sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Stärkung der „Allgemeinmedizin“ durch eine Änderung der Ausbildungsordnung aus. So sei es notwendig, daß der künftige Arzt lerne, die Krankheiten zu behandeln, die in der Kassenarztpraxis auf ihn zukommen. Im Krankenhaus würden nur zehn Prozent aller Krankheiten behandelt; folglich müsse die Ausbildung auch in der ambulanten Praxis stattfinden. Heitzer: „Die Krankenkassen sind bereit, diese Ausbildungskosten zu übernehmen.“ Gleichzeitig forderte er ein dreiphasiges Praktikum in der Leistungsabteilung einer Krankenversicherung, „damit die Mediziner lernen, daß alles, was sie tun, Geld kostet“.

Auf die hohe Zahl der Apotheker in der Bundesrepublik angesprochen, sagte Heitzer: „Wir haben 17 000 Apotheken, von denen ein erheblicher Teil „Ein-Mann-Apotheken“ sind. Diese Apotheken können keinen Versorgungsauftrag erfüllen. Deshalb sollte der Gesetzgeber unsere Forderung in das Apothekengesetz aufnehmen, daß eine Apotheke siebenmal in der Woche rund um die Uhr mit einem gelernten Apotheker besetzt sein muß. Dann gibt es morgen keine 17 000 Apotheken mehr, sondern höchstens noch 10 000.“

Auch den Zahnärzten wollen die Ortskrankenkassen nach Heitzers Worten „die Zähne zeigen“. Bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen soll der Punkt für die Honorarberechnung um 30 bis 40 Prozent gesenkt und für die kommenden zwei Jahre eingefroren werden.

Mit seinem „Modell Hessen“ hat Börner die SPD tief verunsichert

Von D. GURATZSCH

Man kann es drehen und wenden wie man will. Das Jahr 1984 hat einen der begabtesten Politiker der Bundesrepublik um seinen Ruf gebracht. Holger Börner, der hessische Ministerpräsident, der viel Geschick bewiesen hat, seine sozialdemokratische Partei in Hessen, seinen inneren Stamm- und Kernländer, durch die Klippen zu steuern, ist dabei zuletzt doch noch mit seinem Regierungsschiff auf Grund gelaufen.

Der Haushaltsplan für 1985 mußte zurückgestellt werden, weil es aussichtslos war, dafür im Hessischen Landtag eine Mehrheit zu finden. Das Bündnis mit den Grünen ist zerbrochen. Wichtige Regierungsvorhaben, mit denen Börner die „Architektur einer neuen Politik“ demonstrieren und ein „Gegengewicht zu Bonn“ setzen wollte, bewegen sich so sehr am Rande der Gesetzmäßigkeit, daß Börner die Anrufung von Gerichten, das Einschreiten der Bundesregierung, Konflikte mit anderen Bundesländern, mit der Wirtschaft, mit der eigenen Verwaltung, mit den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern, der treuen alten Wählerschaft seiner Partei, befürchten muß. Aber auch die Umweltschützer hat sich der Ministerpräsident zuletzt noch zu Gegenpartei gemacht. Die Architektur der neuen Politik ist am Jahresende ein Trümmerfeld.

Damit hat Börner das wichtigste Etappenziel seiner Politik für 1984 verfehlt: eine günstige Ausgangsposition für die hessische Kommunalwahl vom 10. März 1985, die zur Testwahl für die neue Politik werden sollte, zu erringen. Die Erarbeitung eines brauchbaren Modells für die vom Parteivorsitzenden Willy Brandt der SPD als Zukunftsvision empfohlenen „Mehrheit jenseits der Union“ unter Einbezug der Grünen, der Friedens- und Frauenbewegung mißlang. Börner muß, wenn es nicht wirklich noch zu einem neuen Parteienpakt vor den Wahlen kommt, mit einer tief verunsicherten SPD gegen alle drei anderen Parteien in den Wahlkampf ziehen.

Sein gescheitertes Regierungsmodell wird dabei die schlechteste Wahlreklame für ihn sein. Hinzu kommt, daß Börners Beispiel bundesweit Zweifel sät, denn auch die SPD-Führer in anderen Bundesländern müßten seine rot-grüne „Beziehungskiste“ zunehmend als Belastung empfinden – besonders in jenen Ländern, in denen ebenfalls Wahlen bevorstehen: Nordrhein-Westfalen, Saarland und Berlin.

In der Rückschau auf das Jahr 1984 erweist sich, wie Börner in der Ab-

hängigkeit von den Grünen seinen Entscheidungsspielraum zunehmend eingebüßt hat und wie er dabei in eine passive Rolle gedrängt worden ist. Das hatte sich bereits in den berühmten „Gesprächen“ zwischen Sozialdemokraten und Grünen abgezeichnet, von denen die Grünen die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung abhängig gemacht hatten. Börner hatte sich zur Aufnahme dieser Gespräche am 14. November 1983 entschlossen, weil er bei den Wahlen sieben Wochen zuvor die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Verhandlungsangebote von CDU und FDP schlug er aus.

Aber wie sehr staunten die Grünen, als die mit Aktenordnern und Referenten anrückende SPD-Delegation kaum eigene Programmpunkte in die sechs Monate währenden Verhandlungen einbrachte. Die Grünen entwickelten ihre Ideen und Forderungen, und Börners Leute machten fleißig Notizen. Am Ende wurde an einigen Punkten „Dissens“ festgestellt. Auf den großen programmatischen Wurf von Börners Crew warteten die Alternativen vergebens.

Dann hatte die Zitterpartei mit den Landesmitgliederversammlungen der Grünen begonnen – eine völlig neue Erfahrung für die an Parteifusion und Organisation gewöhnten Sozialdemokraten. Bei den Grünen hing die Entscheidung über die Billigung der Verhandlungsergebnisse von zufällig auf den Landesversammlungen anwesenden Parteimitgliedern ab – eine Tatsache, die die SPD-Führung

völlig unbefleckt hervorgehen zu können.

CDU und FDP sind begreiflicherweise entschlossen, gerade diese Wähler in ihren Zweifeln zu bestärken und ihnen die Alternative einer konstruktiven Verbindung der SPD mit den Rechtsparteien vor Augen zu führen. Börners Politik des „Gegengewichts zu Bonn“, so ihr Argument, sei auf allen wesentlichen Gebieten gescheitert. Zur Begründung fiel dem CDU-Generalsekretär Manfred Kanther auf der letzten Landtagssitzung aus dem Steigriegl eine ganze Liste von Beispielen ein:

- In der **Ausländerpolitik** habe Börner auf Druck der Grünen Henssens Grenzen aufgemacht und werde erleben müssen, „daß binnen kurzem ein Bundesausländergesetz verabschiedet wird, das ihnen diese Spargänge abschneidet“.
- Seine „angewandte Arbeitsmarktpolitik“ sehe so aus, daß er zum zweifachen keinen Haushalt in Hessen bekommen werde.
- Mit seiner **Müllpolitik** habe er die Länder Bayern und Baden-Württemberg aus der Solidarität in der Abfallentsorgung hinausgetrieben und die Städte Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und den Main-Taunus-Kreis gegen sich aufgebracht.
- Beim Genehmigungsverfahren für die **Hanauer Nuklearkraftwerke** Alkm und Nukem habe er sich eine „massive Weisung“ des Bundesinnenministers eingehandelt.
- Gegen sein mit den Grünen verabsehendes **Personalvertretungsgesetz** werde die Bundesregierung Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben.

Die eigentliche Raffinesse der Rede Kanthers lag indessen darin, daß sie sich nicht auf diese Vorhaltungen beschränkte, sondern daß sie in dem Angebot gipfelte, das zuvor bereits der CDU-Landesvorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann unterbreitet hatte: Um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, sei die CDU bereit, mit Börner eine Große Koalition zu schließen.

Auf dieses Angebot hat Börner bis heute keine Antwort gefunden. Er verhandelt inzwischen zwar mit allen drei Parteien, wird aber vom linken SPD-Bezirk Hessen-Stüd bedrängt, alles „nur Mögliche“ zu tun, um die Zusammenarbeit mit den Grünen wieder aufzunehmen. Für den Politiker Börner ist die Bilanz ernüchternd. Aus einem Gestalter der Politik ist ein Geschobener und Gezogener geworden, dessen kraftvollste politische Äußerung 1984 ein Nein war – die Ablehnung des Medien-Staatsvertrages.

Landesbericht Hessen

jedesmal zwang, in letzter Minute noch immer ein „Bonbon“ draufzugeben, um so das Ansehen der grünen Verhandlungspartner bei der kritisch-mürrischen grünen „Basis“ aufzuwerten und die erzielten Verhandlungsergebnisse zu sichern.

Im Ringen um Positionen und Argumente hatte es lange Zeit so ausgesehen, als sei der Bruch zwischen SPD und Grünen am Ende doch nichts anderes als eine zwischen in Hessen wohlvertraute taktische Variante beim Werben um die Gunst der Wähler. Diesmal nun aber scheint die Taktik ihres Meisters selbst eingeholt zu haben. Zu eng und trübselig umschlungen wandelten SPD und Grüne in den vergangenen Wochen und Monaten durch Hessens politische Landschaft, um aus ihrem Krach nun



Zum Jahreswechsel: Sind 10 Milliarden ein Grund zum Feiern?

Unsere Bilanzsumme überschreitet die 10-Milliarden-DM-Grenze. Ist das ein Grund, zu Silvester darauf anzustoßen? Wir meinen ja. Denn einerseits sind zehn Milliarden eine so markante Zahl – wie ein runder Geburtstag, den man eben feiert. Andererseits ist die Bilanzsumme eines Kreditinstituts zugleich Barometer des Vertrauens. Und für zehn Milliarden Mark Vertrauen – das ist schon eine ganze Menge. Also.

Wir grüßen zum Jahreswechsel mit einem Dankeschön alle, die diesen Erfolg ermöglicht haben und wünschen ein gutes, glückliches Jahr 1985.

Nassauische Sparkasse

Ärzten

sende Struktur...

beffen sich 30 000 neue...

ter sprach sich in dem...

die hohe Zahl der...

ssen" ha

unsicher

unbelegt: beruht...

den angewandte Inter...

den seit dem mit dem...

den seit dem mit dem...

Wieder zwei Anschläge auf US-Einrichtungen

Bundesanwalt sieht Zusammenhang mit RAF-Hungerstreik

DW, Bonn
Die Serie der jüngsten Terroranschläge hat in der Nacht zum Sonntag mit zwei Angriffen auf amerikanische Einrichtungen ihre Fortsetzung gefunden. Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine amerikanische Sendeanlage in Mannheim entstand nach Polizeiangaben Sachschaden in Höhe von etwa 300 000 Mark. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Auf eine Bürobaracke der US-Armee in Düsseldorf wurde am Sonntagmorgen ein Sprengstoffanschlag verübt, bei dem ein Sachschaden von etwa 50 000 Mark entstand. Ein bei der Explosion ausgebrochener Brand konnte von der Feuerwehr rasch gelöscht werden, berichtete ein Polizeisprecher. Den bisherigen Ermittlungen zufolge muß sich der Sprengsatz der vermutlich in einem Feuerlöscher versteckt war, in einem Büro des eingeschossigen Gebäudes befunden haben. Die Baracke der amerikanischen Streitkräfte steht auf einem nicht abgesperrten Gelände der britischen Rhein-Armee inmitten eines Wohngebietes. Es wurde jedoch niemand verletzt. In beiden Fällen liegen bisher keine Motive und Hinweise auf Täter vor.

Mit den Ermittlungen wurden nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Landes kriminalämter in Düsseldorf und Stuttgart beauftragt. Die Karlsruher Behörde selbst habe sich bisher nicht eingeschaltet, weil die Anschläge noch keinem Täterkreis zugeordnet werden können.

Die Ermittlungen wegen des versuchten Brandanschlags, der am Wochenende eine Lagerhalle der US-Luftwaffe in Wiesbaden treffen sollte, hat der Generalbundesanwalt dagegen inzwischen übernommen. Der Brandanschlag, dessen Sprengkraft die Polizei nicht bekanntgab, wurde in einer Tasche entdeckt und konnte vor der Explosion entschärft werden. Aus Bekenntnissen zu diesem Anschlag geht hervor, daß die Attentäter mit dem im Hungerstreik befindlichen Häftlingen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) sympathisieren, erklärte die Polizei.

Auch die Ermittlungen wegen des am ersten Weihnachtstag verübten Sprengstoffanschlags auf das regionale Rechenzentrum in Reutlingen führt die Bundesanwaltschaft. Damal hatte sich, wie die Behörde mitteilte, beim „Reutlinger General-An-

zeiger“ eine „Kämpfende Einheit Gudrun Ensslin“ bekannt.

Zu dem versuchten Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der ABC in Mülheim/Ruhr ermittelt ebenfalls der Generalbundesanwalt. Dort war in der Nacht zum 23. Dezember eine fünf Kilogramm schwere selbstgebastete Bombe in einem Feuerlöscher abgestellt worden, auf die in einem Warnruf hingewiesen wurde. Zu diesem Anschlag hat sich eine „Anti-imperialistische Gruppierung“ in einem Schreiben an das Büro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Frankfurt bekannt. Der Bundesanwaltschaft ist nach ihren Aussagen diese Organisation bisher nicht bekannt.

Während der Weihnachtsfeierdetonierten außerdem ein Sprengsatz vor dem türkischen Generalkonsulat in Münster und Unbekannte verübten einen Brandanschlag auf ein amerikanisches Zivilfahrzeug in Herzogenaurach. Der Generalbundesanwalt sieht einen Zusammenhang zwischen dieser Serie von Sprengstoff- und Brandanschlägen und dem Anfang Dezember begonnenen Hungerstreik von 39 inhaftierten mutmaßlichen Mitgliedern der RAF.

Die „Rote Armee Fraktion“ hat sich, wie Oberstaatsanwalt Prechtel von der Bundesanwaltschaft mitteilt, in einem Schreiben an die „Süddeutsche Zeitung“ zu dem versuchten Bombenanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau bekannt. In dem Schreiben heißt es, die RAF habe am 18. Dezember das Hauptgebäude der Schule in die Luft sprengen wollen. Die RAF hatte sich bereits kurz nach der Tat telefonisch bei einem der Chefredakteure der „Süddeutschen Zeitung“ zu diesem Anschlag bekannt.

In dem jüngsten Brief heißt es, die Zeitzunderbombe sei so eingestellt gewesen, daß sie um 9.30 Uhr explodieren sollte, weil sich um diese Zeit die meisten Menschen dort befänden. Das vor dem Schulgebäude abgestellte Auto, in dessen Kofferraum sich 25 Kilogramm Sprengstoff befanden, war jedoch von der amerikanischen Militärpolizei entdeckt worden. Experten des bayerischen Landeskriminalamtes konnten die Rohrbombe entschärfen. Nach den Ermittlungen war der Anschlag an einem technischen Defekt gescheitert: Der Elektrowecker, mit dem die Sprengsätze gezündet werden sollten, war bereits um 5.45 Uhr stöbengeblieben.

Kirche in der CSSR: Prag bleibt unnachgiebig

Verhaftungen von Priestern sprechen gegen „Taufwetter“

GERNOT FACIUS, Bonn

Der von allen tschechoslowakischen Medien groß herausgestellte Briefwechsel zwischen Staatspräsident Gustav Husak und dem Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek zum Jahreswechsel hat Kommentatoren im Westen zu der Prognose inspiriert, hier bähne sich so etwas wie ein „Taufwetter“ im Verhältnis zwischen Staat und Kirche an. Die Verhaftungswelle von Priestern in der CSSR, vor allem unter den Franziskaner-Mönchen, spricht eher gegen diese kühne These. Und auch Husak selber hat in seiner Antwort auf den Weihnachtsbrief seines Nachbarn auf dem Hradstchin unter Berufung auf die Verfassung der Tschechoslowakei nur von einer „anbahnenden Garantie der Religionsfreiheit“ gesprochen.

Das „Zugeständnis“

Gerade die Verfassung ist es, die die Beziehungen zwischen Staat und Kirche einem Dauerkonflikt überantwortet. „Die gesamte Erziehung und jeglicher Unterricht beruhen auf der wissenschaftlichen Weltanschauung“, bestimmt Artikel 24, Absatz 3. Husak selber hat die „wissenschaftlich-atheistische Erziehung“ in einem Maße forciert, das die ZK-Monatschrift „Nová mysl“ 1981 formulieren konnte: „Wir wollen nicht, daß die Gläubigen nur Ungläubige werden; das ist nur die negative Seite der Aufgabe. Wir wollen unseren Mitbürgern auf dem Weg zu einem bewußten, auf der marxistisch-leninistischen Weltanschauung beruhenden Bürgersinn behilflich sein.“ Dieser Sicht der Dinge steht keineswegs entgegen, daß in den Schulen des Landes ein religiöser Unterricht möglich ist. Aber dieses „Zugeständnis“ hietet, wie der Ostblock-Kirchenexperte Professor Josef Rabas erst in diesen Tagen darlegte, „ein Instrument mehr, um einerseits über eine wachsende Kontrolle dieses schulisches Religionsunterrichts zu verfügen, andererseits begründet er damit das Recht, jede andere Form einer christlichen Unterweisung außerhalb der Schule durch die Kirchen, etwa in einem Gotteshaus, zu unterbinden“.

Ausgangspunkt und Schlüssel für alle antikirchlichen Entscheidungen ist aber das „Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften“, es bindet

jedliche Betätigung an das vorherige Ja des Staates. Gerichte berufen sich zudem immer mehr auf den Paragraphen 178 des Strafrechtsbuches, wonach jeder bestraft wird, der die „staatliche Aufsicht über die Kirchen und Religionsgemeinschaften“ verletzt oder erschwert. Es gibt praktisch gegen jede kirchliche Tätigkeit außerhalb des vom Staat eng gezogenen Rahmens eine juristische Handhabe. Es wäre naiv anzunehmen, daß ein Mann wie Husak von diesen Eingriffsmöglichkeiten abrücken würde.

Überhaupt sprechen die Fakten gegen eine mehr als vordergründige Veränderung in der staatlichen Religionspolitik. Am schlimmsten ist die Situation in der böhmischen Kirchenprovinz. In den vier Diözesen amtieren derzeit ein einziger ordnungsgemäß berufener Bischof, der 65jährige Erzbischof von Prag, Tomasek. Nur einmal, so Rabas, war es gelungen, Bischöfe zu ernennen, im Frühjahr 1973. Die inzwischen zu wiederholten Malen vorgeschlagenen Kandidaten fanden nicht das Wohlwollen der Machthaber auf dem Hradstchin.

Was das Regime will

Das Regime möchte Mitglieder der parteinahen Priestervereine „Pacem in Terris“ mit der Bischofswürde betrauen sehen. Dagegen sperrt sich der Vatikan. Papst Johannes Paul II. hat 1982 ein Verdict gegen diese Priestervereine erlassen, eine Stützung der Position des greisen Prager Erzbischofs. Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Prag haben seitdem keine Fortschritte gebracht. Das Regime läßt von Fall zu Fall die Idee einer von Rom unabhängigen „Nationalkirche“ lancieren. Dieser Gedanke ist freilich nicht neu, denn bereits im „Revolutionsjahr“ 1948 wurden von der Parteilitze derartige Überlegungen angestellt. Sie wurden nie weiter verfolgt.

Professor Rabas in seinem jetzt vorgelegten Dokument „Kirche in Fesseln“. „Ein solcher Versuch kann heute von vornherein als zum Scheitern verurteilt werden: Die Menschen sind heute in der Tschechoslowakei nicht mehr so eingeschüchtert wie unmittelbar nach dem Februar 1948 und zu Beginn der fünfziger Jahre. Der Versuch, eine romfreie katholische Kirche in der Tschechoslowakei heute zu etablieren, würde mit einem Flakko enden.“

Japan will Handelskrieg mit den USA vermeiden

Nakasone trifft Reagan / Engere militärische Kooperation

FRED DE LA TROBE, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone fliegt am Neujahrstag nach Los Angeles. Er wird dort am 2. Januar mit Präsident Ronald Reagan zusammentreffen. Der Besuch steht im Zeichen harmonischer Beziehungen beider Länder im politischen und militärischen Bereich, ist aber auch gleichzeitig von sich verschärfenden wirtschaftlichen Gegensätzen überschattet.

Die Initiative zu der Reise, die zeitlich ungewöhnlich in die Hauptfeierzeit Japans fällt, ging von Nakasone aus. Er erklärte, es ginge ihm vor allem darum, einen Handelskonflikt mit Washington zu vermeiden, den die immer höheren Ausfuhrüberschüsse Japans auslösen könnten.

Kampf um Einfluß

Aus Kreisen der liberaldemokratischen Regierungspartei (LDP) ist darüber hinaus zu hören, daß Nakasone das Treffen mit Reagan auch dazu nutzen wolle, seinen Einfluß in der LDP wieder zu stärken, der bei seiner Wiederernennung zum Ministerpräsidenten im vergangenen Monat durch unerwartet große Gegnerschaft geschwächt worden war.

Dem andauernden amerikanischen Wunsch nach größeren japanischen Verteidigungsanstrengungen kann der Premier die gerade von seiner Partei beschlossene siebenprozentige Aufstockung des Militärhaushalts für 1985 entgegenhalten. Damit werden die Rüstungsausgaben im nächsten Jahr voraussichtlich leicht über die bisherige Grenze von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Nakasone will auch Japans „schweigende Unterstützung“ der US-Pläne zur Entwicklung von Weltraumwaffen zusichern.

Ein weiterer Pluspunkt für Tokio ist der neue Strategieplan zur gemeinsamen Verteidigung Japans, den der japanische Generalstabschef und der Befehlshaber der amerikanischen Truppen im fernöstlichen Inselstaat gerade unterzeichnet haben.

Dieser Plan ist zwar streng geheim, aus militärischen Kreisen verlautete aber, daß er die Abwehrmaßnahmen beider Länder im Falle eines konventionellen Angriffs der Sowjetunion auf Japan koordinieren solle und auch die Verstärkung der 50 000 im

Inselreich stationierten US-Soldaten im Kriegsfall vorsehe.

Angesichts des erdrückenden Ausfuhrüberschusses Japans mit den Vereinigten Staaten, der in diesem Jahr auf 105 Milliarden angeschwollen ist (nahezu ein Drittel des gesamten US-Handelsdefizits), steht aber Reagan unter scharfem Druck der Industrie und seines eigenen Stabs, ein ernstes Wort mit Nakasone zu reden.

Darauf angesprochen, hob der Präsident aber sein gutes persönliches Verhältnis zum japanischen Premier hervor: „Wie kann ich gegen einen sehr guten Freund hart werden? Wir haben in unseren Beziehungen große Fortschritte erzielt, doch bleibt noch ein weiter Weg zu gehen, und das weiß auch er.“

Patentlösungen für die wirtschaftlichen Gegensätze, die vor allem strukturell bedingt sind, zeichnen sich nicht ab. Japan könnte allerdings durch größere Bezüge von hochtechnologischen amerikanischen Produkten wie Nachrichtengeräten oder Satelliten die Bilanz verbessern.

Nakasone wird größere Konzessionen in Handelsfragen in seinem Reisegepäck nicht mitführen. Es wird bei allgemeinen Zusagen bleiben, daß Japan seinen Markt noch weiter öffnen werde. Eine Geste, die die Wellen etwas glätten könnte, wird in Tokio allerdings für möglich gehalten: die Zusage, daß die freiwilligen Ausfuhrbeschränkungen nach Amerika für Automobile um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Für nukleare Abrüstung

Vor seiner Abreise sagte Nakasone, er werde Reagan ein baldiges Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Staatschef Tschernenko nahelegen. Tokio werde sich bemühen, ein politisches Klima herzustellen, das eine solche Zusammenkunft erleichtern könne. Er wolle mitwirken, 1985 zu einem für den Weltfrieden und die nukleare Abrüstung historischen Jahr zu machen.

Gleichzeitig will der Ministerpräsident aber auch Japans Anspruch geltend machen, daß eine eventuelle Abrüstungsvereinbarung mit Moskau nicht zu Lasten Süd- und Ostasiens geht. Tokio sortiert sich nach wie vor, daß die Sowjets bei einem solchen Abkommen Teile ihrer in Europa stationierten SS-20-Raketen nach Sibirien und in die sowjetische Fernostprovinz verlegen werden. (SAD)

Raketen fünf Nächte lang auf Kabul abgefeuert

DW, Islamabad

Afghanische Freikämpfer haben mindestens fünf Nächte lang hintereinander die Hauptstadt Kabul mit Raketen beschossen. Dies teilten westliche Diplomaten in Islamabad mit. Nach Angaben von Mudschaddin in Peschawar wurden bei den Raketenangriffen mindestens zwölf sowjetische und afghanische Soldaten getötet. Die Angriffe hätten am Montag vor einer Woche begonnen, erklärte die Diplomaten. Trotz verschärfter Sicherheitsvorkehrungen anlässlich des 5. Jahrestages des Zinmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan am 27. Dezember seien die Angriffe bis mindestens Freitag fortgesetzt worden.

In Erwartung dieser Angriffe waren in Kabul an mehreren Stellen Gräben ausgehoben und auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht worden. Die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten lagen in Alarmbereitschaft. Überall an den Stadtengängen wurden die Kontrollen verschärft. Nach Angaben der britischen Nachrichtenagentur Reuters sind die afghanischen Freikämpfer seit kurzem mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen ausgerüstet. Auf welchem Weg diese Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakan-Korridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen afghanischen Landstreifens durch die Sowjetunion unmöglich. Wie in Peschawar verlautete, vertrieben die Russen schon vor zwei Jahren etwa die Hälfte der angestammten Bewohner Wakhans.

888 Millionen Mark Mietschulden

SAD, London

Englands Sozialmieter haben gegenüber dem Staat Mietschulden von nicht weniger als 888 Millionen Mark. Allein in London konnten die Mieter von 350 000 Sozialwohnungen ihre Miete nicht mehr bezahlen; allein der Londoner Mietschuldenberg erreicht 410 Millionen Mark. Die Gesamtzahl der nicht pünktlich zahlenden Sozialmieter liegt jetzt bei einer Million. Einige „rote“ Rathäuser, in denen die Labour Party regiert, lassen die Mietrückstände ganz bewußt aufaufen, um der konservativen Regierung die „Katastrophe“ ihrer Wirtschaftspolitik vor Augen zu führen.

Die erfolgreichsten Wertpapiere 1984:

Pfandbriefe und Kommunalobligationen.

Seit Jahren sind Pfandbriefe und Kommunalobligationen die erfolgreichsten deutschen Wertpapiere. Auch in diesem Jahr haben sich unsere Kunden für Sicherheit und hohe Zinsen entschieden und mehr als 80 Mrd. DM in unseren Papieren angelegt.

Für dieses Vertrauen bedanken wir uns und wünschen unseren Sparern ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr.

Allgemeine Hypothekendarlehen AG, Savignystraße 43, 6000 Frankfurt 1
Bayerische Kommunale Landbank - Girozentrale - Augustenstraße 33, 8000 München 1
Bayerische Hypothekendarlehen AG, Thurnisen 11, 8000 München 2
Bayerische Landesbank Girozentrale, Reissnerstraße 20, 8000 München 2
Bayerische Vereinsbank AG, Kaiser-Wilhelm-Straße 1 u. 14, 8000 München 1
Berliner Pfandbrief-Bank, Rudowstraße 1-3, 1000 Berlin 30
Braunschweig-Hannoversche Hypothekendarlehen AG, Landstraßenstraße 8, 3000 Hannover 1
Braunschweigisches Finanzwirtschaftliches Kreditinstitut, Leibnizstraße 2, 3340 Wolfenbüttel
Deutsche Landesbank Kreditanstalt Oldenburg, -Girozentrale-, Domstraße 26, 2800 Bremen 1
Deutsche Pfandbrief-Anstalt, Wiesbaden-Berlin, Paulusstraße 15, 6300 Wiesbaden 1
DSL Bank, Berlin-Bonn, Kennedy-Allee 62-70, 1000 Bonn 2
Frankfurter Hypothekendarlehen AG, Tannhäuserstraße 9, 6000 Frankfurt 1
Hamburgische Landesbank Girozentrale, Gerhart-Hauptmann-Platz 50, 2000 Hamburg 1
Heidelberger Pfandbrief-Bank - Girozentrale -, Jungbühlerstraße 18-20, 6900 Frankfurt 1
Hypothekendarlehen in Hamburg AG, Holte Bleicken 17, 2000 Hamburg 30
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale, Große Bleiche 54/56, 6500 Mainz 1
Landesbank Saar Girozentrale, Urselmenstraße 2, 6600 Saarbrücken
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Martensdamm 6, 2300 Kiel 1
Landesbank Stuttgart Württembergische Kommunale Landbank Girozentrale, Lautenschlagerstraße 2, 7000 Stuttgart 1
Länder-Kreditbank Baden-Württemberg, Schloßplatz 10-12, 7500 Karlsruhe 1
Landwirtschaftliche Rentenbank, Hockstraße 2, 6000 Frankfurt 1
Löbcher Hypothekendarlehen AG, Schwartauer Allee 107-109, 2400 Lübeck 1
Münchener Hypothekendarlehen AG, Neuhofstraße 12, 8000 München 2
Norddeutsche Hypothekendarlehen- und Wechselbank AG, Domstraße 9, 2000 Hamburg 1
Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Braunschweig-Hannover, Nord/LB-Zentrum, 3300 Braunschweig, Georgplatz 1, 3000 Hannover 1
Pfälzische Hypothekendarlehen AG, An der Rheinmühle 1, 6700 Ludwigshafen
Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG, Unter Sachsenhausen 2, 5000 Köln 1
Rheinische Hypothekendarlehen AG, Tannhäuserstraße 3, 6000 Frankfurt 1
Kaiser-Wilhelm-Ring (P-2), 5000 Köln 1, A 2, 1. 6000 Mannheim 1
Rheinisch-Westfälische Kreditanstalt, Städt. Anhalterstraße 3-5, 2160 Sude
Schleswig-Holsteinische Landbank, Martensdamm 2, 2300 Kiel 1
Süddeutsche Boden-Credit-Bank AG, Oranienstraße 21, 8000 München 2
Vereinbank in Nürnberg AG, Martensstraße 1, 8300 Nürnberg 1
Württembergische Landesbank Girozentrale, Friedrichstraße 56-60, 4000 Düsseldorf 1
Friedrichstraße 1, 4400 Münster
Westfälische Hypothekendarlehen AG, Pionierstraße 1, 4600 Dortmund 1
Westfälische Landbank, Schörmacherstraße 1b, 4400 Münster
Württembergische Hypothekendarlehen AG, Büchsenstraße 26, 7000 Stuttgart 1

Vorwärts Sicherheit. Pfandbriefe und Kommunalobligationen



FLUCHT IN DIE BOTSCHAFT

Sechs „DDR“-Bürger, die am 20. Januar in die US-Botschaft in Ost-Berlin flüchteten, können am 22. Januar in den Westen ausreisen. Am 24. Januar suchen zwölf „DDR“-Bürger Zuflucht in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Auch ihnen wird die Ausreise in die Bundesrepublik gestattet.

KOHL IN ISRAEL

Bundeskanzler Kohl trifft am 24. Januar zu einem offiziellen Staatsbesuch in Israel ein. In einer abschließenden Pressekonferenz erklärt er, die israelischen Gesprächspartner hätten ihm ihre Sorge über mögliche deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien sehr eindringlich vorgebracht. Er habe bekräftigt, daß seine Regierung alle Entscheidungen auf diesem Gebiet in voller Berücksichtigung der legitimen Interessen der befreundeten Länder dieser Region und im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden treffen wird.

ANDROPOW GESTORBEN

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow stirbt am 9. Februar. Er stand nur für kurze Zeit an der Spitze der sowjetischen Führung. Im November 1982 hatte er die Nachfolge von Leonid Breschnew angetreten.

BERLINS NEUER BÜRGERMEISTER

Das Berliner Abgeordnetenhaus wählt am 9. Februar Eberhard Diepgen (CDU) zum Regierenden Bürgermeister als Nachfolger von Richard von Weizsäcker, der sein Amt wegen seiner Kandidatur für die Wahl zum Bundespräsidenten niedergelegt hat.

NEUER SOWJETISCHER PARTEICHEF

Am 13. Februar wählt das Zentralkomitee der KPdSU das Mitglied des Politbüros, Konstantin Tschernenko, zum neuen Generalsekretär der Partei. Am 14. Februar wird sein Vorgänger Andropow unter Teilnahme zahlreicher ausländischer Staats- und Regierungschefs an der Kremel-Mauer beigesetzt.

GESAMTDEUTSCHES TREFFEN

Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Andropow kommen Bundeskanzler Kohl und der Staats- und Parteichef der „DDR“, Erich Honecker, zu einer ersten Unterredung über die internationale Lage und die weitere Gestaltung der gesamtdeutschen Beziehungen zusammen.

EX-BANKIER HERSTATT VERURTEILT

Die 6. Große Strafkammer des Landgerichts Köln verurteilt am 16. Februar den ehemaligen Kölner Privatbankier Iwan Herstatt zu vier Jahren Freiheitsstrafe. Nach Darstellung des Gerichts sei Herstatt entscheidend für die mit einem Schaden von 1,2 Milliarden Mark größte Bankpleite in der Geschichte der Bundesrepublik verantwortlich.

GOLDFRIED KALKULIERT

In dem seit 41 Monaten andauernden Krieg zwischen Irak und Iran stoßen am 22. Februar iranische Truppen in einer Großoffensive über die irakische Grenze bis zum Tigris vor.

VERLEGER-FERNSEHEN

165 deutsche Zeitungen gründen am 28. Februar in Frankfurt die Gesellschaft „Aktuell Presse-Fernsehen“ (APF). Das Verleger-Fernsehen will über den europäischen Kommunikationsatlas ECTS ein bundesweites aktuelles Informationsprogramm ausstrahlen.

KOHL SONDIERT IN DEN USA

Am 4. März trifft Bundeskanzler Kohl zu einem dreitägigen Besuch in Washington ein. Themen der Gespräche mit Präsident Reagan sind die verstärkte europäische Zusammenarbeit innerhalb der NATO, der Kampf gegen den Protektionismus, Konsultationen bei der Rüstungskontrolle und deutsche Waffenlieferungen an arabische Staaten. Reagan erklärt seine Bereitschaft zu einer persönlichen Begegnung mit der sowjetischen Führung, wenn ein solches Treffen konkrete Ergebnisse verspreche.

APEL BEREIT

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, erklärt am 12. März seine Bereitschaft, sich als Spitzenkandidat seiner Partei für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1985 zur Verfügung zu stellen. Der bisherige Kandidat Harry Ristock hatte am 6. März seinen Rücktritt erklärt.

BERICHT ZUR LAGE DER NATION

Bundeskanzler Kohl verliest am 15. März den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland und hebt dabei hervor, daß sich die innerdeutschen Beziehungen seit dem letzten Bericht positiv entwickelt haben.

CDU HÄLT

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März behauptet die CDU trotz Stimmenverlusten mit 51,9 Prozent die absolute Mehrheit. Die SPD kommt auf 32,4 Prozent, die Grünen erreichen 8,0 Prozent, und die FDP erhält 7,2 Prozent.

GENERAL REHABILITIERT

Mit einer letzten Vernehmung von Verteidigungsminister Manfred Wörner beendet der Untersuchungsausschuss

schuß des Bundestages zur Aufklärung der Affäre Wörner/General Kießling am 28. März seine Arbeit. Der Vier-Sterne-General und stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber, Günter Kießling, ist rehabilitiert und am 26. März von Minister Wörner mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet worden.

KRONAWITTER GEWINNT MÜNCHEN

Bei der Stichwahl in München am 1. April gewinnt der Kandidat der SPD, Georg Kronawitter, 58,3 Prozent der Stimmen und wird neuer Oberbürgermeister. Der bisherige Amtsinhaber Erich Kiesel (CDU) erreicht nur 41,7 Prozent.

TSCHERNENKO AUCH STAATSCHEF

Der Oberste Sowjet wählt am 11. April den Parteichef Tschernenko auch zum Staatsoberhaupt.

REAGAN IN CHINA

US-Präsident Reagan trifft am 26. April zu einem offiziellen Besuch in China ein. Für Reagan, der in Begleitung von Außenminister George Shultz reist, ist dies der erste Besuch in einem kommunistisch regierten Land seit seinem Amtsantritt.

AMNESTIE GESCHEITERT

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP ziehen nach großem Widerstand in den eigenen Reihen und heftiger Kritik in der Öffentlichkeit am 16. Mai den von ihnen eingebrachten Gesetzentwurf über eine Amnestie für Steuerhinterziehung bei Parteipenden zurück.

WEIZÄCKER WIRD BUNDESPRÄSIDENT

Am 23. Mai wählt die 8. Bundesversammlung den CDU-Politiker Richard von Weizsäcker zum 6. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

STURM AUF DEN GOLDENEN TEMPEL

Nach monatelangen blutigen Auseinandersetzungen zwischen extremistischen Angehörigen der Sikh-Religion, die einen unabhängigen Staat Punjab fordern, und Hindus stürmen am 6. Juni Regierungstruppen das Heiligtum der Sikhs, den Goldenen Tempel von Amritsar. Bei den Kämpfen kommen über eine Tausend Menschen ums Leben, darunter der Führer der Sikhs, Bhindranwale.

BÖRNER WIEDER MINISTERPRÄSIDENT

Der seit Herbst 1982 geschäftsführend regierende Holger Börner wird am 7. Juni mit den Stimmen der SPD und der Grünen zum hessischen Ministerpräsidenten gewählt. Ein Sonderparteitag der hessischen SPD hatte sich für das Bündnis mit den Grünen ausgesprochen.

WAHL ZUM EUROPA-PARLAMENT

Bei der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni behalten die konservativen, liberalen und christdemokratischen Parteien trotz leichter Verluste ihre gemeinsame Mehrheit. Die Sozialisten können Mandate hinzugewinnen und sind stärkste Fraktion. Die eigentlichen Sieger werden jedoch die Grünen, die mehrheitlich aus der Bundesrepublik kommen, und die Rechtsradikalen, die vor allem in Frankreich deutlich an Boden gewinnen. In Italien überwinden erstmals die Kommunisten die Christdemokraten knapp.

US-TRUPPEN IN EUROPA

Der US-Senat lehnt am 20. Juni mit 55 zu 41 Stimmen einen Antrag ab, einen Teil der in Europa stationierten US-Truppen abzuheben, falls die europäischen Bündnispartner ihre Verteidigungspflichten nicht erfüllen. Der Senat beschließt stattdessen, die Truppenstärke auf dem heutigen Stand von 326 000 Mann einzufrieren.

GENSCHER KÜNDIGT RÜCKTRITT AN

Außenminister Hans-Dietrich Genscher erklärt am 21. Juni, daß er den Parteivorsitz auf dem FDP-Bundestag in Saarbrücken im Februar 1985 niederlegen wird.

KAMPF UM PRIVATSCHULEN

Bei einer der bisher größten Massendemonstrationen in Paris protestieren am 24. Juni mehrere hunderttausend Menschen gegen die derzeit im Parlament erörterte Angleichung der Privatschulen an die staatlichen Lehrpläne. Etwa jeder siebte französische Schüler besucht eine der fast ausschließlich katholischen Privatschulen.

NEUER NATO-GENERALSEKRETÄR

Der ehemalige britische Außenminister Lord Carrington tritt am 25. Juni sein Amt als Generalsekretär der NATO an. Er löst Joseph Luns ab, der 12 Jahre an der Spitze der Allianz stand und nun in den Ruhestand tritt.

LAMSDORFF TRITT ZURÜCK

Der im Zusammenhang mit der Flick-Parteispendenaffäre belastete Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff tritt am 26. Juni wegen der Zulassung einer gegen ihn erhobenen Anklage der Bestechlichkeit

Das Jahr 1984 im Rückblick: Geduld und kühler Sinn für viele heiße Eisen



Väterchen Frost unter kalifornischer Sonne

KLAUS BÖHLE

zum Hauptverfahren zurück. Am 27. Juni wird Martin Bangemann, bisher FDP-Abgeordneter im Europäischen Parlament, zu seinem Nachfolger ernannt.

SCHLIESSUNG DER STÄNDIGEN VERTRETUNG

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin stellt den seit dem 25. Juni bereits stark eingeschränkten Besucherverkehr am 27. Juni ganz ein. Von den 55 „DDR“-Bürgern, die sich seit Wochen im Gebäude aufhalten, um ihre Ausreise zu erzwingen, verlassen am 28. Juni 25 Personen die Vertretung, nach „DDR“-Angaben freiwillig und ohne Nachteile.

IN KANADA NEUER MINISTERPRÄSIDENT

Der frühere Finanzminister John Turner wird am 30. Juni als neuer Ministerpräsident Kanadas vereidigt. Er tritt die Nachfolge von Pierre Trudeau an, der Kanada seit 1983, mit knapp neun Monaten Unterbrechung, regiert hatte.

FLICK-PARTISPENDENAFFÄRE

Das Bonner Landgericht bestätigt am 2. Juli, daß am 28. Juni das Hauptverfahren in der Spendenaffäre eröffnet worden ist. Den früheren Minister Otto Graf Lambsdorff und Hans-Friedrichs, beide FDP, wird Bestechlichkeit bzw. Vorteilsannahme, dem früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch Bestechung bzw. Vorteilsvermittlung vorgeworfen.

KRIEG DER STERNE

Der Sprecher der US-Regierung, Larry Speakes, wiederholt am 2. Juli die amerikanische Bereitschaft, an den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Gesprächen über ein Verbot von Weltraumwaffen im Herbst in Wien zu verhandeln.

ENTFÜHRUNG VEREITELT

Die britische Polizei vereitelt am 5. Juli einen Versuch, den in London im Exil lebenden ehemaligen nigerianischen Transportminister Umaru Dikko in einer als Diplomatengepäck deklarierten Kiste nach Nigeria zu entführen.

STREIK-ENDE

Nach mehr als einem Vierteljahr erlebt die Bundesrepublik am 7. Juli wieder ein Wochenende ohne Arbeitskampf. In der Druckindustrie ging der Streik nach 13 Wochen zu

Ende, in der Metallindustrie wird die Übernahme des „Leber-Modells“ auf die einzelnen Tarifbezirke fortgesetzt.

NEUE REGIERUNG IN FRANKREICH

Premierminister Pierre Mauroy tritt am 17. Juli zurück. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Haushaltsminister Laurent Fabius ernannt. Die kommunistische Partei ist an der neuen Regierung nicht mehr beteiligt, erklärt jedoch, daß sie die neue sozialistische Regierung von Fall zu Fall unterstützen wird.

NEUER PRÄSIDENT DER EG-KOMMISSION

Der bisherige französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors wird am 19. Juli zum Präsidenten der EG-Kommission gewählt.

AMNESTIE IN POLEN

Anläßlich des 40. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Polen erläßt die Regierung am 22. Juli eine Amnestie für 35 000 Inhaftierte, darunter 652 politische Häftlinge. Unter die Amnestie fallen auch mehrere Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ sowie des Komitees für Gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR).

WAHLEN OHNE KLAREN SIEGER

Am 23. Juli finden in Israel vorgezogene Parlamentswahlen statt, bei denen die oppositionelle Arbeiterpartei (44 Mandate) den regierenden Likud-Block (41 Mandate) zwar überwindet, aber kein eindeutiges Mandat zur Regierungsbildung erreicht.

SPIELE ERÖFFNET

Am 29. Juli eröffnet US-Präsident Ronald Reagan in Los Angeles die 23. Olympischen Sommerspiele. Mit der Beteiligung von 140 Nationen wird zwar ein neuer Rekord erzielt, jedoch nimmt mit Rumänien nur ein einziges Ostblock-Land teil. 16 Länder unter der Führung der Sowjetunion boykottieren die Spiele.

BUSCHHAUS GENEHMIGT

In einer Sonder Sitzung des Bundestages am 31. Juli billigt die Koalitionsmehrheit eine Entscheidung, nach der das Kohlekraftwerk Buschhaus zunächst ohne Rauchgasentschwefelungsanlage in Betrieb genommen, aber nur mit schwefelreicher Braunkohle beheizt werden darf.

STAATENUNION

Bei einem Gipfeltreffen am 13. Au-

gust zwischen dem marokkanischen König Hassan und dem libyschen Staatschef Khadaffi wird die Bildung einer Staatenunion zwischen beiden Ländern bekanntgegeben. Damit soll ein Beitrag zur Schaffung eines einzigen arabischen Maghreb geleistet werden. Libyens Parlament stimmt der Union am 31. August einstimmig zu, die marokkanische Bevölkerung spricht sich am gleichen Tag in einem Referendum mit 99 Prozent der abgegebenen Stimmen dafür aus.

WELTBEVÖLKERUNGSKONFERENZ

Die zweite Weltbevölkerungskonferenz der UNO geht mit der Erklärung von Mexiko-Stadt über Bevölkerung und Entwicklung am 14. August zu Ende. Ein Aktionsprogramm mit 88 Empfehlungen wird verabschiedet, darunter die Verankerung des Rechts eines jeden Menschen, die Zahl seiner Kinder selbst zu bestimmen.

DREI-KAMMER-PARLAMENT IN SÜDAFRIKA

Erstmals in der Geschichte der Republik Südafrika wählen am 22. August die Mischlinge und Asiaten Parlamentsabgeordnete. Die neue Verfassung des Landes sieht ein Drei-Kammer-Parlament von 165 Weißen, 80 Mischlingen und 49 Asiaten vor, die im Normalfall getrennt beraten sollen.

BUSCHHAUS GESTOPPT

Nach den heftigen politischen Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt hat das Braunschweiger Verwaltungsgericht die für den 3. September vorgesehene Betriebsaufnahme am 31. August untersagt und die von der niedersächsischen Landesregierung erteilte Betriebsgenehmigung ausgesetzt.

TREFFEN ABGESAGT

Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker sagt am 4. September seinen geplanten Besuch in Bonn ab. Die Absage wird damit begründet, daß „Stil und öffentliche Auseinandersetzung in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem ursprünglichen ins Auge gefaßten Besuch äußerst unwürdig und abträglich sowie für den Umgang zwischen souveränen Staaten absolut unbillig seien“.

REGIERUNG DER NATIONALEN EINHEIT

Der mit der Bildung der israelischen Regierung beauftragte Vorsit-

zende der Arbeiterpartei, Shimon Peres, teilt am 13. September nach einem Treffen mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir mit, daß eine Einigung auf eine Koalitionsregierung zustande gekommen sei. Peres übernimmt für zwei Jahre das Amt des Ministerpräsidenten, Shamir ist in dieser Zeit sein Stellvertreter und Außenminister. Zur Hälfte der vierjährigen Legislaturperiode werden die Politiker einander ablösen.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES TREFFEN

Am 22. September besuchen Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand gemeinsam zwei Soldatenfriedhöfe bei Verdun, wo im 1. Weltkrieg von Februar bis Juni 1916 rund 500 000 Soldaten beider Seiten den Tod gefunden hatten.

BOTSCHAFT GESCHLOSSEN

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag wird am 4. Oktober geschlossen, nachdem dort in den zurückliegenden Tagen über 150 ausreisesclossene „DDR“-Bürger Zuflucht gesucht hatten. Anders als bei den ersten Botschaftsbesetzungen erteilen die „DDR“-Behörden diesmal keine Ausreisegenehmigung in den Westen.

TERRORANSCHLAG AUF MARGRET THATCHER

Bei einem Bombenanschlag der nordirischen Untergrundorganisation IRA am 12. Oktober auf das Grand-Hotel in Brighton, in dem die konservative Partei ihren Parteitag abhält, bleibt die Premierministerin Margaret Thatcher unverletzt. Vier Menschen werden getötet, dreißig, darunter prominente Politiker, werden verletzt.

FRIEDENSNOBELPREIS FÜR TUTU

Der schwarze Bischof und Apartheidgegner Desmond Tutu, Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, wird am 16. Oktober mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Nobel-Komitee würdigt ihn für seine „Rolle als Führer und Initiator der Bewegung zur Lösung der Apartheidprobleme in Südafrika“.

KRISE IN POLEN

Die gesellschaftspolitische Lage in Polen gerät erneut unter Druck. Am 18. Oktober wird der oppositionelle polnische Priester Jerzy Popieluszko in der Nähe von Thorn von drei Sicherheitsbeamten entführt. Am 25. Oktober gibt man die Verhaftung der drei Entführer bekannt, die den Mord an Popieluszko gestehen. Am 30. Oktober wird die Leiche des Priesters in einem Stausee gefunden.

BARZEL TRITT ZURÜCK

Rainer Barzel tritt am 25. Oktober als Bundespräsident zurück, nachdem ihm vorgeworfen worden war, über eine Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei Honorare vom Flick-Konzern erhalten zu haben.

FRAU GANDHI ERMORDET

Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi wird am 31. Oktober bei einem Mordanschlag von zwei Sikh-Soldaten ihrer Leibwache so schwer verletzt, daß sie kurz danach im Krankenhaus stirbt. Das Attentat gilt als Rache für die Ermordung des Heiligtums der Sikhs, des Goldenen Tempels von Amritsar, durch Regierungstruppen. Bei den im ganzen Land ausbrechenden Unruhen, die sich gegen Mitglieder der Sikh-Religion richten, werden mehr als eintausend Menschen getötet. Als neuer Ministerpräsident wird Rajiv Gandhi, der Sohn der ermordeten Ministerpräsidentin, vereidigt.

NEUER BUNDESTAGSPRÄSIDENT

Der CDU-Politiker Philipp Jenninger wird am 5. November als Nachfolger von Rainer Barzel zum neuen Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt. Er erhält 340 von 471 abgegebenen Stimmen.

REAGAN SIEGT

US-Präsident Ronald Reagan erringt am 6. November bei der Präsidentschaftswahl einen überragenden Sieg über den Kandidaten der Demokraten, Walter Mondale. In 49 von 50 Bundesstaaten stimmt die Mehrheit der Wahlmänner für Reagan. Mondale siegt nur in seinem Heimatstaat Minnesota und in der Hauptstadt Washington. Bei den gleichzeitigen Senatswahlen büßen die Republikaner zwei Sitze ein, bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus behalten die Demokraten ihre Mehrheit bei einem Verlust von 14 Sitzen.

NEUE NATO-STRATEGIE

Die NATO billigt am 4. November eine vom Oberbefehlshaber Europa, General Bernard Rogers, erarbeitete langfristige Planungsrichtlinie, die für den Fall eines Angriffs aus dem Osten tiefreichende Gegenangriffe mit konventionellen Waffen auf Ziele in Osteuropa vorsieht. Nach dieser Strategie muß nicht nur die erste gegnerische Staffel nach Überschreiten der NATO-Grenzen bekämpft werden, sondern auch die noch auf weiterem Gebiet befindliche zweite Staffel.

IN KOREA SCHEINT DAS EIS GEBROCHEN

Erstmals finden am 15. November Gespräche über mögliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord- und Südkorea statt. Nordkorea hatte bisher eine Politik der absoluten Abschottung gegenüber Südkorea verfolgt. Am 20. November nehmen Rot-Kreuz-Delegationen beider Länder ihren seit elf Jahren unterbrochenen Dialog über menschliche Schicksale wieder auf, der eine Familienzusammenführung in Nord und Süd ermöglichen soll.

KLEINE REGIERUNGUMBILDUNG

Der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble wird am 15. November zum Bundesminister im Bundeskanzleramt ernannt. Waldemar Schreckenberg bleibt Staatssekretär im Kanzleramt. Zu Schäubles Nachfolger als erster Parlamentarischer Geschäftsführer wird Rudolf Seiters gewählt.

POLNISCHE FLÜCHTLINGSWELLE

In Lübeck-Travemünde kehren am 18. November 93 polnische Passagiere nicht auf die polnische Fähre „Hogalin“ zurück, am 20. bleiben in Hamburg 192 Passagiere des Schiffes „Stefan Batory“ zurück, am 22. weitere 126 in Lübeck-Travemünde. Viele von ihnen befragen in der Bundesrepublik Deutschland politische Asyl. Die Fluchtwelle setzt sich in den nächsten Tagen weiter fort.

HUNGERNOT IN AFRIKA

Die äthiopische Regierung kündigt am 21. November angesichts des schweren Hungersnot für die folgenden Monate die Umstellung von über einer halben Million Menschen aus den am stärksten von der Dürre betroffenen Nordprovinzen in klimatisch günstigere Gebiete an. Von der Hungersnot sind allein in Äthiopien etwa sieben Millionen Menschen bedroht. Auch andere Länder der Sahelregion und Ostafrika sind von der Hungerkatastrophe betroffen.

NEUE ABRÜSTUNGSKONFERENZ IN GENÈVE

Die USA und die Sowjetunion vereinbaren am 22. November neue Gespräche ihrer Außenminister zur Vorbereitung von Abrüstungsverhandlungen für den 7. und 8. Januar 1985 in Genf. Gegenstand der Verhandlungen werden Rüstungskontrolle und Abrüstung im gesamten Bereich der Atom- und Weltraumwaffen sein.

WAHLEN IN URUGUAY

Bei den ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit 1971 am 25. November geht die sozialdemokratische Colorado-Partei unter Julio M. Sanguinetti als Sieger hervor. Er wird mit seinem Amtsantritt am 1. März 1985 eine fast zwölfjährige Militärdiktatur beenden.

TODESAUTOMATEN ABGEBAUT

Die „DDR“ beseitigt am 30. November bei Schwarzenbek in Schleswig-Holstein die letzten Selbstschußanlagen vom Typ SM-70 an der Zonenlinie.

UNRUHEN IN NEUKALÉDONIEN

Auf die Auslösung einer „Republik Kanakien“ und schweren Unruhen zwischen kanakischen Ureinwohnern und Franzosen auf der Pazifikinsel Neukaledonien reagiert die französische Regierung am 4. Dezember mit der Entsendung des ehemaligen Mitglieds der EG-Kommission, Edgar Pisani. Er soll mit Hilfe eines Dreiteilplanes, der eine Einigung mit allen politischen Gruppen vorsieht, innerhalb von zwei Monaten einen neuen Status für die Insel finden.

GIFTGAS-KATASTROPHE IN INDIEN

Beim Ausströmen des giftigen Methylisocyanat aus einem undichten Tank des indischen Zweigwerkes des US-Unternehmens Union Carbide am 4. Dezember in der Stadt Bhopal kommen mindestens 2000 Menschen ums Leben. Es ist dies die dritte große Industriekatastrophe, die sich in diesem Jahr in Ländern der Dritten Welt ereignete. Am 25. Februar kamen beim Brand einer undichten Benzinpipeline in der süditalienischen Stadt Cubatão 500 Menschen ums Leben. Am 19. November explodierten in Mexiko-Stadt Leertanks mit Flüssiggas, der Feuersturm vernichtete ein dichtbesiedeltes Armenviertel und brachte mindestens 450 Menschen den Tod.

KONVENTION GEGEN FOLTER

Die 39. Vollversammlung der UNO verabschiedet am 11. Dezember die seit sieben Jahren vorbereitete Konvention gegen Folter. In ihr verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, Folter in jeder Form zu unterbinden und unter Strafe zu stellen. Ein „Komitee gegen Folter“, dessen zehn Mitglieder von den Unterzeichnerstaaten gewählt werden, soll sicherstellen, daß die Konvention eingehalten wird.

RAKETEN VERFASSUNGSKONFORM

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts verwirft am 18. Dezember die Organklage der Bundestagsfraktion der Grünen gegen die Nachrüstung. In der Entscheidung heißt es, die Bundesregierung habe die Rechte des Bundestages nicht dadurch verletzt, daß sie ohne ein förmliches Gesetz die Zustimmung zur Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik erteilt hat.

Und ewig irren die Propheten...

Kaum zu glauben, aber wahr: Die Welt und selbst die Bundesrepublik Deutschland sind 1984 nicht untergegangen. Auch „Big Brother“ ist nicht über uns gekommen. Der gute George Orwell mußte sich eigentlich im Grabe umdrehen. Und all die lebenden Untergangspropheten müssen ratlos in die Glaskugel oder das Kartenspiel gucken, die sie nun schon wieder geahnt haben.

Überhaupt merkwürdig: Der Jahressrückblick 1984 würde viel umfangreicher ausfallen, wenn man aufzählen wollte, was alles nicht passiert ist. Die prophezeite Eiszeit zwischen Ost und West ist nicht herangebrochen. Wir arbeiten nicht 35 Stunden. Die Olympischen Spiele sind nicht gescheitert. Der Bundesverteidigungsminister ist nicht zurückgetreten. Der Bundeskanzler

ist nicht über die Parteispenden-Affäre gestolpert. Herr Honecker ist nicht in die Bundesrepublik gekommen. Das Lehrstellen-Fiasco hat nicht stattgefunden. Herr Engelmann ist nicht schon wieder Vizepräsident geworden. Selbst Polen scheint trotz allem noch immer nicht verloren.

Bei so vielen Verneinungen könnte man fast auf den Gedanken kommen, 1984 sei ein nihilistisches Jahr gewesen. Oder gar eine Komödie von Shakespeare: „Viel Lärm um nichts“. Aber dabei übersähe man leicht, daß uns auch viel Positives beschert worden ist. Das Bundesverfassungsurteil hat uns die Ergänzungsbabage erspart. Lady Di sorgte für herrliche Aufregung unter den Müttern. Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hat

3:2 gegen Malta gewonnen. Das Wiener Burgtheater will mit Claus Peymann seine Theaterkräfte fortsetzen. Im Krenell werden Tschernenko, daß man auch ohne Vorratshandelsregelung auskommen kann. Und Joseph Beuys hat verkündet, daß er von dieser Regierung kein Geld nehmen will.

Was uns die Propheten für 1985 vorhersagen? Nun, vielleicht dies: Im Frühjahr droht Franz Josef Strauß damit, Wohnungsbau-Minister zu werden; im Sommer beschließt Nordrhein-Westfalen, die Mengenlehre wieder einzuführen; im Herbst bekommen wir endlich den preisgekrönten Wenders-Film „Paris, Texas“ zu sehen; und im Winter ärgern sich die Propheten, daß das Abendland immer noch nicht untergegangen ist. L. S. M.

Montag, 31. Dezember

KOREA SCHERT
AS EIS GEBROCHEN
Erstmals finden um 14 Uhr
Sprechgespräche über mögliche
Süd-Korea statt. Zwischen
Südkorea und Nordkorea
über eine Politik der
Entspannung gegenüber
Südkorea.
Am 20. November
Kreuz-Delegationen
ihren seit elf Jahren
Dialog über menschliche
Zusammenführung in
ermöglichen soll.
LEINE
EGIERUNGSMILITÄR
Der CDU-Politiker
nähmle wird am 15. November
Bundesminister im Bundesrat
ernannt. Waldemar
ger bleibt Staatssekretär
amt. Zu Schäubler Nach
Parlamentarischer Ge
rer wird Rudolf Seiler ge
OLNISCHE
UCHTLINGSWELLE
in Lübeck-Travemünde
November 93 polnische
nicht auf die polnische
zurück, am 20. November
rg 192 Passagiere des
efan Batory zurück, auf
126 in Lübeck-Travemünde
n ihnen beantragen in der
ublik Deutschland pol
yl. Die Fluchtwellen sind
n nächsten Tagen weiter
UNTERSNOT IN AFRI
Die äthiopische Regierung
21. November angek
wären Hungersnot für
Monate die Umstellung
er halben Million Men
n am stärksten von der
flenen Nordprovinz in
h günstiger Gebiete in
ngersnot sind allein in
a sieben Millionen Men
ht. Auch andere Länder
non und Ostafrika sind
ngerkatastrophe betref
EUE ABRÜSTUNG
ONFERENZ IN GENÈ
Die USA und die Sowjet
baren am 22. November
äche ihrer Außenminis
etzung von Abrüstung
gen für den 7. und 8. Jan
Genf. Gegenstand der
werden Rüstungskont
rüstung im gesamten
am- und Weltraumwaf
AHLEN IN URUGUAY
Bei den ersten freien
arfs- und Parlamentsw
am 25. November ge
nekrutische Colorado-Pe
to M. Sanguinetti als
Er wird mit seinem
1. März 1985 eine fast
stürherrschaft beend
DES AUTOMATEN
GEBAUT
Die DDR bestigt am
über bei Schwarzenb
Holstein die letzten Sch
agen vom Typ SM-70
RUHEN IN
UKALEDONIEN
auf die Ausübung einer
naktiert und schwun
schen kanakischen Un
Franzosen auf der
ukaledonien reagiert
die Regierung am 4. De
Entsendung des ebe
als der EG-Kommissar
Er soll mit Hilfe eine
pianen, der eine Einig
tischen Gruppen vor
h von zwei Monaten
aus für die Insel find
FTGAS-KATASTROPH
INDIEN
dem Ausströmen des
cyanat aus einem
Tank des indischen
US-Unternehmens Un
am 4. Dezember in der
kommen mindestens
an ums Leben. Es ist
strobe Industriekata
in diesem Jahr in
ten Welt ereignete. An
ur kamen beim Brand
ten Benzinpipeline in
antischen Stadt Cubana
an ums Leben. Am 18. No
explodierten in Mexiko
anks mit Flüssiggas, der
in verbrannte ein d
Armenviertel und brach
450 Menschen des To
INVENTION
GEN FOLTER
in 30 Vollversammlung
schneider am 11. De
leben Jahren vorbere
non gegen Folter. In
den die unterzeichne
Folter in jeder Form
und unter Strafe zu
und gegen Folter, dem
weder von den Un
ten gewählt werden, so
den, dass die Konventi
wird
KETEN
KREANSTUNGSKONFER
er Zweite Senat des
ansehen, die Orga
beim 1. Dezember
die Nachrüstung. In
dard heißt es, die
habe die Rechte des
nicht dadurch ver
e ein formelles Ge
Mittelschwer
in der Bundesrepublik

Verehrte Leserin, verehrter Leser



Dr. Herbert Kresp
Chefredakteur
DIE WELT

Vor einiger Zeit verglichen wir DIE WELT mit einem Jet-Flugzeug. Wir kamen auf diese Idee, weil sich die Veränderungen des Lebens, der Politik, der Welt-ereignisse, der Informationen auf allen Kontinenten mit einer hohen, fast schwindelerregenden Geschwindigkeit vollziehen. Wir müssen weiter und schneller vor-ausdenken als früher.

Das Ende der Gemächlichkeit stört viele Menschen. Sie fühlen sich in einen unbekannten Raum geschleudert. Das ändert aber nichts am Tempo der Entwicklung. DIE WELT vermittelt ihren Lesern schnelle und zuverlässige Orientierung. Deshalb der Vergleich mit dem Jet, dessen Piloten gleichsam vor sich her-fliegen.

DIE WELT orientiert über alle Bereiche des Lebens. Da ihre Redaktion in Bonn arbeitet, ist sie näher an der deutschen Politik als andere Zeitungen. Sie beachtet besonders die inter-nationalen Beziehungen, in die beide Teile Deutschlands schick-salhaft eingebunden sind. Die Deutschen können sich nicht zurückziehen. Wir leben nicht auf einer Insel, wie manche meinen, und Logenplätze der Geschichte gibt es auch nicht. Ein so großes und erfahrenes Volk wie die Deutschen muß selber Akteur sein und bleiben.

Dazu gehören zwei Vorausset-zungen, über die sich DIE WELT immer wieder äußert:

- 1. Die Zukunft meistert heute nur, wer über ein gesundes wirtschaftliches Fundament

verfügt, Anschluß an die moderne Technologie und Technik hält und seine Lebensbedingungen, die Umwelt, pflegt. Dies erinnert wieder an den Jet-Flug: Das Gerät, mit dem wir uns bewe-gen, muß nicht nur schnell, sondern es muß sinnreich konstruiert und gut gewartet sein. Nur dann gibt es steilen Start und glatte Landung.

- 2. Die beste Wirtschaft, die fort-schrittlichste Technologie und Kommunikation nützt aber nichts, wenn wir in Politik und Kultur den grundlegenden Konsens verfehlen. Die deutsche Nation, geographisch und politisch in einer schwieri-gen Mittellage und darüber hinaus auch noch geteilt, muß für ihr Überleben und ihren Erfolg ein Mindestmaß an Zusammenhalt entwickeln: Das meine ich mit Konsens, den DIE WELT im freien Teil Deutschlands über Parteigren-zen hinaus immer wieder empfiehlt.

DIE WELT wird im beginnen-den Jahr den Versuch machen, durch verstärkte Berichterstat-tung über Umwelt, Technik, Forschung, Wissenschaft und über neue Medien zusätzlich zu informieren. Sie werden es in der WELT lesen. Das Tempo der Veränderungen wird nicht lang-samer. Darauf müssen wir uns einstellen: DIE WELT ist auf der Höhe der Zeit.

K. Jahn

Menschen, die 1984 ein Beispiel gaben

Zum zehnten Male zeichnen Korrespondenten und Redakteure der *WELT* die "Profile der Courage". Frauen und Männer, die mit Mut, Beharrlichkeit und Selbstbehauptungswillen den Zwangslagen der Umwelt entgegengetreten. Darunter sind Menschen, die in der Öffentlichkeit wirken, aber auch solche, deren Handeln im Alltag kaum über einen kleinen Personenkreis hinaus bekannt wird.



Ronald Reagan

Ronald Reagan gleicht einer Münze, die noch im Umlauf ist, aber schon gesammelt wird. Er steht in jenem Augenblick seines politischen Wirkens, wo Zeitgeschichte in Historie übertritt. Die Wiederwahl hat in den USA immer ein Janus-Gesicht: halb Triumph, halb Abgesang, halb Morgen und doch schon Abend. Man weiß, daß es eine zweite Wiederwahl nicht geben kann. Das mindert sehr rasch den politischen Tageswert. Um so stärker tritt die eigentliche, die historische Prägung hervor.

Wie ist sie geartet? Der Kalifornier aus dem Illinois-Städtchen Eureka hat dem, was wir politischen Mut nennen, eine neue Dimension des Verständnisses hinzugefügt. Daraus läßt sich ableiten, was politisches "Leadership" in der heutigen Zeit noch vermag.

Wir meinen nicht einmal die einzelnen Akte der Handlungsschritte, die Reagans Regierungszeit bisher charakterisiert haben. Die Order zur Ent-

Der Mut zu sich selbst ist das Credo der politischen Führung

lassung der streikenden Fluglotsen, im April 1981. Die Budget-Pakete, die er in den ersten beiden Jahren mit Hilfe einer raffiniert geschürten Koalition im Kongreß durchbrachte. Das darin enthaltene Gesellschaftsprogramm, welches dem Einzelnen wieder mehr Freiheit gegenüber der allumfassenden Regulierungswut der öffentlichen Hand zurückgab. Das Bekenntnis zur Raumpolitik, auch in ihrer verteidigungspolitischen Komponente. Die Steigerung der Verteidigung – und das Angebot zum Dialog mit Moskau.

Den vielen Beispielen ist eines gemeinsam: der lange Atem und der Mut zur Unberührbarkeit. Der lange Atem kommt uns eher als ein unamerikanischer Zug bei Reagan vor – das Land fühlt und plant gerne in kurzen

Sprüngen, ungeduldrigen Anfrühen, denen ebenso schnell die Abbrüche folgen können. Dieser Präsident aber geht politisch voran, ohne daß gleich morgen nach Verlust und Gewinn aufgerechnet werden kann. Seine ganze erste Amtszeit war darauf angelegt, von einer zweiten gefolgt zu werden: Eine freche Prämisse der Siegesgewißheit.

Man geht aber fehl, wenn man Ronald Reagans Mut ohne den Hintergrund betrachtet, vor dem er erst verständlich wird. „Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß der Präsident sein Experiment mit der amerikanischen Wirtschaft machen darf“, sagte schon früh in der Amtszeit Reagans einer seiner profiliertesten Gegner, Senator Alan Cranston aus Kalifornien. Welche Gesellschaft konzidiert

heute noch ihren politischen Führern, Experimente mit dem Instrumentarium privaten und öffentlichen Wohls zu machen? Und welche Führung ergreift heute noch die Initiative, um solche Bereitschaft zu testen?

Das Wagnis, das Reagan einging, war ein Fakt zwischen ihm und der Gesellschaft, ein Fakt zum Anbruch und zum Experiment. Nicht alles ist davon gegückt – siehe das Haushaltsdefizit. Aber das hat auch niemand erwartet. Entscheidend ist, daß beide, Regierung und Regierte, während der großen Testfahrt nicht die Nerven verloren haben, den Kurs einhielten und sich heute, beim Rückblick, beglückwünschen können, das 21. Jahrhundert mit ein bißchen mehr Selbstsicherheit und Selbstvertrauen ange-

hen zu können, als das vor vier Jahren möglich schien.

Reagans Jugendlichkeit spielte dabei eine große Rolle. Sein Optimismus hat die Gesellschaft angestekt. So wie die Computer-Realität fast schmerzlos verknüpft wurde, so auch die politische Prämisse, daß Verhandeln ohne Stürke keinen Erfolg haben kann.

In ihrem Drang nach Unabhängigkeit, in ihrem Stolz auf eigene Leistung und auf selbstgegriffene Chancen hat dieser Präsident die Mehrheit seiner Landsleute hinter sich geschoben.

Antwortend auf vorgeprägte Empfindlichkeit, hat er den Boden weiter präpariert, auf dem er sein politisches Credo anpflanzen wollte. Auch sein psychologisches Credo, denn den Menschen muß zu sich selber zu machen ist nicht nur ein Postulat der politischen Vernunft, sondern die Voraussetzung jeder überlebensfähigen Gesellschaft.

THOMAS KIELINGER

Sport: Liebe und Optimismus

Januar: Der italienische Radprofi Francesco Moser stellt mit 50.809 Kilometer einen neuen Stunden-Weltrekord auf. Das Fahrrad sieht aus wie von einem anderen Stern. Moser verbessert den Weltrekord auf 51.151 Kilometer. Das Fahrrad sieht immer noch so aus. Die Fußball-Nationalmannschaft muß bei der Europameisterschaft gegen Portugal, Rumänien und Spanien spielen. Derwall ist Optimist.

Februar: Peter Angerer wird Biathlon-Olympiasieger und kündigt die Trennung von seiner Freundin Traudel Hächer an, der Ski-Rennläuferin. Turanhard springt mit 2,37 Meter Hallen-Weltrekord und sagt: „Der perfekte Sprung ist das Höchste im Leben.“ Die Fußball-Nationalmannschaft gewinnt gegen Belgien mit 1:0, und Derwall ist Optimist.

März: Ulrike Meyfarth wird Hallen-Europameisterin im Hochsprung. Die bittige Liebe zu ihrem norwegischen Freund Carl Reldar beflügelt sie. Irene Epple wird Weltcup-Zweite in der Abfahrt. Die Trennung von ihrem englischen Freund Sebastian Coe hat sie wieder schnell gemacht. Die Fußballer schlagen die Sowjets 2:1. Derwall bleibt Optimist.

April: Der frühere Bank-Buchhalter Karl-Heinz Rummenigge wechselt für zehn Millionen Mark Transfersumme vom FC Bayern München zu Inter Mailand. Frau Rummenigge feiert im kleinen Kreis Erfolge als Amateur-Mannequin. Die Fußballer verlieren gegen Frankreich 0:1. Derwall bleibt Optimist.

Mai: Die Sowjetunion verkündet ihren Olympia-Boykott. Der Sowjetrusse Bubka steigert den Stabhochsprung-Weltrekord auf 5,85 Meter – nach L. A. darf er nicht. Die Fifa vergibt die Fußball-WM 1990 an Italien. Derwall ist sehr optimistisch.

Juni: Jürgen Hingsen stellt mit 8798 Punkten einen neuen Zehnkampf-Weltrekord auf, und Ehefrau Jeannie sagt: „What a wonderful lover.“ Die Fußballer spielen bei der EM gegen Portugal 0:0 und Derwall bleibt Optimist. Die Fußballer verlieren bei der EM gegen Spanien mit 0:1 und müssen nach Hause fahren. Derwall will Optimist bleiben.

Juli: Der Sowjetrusse Bubka verbessert seinen eigenen Stabhochsprung-Weltrekord auf 5,90 Meter – nach L. A. darf er trotzdem nicht. Franz Beckenbauer wird neuer Teamchef des Deutschen Fußball-Bundes. Er ist sehr optimistisch. Derwall geht optimistisch in die Türkei.

August: Bei der Abschlussfeier der Olympischen Spiele zählen die Deutschen 17 goldene, 19 silberne und 23 bronzenne Plaketten. Bernd Schuster erklärt seinen „unwiderruflichen Rücktritt“ aus der Fußball-Nationalmannschaft. Beckenbauer dennoch Optimist.

September: Porsche gewinnt die Langstrecken-Weltmeisterschaft für Sportwagen. Im ersten Länderspiel unter Teamchef Beckenbauer verliert die deutsche Fußball-Nationalmannschaft gegen Argentinien mit 1:3. Beckenbauer bleibt Optimist.

Oktober: Niki Lauda gewinnt die Formel-1-Weltmeisterschaft, mit einem Porsche-Motor. Die Fußballer schlagen Schweden im WM-Qualifikationsspiel mit 2:0. Beckenbauer ist sehr glücklich und sehr optimistisch.

November: Das IOC bestätigt zwölf Dopingfälle von Los Angeles, mehr als je zuvor in der olympischen Geschichte – und der Ostblock war nicht dabei. Das IOC nimmt Brunei als 160. Mitglied der olympischen Familie auf – Brunei gilt als Boykott-Gegner. Beckenbauer rackert optimistisch.

Dezember: Traudel Hächer gewinnt den Riesensalom von Davos. Sie sagt, sie fand das „narisch“. Marina Kiehl siegt im Riesensalom von Madonna di Campiglio. Sie sagt, das sei „pfündig“. Die Fußballer gewinnen auf Malta mit 3:2. Beckenbauer versucht, Optimist zu bleiben. K. Bl.



Mario Vargas Llosa

Sein Domizil ist eine Oase des Friedens. Es steht in Barranco, dem vornehmen Stadtteil von Lima, an der Paul-Harris-Straße. Der Hausherr blickt von seinem Arbeitszimmer auf den Pazifik und kann abends das farbenprächige Schauspiel der untergehenden Sonne beobachten. „Ich brauche diese Ruhe“, sagt er, „sie verschafft mir Entspannung von der Heißkur.“

Mario Vargas Llosa, (48), einer der prominentesten Schriftsteller Lateinamerikas, schreibt nicht nur. Er betätigt sich auch als Missionar in Sachen Demokratie. Sein Widerstand gilt der marxistischen Revolution. Dem gehört vor allem in Südamerika mehr als nur ein bißchen lautes Engagement.

Der elegante, attraktive Peruaner, der die spanische Sprache gestochen scharf artikuliert, fürchtet um die Zukunft Lateinamerikas. Die Zeit der rechten Militärdiktaturen geht schnell zu Ende. Anfang nächsten Jahres kehrt auch die regionale Großmacht Brasilien zur Demokratie zu-

Als Gewissen der Nation wider die Rassisten des 20. Jahrhunderts

rück. Er möchte verhindern, daß Marxisten das Machtvakuum füllen wie in Kuba und Nicaragua.

Kollegen, die ähnlich denken, unterstützen ihn bei dieser „Aufklärungsaktion“ (Vargas Llosa), unter ihnen der Mexikaner Octavio Paz, der diesjährige Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Vehement verteidigt Vargas Llosa den turbulenten Subkontinent gegen den gängigen Vorwurf, er sei nicht reif für die Demokratie. Die sozialen Strukturen müßten erst verändert werden. Revolutionen statt Reformen. Wenn Europäer solche Gedanken verbreiten, unterstellt ihnen Llosa eine rassistische Gesinnung: „Rassismus des 20. Jahrhunderts.“

In diesem Zusammenhang erwähnt der Peruaner gern Günter

Grass, den er für den bedeutendsten deutschen Schriftsteller hält, ihn aber auch – was Lateinamerika anbelangt – politischer Naivität verdächtigt. Während er das Leben in einer freiheitlichen Welt genießt, unterstützt er kommunistische Ziele auf einem fernen Kontinent. Warum wünscht uns Grass die Diktatur?

Mario Vargas Llosa hält 1985 für ein wichtiges Jahr, nicht nur wegen der demokratischen Wende in Brasilien und Uruguay, dem kleinsten Staat Südamerikas, wo die Militärs ebenfalls in den nächsten Monaten ihre Herrschaft beenden. In Chile wankt die Pinochet-Diktatur. Er fürchtet einen wachsenden Einfluß linker Extremisten, wenn sich der rechte General noch lange an die

Macht krallt. In seinem eigenen Land finden im April des kommenden Jahres Wahlen statt. Llosa sorgt sich auch um Peru.

Peru, von der maoistischen Rebellenbewegung „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) und wirtschaftlichen Schwierigkeiten geschüttelt, drohen die Gefahren der Polarisierung – Nährboden des Extremismus. Vargas Llosa kämpft dagegen an. Er verurteilt den „blinden Terror“ der Partisanen auf der einen und den Gegenangriff der Sicherheitskräfte auf der anderen Seite.

Er versucht mäßigend auf den jungen Politiker Alan García (36) einzuwirken, einen Sozialdemokraten, der die besten Chancen hat, den Umsturz zu gewinnen. Er schreibt für „Caretas“, die einflussreichste Zeit-

schrift Perus, er hält Reden, er tritt im Fernsehen auf. Ähnliche Aktivitäten entfaltet der Autor auch im Ausland.

Off kommt dabei die schriftstellerische Arbeit zu kurz. Dennoch konnte er gerade seinen siebten Roman vollenden, der die marxistischen Revolutionsversuche in Brasilien während der fünfziger Jahre schildert.

Mario Vargas Llosa, in der südlichen Stadt Arequipa geboren und im Mittelklasse-Milieu von Miraflores, einem Vorort Limas, aufgewachsen, zum zweiten Mal verheiratet und Vater von drei Kindern, ist der angesehenste Peruaner. Präsident Fernando Belaunde Terry wollte ihn einmal zum Ministerpräsidenten ernennen, um das blasse Prestige seiner Regierung aufzupolieren. Llosa lehnte ab. Die „Washington Post“ nannte ihn das „gute Gewissen der Nation“. Er hört diese Bezeichnung nicht gern.

„Ich bin ein Schriftsteller“, sagt er. „Schriftsteller, die sich überschätzen, machen sich lächerlich.“

WERNER THOMAS



Erika Sutter

Eigentlich hatte sich die Schweizer Augenärztin Erika Sutter schon auf ihr „Altenteil“ in Basel zurückgezogen. Nun aber ist sie – zumindest für drei Monate – wieder an den Ort zurückgekehrt, wo sie 32 Jahre lang im Missionsdienst tätig war, in die Missionsstation Elin, mitten im Busch des nördlichen Südafrika. Der Grund für diese Unterbrechung des Pensionärsdaseins ist eine besondere Ehrung: Die Johannesburg-Zeitung „Star“ hat die 64-jährige Schweizerin zur „Frau des Jahres 1984“ gewählt.

Nach Meinung von Experten hat die Ärztin im entlegenen Nordosten Südafrikas, bei den Tsongas in Gankulu, mindestens eine halbe Million Schwarze vor dem Erblinden bewahrt. Sie leistete nicht nur praktische Hilfe, sondern sie setzte schon lange bevor das zum Leitspruch der Entwicklungshilfe wurde: „Hilfe zur Selbsthilfe“ in die Praxis um.

Die Biografie der Erika Sutter gibt ein Beispiel dafür, wie man ohne große Attituden und Bekanntheit Menschlichkeit praktizieren kann, die einfach darin besteht, gebotenen Notwendigkeiten zu folgen. Erika Sutter kam 1952 eigentlich als Pflanzphysiologin für die „Schweizer Südafrikanische Mission“ ins Land. Vier Jahre lang arbeitete sie im Labor und in der Krongesteuerung des Buschkrankenhauses Elin. Aber diese Art von Hilfe entsprach nicht dem Charakter der tatkräftigen Frau. Sie sah, worauf es ankam: auf praktische Beratung, auf Aufklärung, auf Unterstützung im Alltag.

Eine halbe Million Menschen im Busch vor dem Erblinden bewahrt

Die Mission erlaubte ihr, an der Johannesburg-Universität Medizin zu studieren. Erika Sutter war schon 44 Jahre alt, als sie zum erstenmal als Ärztin praktizierte. Und wieder beugte sie sich den Notwendigkeiten. Da die Mission eine Augenärztin benötigte, schloß

Erika Sutter in Basel und London eine entsprechende Spezialausbildung an. 1965 kehrte sie an die Missionsstation Elin zurück.

Sie kannte die Verhältnisse hier. Sie wußte, daß Krankheiten in diesen entlegenen Gebieten nicht mit europäischen Mitteln und nach westlichen Maßstäben zu behandeln sind. Da war zum Beispiel jene fürchterliche Augenkrankheit Trachom, eine Infektion der Bindehaut, die bei wiederholter Ansteckung eine Verwachsung der Netzhaut hervorruft und zur Erblindung führt. Erika Sutter nennt diese Krankheit „eine der vielen Folgen von Armut und Wassermangel“.

Die Schwarzen, seit Jahrhunderten mit dieser Infektion konfrontiert, nehmen ihr Schicksal fast als eine

gottgewollte Notwendigkeit hin. Hier setzte die Arbeit der Erika Sutter an. „Grundsätzlich gilt es, bei diesen Menschen die Apathie der Armut zu überwinden.“ Mit zwei schwarzen Helfern begann sie zunächst in drei Dörfern, die Menschen über Vorbeugung und Verhütung zu unterrichten.

Der Erfolg überraschte die Ärztin selbst. Geradezu lawinenartig breitete sich die Kunde von der neuen „Wunderheilung“ unter den Stämmen der Tsongas und Vendas aus. Da auch im späteren Stadium der Krankheit noch ein relativ einfacher Eingriff die Patienten vor dem völligen Erblinden bewahrt, Erika Sutter aber die einzige Augenärztin weit und breit war, bildete sie kurzerhand selbst Krankenschwestern aus, die den rettenden Eingriff vornehmen

konnten. Inzwischen arbeiten rund 5000 freiwillige Laienhelfer – unterstützt von der deutschen „Christoffel-Blindenmission“ – im Norden Südafrikas.

Erika Sutter war sich immer bewußt, daß die erfolgreiche Bekämpfung solcher Krankheiten nicht auf das Medizinische selbst beschränkt sein konnte. Sie gab Anleitungen zur Änderung der Kinderernährung, führte hygienische Buschtoiletten ein, ließ in den Dörfern Gärten auf Kompostbasis anlegen und kümmerte sich sogar darum, praktikablere Kochherde für die Frauen zu bauen.

Als 1980 die Cholera ausbrach, praktizierte Erika Sutter wiederum angemessene improvisierte. Sie mischte dem Wasser Desinfektionsmittel bei. Ihre unkonventionelle Methode: „Oben hineinschütten, was unten rausgeht“ – eine Zucker-Salz-Lösung unter Beifügung von Backpulver gegen das Erbrechen. „Ich habe gegeben, was ich konnte“, sagt Erika Sutter schlicht, „jetzt ist es Zeit für neue Ideen.“ MONIKA GERMANI



Juan Antonio Samaranch

Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) – eigentlich ist das ein Amt für Verlierer: Der Sport als Punchingball zwischen Kommerz und Ideologie, der Sport als Schiene hochfliegender politischer Pläne – was bleibt da? Der Spanier Juan Antonio Samaranch, 64 Jahre alt und seit vier Jahren IOC-Präsident, hat diesem Amt dennoch Profil verliehen, ein couragiertes Profil.

Samaranch hat sich weder vor den Olympischen Spielen in Los Angeles von den boykottierenden Sowjets in die Knie zwingen lassen noch im Vorfeld der Spiele von 1988 in Seoul. Der fünfjährige Katalane, von Haus aus Betriebswirt und ehemals spanischer Botschafter in Moskau, erteilte allen, die erneut einen Boykott Olympias heraufbeschwören wollten, eine klare Absage: „Die Entscheidung für Seoul ist 1981 in Baden-Baden gefallen. Die Spiele werden also 1988 in Seoul stattfinden.“ Kein Wenn und kein Aber, kein Canossagang nach Mos-

Wie man die Olympia-Boykotteure ins moralische Abseits befördert

kau und auch keine dieser ehemals unbegreiflich-verständnisvollen Interpretationen aktueller sowjetischer Olympiapolitik, sondern nur dies: Wir – das IOC – haben beschlossen, und dies allein ist das Kernstück olympischer Politik. Nichts anderes.

Zu solcher Entschlossenheit gehört Mut, denn das IOC hat keine Bataillon. Das IOC kann noch nicht einmal den Weltsport regieren, es kann im Grunde kaum zwischen den Fronten vermitteln, kann nicht einmal schlichten, allenfalls raten. Das war zumindest die hilflose Ausgangslage, die Samaranch als allerdings erster „Full-Time-Präsident“ des IOC innerhalb von vier Jahren in eine begrenzten Startphase für erfolgreiche Sportpolitik umgewandelt hat.

Als die Olympischen Spiele in Los

Angeles zu einem rauschenden, weltweiten Fest gerieten und zu einem der lukrativsten Geschäftsfelder – da ging einer der Pläne Samaranchs in Erfüllung. Wie war doch der Grundgedanke dieses ganz und gar pragmatischen Olympiers? Wenn die Ausrichtung Olympischer Spiele künftig kein finanzielles Desaster mehr darstellt, sondern vielmehr das Gegenteil, ist dann wird man künftig unter den verschiedensten Bewerbern auswählen können.

Dann wird das IOC auch nicht mehr dem Druck von einem Bewerber nachgeben müssen, um die Spiele überhaupt veranstalten zu können. Auch aus dieser Position einer neuen Stärke heraus läßt sich mit Boykotteuren anders umgehen als dies frü-

her unter seinen Vorängern der Fall war.

Olympische Spiele als Markenzeichen – wer kann dem schließlich widerstehen? Um dies den Freunden in den 150 nationalen olympischen Filialen einzubläuen, brach Samaranch zu einer Reise auf, die ihn sogar jenseits des Papstes und der überaus agilen Außenminister als gelegentliche Auszugspartien erscheinen läßt. Er hat mal in dem schlichten Satz: „Ich glaube, diese Besuche haben sich positiv ausgewirkt.“ Bilanz gezogen und dabei verschwiegen, daß sein ständiges Werben für Olympia wohl letztlich die beiden, mit dem IOC verbundenen Sommer-Spielen in Los Angeles verzeichneten trotz des osteuropäischen Boykotts einen neuen Teilnehmerrekord.

Sicher, einer wie Juan Antonio Samaranch hat auch Niederlagen erlitten. Da war zum Beispiel sein Plan, all jene, die die Spiele boykottieren, mit einer Strafe zu belegen. Das IOC folgte den Vorstellungen seines Präsidenten nicht, denn Olympia, das muß klar bleiben, kann nicht zur Pflicht verkommen.

Aber einer wie Samaranch wäre nicht Diplomat aus Berufung und Olympier aus Leidenschaft, würde er nicht auch daraus Nutzen ziehen – zum Nutzen der olympischen Bewegung, versteht sich. So heißt es: Wer Olympia fernbleiben will, mag dies tun. Denn seitdem Samaranch die olympischen Geschichte in die Hand genommen hat, erscheint jede Nichtteilnahme ohnehin als moralischer Makel – was braucht es da zusätzliche Sanktionen?

„Wir stehen vor einer neuen Ära“, hat der Präsident vor einem Jahr bemerkt und dabei die olympische gemeint. Sie ist zweifellos die Ära Samaranch. KLAUS BLUME



Edwin D. Fletcher

Edwin David Fletcher, 47 Jahre alt, ist Bergmann. Seit 18 Jahren arbeitet er für die Nationale Kohlebehörde. Vorher war er Bauarbeiter. Doch in der schweren Rezession am Bau verlor er seinen Arbeitsplatz. Er versuchte daraufhin sein Glück als Kumpel. Und lange meinte er, er habe da einen „phantastischen Beruf“ gewählt. Bis der englische Kohlestreik mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen auch für ihn zum Alptraum wurde.

Fletcher steht stellvertretend für die Kumpel, die seit Beginn des Arbeitskampfes im März entgegen der Weisung ihrer Gewerkschaftsführung zur Arbeit zurückgekehrt sind. Heute stehen den noch streikenden 120 000 Bergleuten knapp 70 000 gegenüber, die in ihre Gruben einfinden.

Vor fünf Wochen entschied sich auch Fletcher, der Gruppe der Streikenden den Rücken zu kehren und sich in seiner Zeche Brookhouse, dreieinhalb Meilen östlich der Edlestadt Sheffield, wieder zur Arbeit zu melden. In dieser Zeche im

Der Tag, an dem die Kälte auch zum streikenden Bergmann kam

südlichen Yorkshire, einem als militänt geltenden Kohle-Betrieb, arbeiten inzwischen 100 der 600 Bergleute.

Fletcher lebt unweit von Brookhouse, in Kiveton Park – in schöner Landschaft zwar, aber eben in einer Gemeinde, die so atemberaubend häßlich ist wie die meisten der britischen Orte, die sich um Kohlezecken gebildet haben. Auch Fletchers Sohn ist Kumpel – normalerweise jedenfalls, denn er streikt. Staut sich da innerhalb der Familie Haß an? Nein, bestritt Vater George. Schließlich sei er selbst noch vor sechs Wochen im Streik gewesen. Was hat ihn bewogen, sich der wachsenden Gruppe der Arbeitswilligen anzuschließen und sich damit tagtäglichen Anpöbelungen, Drohungen und möglicherweise sogar der Gefahr auszusetzen, von fa-

natischen Streikposten verprügelt zu werden? War es der angebotene, großzügige Weihnachts-Bonus?

Auch dies wird von Fletcher bestritten. Zwar mögen sich andere in ihrer Not für das zusätzliche Geld und gegen die seit Generationen befolgte Gewerkschafts-Disziplin entschieden haben. Doch Fletcher hatte sein eigenes Schlüssel-Erlebnis. Als er vor Wochen einen Baum nach Hause schleppte und ihn zu Brennholz zersägte, glaubte er, damit über den Winter zu kommen. Doch nach 14 Tagen war alles Holz verzehrt. Da dämmerte ihm, welche Folgen dieser Arbeitskampf noch haben würde.

Seit er wieder in seine Zeche einfindet, hat ihm der Arbeitgeber eine Tonne Brennholz geliefert. Bezahlte mußte er sie damit, daß die mei-

sten Leute in seiner Straße nicht mehr mit ihm sprechen. Selbst im Pub stehen in einer Ecke die arbeitenden Kumpel, in der anderen Ecke die Streikenden, säuberlich wie durch eine Linie voneinander getrennt. Gekommen und nach Hause gegangen wird nur geschlossen in den jeweiligen Gruppen.

Bezahlen mußte Fletcher seine Entscheidung auch mit der Bürde, zu allen unmöglichen Nachtzeiten auf den Kleinbus der Kohlebehörde zu warten, der ihn und die anderen Arbeitswilligen zur Zeche fährt. Mal ist es um ein Uhr früh, mal um halb drei – die Zeiten werden ständig geändert, um die Streikposten zu verwirren. Mindestens zwei Stunden dauert es, bis die Rundreise, bis alle Kumpel aufgefassen sind.

Fletcher ist sicherlich nicht der couragierteste Kumpel in Kiveton Park. Unweit von ihm wohnt Alan Barford, der gemeinsam mit seinem Sohn seit drei Wochen wieder in die Zeche des Ortes einfindet. Von Anfang an weigerten sich die beiden, mit dem Bus der Kohlebehörde durch die Streikpostenlinien zur Arbeit gefahren zu werden. Sie bestehen darauf, zu Fuß und unbeobachtet zu kommen. Etwas weiter entfernt wohnt Norman Fairward, der sich schon kurz nach Streikbeginn zur Arbeit entschieden und nunmehr tagtäglich als einziger in der Zeche erschien.

Doch Fletcher war der einzige arbeitende Kumpel von all den vielen angesprochenen, der sich für ein Gespräch zur Verfügung stellte: „Ich habe einfach genug von der verfahrenen Situation. Je mehr das wissen, desto besser“, meint er und murmelte noch hinterher, daß seine Bergleute-Gewerkschaft bis zu diesem Jahr „die beste der Welt“ gewesen sei.

WILHELM FURLER

Aus dem Bauernsohn Jerzy wurde der Märtyrer des freien Polen



Jerzy Popiełuszko

Die freie Gewerkschaft Solidarität bedeutet für uns die Hoffnung auf Stille und Ruhe nach der Liebe, nach Gerechtigkeit und nach Wahrheit. Diese Hoffnung kann niemand zerstören, was unsterblich ist. Als Jerzy Popiełuszko diese Predigt am 26. August 1984 vor 40 000 Menschen aus allen Teilen Polens in der Warschauer Stanislaw-Kostka-Kirche hielt, waren genau vier Jahre vergangen, seit der inzwischen verstorbene Primas Stefan Wyszyński den damals 33-jährigen Priester bat, für die streikenden Arbeiter in der Warschauer Stahlhütte eine Messe zu lesen.

Jerzy Popiełuszko ist seinem Entschluß auch nach der Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 treu geblieben. Er saß in der ersten Reihe der Gerichtssäle, als die Prozesse gegen seine Arbeiter begannen, und er sorgte für sie in den Gefängnissen und für ihre Familien. Seine ärmliche Wohnung war bald gespickt mit Heiligenbildern, Fahnen und Dankesbeweisen von Betriebsgruppen und Arbeitern aus ganz Polen.

Und bald feierte er die erste „heilige Messe für das Vaterland und alle, die für das Vaterland leiden“. Bis zu 20 000 Menschen kamen jeden Monat zu diesem Gottesdienst nach Warschau. Sie kamen, um zu hören, was sie nicht laut aussprechen durften: Popiełuszko leidenschaftliche, aber wohlüberlegte Plädoyers gegen Lüge, Haß und Unterdrückung. Der Zorn des kommunistischen Regimes traf Popiełuszko sofort.

Feder des Regierungssprechers Urban, der dem Priester vorwarf, in „schwarzen Messen Fanatismus und Haß gegen das kommunistische Polen zu predigen“. Der schwer magen- kranke Popiełuszko litt sichtlich unter diesem Psychoterror, doch er ließ sich nicht beirren. „Ich bin mir im klaren darüber, daß es nötig ist, für die Wahrheit zu leiden. Wenn Menschen trotz ihrer Verantwortung für ihre Familien im Gefängnis leiden müssen, warum sollte ich als Priester nicht gemeinsam mit ihnen Leid tragen? Ich bin überzeugt, daß das, was ich tue, richtig ist. Und deshalb bin ich zu allem entschlossen.“

Nach elf Tagen wurde der Leichnam Popiełuszkos mit Spuren gräßlicher Folterungen in einem Stausee gefunden. Kein Ereignis hat die polnische Nation in den letzten Jahren mehr erschüttert als dieser Mord an dem Apostel des Friedens, wie Primas Glemp ihn genannt hat. Doch ein öffentlicher Aufruf blieb aus. „Mit dem Guten das Böse überwinden“, unter diesem Leitspruch Popiełuszkos letzter Predigt gaben mehr als 400 000 Menschen, die größte Menge, die Warschau seit dem Papstbesuch gesehen hat, ihrem Jerzy das letzte Geleit.

Die Toten des Jahres

Klaus Mehnert (77), Publizist und Politiker, stirbt am 4. Januar in Freudenstadt.
Wolfgang Standte (77), Regisseur („Der Untertan“, „Rosen für den Staatsanwalt“), am 12. Januar in Jugoslawien.
Manes Sperber (78), Schriftsteller und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1983, am 5. Februar in Paris.
Jurij W. Andropow (69), nach dem Tod Breschnevs Generalsekretär der KPdSU, am Juni 1983 sowjetisches Staatsoberhaupt, am 8. Februar in Moskau.
Anna Anderson (82), angeblich jüngste Tochter des Zaren Nikolaus II. (Anastasia), am 12. Februar in Charlottesville.
Michail Scholochow (78), sowjetischer Schriftsteller und Nobelpreisträger 1965 („Der stille Don“), am 20. Februar in Wjomschenskaja am Don.
Reinhold Schickel (71), Soziologe, am 24. Februar in Münster.
Uwe Johnson (49), deutscher Schriftsteller („Jahrestage“), am 24. Februar in Sheerness/England.
Martin Niemöller (92), evangelischer Geistlicher, 1947-1984 Kirchenpräsident der Landeskirche Hessen und Nassau, am 6. März in Wiesbaden.
Karl Rahner (80), katholischer Theologe und Religionsphilosoph, am 30. März in Innsbruck.
Herbert Fleischmann (59), deutscher Schauspieler, am 5. April in Ascona.
William „Count“ Basie (79), amerikanischer Jazzpianist und Bandleader, am 26. April in Hollywood.
Toni Turek (65), Torwart der Fußballweltmeister-Mannschaft von 1954, am 11. Mai in Neuss.
Enrico Berlinguer (62), seit 1972 Generalsekretär der italienischen kommunistischen Partei, am 11. Juni in Padua.
Siegfried Balke (82), 1954-1956 Postminister, 1956-1962 Atomminister, am 11. Juni in München.
Marianne Strauß (54), Ehefrau des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, stirbt am 22. Juni bei einem Autounfall.
James Mason (75), britischer Schauspieler („Lolita“, stirbt am 26. Juli in Lausanne.
Richard Burton (57), britischer Schauspieler („Wer hat Angst vor Virginia Woolf?“), „Der Spion, der aus der Kälte kam“, am 5. August in Genf.
Rudolf Hagelstange (72), deutscher Schriftsteller („Spielball der Götter“, am 5. August in Hanau.
Heinrich Reclam (73), deutscher Verleger, am 11. August in Stuttgart.
Tigran W. Petrosjan (55), 1963-1969 Schachweltmeister, am 14. August in Moskau.
John B. Priestley (89), britischer Schriftsteller („Ein Inspektor kommt“), am 14. August in Stratford-on-Avon.
Pierre Gemayel (78), Gründer der libanesischen Kataeh (Falange) Partei, am 23. August in Beirut.
François Truffaut (52), französischer Regisseur und Schauspieler („Jules und Jim“, „Eine amerikanische Nacht“, am 23. Oktober in Paris.
Oscar Fritz Schuh (80), Opern- und Theaterregisseur, 1963-1968 Intendant des Deutschen Schauspielhauses Hamburg, stirbt am 23. Oktober in Großmain/Salzburg.
Oscar Werner (81), Schauspieler („Jules und Jim“, „Fahrenheit 451“), am 23. Oktober in Marburg.
Josef Augustin (75), Reichsanwalt, am 23. Oktober in Hannover.
Jerzy Popiełuszko (37), polnischer Priester und Anhänger der Gewerkschaft „Solidarność“, wird am 30. Oktober in einem Stausee bei Wloclawek ermordet aufgefunden.
Indira Gandhi (66), 1966-1977 und ab 1980 indische Ministerpräsidentin, wird am 31. Oktober von einem ihrer Leibwächter ermordet.
„Baby Face“ stirbt 21 Tage nach der Verpflanzung eines Pavianherzens am 16. November.
Matthias Walden (57), Journalist und Mitherausgeber der WELT, stirbt am 17. November in Berlin.
Paul Dahlke (80), deutscher Schauspieler („Romanze in Moll“, „MS Franziska“, am 24. November in Salzburg.
Albert Vietor (82), 1963-1962 Vorstandsvorsitzender des Konzerns „Neue Heimat“, am 26. November in Lugano.
Hans Speidel (87), deutscher General, maßgeblich beteiligt am Aufbau der Bundeswehr, am 28. November in Bad Honnef.
Hubertus Prinz zu Löwenstein (78), Historiker und Publizist („Deutsche Geschichte“, „Seneca“, „Kaiser ohne Purpur“, am 28. November in Bonn.
Rudolf Platte (80), deutscher Schauspieler („Charley's Tante“, „Die Zürcher Verlobung“, am 18. Dezember in Berlin.
Dimitri Ustinow (76), sowjetischer Verteidigungsminister und Marschall, am 21. Dezember in Moskau.

Wie eine Dame ihren Freunden seit Jahren auf die Nerven fällt



Jeanne Hesse

Im vierten Stock eines der vornehmsten Hamburger Kontorhäuser, des Laeiszhofes an der Trostbrücke über das Nicolaifleet, weisen Firmenschilder einen Wertpapiermakler und den Kompass-Schiffahrts-Kontor aus. Die Geschäftsleute tragen Flanel, doch häufig fahren sie im Paternoster mit ärmlichen Gestalten in Kleidern der Wohlfaht. Diese Leute sind auf dem Weg zu Jeanne Hesse und ihrer Fluchtling-Stahlhilfe; sie steigen vom vierten Stock aus noch eine Treppe höher, denn der Verein sitzt unter dem Dach - das hanseatische Gewinnstreben wie ein gutes Gewissen überwölbt.

Jeanne Hesse - sie feiert im beginnenden Jahr den 75sten Geburtstag - führt den Verein mit starker Hand, trifft schnell (meist) richtige Entscheidungen und stellt hohe Ansprüche („Ich kann nur Mitarbeiterinnen brauchen, die anpacken“). Sie arbeitet verstandesbetont, wirkt kühl dabei, „doch auf einmal spricht ein hintergründiger Humor aus ihren wachen Augen“, wird erzählt. Sie stammt aus Basel und arbeitete in den dreißiger Jahren als Assistentin bei Le Corbusier. Die Heirat mit einem Hamburger Kaufmann (sie haben einen Sohn und eine Enkelin) brachte sie zunächst nach Buenos Aires, dann an die Elbe.

Dort fällt sie seit Jahrzehnten der Geschäftswelt, auch ihrem Freundeskreis, auf die Nerven: Spenden einbringen, Arbeitsplätze suchen - immer, immer wieder. Sie nutzt ihre Verbindungen schonungslos und diskret für die aus, die niemanden kennen und dringend Hilfe brauchen.

Zur Zeit bemüht sie sich um einen Studienplatz für eine Polin, „ein Genie auf der Geige“. „Das kann doch nicht wahr sein, daß ein Computer in Dortmund sagt: Wir haben genug Ausländer an der Musikhochschule“, wundert sie sich. Für einen Restaurator, „einen Meister seines Faches“, war kein Platz im öffentlichen Dienst. Die Fluchtling-Stahlhilfe besorgte ihm Handwerkszeug: „Jetzt lebt er von öffentlichen Aufträgen.“ Es wird noch Arbeit für Schauspieler gesucht, für Handwerker, für Seeleute.

„Ich finde nicht, daß der Staat alles machen sollte“, sagt Frau Hesse und richtet sich danach. Ärgerlich findet sie allerdings, wie unbeweglich und hoffnungslos überfordert die Behörden sind. Die Flüchtlinge aus dem Sozialismus verfallen sich immer wieder im Bürokratismus. So kam die Sozialbehörde auf die Idee, einen Ratgeber zu schreiben. An zweiter Stelle wollte sie die Fluchtling-Stahlhilfe aufführen - sich so aus der Verantwortung stehlen und den Verein verstoßen. „Sie wissen, wer Sozialsenator ist“, seufzt Jeanne Hesse. Sie sucht eine Nachfolgerin: „Ich bin zu alt“, meint sie und ihre klaren Augen fallen auf den Berg auf ihrem Schreibtisch, den sie energisch angeht. DETLEV AHLERS

Notwendige Stützpfeiler im sandigen Boden der Deutschlandpolitik



Helmut Diwald

Oh mit couragierten Büchern wie zuletzt seinem „Mut zur Geschichte“ oder seinen nicht „sine“ verfaßten Artikeln, ob mit Vorträgen oder Streitgesprächen - jederzeit tritt der 55-jährige Historiker und Buchautor Helmut Diwald für die Sache ein, die auch die Sache aller Deutschen ist: die Wiederherstellung ihrer Einheit und ihrer Selbstbestimmung. Teilstaatlicher Separatismus der drei deutschen Republiken, die nach 1945 westlich der Elbe, östlich von ihr und im Alpenland geschaffen worden sind, ist sein eigentlicher Widerpart.

Neben dem Geschichtsverständnis richtet sich Diwalds Kritik auch auf die Bonner Deutschlandpolitik, deren sandigen Boden er am liebsten mit politischem Beton größere Festigkeit verleihen möchte. Nicht die Aufrechterhaltung des Status quo, so hält er Bonner Politikern vor, kann das Ziel deutschlandpolitischer Konzeption sein, sondern dessen Überwindung. Da sich seine Kritik an die Regierung genauso wendet wie an die Opposition, die ihm beide die „gesamtdeutsche Dimension“ vermissen lassen, hat er in Bonn nicht gerade viele Freunde.

Spätestens seit seiner großen Wallenstein-Biographie (1969) und seit seiner der damaligen „neuen Deutschlandpolitik“ gewidmeten Schrift „Die Anerkennung“ (1970) ergibt sich für die Arbeit des Historikers Diwald, daß sein Erforschen und Erzählen deutscher, mitteleuropäischer Geschichte der Kategorie des Nationalen gewidmet ist - gegen die in Ost und West vorherrschenden Tendenzen teilstaatlicher Beschränktheit.

Ob 1975 in seinem „Anspruch auf Mündigkeit“ oder drei Jahre später in seiner „Geschichte der Deutschen“ oder 1982 in seiner Biographie Martin Luthers, den er als „deutschen Revolutionär“ lebendig werden läßt - immer spürt man, daß dieser außergewöhnliche Professor für Mittlere und Neuere Geschichte von seinem Generalthema gepackt und durchdrungen ist: Deutschland und die Deutschen sind es, die das disziplinierte Werk dieses mutigen Historikers vorwärts treiben.

Kritik an seiner Arbeit scheut er nicht. Aber das Ausmaß des Hasses, das ihm von Holzhörnern und publizistischen Nutznießern der deutschen Teilung schon entgegen geschlagen ist, trifft ihn tief. Daß er sich eines Schwall von Schlag- und Wörtern und Verdächtigungen gerade wegen seines auf ganz Deutschland gerichteten Denkens erwehren muß, erscheint ihm als Ausdruck weit fortgeschrittenen nationalen Verfalls. Aber gegen alle Anfeindungen hält Diwald daran fest: „Der Tatbestand, daß in unserer Verfassung die Pflicht beschworen wird, Deutschland staatlich zu restituieren - dieses Bekenntnis zum alten Deutschland wiegt schwerer und besitzt mehr Würde als ein unbetroffenes Anpassen an die augenblickliche Lage unter Berufung auf einen Wirklichkeitsbegriff, der allen möglichen Interessen dient und dienen kann, tatsächlich und vermeintlich - aber nur höchst bedingt den Interessen aller Deutschen.“ GÜNTHER DESCHNER

Selbst Computer-Sprache lernt man leicht mit Späßen von Karl Valentin



Ursula von Krosigk

So mögen die Töchter der „Pilgrim Fathers“ aus Amerika früher Geschichte gewirkt haben: riskierend, mutig, nachdenklich. Ursula von Krosigk, eine echte Rheintochter aus der Nähe von Köln, schwimmt auf der Gründerwelle Berlins.

110 Jahre nach dem preußischen Aufbruch der Borsigs und Siemens steht der Jung-Unternehmerin eine neue Unternehmungslust im Gesicht geschrieben. Auf Frauen wie ihr, emancipiert ohne Feminismus als Kult, gründet sich Berlins Optimismus. Ein Jugend-Stil eigener Art - oder die Kunst, sich selbst zu wagen...

Mit 29 hat man noch Träume. Die junge Sprachwissenschaftlerin, die über ihrem Herzen für die Computer nicht den Verstand verloren hat, besitzt gemeinsam mit einer Freundin eine der jüngsten Firmen Berlins: Tech-Writers. „Wir schreiben Handbücher über den Umgang mit Computern und mit ihren Programmen. Mit Pfiff, denke ich, und auf eine Art, daß auch Laien, die den Computer scheuen, ihren Spaß haben.“ Ulla von Krosigk, altmärkischer Landadel, bringt ihr technisches Know-how ins Geschäft ein, ihre Partnerin Silke Becker, früher bei „Brigitte“, die Schreiberin.

Die beiden Damen schaffen im BIG. Das Kürzel sagt, auf berlinische Weise, schon alles - „Berliner Innovations- und Gründerzentrum“. Ein Technologie-Park hinter dem Backsteingemäuer einer preußischen Fabrik hoch oben im Berliner Norden, am Wedding. „Als wir im BIG anfangen, waren wir 13 Gründer und eine Gründerin.“ Vor gut einem Jahr startete das Unternehmen in diesem Quartier der geistreichen Wagenmatten, das sich von Flensburg bis Konstanz unterdessen jede Stadt zulegen möchte, die auf sich hält.

Von Codes, Chiffren und ähnlichen Dingen geworden und habe mich dann ernsthaft damit befaßt. Ein „Computerkurs für Geisteswissenschaftler“, in Amerika gang und gäbe, öffnete ihr das Tor zu bestimmten Technik unseres Jahrhunderts. „Daß ich habe ich Mathe und Physik auf der Schule gehabt.“ „Bleiben oder nicht bleiben, lautete bald die Frage. Anfang 1983 kam die spätere „Tech-Sister“ aus privaten Gründen nach Berlin: „Gerade zu der Zeit, als hier in der Stadt die anti-amerikanische Grundströmung mit Anti-Reagan-De-mos besonders stark war.“ Der Schritt in die unternehmerische Freiheit, die zugleich ihr Risiko ist, gelang mit familiärer Hilfe: „Mein Vater gab 4000 Mark als Darlehen, der Vater meiner Freundin ebenfalls 4000 - unser Startkapital.“ Alles andere haben die Damen im Köpchen: Sie bringen Computer-Handbücher, „so spannend wie Krimis oder Videospiele“, zu Papier. Sie illustrieren ihre Texte mit Karikaturen und Zitaten von Karl Valentin („Jaaa! Des is!“), Christian Morgenstern („Zwei Trichter wandeln durch die Nacht...“), Tucholsky oder Erich Kästner. Das Vergnügen des Verstandes wird zum Gaudium.

Und dann ist da noch die andere Seite der Urnekelin der Berliner Gründerväter: Sie schreibt Poesie. Sehr persönliche Verse, ruhig und gemessen. Im Selbstverlag, und eine Zeile klingt wie Selbstbiografie: „... dem Mädchen, das alles immer anders machte, und die nun älter ist und weiter alles anders macht / nämlich genau das, was sie will.“ Und es gibt noch Felix, den Glücklichen: den Knaben von vier Monaten, mit dem schon Bundespräsident von Weizsäcker größtenteils schäkelt, als Mutter Gründerin auf einer Technologie-Messe ausstellte. HANS-RÜDIGER KARUTZ

Die eigene Kirchenleitung reizt die Pastorenfrau zum Widerspruch



Elisabeth Motschmann

Ist Elisabeth Motschmann eine mutige Frau? Beim Gespräch in der Pfarrwohnung in Itzehoe zwischen Hamburg und Husum antwortet die 33-jährige dreifache Mutter ohne lange Überlegung: „Ich bin nicht besonders mutig. Es ist doch selbstverständlich, sich in der Öffentlichkeit auch mal kritisch zu äußern, ohne die große Gleichmacherei. Dort, wo Fehlentwicklungen sichtbar werden, muß man sie im Interesse unserer Gesellschaft ansprechen. Ich gehöre zu jener Generation, die schon kritisch erzogen wurde, und ich sehe es als Verpflichtung, nicht zu allem und jedem zu schweigen.“

Dies hat sich die Pastorenfrau zum Prinzip gemacht. Zwei Bereiche sind es, die Elisabeth Motschmann immer wieder öffentlich Partei ergreifen lassen: Fehlentwicklungen in der Evangelischen Kirche, die sie durch die Arbeit ihres Mannes als Pastor an der Stadtkirche von Itzehoe besser als viele andere kennt sowie die Stellung der Frau in Beruf, öffentlichem Leben (einschließlich der Parteien) und Familie. Grundsätzlich ist sie trotz vieler Anfeindungen nicht bereit, all das widerspruchsfrei zu akzeptieren, was gemeinhin mit dem nichtstehenden Modewort Zeitgeist umschrieben wird.

Diese Überzeugung, die sie ohne blausrümpfiges Eifer vertritt, verschafft ihr bereits vor gut zwei Jahren öffentliches Aufsehen und überwältigende Zustimmung. Elisabeth Motschmann legte in der Fernsehdebatte „Arena“ die böhle Phrasologie zum Thema „Die neuen Nackten“ bloß, ließ sich durch ein vulgäres Happening im Fernsehstudio nicht provozieren, sondern behauptete sich tapfer, indem sie Werte wie Menschlichkeit, Anstand, Geschmack gegen grenzenlose Freizügigkeit und schamlose Zurschaustellung setzte.

Mit der gleichen ruhigen, aber bestimmten Art, die ihr damals eine ungeahnte Sympathiewelle aus allen Schichten der Bevölkerung bescherte, geht Elisabeth Motschmann auch heute gegen Entwicklungen an, in denen sie eine Gefahr für die menschliche Gemeinschaft sieht. Seit sie zum Beispiel ihre Erfahrungen bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg Anfang Oktober zum Thema „Feministische Theologie“ immer wieder öffentlich diskutiert, hat sie ein erschreckendes Maß an Intoleranz innerhalb ihrer eigenen Kirche kennengelernt.

Zugleich setzte aber auch eine neue Flut von Briefen aus allen Teilen des Landes ein. Theologen wie Laien stellen sich auf die Seite von Elisabeth Motschmann, sehen wie sie große Gefahren für die Evangelische Kirche, wenn die „Feministische Theologie“ mit ihren extremen Positionen gegen eine vermeintliche Männerkirche, gegen Gottvater, Sohn und Heiliger Geist weiter an Boden gewinnt. Öffentlich wie intern haben Pastor Jens Motschmann und seine Frau Elisabeth auf diese Fehlentwicklungen hingewiesen, haben aufgezeigt, wie Schritt und Handlung von militanten Verfechterinnen „Feministische Theologie“ über Okkultismus und heidnische Brautnacht hin zu Lohpfeiler linksextremem politischer Strömungen führen. Vehement beklagt Elisabeth Motschmann, daß die Kirchenleitung diese ersten Gefahren offensichtlich verkennt. Im Bestreben, diese radikalen Kräfte doch noch integrieren zu können, habe es die Kirchenleitung bisher in ihren Reaktionen an der notwendigen Klarheit fehlen lassen. „Die Kirche hat die Dinge sicher erkannt, aber sie hat nicht die Kraft, in der Öffentlichkeit deutlich dagegen zu sprechen.“ So mühte nach Elisabeth und Jens Motschmanns Auffassung bei der Besetzung von Pfarrstellen darauf geachtet werden, ob die weiblichen Kandidaten dieser feministischen Linie anhaften.

Da aus ihrer Sicht Versäumnisse der Kirchenleitung offenkundig sind, wird Elisabeth Motschmann nicht müde, allen Anfeindungen zum Trotz Widerspruch zu formulieren. Das erfordert neben Mut und Standhaftigkeit auch viele Kraftanstrengungen. Ihr Erfolg im politischen Wirken der schleswig-holsteinischen CDU und die Freude an ihrer Familie geben ihr immer wieder neuen Auftrieb; die breite Zustimmung ist ihr Rechtfertigung und Beweis für den richtigen Weg. DIETHART GOOS

JANUAR



„Die Realitäten richten sich nicht immer nach den Prognosen.“

Dr. Norbert Blum, Bundesminister für Arbeit.

FEBRUAR



„Die Bundesrepublik ist augenblicklich dabei, von einer gesunden Sensibilisierung in Sachen „Umwelt“ in eine krankhafte Umwelt-Hysterie abzugleiten oder abgedrängt zu werden. Man muß fragen, ob diese gezielte, semantische Umweltverschmutzung für den Zustand der Gesellschaft nicht längst das weitaus gefährlichere Übel geworden ist.“

Rudolf von Bennigsen-Forster, Vorstandsvorsitzender der Veba AG, Düsseldorf.

Trotz des langwierigen Streiks für die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie und bei den Druckern – dem stärksten Hemmschuh für ein erfolgreiches Jahr in der deutschen Wirtschaft – setzte sich der Aufschwung 1984 mit einem Wachstum

von 2,5 Prozent weiter fort. Starke Antriebskräfte kamen dafür aus den Vereinigten Staaten, wo die Konjunktur regelrecht explodierte. Darüberhinaus begünstigte der starke Dollar die Exportgeschäfte wichtiger deutscher Branchen.

Der Boom in den USA brachte den Aufschwung auch nach Europa

Streikfolgen schnell überwunden – Wachstum erreicht noch 2,5 Prozent

Für die Wirtschaft begann das Jahr 1984 vielversprechend. Die Konjunkturindikatoren zeigten steil nach oben. Zehn Prozent mehr Bestellungen im Januar und Februar als 1983 ließen im verarbeitenden Gewerbe kühne Hoffnungen keimen. Doch während sich die Tarifauseinandersetzungen im Frühjahr zuspitzten, begann der Konjunkturmotor zu stottern. Der Optimismus wich schnell einer allgemeinen Unsicherheit. Die langen Streiks in der Metall- und in der Druckindustrie brachten dann den Einbruch: Für die Autohersteller beispielsweise fiel eine Monatsproduktion aus, 380 000 Personenwagen und Nutzfahrzeuge. Neun Mrd. DM fehlten ihnen und ihren Zulieferern in der Kasse.

Einbußen, die im Verlauf des Jahres fast vollständig wieder wettgemacht wurden. Die erfolgreiche Aufholjagd spiegelt sich auch in den gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen wider: Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im dritten Quartal gegenüber dem zweiten um 2,5 Prozent und lag damit um knapp drei Prozent über dem Produktionsniveau des Vorjahres. Für das ganze Jahr wurde so doch noch ein Wachstum von 2,5 Prozent möglich – nach bescheidenen 1,3 Prozent 1983.

Günstige Prognosen für den Arbeitsmarkt

Und im kommenden Jahr soll es nach der Prognose des Sachverständigenrates eine weitere Beschleunigung auf drei Prozent geben. Etwa 250 000 bis 300 000 Personen könnten so im Jahresverlauf zusätzlich eine Beschäftigung finden, nachdem 1984 kein nennenswerter Abbau der Arbeitslosigkeit gelungen ist. Ende November waren 2,189 Millionen Menschen – 8,8 Prozent der abhängigen Erwerbsbevölkerung – als arbeitslos registriert. Seit dem Sommer hat sich die Arbeitsmarktlage leicht entspannt. Besonders erfreulich ist, daß trotz einer Rekordzahl von Lehrstellenbewerbern weniger Jugendliche als im vorigen Winter ohne Stelle sind.

Nachdem der Streit um die Arbeitszeitverkürzung wie nie zuvor die politische Diskussion bestimmte, bekam der Tarifabschluß von allen Seiten gute Noten. Der Grund ist die Besonderheit des Kompromisses, den der ehemalige Bundesminister Georg Leber (SPD) als Schlichter ausgehandelt hatte und mit dem schließlich der siebenwöchige Metallstreik in Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen sowie der Konflikt im Druckgewerbe beendet wurden. Danach wird die tarifliche Wochenarbeitszeit zum 1. April 1985 von 40 auf 38,5 Stunden gesenkt.

In den Betrieben können jedoch für einzelne oder Gruppen von Arbeitnehmern zwischen 37 und 40 Stunden pro Woche vereinbart werden, sofern die 38,5 Stunden im Durchschnitt des Betriebes nicht überschritten werden. Eine Regelung, die sowohl die Gewerkschaftsforderung nach einem Einstieg in die 35-Stunden-Woche als auch dem Ziel der Arbeitgeber entgegenkommt. Sie sind daran interessiert, die Arbeitszeit den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen in ihrem Betrieb flexibel anpassen zu können.

Einer vergleichsweise bescheidenen Tariflohnsteigerung um 3,3 Prozent für 1984 wird am 1. April 1985 eine Anhebung um zwei Prozent folgen. Zusammen mit dem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung ergibt sich eine Kostensteigerung von 5,9 Prozent, die die Unternehmen durch flexible Arbeitszeitregelungen jedoch verringern können.

In anderen Branchen, etwa Textil/Bekleidung oder Bau, wurde die 40-Stunden-Woche auch für die nächsten Jahre festgeschrieben. Dafür handelten die Gewerkschaften den Arbeitgeber eine günstigere Vorruhestandsregelung als in der Metallindustrie ab. Insgesamt haben die Personalausgaben bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität 1984 nur wenig zugenommen. Die höhere Auslastung der Kapazitäten ließ die Lohnstückkosten sinken. Verbesserte Erträge und Ertragswartungen schlugen sich in einer spürbar größeren Investitionsbereitschaft nieder.

Die Hoffnung, daß die Investitionen mehr und mehr die Rolle des Konjunkturmotors übernehmen, stützen noch weitere Daten: Der Kapitalmarkt – gemessen an der Rendite der öffentlichen Anleihen – ist in diesem Jahr um mehr als einen Prozentpunkt auf sieben Prozent zurückgegangen, auch als Reflex auf die Preisberuhigung. Die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung zeigte im

August und September nur noch eine Biss vor dem Komma und pendelte sich später bei gut zwei Prozent ein.

Die sinkenden Zinsen haben aber nicht verhindert, daß die Bauwirtschaft zum Sorgenkind der Konjunktur wurde. Im Wohnungsbau gab es einen regelrechten Auftragsrückgang, im öffentlichen und im gewerblichen Bau hielt sich das Bild dagegen auf. Eine langjährige Problembranche, die 1984 von der anziehenden Investitionsgüternachfrage profitierte, sorgte für die Unternehmens-Hochzeit des Jahres: Die Konzerne Krupp und Klöckner wollen ihre Stahlaktivitäten zusammenlegen.

Maschinenbau und elektrotechnische Industrie waren die Hauptstützen des Exportbooms. Begünstigt durch den starken Dollar entwickelte sich die Ausfuhr mit einem Plus von acht Prozent zur wichtigsten Triebkraft der Konjunktur. Allein von August bis Oktober gingen beim verarbeitenden Gewerbe 15 Prozent mehr Aufträge ein als im Vorjahr. Der Überschuss in der Leistungsbilanz wird mit zwölf Milliarden DM voraussichtlich deutlich höher ausfallen als 1983 (10,3 Milliarden DM).

Freundlich war das Konjunkturklima auch im Fernen Osten. Japan verhielt sich seinem Expansionskurs. Bemerkenswert war die Verschiebung von der exportorientierten zur binnenorientierten Konjunktur. Aber der entscheidende Antriebsmotor für die Bundesrepublik, auch für die Europäische Gemeinschaft, war freilich in diesem Jahr der explosionsartige Aufschwung in den Vereinigten Staaten. Schon im ersten Quartal blickte der Handelspartner auf der anderen Seite des Atlantik auf eine reale Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 8,3 Prozent. Weitere Aufschwungsmeldungen in den darauffolgenden Monaten nährten sogar die Befürchtung, daß die Konjunktur sich möglicherweise überhitze. Das war allerdings nicht der Fall. Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung hatten ihren Höhepunkt schon Ende des Sommers überschritten.

Im Zuge des kräftigen Wachstums – bei einer vergleichsweise niedrigen Teuerungsrate von vier Prozent – erhöhten sich die US-Importe erheblich, das Handelsbilanzdefizit nahm einen ungeahnten Umfang an. Ebenso weitete sich die Lücke im Etat stetig aus und sorgte für Schlagzeilen. Zum Ende des Jahres werden die beiden Fehlbeträge auf rund 100 Mrd. und 175 Mrd. Dollar geschätzt.

Dieser auf Defiziten aufgebaute Aufschwung hatte für die exportorientierte Bundesrepublik, wie auch für die anderen Industriestaaten und die Entwicklungsländer vor allem einen großen Vorteil: Sie konnten sich vom Importstog der Amerikaner mitreißen lassen.

Frühe Früchte der Stabilitätspolitik

Auch wenn die Aufwärtsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft während des Londoner Gipfels im Juni noch lahmte, so hatten der amerikanische Aufschwung und die allgemeine verfolgte Stabilitätspolitik schon erste Früchte getragen: Im Jahresvergleich hatte sich der Index der Industrieproduktion um mehr als drei Prozent verbessert, die Inflationsrate lag nur noch bei 7,5 Prozent, inzwischen ist sie unter die Sieben-Prozent-Marke gerutscht. Ein gutes Wachstum kündigte sich schon an; voraussichtlich wird es sich bei dreieinhalb Prozent bewegen. Besorgniserregend blieb und bleibt der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbstätigen. Im Augenblick liegt er etwa bei elf Prozent.

Eine Reproduktion des insgesamt dennoch freundlichen Konjunkturbildes im nächsten Jahr würde auch den Entwicklungsländern helfen. Nur so besteht die Chance, daß mehr Kapital in diese Regionen fließt, daß die Rohstoffnachfrage und der Bedarf nach ihren Produkten steigt. Denn die Bruttoverschuldung in der Dritten Welt und Osteuropa hat sich in diesem Jahr auf etwa 900 Mrd. Dollar summiert. Daß im Verlauf dieses Jahres erste Regelungen gefunden wurden – vor allem mit den größten lateinamerikanischen Schuldnern Mexiko, Argentinien und Brasilien – kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die langfristigen Umschuldungen die Probleme nur strecken, aber nicht lösen. Bis die Verschuldung wieder im Einklang mit der Schuldendienstfähigkeit der betroffenen Länder steht, wird noch viel Zeit vergehen.

Den Entwicklungsländern wäre sicherlich geholfen, wenn der europäische Markt sich ihren Produkten stärker öffnete. Jedoch wird auch das Zeit brauchen; die Gemeinschaft

kämpft selbst nach wie vor mit zu vielen Problemen. Zwar folgte auch 1984 ein Ministerrat dem anderen. Aber die Zahl der Schwierigkeiten hat sich kaum vermindert. Sicher, daß der Streit um den britischen EG-Beitrag im Juni auf dem Gipfel in Fontainebleau beigelegt wurde, bedeutete einen großen Fortschritt. Auch die Einführung der Milchquoten bewies Einigkeit, kann angesichts der hohen Agrarüberschüsse allerdings nicht mehr als der Tropfen auf einem heißen Stein sein. Der Einstieg in eine grundlegende Reform der Agrarpolitik gelang bisher noch nicht.

Die Beitrittsanträge Portugals und Spaniens, die schon seit 1977 in Brüssel vorliegen, tragen noch immer nicht den Vermerk „erledigt“. Zwar wurde die für die Beitrittsgespräche wichtige Frage um die Weinüberschüsse auf dem Gipfel in Dublin geklärt, Fragen zur Fischerei und zu den Übergangsfristen bei Obst und Gemüse blieben aber weiter unbeantwortet. Ob eine Ratifizierung zum angekündigten Termin 1. Januar 1986 möglich ist, wird schon bezweifelt.

Dabei ist ein Verhandlungsgende dringend geboten, hatte doch Bonn die Anhebung des Mehrwertsteueranteils davon abhängig gemacht, daß die Erweiterungsverhandlungen bis Ende 1984 abgeschlossen sind. Bleibt aber die vorgesehene Geldspitze aus, reißt die Lücke im EG-Haushalt bald auf und entwickelt sich zu einem unüberwindlichen Graben.

EG verhandelt weiter über die neuen Beitritte

Aus den Erfahrungen mit den langwierigen Verfahren, die eine Entscheidungsfindung in der Zehner-Gemeinschaft erfordert, lernte der deutsche Innenminister Zimmermann. Eisern forciert er seine Vorstellung durch, daß in der Bundesrepublik schon bald abgemessene Autos fahren müssen. Im November war es dann soweit: Die Bundesregierung beschloß – unabhängig von der Gemeinschaft, daß Fahrzeuge mit einem Hubraum über zwei Liter ab 1988 und kleinere Autos ab 1989 umweltfreundlich über deutsche Straßen rollen müssen. Die Vorschriften zur Steuerbefreiung werden ab Januar oder Februar 1985 gelten, wenn das Gesetz verordnet worden ist.

Einen Punkt konnte auch Bundesminister Blum zum Ende des Jahres für sich verbuchen: Im Dezember wurde das Krankenhausfinanzierungsgesetz vom Bundestag in Bonn verabschiedet. Wichtigste Rahmenvorgabe ist, daß die Krankenhäuser in der Bundesrepublik künftig ihre Ausgaben und Einnahmen im Voraus planen müssen, statt wie bisher den Krankenkassen am Jahresende einfach eine Rechnung vorzulegen. Gleichzeitig zieht sich der Bund aus der bisherigen Mischfinanzierung der Krankenhäuser zurück. Damit hofft die Bundesregierung, einen maßgeblichen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu leisten.

Viele andere Probleme der Sozialpolitik bleiben freilich offen. So ist die zukünftige Finanzierung der Rentenversicherung ungelöst. So schlagen die Gemeinden Alarm, weil sie die finanziellen Lasten der Sozialhilfe nicht mehr tragen können. Auf Erfolg kann die Bundesregierung in der Finanzpolitik blicken. Die Neuverschuldung des Bundes wurde auf knapp 80 Milliarden DM heruntergedrückt. Im kommenden Jahr will Finanzminister Stöckelberg nur 25 Milliarden neue Kredite in Anspruch nehmen. Die Ausgaben sollen 1985 nur um 0,9 Prozent steigen.

Nach schier endlosem Streit um Steuern und Termine schaffte es die Bundesregierung im Dezember, die Steuerreform auf den Weg zu bringen. In einer ersten Stufe sollen zum 1. Januar 1986 vorrangig Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen und Familien mit Kindern um insgesamt 11 Milliarden Mark entlastet werden. Dazu werden der Kinderfreibetrag und der Grundfreibetrag erhöht und der Steuerfiktionalitätsfaktor von 1984 auf 1985 angehoben. Der zweite Schritt soll dann 1988 eine weitere Tarifkorrektur bei der Lohn- und Einkommensteuer bringen und die Bürger um 9,2 Milliarden DM entlasten.

Mit der Einigung auf diese beiden Stufen wurde der koalitionsinterne Streit um einen Ersatz für die Investitionszulage beendet, die am Bundesverfassungsgericht gescheitert war. Die CDU hatte ein anderes Opfer der Besserverdienenden verlangt, konnte sich aber mit ihrer Forderung gegen FDP und CSU nicht durchsetzen.

H. STÜWEK SÖHLER

JULI



„Wir müssen weg von der Mentalität der siebziger Jahre, wonach nur dann etwas erfunden werden darf, wenn der Staat durch einen Scheck seinen Segen dazu gibt.“

Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie.

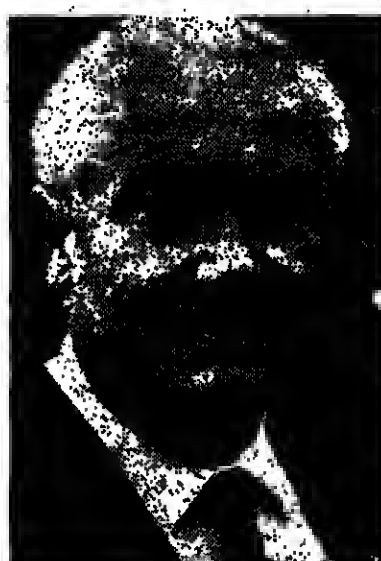
AUGUST



„Das Arbeitslosenproblem ist eng mit der Strukturschwäche der deutschen Wirtschaft verknüpft. Wir haben einfach noch zu viele Bereiche, denen Unternehmen ohne staatliche Hilfe nicht überleben können. Überkapazitäten früh oder später – und das später bedeutet ein entsprechendes Mehr an Subventionen – abgebaut werden müssen.“

Wilfried Guth, Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank AG.

SEPTEMBER



„Wir können nicht das japanische Modell übernehmen und sollten dies auch gar nicht versuchen. Staat, Wirtschaft und Wissenschaft müssen jedoch im Rahmen unseres marktwirtschaftlichen Systems noch enger zusammenarbeiten – es gibt noch zu viele Berührungspunkte.“

Dr. Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, München.

OKTOBER



„Kein Land der Welt ist so stark mit der Weltwirtschaft verflochten wie die Bundesrepublik. Vor guten Klang des „Made in Germany“ hängen Wachstum und Beschäftigung unserer gesamten Volkswirtschaft ab. Wir sollten uns deshalb davor hüten, selbst das Ende dieses Gütechens der deutschen Industrie herbeizuführen.“

Prof. Dr. Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Stuttgart.

NOVEMBER



„Auf der einen Seite will man wieder Bäche haben mit sauberem Wasser wie im Mittelalter und dazu riesengroße Wälder mit vielen Tieren, auf der anderen Seite aber auch moderne Krankenhäuser und ein lückenloses System der sozialen Absicherung. Der Glaube, beides miteinander vereinbaren zu können, ist ein Irrglaube.“

Martin Bangemann (FDP), Bundesminister für Wirtschaft.

DEZEMBER



„Die primäre Aufgabe des Unternehmens in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung ist es, den permanenten wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel zu bewältigen. Das muß auch künftig die Regel bleiben. Staatliche Hilfe darf allenfalls Hilfe zur Selbsthilfe sein.“

Prof. Dr. Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Bonn.

MÄRZ



„Der Staat trägt längst Mitverantwortung dafür, wenn immer mehr und mehr versuchen, sich vom Staat zu lösen, was ihnen der Markt nicht gibt.“

Paul Schnitzer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Bonn.

APRIL



„Strukturkrisen treten bei uns nicht nur in bestimmten Branchen auf, sondern gleichzeitig konzentriert auf ganz bestimmte Regionen. Das Süd-Nord-Gefälle in unserem Land ist das eigentliche Kernproblem unserer regionalen Wirtschaftsstruktur.“

Helmut Kohl, Bundeskanzler.

MAI



„In unserem rohstoffarmen Land können wir nur mit Hilfe der Technik die Zukunft sichern. Ohne die Technik würden wir mehr als den Wohlstand verlieren; denn auch das System der sozialen Sicherheit bräche zusammen, und Bildung wäre wieder Privileg für wenige.“

Dr. Ulf Merbold, Physiker und Astronaut.

JUNI



„Bei allem Stolz auf das Erreichte bleiben Sorgen um eine vernünftige Perspektive: Der Hüttenvertrag läuft 1988 aus. Hier muß jetzt ernsthaft verhandelt werden. Ein Anschlußvertrag muß her, die Zeit drängt; Gespräche mit den Stahlunternehmen stehen für mich auf der Tagesordnung ganz oben an.“

Adolf Schmidt, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum.

Sharon kann mit Sieg „zweiter Klasse“ rechnen

Endet Prozeß gegen das „Time“-Magazin mit Vergleich?

FRITZ WIRTE, Washington
Der Prozeß des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon gegen das US-Nachrichtenmagazin „Time“ erreicht sein entscheidendes Stadium. Das Gericht ritt nach zehntägiger Prozeßpause am Mittwoch wieder zusammen.

Es war ein eigenartiger Prozeß. Er begann vor sechs Wochen, und in dieser Zeit gehörte die Bühne ausschließlich Sharon und seinen Anwälten. Als nach 13 Zeugenverhören durch die Ankläger die Reihe an „Time“ war, eigene Zeugen vorzuführen, überraschten die Anwälte des Magazins mit der Entscheidung, daß sie darauf verzichten und die Beweisführung als beendet betrachten. „Time“-Anwalt Paul Saunders wollte diesen Verzicht als Ausdruck seiner Siegesversichert verstehen wissen. Die rechtlichen Anwälte Sharons schoben zurück. „Es zeigt, auf welch schwachen Füßen ihr Fall steht.“

Über diesem Gerangel hinweg haben sich hartnäckig die Gerichte, daß in Vergleich in der Luft liege. Danach wolle sich „Time“ bereit erklären, eine Entschuldigung zu drucken und Sharons Prozeßkosten zu übernehmen, die auf über eine Million Dollar geschätzt werden.

Der New Yorker Prozeß war durch eine Titelgeschichte von „Time“ im Februar 1983 ausgelöst worden, in der das Blatt behauptete, Sharon habe unmittelbar nach der Ermordung des jüdischen libanesischen Präsidenten Bachir Gemayel bei einem Beileidsbesuch bei dessen Familie über Vergeltungsmaßnahmen der Fanatiker diskutiert. Einen Tag nach dieser angeblichen Diskussion kam es zu einem Massaker in Beirut, bei dem über 700 „libanesischer“ getötet wurden.

Sharon bestreitet, daß es einen Zusammenhang zwischen seinem Beileidsbesuch und dem Massaker gegeben habe und daß er mit der Familie Gemayels zu keinem Zeitpunkt über Vergeltungsmaßnahmen gesprochen habe. Der Fall sei durch „Time“ noch dadurch verschlimmert worden, daß die Zeitschrift behauptete, daß diese angebliche Vergeltungsdiskussion Sharons im offiziellen Untersuchungsbericht der israelischen Regierung zitiert worden sei. Sharon verklagte das Blatt wegen Verleumdung zu 50 Millionen Dollar Schadensersatz.

Tatsächlich sah es für „Time“ in den ersten sechs Prozeßwochen nicht gut aus. Das Magazin nahm Schaden an seiner journalistischen Reputation, als ihr israelischer Korrespondent David Halevy, von dem die umstrittenen Informationen über Sharon stammen, im Zeugenverhör zugeben mußte, daß seine Informationen nicht aus sicheren Quellen stammen. Außerdem wurde bekannt, daß die Information Halevys in der „Time“-Redaktion verschärft wurde. Während Halevy an die Redaktion berichtet hatte, daß Sharon den Gemayels „das Gefühl“ gegeben hatte, daß er die Notwendigkeit zur Vergeltung verstehe, machte die „Time“-Redaktion daraus die Version, daß er mit dem Gemayels über Vergeltung „diskutiert“ habe.

Außerdem gelang es den Sharon-Anwälten, Zweifel an der journalistischen Zuverlässigkeit Halevys zu wecken. Der direkte „Time“-Vorgesetzte Halevy, Richard L. Duncan, mußte zugeben, daß er Halevy bereits im Jahre 1978 einmal auffordern mußte, sich aus der aktiven Politik in Israel herauszuhalten. Es wurde bekannt, daß Halevy 1976 im Wahlkampf aktiv an der Kampagne von Shimon Peres beteiligt war, einem politischen Rivalen Sharons. Führende „Time“-Leute gaben sich deshalb alle Mühe, die Reputation ihres Mannes in Israel wiederherzustellen.

„Time“ hat sich inzwischen bereit erklärt, den umstrittenen Artikel zu widerrufen oder zu korrigieren, wenn aus dem Untersuchungsbericht der israelischen Regierung hervorgeht, daß der „Time“-Artikel in bestimmten Schlüsselpassagen unzutreffend sei. Das aber dürfte kaum geschehen, da die israelische Regierung bisher keine Neigung zeigte, diese Geheimdokumente zur Einsicht freizugeben.

Das Beste, was Sharon erwarten kann, ist, daß er als ein Sieger zweiter Klasse aus diesem Prozeß hervorgeht. Ihn an allen Fronten zu gewinnen ist dagegen fast unmöglich. Denn Sharons Anwälte müßten dazu nicht nur beweisen, daß der „Time“-Artikel falsch war, sondern daß „Time“ diesen Bericht absichtlich, wider besseres Wissen und ungeachtet des Wahrheitsgehaltes in verleumderischer Absicht gedruckt habe.

Neuer Kurs im Golfkrieg: Die Saudis stocken heimlich die Finanzen des Todfeindes Iran auf

Von HARALD VOCKE

Im Saudi-Arabien ist es erstaunlich ruhig geworden. Noch immer aber berichten die Boulevardblätter über die Tollheiten des steinreichen Kaufmanns Adnan Kashoggi. Die Extravaganzen dieses Sani werden mit Zustimmung, ja geradezu auf Wunsch der saudiarabischen Königsfamilie in westliche Zeitungen und Magazine lanciert.

Die Saudiaraber wissen, daß westliche Neugier von einer Ölmonarchie Katschgeschichten erwartet. So läßt man Kashoggi mit seiner Luxusjacht und seinen Kaviarbanketten gewähren. Aus dem Treiben dieses Geschäftsmanns, der den größten Teil des Jahres im Westen verbringt, läßt sich auf die innere Lage Arabiens nicht der leiseste Rückschluß gewinnen.

Doch im Herbst hat Saudi-Arabien in seiner Außenpolitik eine Kurskorrektur vorgenommen, die sowohl für den Stil des Hauses Saud wie für die Lage am Persischen Golf aufschlußreich ist. Die Saudis haben ihren bisherigen Todfeind, der Islamischen Republik Iran, in aller Stille eine nicht unbeträchtliche Finanzhilfe zukommen lassen.

Bisher galt Saudi-Arabien im Golfkrieg als Parteilager der Arabischen Republik Irak. Von der persischen Diktatur der Mullahs, die mit einer „Islamischen Revolution“ die Pahlavi-Dynastie gestürzt hatte, fühlten sich alle Monarchen der Halbinsel Arabien bedroht. Ein persischer Sieg

über Irak hätte für die Ölmonarchie innenpolitisch bedrohliche Folgen gehabt. Jetzt aber glaubt man im Orient, daß nicht Irak, sondern eher den Persern in dem zermürbenden Krieg die Luft ausgehen könnte. Jedenfalls hatte das saudische Königshaus einen solchen Eindruck gewonnen, als es sich zu einem stillschweigenden Wechsel der Allianzen und zur Finanzhilfe für die Mullahs entschloß.

Vermittelte Syrien?

Syrien könnte bei dieser Transaktion der Vermittler gewesen sein. Denn die Beziehungen zwischen Damaskus und Teheran sind eng. Syrien war im vergangenen Sommer das einzige Land, in das persische Staatsbürger zu einem Urlaub reisen konnten, ohne sich peinlicher Kontrollen unterziehen zu müssen.

In den kleinen arabischen Scheichentümern am Persischen Golf wurde die unerwartete Hilfe Saudi-Arabiens für den von Ayatollah Khomeini gegründeten Staat mit Verdruß registriert. Denn für die Herrscher arabischer Kleinststaaten am Golf wie Dubai oder Abu Dhabi, in deren Machtbereich eine von Teheran aus leicht beeinflussbare persische Minderheit lebt, ist nach wie vor Iran der gefährlichste Feind.

Vorläufig ist die Annäherung zwischen Riad und Teheran nur eine Angelegenheit der Geheimdiplomatie. Das Haus Saud kann nicht daran interessiert sein, daß es zwischen Sau-

di-Arabien und Irak zu einem förmlichen Bruch kommt. Aber die Saudiaraber sind besorgt über die rücksichtslose Härte, mit der die Iraker den Golfkrieg auf zivile Öltanker ausgedehnt haben, die, mit persischem Rohöl beladen, die Golfregion zu verlassen versuchen.

Der Wechsel der politischen Bundesgenossen mitten im Krieg ist für die saudiarabische Mentalität keine ungewöhnliche Sache. Im Jemen-Krieg war seit 1962 die Dynastie der Saudis durch ein ägyptisches Expeditionskorps bedroht, das in Nordjemen (dem ehemaligen Königreich Jemen) eine von Nasser angezeigte Revolution unterstützte.

Nasser wollte von Jemen aus mit seiner pro-sovietischen Revolutionsideologie in die Oasenstädte Innerarabiens vordringen und die saudiarabischen Ölfelder dem ägyptischen Einflußbereich einverleiben.

Den Ägyptern gebremst

Der kühne Plan des Ägypters wäre beinahe gelungen. Die saudiarabische Monarchie hat 1963 und 1964 Zeiten bedenklicher Schwäche durchlebt. Nur Stammeskrieger der nordjemenitischen Bergstämme, die von den Saudis Geld und Waffen erhielten, brachten den Vorstoß ägyptischer Panzertrouppen auf die Oasenstädte Saudi-Arabiens zum Stillstand.

Fünf Jahre lang waren die führenden Prinzen des Hauses Saud Geldge-

ber und Waffenlieferanten der nordjemenitischen Stammesarmeen. Doch der ägyptisch-israelische Sechstagekrieg vom Juni 1967 schwächte die Streitkräfte Ägyptens so sehr, daß Nasser seine Truppen in Südarabien aus der nordjemenitischen Landeshauptstadt Sana abzog. Die von den Prinzen der jemenitischen Königsfamilie geführten Stammeskrieger bereiteten sich bereits vor, im Sturmangriff ihre alte Hauptstadt zurückzuerobern. In diesem Augenblick stellte das Haus Saud alle Hilfszahlungen und Waffenlieferungen für die jemenitischen Stammesarmeen ein. Die Offensive der Bergstämme brach daraufhin kläglich zusammen.

Ein unabhängiger islamischer Staat in Nordjemen unter Führung der jemenitischen Königsfamilie schien König Faisal ein größeres Übel zu sein als eine gedemütigte republikanische Regierung in Jemen, die von ständiger Finanzhilfe Saudi-Arabiens abhängig wäre.

Der gegenwärtige Ansehens der Ruhe in Saudi-Arabien sollte nicht zu dem Fehlschluß verleiten, als sei das Königreich ein innerlich gefestigter Staat. Tag für Tag wächst die Erbitterung der inneren islamischen Opposition über den maßlosen Luxus der königlichen Familie. Auch marxistische pro-sovietische Kräfte warten im Untergrund auf ihre Stunde. Von dem mit Moskau verbundenen Südjemen aus werden sie mit Waffen und Informationen versorgt. Von alledem hört man wenig im Westen.

15 000 Jugendliche beteten in Köln

KNA, Köln

Im Kölner Dom haben sich am Wochenende mehr als 15 000 Jugendliche mit führenden Vertretern der evangelischen, der katholischen und der griechisch-orthodoxen Kirche in Deutschland zu einer ökumenischen Gebetsstunde um Versöhnung und Frieden zusammengefunden. Der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höfner zitierte dabei die in Auschwitz ermordete Kölner Ordensfrau Edith Stein: „Ihr sollt sein wie ein Fenster, durch das Gottes Güte in die Welt hineinleuchtet.“ Papst Johannes Paul II. rief in einer Grußbotschaft dazu auf, das Vertrauen zwischen den Völkern zu vertiefen.

Vogels Mandat in Prag ist nicht unbegrenzt

dpa, Prag/Hamburg

Jeder einzelne Fall der 58 „DDR“-Flüchtlinge in der Prager Botschaft wird jetzt offenbar individuell behandelt. Der Oesterlicher Rechtsanwalt Wolfgang Vogel führte zum Wochenende erneut ein langes Telefongespräch mit dem Bonner Botschafter in Prag, Klaus Meyer, bei dem Möglichkeiten zur Lösung der Probleme der einzelnen Flüchtlinge erörtert wurden.

Vogel gab dabei zu verstehen, daß sein Mandat zur Regelung der Fragen zeitlich nicht unbegrenzt sei und daß die Anliegen der Flüchtlinge erst nach deren Rückkehr in die „DDR“ geregelt werden könnten. So geht es um Fragen der Nachschulung für die schulpflichtigen Kinder in der Botschaft, die fast ein halbes Schuljahr verloren haben, um Wohnungsprobleme jener Flüchtlinge, die vor der Ausreise nach Prag ihre Wohnungen aufgeben haben, und um Arbeitsstellen bei einer Rückkehr. Auch einige Probleme, die sich aus dem „DDR“-Strafrecht ergeben, sollen geklärt werden.

Nach Angaben der ARD-Tageschau sagte Anwalt Vogel: „Wer sich maßvoll arrangiert und daheim in der Reihe der Wartenden anstellt, hat keine schlechte Prognose.“ Er betonte, alle Zusicherungen der „DDR“ würden auf Punkt und Komma eingehalten.

Von informierter Stelle in Prag hieß es, die Front der Flüchtlinge bröckele allmählich ab. Am Freitag hatten rund 40 „DDR“-Bewohner ihren am 14. Dezember begonnenen Hungerstreik beendet. Beobachter rechnen aber damit, daß fast alle 58 Flüchtlinge Silvester in der Botschaft verbringen werden. Von der Botschaft wurden Vorkehrungen getroffen, daß es keine Schwierigkeiten mit dem Alkohol gibt.

Die zu Beginn dieses Jahres geflüchteten Nichte von „DDR“-Regierungschef Stoph, Ingrid Berg, hat an die Flüchtlinge appelliert, in die „DDR“ zurückzukehren. In einem offenen Brief, den „Bild am Sonntag“ veröffentlichte, schreibt Frau Berg, auch sie habe nach ihrer Flucht in die Bonner Botschaft in Prag schließlich keinen anderen Weg gesehen. Sie gah den Flüchtlingen den Rat, in ihre Wohnorte zurückzukehren und dort Ausreiseträgen zu stellen. „Unser Weg in die Bundesrepublik kann Ihnen dabei vielleicht Mut machen.“

Mehr Freiheit für Chinas Literaten

AP, Peking

Die chinesischen Schriftsteller sollen künftig die Freiheit haben, ihr Material, die Themen und die künstlerischen Methoden frei zu wählen und ihre persönlichen Gefühle und Gedanken auszudrücken, damit sie große Kunstwerke schaffen. Dies erklärte der führende Parteifunktionär Hu Qili vor den 800 Teilnehmern eines Schriftstellerkongresses in Peking. Die Funktionäre, so Hu, hätten sich in der Vergangenheit zu sehr eingeengt, obwohl sie den Beruf des Schriftstellers gar nicht richtig begriffen hätten. Wie in Peking verlautete, inspirierte Parteichef Hu Yaobang diese Lockerung.

Kardinal Sin reist wieder nach China

KNA, Manila

Der Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, hat angekündigt, er werde im Mai zur Teilnahme an den Feiern der Wiedereröffnung der Basilika „Unsere Liebe Frau von Zose“ nach Shanghai reisen. Die Basilika war während der Kulturrevolution (1966-1976) völlig zerstört worden, wurde aber mit staatlicher Unterstützung inzwischen wieder restauriert.

Sin folgt einer Einladung der Vereinigung Patriotischer Katholiken Chinas, von der die Autorität des Papstes nicht anerkannt wird. Sin hatte die Volksrepublik China zuletzt im Oktober/November 1984 besucht.

Patentkonvention: Peking tritt bei

rtz, Peking

Die Volksrepublik China will im kommenden März der internationalen Patentkonvention beitreten. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua hat Botschafter Li Luyi bei der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) in Genf die Beitrittsklärung eingereicht. Diese Unterorganisation der UNO überwacht die Einhaltung der Konvention, die Erfindungen, Warenzeichen, Handelsmarken und Firmennamen schützt. Peking hatte bisher Patente nicht beachtet und damit ausländische Investitionen abgeschreckt. Inzwischen verabschiedete China ein eigenes Patentgesetz.

„In der Wirtschaft geht es aufwärts.“ Frisches Veltins.



In der Wirtschaft ist Veltins groß geworden. Und auch in diesem Jahr konnte die Qualität unseres Veltins-Pilsener mehr und mehr neue Freunde gewinnen. Und der Ausstoß an Veltins-Pilsener wird überdurchschnittlich gesteigert werden. Das macht Veltins zu einer der erfolgreichsten und angesehensten Biermarken in Deutschland. Auf diesen Erfolg möchten wir zum Jahresabschluss unser Glas heben. Und allen danken, die daran mitgearbeitet haben.



C.A.A. Veltins Brauerei,
5778 Meschede-Grevenstein,
Hochsauerland,
Telefon 029 347/10

صكنا من الامم

Die Anerkennung der Tiere als Mitlebewesen

Serie Tierversuche (III): Die Genehmigungsunterlagen sind häufig lückenhaft / Unzureichende Versuchsplanung?

Die Diskussion um die Tierversuche entbehrt leider häufig der sachlichen Grundlage. Deswegen ist die WELT in einer mehrteiligen Diskussion Befürworter und Gegner ausführlich zu Wort kommen. Der Autor dieses dritten Beitrags ist Rechtsanwalt und Beirat des Deutschen Tierschutzbundes.

Von EISENHART v. LOEPER

Sind die Berichte von dem anhaltenden und oft schweren Leiden der Tiere nicht maßlos übertrieben? Dieser Vorwurf ist zurückzugeben an jene Wissenschaftler und Politiker, die eine ausnahmslose Offenlegung und staatliche Prüfung der Tierversuche verhindern. Immerhin sind es nach Angaben von Tierversuchern 90 Prozent, jedenfalls der weit überwiegende Teil der Tierversuche, die der Behörde nur in grobem Umfang angezeigt werden.

Diese Tierversuche unterliegen keiner vorherigen Prüfung und Genehmigung, gleichgültig wie sehr, wie lange und wozu die Tiere leiden, ob zur Erprobung von Arzneimitteln, Zigaretten oder Kosmetika. Daher kann auch niemand zuverlässig aussagen, ob jährlich 7, 10 oder 15 Millionen leidensfähige Tiere im Experiment „verbraucht“ werden.

So vernachlässigbar erscheint die jederzeit züchtbare und im Tierhandel erhältliche Massenware Tier. Hinzu kommt, daß erst in jüngster Zeit Tierhändler überführt wurden, die ihre Geschäfte mit der Erlangung von Haustieren und ihrem Verkauf an Versuchsanstalten machen.

Aber selbst dort, wo eine gesetzliche Genehmigung der Tierversuche vorgeschrieben ist, herrschen erschütternde Verhältnisse. Die in diesem Jahr publizierte Studie des Bundesgesundheitsamtes von Fiebelkorn und Lagoni erfaßte die Unterlagen von 742 Anträgen zur Genehmigung von Tierversuchen. Die Genehmigungsdauer schwankte von 2 bis 60 Monaten, so daß bei längerfristigen Versuchen der jeweils neueste Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse gar nicht beachtet werden konnte.

In den Vordruckten einzelner Bundesländer wird nicht einmal mehr nach dem Thema des Tierversuchs gefragt, das Forschungsziel vernach-

lässigt und sogar außer acht gelassen, ob es Tierversuchsfreie Alternativen gibt. Die eingereichten Genehmigungsunterlagen waren, wie die Studie sagt, zum großen Teil „sehr lückenhaft“. Die Art der verwendeten Tiere und für Verbleib nach Versuchsende waren nicht angegeben; nur etwa jeder zehnte Forscher hielt es überhaupt für notwendig, sich über die Befähigung oder Tötung der Versuchstiere zu erklären.

Dabei ging es um Projekte wie Erstickung von Ratten, Gehirneingriffe bei Katzen, Verbrennen von Kaninchenhaut, Entfernung von Kieferteilen beim Hund, Hodentorsionen bei Schweinen und Hunden oder das Verdunstenlassen eines Pferdes. Vernichtender hätte das Urteil der Autoren über die Praxis der Beantragung und Genehmigung von Tierversuchen kaum ausfallen können, als daß „entweder keine oder eine ungenügende Versuchsplanung stattgefunden haben kann“.

Gegen die wachsende Tierschutz- und Tierrechtsbewegung stellen sich Vertreter der Wissenschaft. Sie widersetzen sich massiv einer drastischen Einschränkung der Tierversuche, weil „es um die persönlichen, beruflichen Interessen des einzelnen Forschers und Wissenschaftlers in einer Gesellschaft geht, in der wir den uns bisher tragenden Vertrauensbonus eingebüßt haben“.

Befangene Wissenschaft

Demit bekennt sich der experimentierende Wissenschaftler zu seinem persönlichen Interesse mit allem, was an Neugier und Karriere dazugehört. Er erweist sich damit als befangen und ungeeignet, zugleich berufener Vertreter der Allgemeinheit zu sein.

Soll jedoch ein weiterer Vertrauensbruch der Bürger in die Legitimität und Geltungskraft der Rechtsordnung verhindert werden, so ist eine wirkungsvolle Neuordnung dringend geboten. Sie muß wissenschaftliche Bestrebungen mit einer sittlich geprägten Beziehung des Menschen zum Tier in Einklang bringen. Bemerkenswert nennen selbst die Wissenschaftlerverbände in ihrem Gesetzesvorschlag als Leitziel „die Idee vom Schutz der Tiere und ihre Anerkennung als Mitlebewesen“.

Also kommt es darauf an, dem ethischen Tierschutz als Verfassungsgut rechtsstaatliche Wirksamkeit zu geben! Das in der biologischen Nähe zum Menschen stehende Tier ist als Träger von Lebensrechten, als „Rechtskreatur“ anzuerkennen, für die der Mensch als Treuhänder einzustehen hat.

Auf dieser Grundlage muß es um die Abschaffung der Tierversuche gehen. Zu beginnen ist mit einem grundsätzlichen Verbot aller Experimente, die dem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen können; davon darf allenfalls in streng begrenzten, staatlich genehmigten Notfällen abgewichen werden, wenn Leben oder Gesundheit von Mensch und Tier nachweisbar anders nicht zu retten sind. Obwohl die Wissenschaftsverbände den Tierschutz verbal als maßgebend nennen, widersetzen sie sich der Umkehr der Beweislast zugunsten des Tieres, einer sorgfältigen Erfassung sowie ausnahmslosen Genehmigungspflicht vor einem Tierversuch.

Sie befürchten eine „weitere Bürokratisierung des Genehmigungs- und Kontrollverfahrens mit entsprechenden Aufwänden eines entfernten Behördenapparates“. Sie wollen weiterhin nur in eigener Kompetenz „darlegen“, warum sie die Versuche für notwendig halten. Eine solche untragbare Selbstbehauptung der Wissenschaftler hatte der Bundeslandwirtschaftsminister im Entwurf vom 14. Mai 1984 durch die strengere Anforderung ersetzen wollen, die Unerlässlichkeit eines Tierversuchs wenigstens „glaubhaft zu machen“. Nun aber hat sich die Bundesregierung in ihrem Gesetzesentwurf dem massiven Einfluß der Wissenschaftslobby gebeugt. Man berief sich darauf, in der Grundlagenforschung könne man die Notwendigkeit des Tierversuchs nicht glaubhaft machen, weil hier Neugierde und Zufallserkenntnisse im Spiel seien.

Mit dem vorliegenden Regierungsentwurf sollen weitere Kommissionen und Tierschutzbeauftragte darüber wachen, daß das heute schon geforderte „unerlässliche Maß“ der Tierversuche in wissenschaftlicher und ethischer Hinsicht in die Tat umgesetzt wird. Die fehlenden grundlegenden Entscheidungen für eine klare Verbotsschranke können sie nicht ersetzen. Die neuen Instrumente weisen aber auch schwerwiegende Mängel auf. So soll die Kommission die Behörde zu einem geplanten Tierversuch nur beraten, wenn es die Behörde für erforderlich hält. Außerdem sollen ihr zu zwei Dritteln Naturwissenschaftler und nur zu einem Drittel Vertreter des Tierschutzes angehören.

Die Rolle der Tierschützer

Letztere werden damit in die Rolle der bloßen Beobachter gedrängt. Stattdessen wäre es sinnvoll gewesen, unter Einbeziehung von Vertretern des Geisteslebens keine Blockbildung, sondern einen intensiven Austausch anzustreben, allerdings die wissenschaftliche und ethische Fragestellung der Tierversuche vor einer möglichen Genehmigung gesondert zu beantworten. Nur wenn sich die Behörde von beiden Fragen überzeugen konnte, darf sie eine Genehmigung ausprechen.

Auch bei der Berufung eines Tierschutzbeauftragten käme es entscheidend darauf an, ihm die Stellung eines Treuhänders für die Allgemeinheit und für das hilfebedürftige Tier zu geben. Nur dann läßt sich die vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Obhutspflicht des Menschen gegenüber dem Tier verwirklichen. Die Bundesregierung will aber dem Träger der Versuchseinrichtung gestatten, die Tierschutzbeauftragten selbst zu bestellen, die nur „in ihrem Aufgabenbereich“ nicht an Tierversuchen beteiligt sein dürfen; sie haben zwar Kontroll-, aber keine Klagebefugnisse zum Schutze der Tiere.

So wird nicht verhindert, daß sich zwei von der Verwaltung des Versuchslabors ernannte, in verschiedenen Bereichen experimentierende Beauftragte dementsprechend kollektiv „kontrollieren“. So erreichen auch manche positiv aussehenden Verbesserungsvorschläge wohl nur die Ebene der Ankündigung, statt der Tat ein Tierschutzalibi, den Vertrauensbruch der Bürger noch vertiefend.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Karlsruhe oder Plebiszit?

„Bundesverfassungsgericht zur Raketensstationierung“: WELT vom 18. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, die Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere aber die Machtfülle, die von acht Richtern ausgeht, tritt am „Nachrüstungsgebot“ besonders beeindruckend zutage. Folgende Überlegungen erscheinen unausweichlich.

Die Väter des Grundgesetzes schufen diese Basis der Bundesrepublik mit dem dokumentierten Willen: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Die Zuständigkeit des Volkes steht also an erster Stelle der Rechtsprechung an letzter Stelle. Hierbei wird zu berücksichtigen sein, daß Bundesverfassungsrichter nach dem Parteien-Proporz ernannt werden, die Parteien aber lediglich bei der politischen Willensbildung des Volkes „mitwirken“, nicht jedoch allein herrschen dürfen.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Man mag zu der Raketensstationierung in Westdeutschland stehen, wie man will; aber es ist doch unstrittig, daß hierbei eine Entscheidung über elementare Lebens- und Überlebensfragen nicht nur der Bürger, sondern auch ihrer Daseinsbasis, Kulturgüter, schließlich über alles zu treffen war. Ist die Disposition über solche Schicksalsfragen überhaupt delegierbar? Es wäre jedenfalls mit dem Volkssouverän nicht weit her, wenn gleichsam der Außenminister bei einem Arbeitsfrühstück mit seinem Kollegen festlegen könnte, ob das Risiko eines Präventiv-, Erst- oder Rückschlags von der betroffenen Bevölkerung ebenso hinzunehmen ist wie das „Restrisiko“ der Atomspaltanlagen.

Die vorrangige vom Volke nicht nur in Wahlen, sondern auch in vom Grundgesetz nicht eingeschränkten Abstimmungen zu verwirklichende „Staatsgewalt“ kann weder durch Parlamente noch durch Kabinette noch gar durch wenige Verfassungsrichter ersetzt werden. Keineswegs soll wie in der Schweiz der Volksentscheid die Gesetzgebung weitgehend ausmachen. Aber bei der Entschei-

dung über Sein oder Nichtsein ist die Befragung des persönlich Betroffenen ein unausweichliches Gebot.

Wer die Fähigkeit des – ausgewogen informierten – Bürgers zur Regelung seiner eigenen Belange leugnet und sie wenigen tatsächlich oder vorgibt Klingen anheimgibt, muß die Demokratie als Staatsform durch eine andere ersetzen.

Das Bundesverfassungsgericht ist nach wiederholten Aussagen namentlich seines Präsidenten überlastet. Es will die vom Grundgesetz eingeräumten Verfassungsbeschwerden über einen vom Justizminister aufgegriffenen Vorschlag mit dem Kostenknäuel eindämmen. Wer also eine Verfassungsbeschwerde wagt, soll künftig mit einer Gebühr, darüber hinaus auch mit Mitwillenskosten rechnen müssen (auch wenn die Verfassungsbeschwerde von einem Fachmann wie einem Rechtsanwalt unterzeichnet ist!).

Und dies, obwohl in einem eingetragenen Paragraphen schon bestimmt wird, daß Verfassungsbeschwerden von einem Vorratungsausschuß ge- sichtet werden. Anstelle der nicht sehr sozialstaatlichen Gerichtsverfassung mit Hilfe des genannten Präzils und geradezu virtuos erfindender Formalhürden sollte das inzwischen rund 40 Mal durch das Parlament, unzählige Male durch richterliche Auslegung geänderte Grundgesetz als unmittelbar bindende Verpflichtung für Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz angewendet werden.

Die Konsequenz wäre, daß schicksalhafte Entscheidungen nicht mehr an Kabinettsstischen oder in Beratungszimmern erfolgen, sondern durch Volksabstimmungen (Plebiszit). Das hätte zur Folge, daß das Bundesverfassungsgericht weniger Befugnisse und damit weniger Arbeit zuteilt bekäme und daß das allein maßgebliche Volk nichts anderes als bloße Selbstbestimmung auch dann ausübt, wenn dies kleinen, aber mächtigen Interessentenkreisen nicht behagt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. K. Soja,
Hamburg 61.

Vom Eigentum

Haben denn die Schlesier mit ihrem Motto für das Bundestreffen 1985 wirklich so unecht? Meines Erachtens muß man zwischen Eigentum und Besitz unterscheiden. Schlesien gehört völkerrechtlich noch zu Deutschland, ist auch nach den Grundsätzen unserer Verfassung und den allgemeinen Menschenrechten sein Eigentum, das Eigentum der von dort vertriebenen, an der Rückkehr gehindert oder dort zwangspoloni- sierten deutschen Bewohner.

Wer zur Zeit auf diesem Eigentum sitzt, es „besitzt“, ist meines Erachtens bis zu einer anzustrebenden friedlichen Regelung für das Eigentumsverhältnis irrelevant, auch wenn eine solche Regelung mit einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung erst nach 50 oder gar 100 Jahren erfolgen sollte. Voraussetzung für die auch von uns allen angestrebte friedliche Versöhnung ist allerdings Anerkennung der vollen geschichtlichen Wahrheit und Anwendung der allgemeinen Menschenrechte auch von der polnischen Seite.

W. v. Koerber,
Damp

Ohne Lobby

In den Leserschriften der letzten Monate trifft man immer wieder auf mit Recht empörte Äußerungen gegen die Rentenpolitik von Herrn Minister Blum. Da ist einmal die sogenannte „Rentenerhöhung“ für 1985 mit sage und schreibe 1,07 Prozent, also unter der Inflationsrate und unter dem Preisindex liegen, und dann ist da die beabsichtigte und dem Bundesrat vorliegende Reduzierung der eigenen, erworbenen Ansprüche nach dem Ableben des Ehepartners. Auch ich habe damals auf Anrufen des amtierenden Arbeitsministers Arendt eine fünfstellte Zahl als Nachzahlung entrichtet und fühle mich jetzt durch die Pläne von Herrn Blum betrogen.

Ich frage mich nur: Warum lassen wir, warum lassen sich rund 13 Millionen Rentner, Hinterbliebene, Behinderte diese einseitigen Machenschaften von Herrn Blum gefallen? Warum findet sich niemand, der uns zu einer Vereinigung zusammenschließt, die mit einer starken Lobby in Bonn vertreten, eine ganz andere Durchsetzungskraft haben könnte, als die zagen und kraftlosen Sprüche, die die Gewerkschaftler am Ende flammender Reden für die Rentner übrig haben? Warum wehren wir uns eigentlich nicht?

J. Jacoby,
Hamburg 61

Wort des Tages

„Es ist eines braven Menschen niemals unwürdig, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Nicht das Rechthaben ist das Höchste und nicht das stolze Bewußtsein eigener Makellosigkeit, sondern die Menschenfreundlichkeit, die begütigt und Brücken schlägt.“

Bruno H. Bürgel, deutscher Autor und Astronom (1875-1946)

Jugend und Gewerkschaft

Jugend und DGB: WELT vom 12. Dezember

Enno v. Loewenstern zeigt in seinem Artikel, wie ungeschickt und erfolglos die Jugendarbeit der Gewerkschaften ist. Er hebt mit Recht hervor, daß die jungen Menschen praktische Hilfen im Berufsleben nicht mit ideologischen Fesslungen verbinden wollen.

Die Gründe für die heutige Abkehr der jungen Menschen von den Gewerkschaften liegen in den 70er Jahren. Die Gewerkschaften erlaubten ihren Funktionären, die Ideen politischer Kämpfe der neuen Linken in die Gewerkschaften zu tragen. Wenn es die Chartisten zu wild trieben, gab es ja immer noch die jungen Kommunisten mit ihrer Leidenschaft für Tagesordnungen, durchtriebene Abstimmungen, durchtriebene Abstimmungen und falschen Solidaritäts-Zungenschlag.

Die Ideologisierung der 70er Jahre haben das Bild der Gewerkschaften beschädigt, nicht nur bei den jungen Leuten. Die gewerk-

schaftliche Politik liegt in den 80er Jahren einfach nicht im Trend.

In den drei wesentlichen Fragen: Umweltverträglichkeit, neue Technologien, lebendiger Arbeitsmarkt – fehlt es den Gewerkschaften an Mut zur Marktwirtschaft und Innovation, die auf der Eigeninitiative der einzelnen beruht. Im Augenblick üben die Grünen ja immer noch eine Faszination auf politisch interessierte Jugendliche aus. Aber sie sind auf dem besten Weg, diesen Kredit zu verlieren, weil sie immer mehr von Staatssozialismus und Linksradikalismus der 70er Jahre durchdrungen werden. Mit dem in ihrem Artikel empfohlenen Pragmatismus hätten die Gewerkschaften bei den von den Grünen enttäuschten jungen Menschen eine Chance. Besser wäre es, die Union könnte die Freiheitsgewinne verdeutlichen, die sich aus dem Mut zum Markt und der gestärkten Eigeninitiative entwickeln.

Hermann Kroll-Schlüter,
MdB, CDU

Personalien

BERUFUNGEN

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat beschlossen, Prälat Helmut-Georg Binder zusätzlich zu dem Amt des Bevollmächtigten des Rates der EKD in Bonn zum evangelischen Militär- bischof zu berufen. Der derzeit amtierende Militärbischof Sigo Lehming wird dieses Amt bis zum Herbst 1985 weiterführen.

Dem geschäftsführenden Direktor des Zentrums für Frauenheilkunde und Geburtshilfe der Marburger Philipps-Universität, Professor Dr. Klaus-Dieter Schulz, ist die überregionale Leitung eines Großforschungsprojektes auf dem Gebiet der Krebsforschung übertragen worden. Professor Schulz wird das Projekt, an dem sich insgesamt 26 Universitätsfrauenkliniken in der Bundesrepublik voraussichtlich 22 beteiligen werden, von Marburg aus koordinieren.

BUNDESWEHR

Am 1. April 1985 bekommt die deutsche Marine einen neuen Inspekteur. Für Vizeadmiral Ansgar Böttge, der Ende März in den Ruhestand geht, kommt Konteradmiral Dieter Wellershoff, bislang Böttges Stellvertreter und Chef des Stabes im Führungsstab der Marine im Bundesministerium der Verteidigung. Auf dessen Platz rückt Flottillenadmiral Hein-Peter Weyher, bisher Unterabteilungsleiter im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa, SHAPE, im belgischen Mons auf.

Ihm folgt Kapitän zur See Dr. Siegfried Heß, Referatsleiter im Bonner Führungsstab der Marine. Auch Vizeadmiral Günter Fromm, Befehlshaber der Flotte in Glücksburg, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Konteradmiral Hans Joachim Mann, Fromms bisheriger Stellvertreter. Auf dessen Posten rückt Flottillenadmiral Gustav Liebig, Stellvertreter der Kommandeur und Chef des Stabes im Marineunterstützungskommando in Wilhelmshaven, auf. Dessen Nachfolger wird Kapitän zur See Alfons Teipel, bisher Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Marine, Bonn. Ihm folgt der Referatsleiter im Führungsstab der Marine, Kapitän zur See Horst Sommermeyer. Auch Konteradmiral Dr. Ing. Horst Geffers, Amtschef des Marineamtes in Wilhelmshaven, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Flottillenadmiral Dieter-Franz Braun, der Kommandeur der Zerstörerflottille in Wilhelmshaven. Für ihn kommt Kapitän zur See Konrad Ehrensberger, Stabsabteilungsleiter im Bonner Führungsstab der Marine. Sein Nachfolger wird Kapitän zur See Joachim Warkocz, bislang Referatsleiter im Führungsstab der Marine. Am 31. März 1985 tritt weiter Kapitän zur See, Walter Günther, Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Marine, in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Kapitän zur See Otto Cilius, Referatsleiter in diesem Führungsstab.

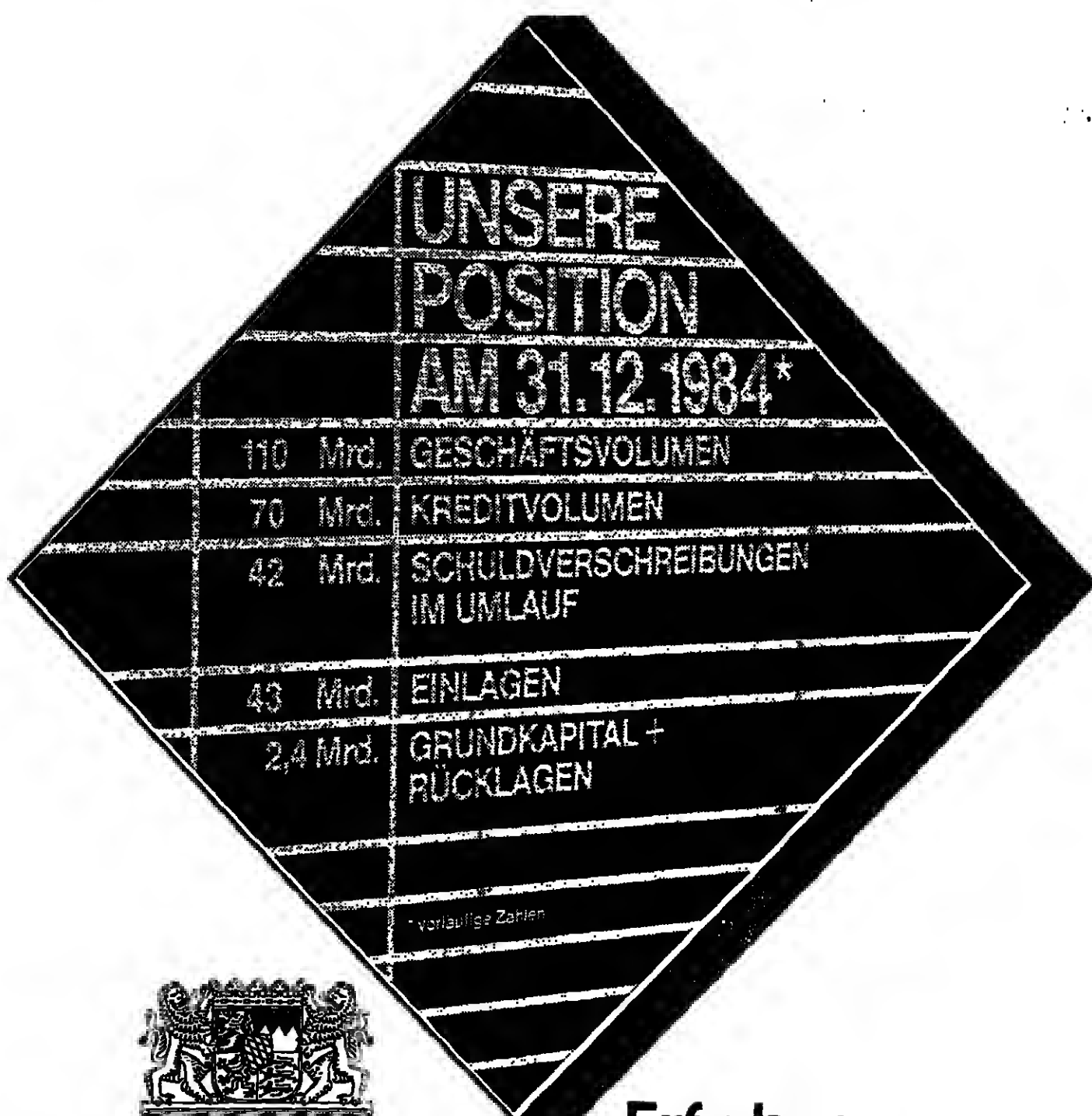
*

Generalarzt Dr. Hans Sautter,

bisher Unterabteilungsleiter in der Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn, wird am 1. April 1985 Amtschef des Sanitätsamtes in Bonn. Der jetzige Amtschef, Generalstabsarzt Dr. Wolfgang Haimann, tritt dann in den Ruhestand. Auf Sautters Posten wird Generalarzt Dr. Gunter Desch, bisher Stellvertreter von Haimann, versetzt. Ihm folgt Oberstarzt Dr. Johann-Friedrich Borkowski, Referatsleiter in der Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens. Auch Generalstabsarzt Prof. Dr. Dr. Franz-Karier Göttsch, Kommandeur der Sanitätskademie in München, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Generalarzt Dr. Günther Schmidt, Unterabteilungsleiter im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE) im belgischen Mons. Generalarzt Dr. Claus Harald Weber-Höller, Abteilungsleiter im Heeresamt in Köln, tritt ebenfalls in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Oberstarzt Dr. Reinhard Schäfer, Korpsarzt III. Korps in Koblenz.

WAHL

Professor Dr. med. Helmut S. Fuchs, Generalstabsarzt der Luftwaffe a. D., Bonn-Bad Godesberg, früherer Präsident der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrtmedizin e. V. (DGLRM), ist für drei Jahre (1985-1988) in den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e. V. (DGLR) wiedergewählt worden.



Erfahren
als Bank -
verlässlich
als Partner

Bayerische Landesbank
Girozentrale



حکومت القاهره

KOMBINATION

Überragender Sieg der „DDR“ in Oberwiesenthal

Der Erfolg der „DDR“ beim dritten Weltcup-Wettbewerb der Saison in der Nordischen Kombination in Oberwiesenthal war überragend: Vier „DDR“-Athleten landeten auf den ersten Plätzen. Doch nicht der im Lauf favorisierte Uwe Dotzauer siegte, sondern Heiko Hunger, der seinen Vorsprung nach dem Sieg im Springen auch im dichten Schneetreiben beim 15-Kilometer-Langlauf bis ins Ziel rettete und klar vor Dotzauer, Oliver Wang und Peter Opitz gewann. 2.26,07 Minuten Vorsprung hatte Uwe Dotzauer gegenüber seinem Mannschaftskameraden Heiko Hunger in der Løipe aufzuholen – zuviel für Dotzauer. Aber der in Oberwiesenthal zu vergebende Posaunenpokal verblieb dennoch bei der „DDR“-Mannschaft, nachdem Hunger mit Sprüngen von 90,5 m und 92,5 m auf der Fichtelbergsschanze bereits die Grundlage für seinen Sieg geschaffen hatte. Seinen fünften Platz vom Springen verteidigte auch Peter Wucher aus Isny im Allgäu. Der um den vierten Platz im Weltmeisterschaftsaufgebot des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) kämpfende Dirk Kramer aus Willingen rannte mit der drittbesten Laufzeit von Platz 18 nach dem Springen noch auf Platz acht in der Gesamtwertung vor. Die Entscheidung, wer von den beiden zusätzlich nach Seefeld zu den Titelführern fahren darf, liegt jetzt beim Verband.

Zu seinen ersten Weltcup-Punkten kam Josef Heumann aus Oberaudorf als 14., während Thomas Fleig (Schönminz) als 17. die Punkte knapp verpasste. Bei den Junioren belegte der Schonacher Hans-Peter Pohl, am Samstag überlegener Sprunglaufsieger, hinter Frantisek Repta (CSSR) den zweiten Platz vor dem Schweizer Andreas Schaad. In Abwesenheit der WM-Mannschaft von Norwegen und der des Deutschen Ski-Verbandes sowie der Kombinierten aus Finnland und der UdSSR behielt der zweimalige Weltcup-Sieger Geir Andersen (Norwegen) mit 50 Punkten seine führende Position in der Einzelwertung. Ihm folgen jetzt Dotzauer (42) und Hubert Schwarz aus Oberaudorf (40). In der Mannschaftswertung behielt Norwegen (136 Punkte) die Spitze vor der Bundesrepublik Deutschland (113) und der „DDR“ (111).

EISHOCKEY / Schweres Foul von Roy Roedger

Stockstich ins Auge des Kölners Steve McNeil

Was bei dem Kölner Eishockeyspieler Steve McNeil zuerst nur wie eine klaffende Wunde aussah, stellte sich später als schwere Verletzung heraus. Sein rechtes Auge droht zu erblinden. Die Netzhaut wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Ärzte in Köln sehen nur geringe Chancen, die Sehkraft zu erhalten.

„Wenn man den Rosenheimer Manfred Ahne zwanzig Spiele sperrt, muß Roedger mindestens dasselbe Strafmaß erhalten“, schimpfte Joschi Golonka, Trainer des Kölner EC, nach dem 7:3-Erfolg im Bundesligaspiel beim Mannheimer ERC. Ahne hatte im September den Landsbutter Alois Schloder mit einem Stockstich am Hals verletzt. Und Roy Roedger ist jetzt der Übeltäter, der McNeil mit einem Stockstich die schwere Verletzung am Auge beigebracht hatte.

Als der 22 Jahre alte Deutsch-Kanadier McNeil blutüberströmt aus dem Mannheimer Eisstadion abtransportiert wurde, verließen die Kölner ebenfalls das Eis und provozierten einen Spielabbruch. Doch Trainer Golonka und KEC-Schatzmeister Clemens Vedder konnten ihre Spieler zur Rückkehr bewegen.

Das Foul des Mannheimer Stürmers blieb vorerst ohne Folgen. Schiedsrichter Schimki, der in dem überharten Spiel insgesamt 62 Strafmünuten verhängte, hatte den

Stockschlag von Roedger nicht gesehen. „Mein Linienrichter hat mir erklärt, daß der Kölner Spieler vom Puck am Auge getroffen worden sei“, erklärte der Berliner nach dem Spiel.

Mannheims Trainer Ladislav Ojeznik machte Schimki sogar für das böse Foul seines Spielers verantwortlich. „Daß das Spiel so ausartete, war zum großen Teil ein Verdienst des Schiedsrichters“, erklärte er. Die Kölner sehen das allerdings etwas anders. „Wir beabsichtigen, gegen Roedger Strafanzeige vor einem ordentlichen Gericht und auch beim Kontroll-Ausschuß des Deutschen Eishockey-Bundes zu stellen. Als Beweis werden wir die Fernseh-Aufzeichnung heranziehen“, kündigte Clemens Vedder an. Vor allem die Zeitlupen-Aufnahmen des Fernsehens sollen deutlich machen, wie brutal Roedger auf McNeil einschlug.

Sollten die Eishockeyspieler künftig nicht disziplinierter zu Werke gehen, sagt der Tschechoslowake Golonka der schnellsten Mannschaftssportart in Deutschland sogar den Niedergang voraus: „Kommt so etwas noch häufiger vor, wird das deutsche Eishockey kaputtgehen.“ Seiner Rückberufung in die Heimat zum Ende der Saison sieht er nach solchen Szenen mit Freude entgegen: „Nach diesem Spiel wäre ich sogar froh, wieder in die CSSR zurückkehren zu müssen.“

SKISPRINGEN / Ernst Vettori erster Sieger der Vier-Schanzen-Tournee

Favoriten Nykänen und Felder weit abgeschlagen – schwere Stürze

RAINER VON HOLST, Oberstdorf Mit dem Sieg des 20 Jahre alten österreichischen Handelschülers Ernst Vettori (116m/115m/235,4 Punkte) vor dem Finnen Matti Nykänen (114,5/114/223,9) und Vettoris Mannschaftskameraden Andreas Felder (113,5/110/220,4) begann auf der Schattenberg-Schanze in Oberstdorf die internationale Vier-Schanzen-Tournee 1984/85. „Endlich ist mir die Revanche über Nykänen gelungen.“ jubelte Vettori, der noch vor zwei Jahren bei der Junioren-Weltmeisterschaft gegen den Finnen verloren hatte.

„Ich bin so lange hinterhergesprungen, da ist es endlich an der Zeit gewesen, daß ich gewinne.“ Sein Freund Andreas Felder, als großer Favorit angesehen, war mit seinem dritten Rang zufrieden. Felder: „Im Gegensatz zu den Weltcup-Springen wußte ich ja, daß bei der Vier-Schanzen-Tournee die gesamte Weltspitze antritt. Mein dritter Platz belegt also nur, daß meine Siege zuvor in Ordnung waren. Und das steht auch fest: Auf der Bergisel-Schanze in Innsbruck wird es die Revanche geben.“

Es war ein großes Springen mit hochklassigen Resultaten vor 16 000 begeisterten Zuschauern. Vettori hatte gleich im ersten Durchgang, bei Schneetreiben und mit verkürztem Anlauf, den Schanzenrekord auf 116 Meter verbessert. Das war für den

„DDR“-Star Jens Weissflog, den Sieger der letzten Tournee, eine kalte Dusche. Als Weissflog ins Tal hinuntersegelte, immerhin auf eine Weite von 114 Meter, setzte sich sein Teamchef Ulrich Wehling, der ehemalige Kombinations-Weltmeister: „Mein Gott, der wackelt ja wie Espenlaub.“ Sprach's, legte den Arm um den Olympiasieger und führte ihn vor den staunenden Journalisten auf die Seite, um mit ihm allein zu reden. Im zweiten Durchgang reichte es für Weissflog zu 102,5 m und somit in der Endabrechnung zum vierten Platz.

Die Springer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) kämpften, wobei Thomas Klauer einen hervorragenden elften Platz belegte. Der Mann aus Reit im Winkl flog 110 Meter und 102,5 Meter weit und erhielt dafür 197,5 Punkte. Bevor es in die Tournee hineinging, hatte Klauer vier Kilogramm Gewicht abtrainiert. Nach seiner guten Platzierung in Oberstdorf sagte er: „Das hat sich gelohnt, denn nun bin ich endlich einmal die Nummer eins im deutschen Team.“ Enttäuscht war hingegen Andreas Bauer aus Oberstdorf, der sich auf der heimischen Schattenbergschanze viel vorgenommen hatte, deshalb an den Weltcup-Springen in Amerika nicht teilnahm und statt dessen daheim trainiert hatte. „Das hat sich alles nicht gelohnt“, klagte Bauer, „ich hätte doch nicht zu Hause bleiben

sollen, sondern wäre lieber zuvor in Amerika gesprungen.“ Bauers Ergebnis in Oberstdorf: Platz 21. Die übrigen Platzierungen der deutschen Springer im Finale von Oberstdorf: 31. Steiert, 32. Hasselberger, 44. Boll.

Bundestrainer Ewald Roscher kann also durchaus zufrieden sein – im Hinblick auf die Weltmeisterschaften, die am 17. Januar in Seefeld (Österreich) beginnen. Denn sein Rezept, Gewicht zu verringern, um leichter zu werden, hat sich ausgezahlt. Im Laufe der nächsten Wochen sollen die deutschen Springer auch noch Muskelpartien am Körper abbauen, ohne dabei an Schnelligkeit einzubüßen.

Sorgen gibt es nur um Peter Rohwein aus Isny, der im ersten Durchgang bei einer Weite von 102 Metern schwer stürzte und mit einer Gehirnerschütterung sowie Platzwunden im Gesicht ins Oberstdorfer Krankenhaus gebracht werden mußte. Für ihn ist die Tournee ebenso beendet wie für den Norweger Fjellstøl, dem beim Sturz ein Stöck der zerbrochenen Skibrille neben dem Auge am Nasenbein eingedrungen war. Die Ursachen dieser schweren Stürze: Die Springer bekamen bei der Landung urplötzlich noch einmal Wind von unten und hatten obendrein enorme Schwierigkeiten, um auf dem brennenden Neuschnee aufzusetzen.

HALLENFUSSBALL

Randalierende Zuschauer und heftige Kritik

sid/dpa Bremen Fußball in der Halle geriet beim 2. Bremer Turnier zeitweilig zum Eklat. Eke Gastgeber Werder Bremen durch ein 3:0 gegen Schalke 04 wie im Vorjahr siegte, hatten Zuschauergruppen schwere Krawalle ausgelöst. Den dabei angerichteten Sachschäden in der Stadthalle kann der Bundesligaklub mit der Siegprieme von 10 000 Mark gerade noch ausgleichen.

Im Verlauf der Zwischenfälle nahm die Polizei vier Personen fest und stellte gegen sechs weitere Straf anzeigen wegen schwerer Körperverletzung sowie Verstößen gegen das Waffengesetz.

Während sich die Organisatoren bei einem Hamburger Turnier über ein mit 4000 Besuchern ausverkauft Haus freuen durften, blieben die Zuschauer in Kiel aus. Nach dreijähriger Pause wurde die Veranstaltung, die Fogon Stettin mit 4:3 über Fortuna Düsseldorf gewann, zur Flut. Hinzu kam, daß die wenigen Zuschauer mit explodierenden Feuerwerkskörpern, die sie auf die Spielfläche warfen, das Turnier empfindlich störten.

Sechzig Personen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren wurden von der Dortmunder Schutzpolizei in Gewahrsam genommen. Es handelte sich um eine Gruppe Essener Fans, die auf dem Weg zum Fußball-Hallenturnier in der Dortmunder Westfalenhalle waren.

Wie ein Sprecher der Polizei bekanntgab, schleuderten die Fans in der Dortmunder Innenstadt Feuerwerkskörper und Leuchtraketen gezielt gegen Passanten, verletzt wurde niemand. Erheblicher Sachschaden entstand, als die Gruppe das Schaufenster eines Kaufhauses einschlug. Die Randalierer wurden nach Feststellung der Personalien später einzeln wieder auf freien Fuß gesetzt.

Ein Besucher-Rückgang von etwa 1000 Zuschauern im Vergleich zu 1983 wurde bei der siebenten Austragung in Frankfurt verzeichnet, wo Eintracht Frankfurt siegte. Der Gesamt-Ablauf mit einem zu umfangreichen Rahmenprogramm, bei dem auch DFB-Teamchef Franz Beckenbauer in einer prominenten Mannschaft mitwirkte, löste viel Kritik aus. Frankfurts Trainer Dietrich Weise fand kurz und bündig: „Friedfanz“.

Rallye Monte Carlo für 1985 gerettet, der Streit geht weiter

sid, Paris/Monte Carlo Frankreichs Sport-Minister Alain Calmat hat zwar mit einem Machtwort die Austragung der 53. Rallye Monte Carlo vom 26. Januar bis 1. Februar 1985 gerettet, aber der Streit zwischen dem Französischen Automobil-Sport-Verband (FFSA), der Internationalen Sport-Federation (FISA) und dem Automobilclub von Monaco (ACM) geht weiter.

Am 11. Januar soll die Berufungskommission des Automobil-Weltverbandes (FIA) in oberster Instanz entscheiden, ob die Franzosen zu Recht eine Straßenbenutzungsgebühr von den Monégasques fordern. Es geht um eine Million Franc (rund 350 000

Mark), denn die Kernstücke der Rallye führen fast ausschließlich über französisches Gebiet. Wie auch immer der Richterspruch ausfällt, Gültigkeit besitzt er wegen des Ministerwortes erst ab 1986. Dem hatte sich der französische Verband am Freitag nachmittag mit der Erklärung gefügt: „Die Rallye Monte Carlo findet 1985 unter den gleichen Bedingungen wie 1984 statt.“

Am 19. Januar wird in Paris eine von 29 Mitgliedsländern beantragte außerordentliche Generalversammlung der FIA abgehalten. Zur Verhandlung steht der „Fall Monaco“. Den Monégasques droht der Ausschluss aus der FIA, weil sie als erstes

Mitglied den Weltverband vor einem ordentlichen Gericht verklagt haben.

Personalisiert werden die Auseinandersetzungen durch den Franzosen Jean Marie Balestre und den Monégaschen Michel Boeri. Balestre ist Präsident der FFSA und der FISA, Boeri Präsident des ACM. Beide streiten auch um den Großen Preis von Monaco, den Balestre nach Meinungsverschiedenheiten über Fernsehverträge für 1985 aus dem Weltmeisterschaftskalender der Formel 1 strich.

Boeri fühlt sich jetzt im Aufwind, die Rallye-Entscheidung Calmats hat ihm einen moralischen Sieg verschafft. Das wurde am Samstag auch

unverhohlen kundgetan: „Der ACM dankt Minister Calmat, daß er seine Autorität eingesetzt hat, um den Präsidenten der Französischen Automobil-Sport-Federation zur Vernunft zu bringen.“

Calmat, der 1962, 1963 und 1964 Eiskunstlauf-Europameister war, 1965 sogar Weltmeister, beendete einen seit September schwelenden Streit. Monaco hatte damals die französische Gebühren-Forderung als „unmoralischen Straßenzoll mittelalterlicher Prägung“ abgelehnt. Die FISA unter Vorsitz Balestres entzog Monte Carlo daraufhin das Veranstaltungsrecht der Rallye. Zahlreiche Automobilkonzerne, angeführt von

Peugeot und Audi, protestieren gegen die eigenmächtige Handhabung.

Ausgezahlt hat sich auch das Pokerspiel zahlreicher Werkteams, die ungeachtet des ständigen Hin und Her ihre Plannungen vorantreiben. So erklärte der Sportdirektor der favorisierten Peugeot-Equipe, Jean Todt, vor zwei Wochen: „Wir bereiten uns vielleicht für nichts vor, aber wir rechnen mit der Möglichkeit einer kurzfristigen Wiederaufnahme der Rallye in den Terminkalender. Wenn die Monte doch noch stattfindet, sind wir wenigstens gerüstet.“ Unklar ist, wieviele Teams den 4000 km langen Wettbewerb in Angriff nehmen. Bisher haben 53 gemeldet.

DIE POST MACHT SICH BAUMSTARK FÜR DEN UMWELTSCHUTZ

Sie halten den Beweis in der Hand: Mit ein bißchen Mühe und gutem Willen kann man eine Menge für den Schutz unserer natürlichen Umwelt tun. So werden Sie künftig nur noch Fernmelderechnungen erhalten, die **aus Altpapier** wurden.



Dadurch **sparen** 95% Wasser, 65% Energie, bis zu 100% an Rohstoffen und 25% an Kosten. Und sind einer der ersten Großanwender von umweltfreundlichem Papier in der Datenverarbeitung.

Originalauszug aus einer Drucksache der Deutschen Bundespost

DAS SCHADET DEM WALD

Diese Karte erhielten kürzlich alle Telefonbenutzer von der Post. Leider wurde hier wieder einmal ein weit verbreitetes Vorurteil wiederholt: Man macht sich „baumstark für den Umweltschutz“ und weckt den Eindruck, daß Papier am besten nur noch aus Altpapier hergestellt werden sollte. Irrtum: Durch die Verarbeitung von Holz zu Faser und Papier werden keinesfalls gesunde Bäume „vernichtet“ und so der Wald geschädigt! Das Gegenteil ist richtig: Papier aus Altpapier macht noch keinen Baum stark!

Bitte Informieren Sie sich auf der gegenüberliegenden Seite, damit Sie Vor-Urteil von sachlicher Information unterscheiden können.

Der Bund schaltet sich in die Medienpolitik ein

Schreckenberger: Privater Rundfunk braucht Sicherheit

GERNOT FACTUS, Bonn

Der Bund will in der Diskussion über die zukünftige Medienordnung nicht länger schweigen, sondern schon in Kürze „mit eigenen Vorschlägen kommen, natürlich im Rahmen seiner Zuständigkeiten“, wie Staatssekretär Professor Waldemar Schreckenberger vom Bundeskanzleramt in einem WELT-Gespräch ankündigte. Die ursprünglich mit Rücksicht auf die Länderberatungen über ein gemeinsames Rundfunkkonzept zurückgestellte Kabinettsvorlage mit Vorschlägen zur Regelung von Daten-, Jugendschutz- und Werbevorschriften soll nach den Bonner Vorstellungen jetzt Anfang des Jahres behandelt werden. Damit wird in die Tat umgesetzt, was Bundeskanzler Kohl bereits am 28. September 1983 in einer Rede vor dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger versprochen: „Die Bundesregierung wird nicht abwartend beiseite stehen, sondern richtungsweisend auf ein gemeinsames Konzept drängen.“

Daß die Länder eine einheitliche Medienformel noch immer nicht gefunden haben, stellt der föderativen Ordnung „kein glänzendes Zeugnis“ (Schreckenberger) aus. Allerdings wird der bisherige Verhandlungsstand eher als „Noch-nicht-Einigung“ denn als Scheitern der Gespräche qualifiziert. Da durch die langwierigen Verhandlungen aber auch der Aufbau einer neuen Kommunikationstechnik gebremst wird, fühlt sich der Bund, wie Schreckenberger hervorhob, jetzt zum Handeln verpflichtet. „Der Wirtschaft werden Millionen umsonst abgezogen“, deshalb sollte das „Reden über die künftige Medienstruktur ein Ende haben“. Schreckenberger plädierte für die schnelle Einigung auf Rahmenbedingungen, auch im Interesse von Planungs- und Investitionssicherheit für die Wirtschaft. „Private Veranstalter müssen eine dauerhafte Existenz erhalten“, beschrieb der Staatssekretär das Ziel der Bundesregierung. Er sprach damit ein „Stück des Streites“ an, um das es in den derzeit blockierten Länderverhandlungen geht. Gemeint ist: Eine bloße Duldung privater Rundfunkveranstalter als kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den Ländern reicht nach Auffassung der Bundesregierung nicht aus. Die

Regierung setzt den Akzent auf „dauerhaft“, wendet sich also gegen eine Vergrößerung des Wettbewerbsvorsprungs der öffentlich-rechtlichen Anstalten etwa durch eine Ausdehnung der Werbung.

Auch dem von ihm beeinflussten Rundfunkbereich – die Anstalten „nach Bundesrecht“ Deutsche Welle und Deutschlandfunk – will der Bund medienpolitische Anstöße geben. Schreckenberger bezeichnete es als „wichtig, daß die Deutsche Welle sich die neuen Medien zunutze macht“. Er glaubt nicht, daß der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland „von vornherein auf die Kurzwelle“ habe eingesengt werden sollen. Die Bundesregierung ermuntert die „Welle“ geradezu, ihre Pläne für eine Satelliten-Nutzung, beispielsweise für ein Amerika-Fernsehprogramm, voranzutreiben. Das Wort vom „Bundesfernsehen“, das vor Monaten Eingang in die Debatte fand, ist nach Bonner Einschätzung Teil einer medienpolitischen Gespensterschlacht, mit der berechnete Interessen der Bundesrepublik bei der Darstellung nach außen diskreditiert werden sollen.

Der Deutschlandfunk, Nachbar der Deutschen Welle am Kölner Raderberggürtel, sollte nach den Worten Schreckenbergers seinen „gesamtdutschen Auftrag wieder in den Vordergrund rücken“. Daß sich der DLF, der sich entsprechend seinem Auftrag in erster Linie an die Menschen in Mitteldeutschland richten soll, in Programmgestaltung und Inhalten heute wie eine x-beliebige Landesrundfunkanstalt verhält, bereitet in der Bonner Regierungszentrale offenbar große Sorgen. Bis tief hinein in die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP wurde der Hörverlust des DLF mit Unmut registriert. Die Tatsache, daß sich der politisch angeschlagene Intendant Richard Becker (SPD) – er hatte unter anderem seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS verschwiegen – auf seinen Abschied vorbereite, wird als einer der Gründe für den „Zustand der Lähmung“ (ein Verwaltungsratsmitglied) des Senders genannt. Die Deutsche Welle kann dadurch, auch bei der angestrebten Neuaufteilung der Fremdsprachenprogramme, von einem Vorteil reden.

Ostpolitik: Genscher wehrt sich gegen das „böse Wort von Verzicht und Verzichtlern“

Bundesaußenminister spricht von Doppeldentigkeiten in der Debatte um die deutsche Frage / Hupka präzisiert Schlesier-Motto

DW, Bonn

Unter Anspielung auf die Kontroverse über das geplante Schlesier-Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) seine Warnung vor Diskussionen über die Grenzen wiederholt. „Ich kann nur sagen, wehrt den Anfängen aus Gründen der inneren Stabilität unseres Staates, wehrt den Anfängen der deutschen Außenpolitik, kein Land ist mehr darauf angewiesen als wir.“ Im Hessischen Rundfunk sagte Genscher, in der Auseinandersetzung sei „sogar das schlimmste und böse Wort von Verzicht und Verzichtlern“ gefallen.

Genscher sprach von Doppeldentigkeiten in der innenpolitischen Debatte um die deutsche Frage und die politischen Westgrenzen. „Es ist wichtig, daß niemand den Eindruck erweckt bei uns, als wolle er die Grenzfrage wieder aufrollen.“ Dies müsse man von allen erwarten, die sich zu außenpolitischen Problemen äußern. An die Klarheit, mit der Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Unantastbarkeit der Grenzen unterstrichen habe, sollte sich „jeder halten, in Ost und West, aber auch im eigenen Land“.

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hat versichert, vom Bundestag würden keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten erhoben. Bonn stehe zu allen geschlossenen Verträgen. „Es gibt in unserem Parlament keinen Gedanken an Revisionismus, aber ich füge hinzu: Auf das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Völkern der Welt eingeräumt wird, werden wir auch in Zukunft nicht verzichten“, sagte Jenninger in einem Interview („Neue Osnabrücker Zeitung“).

Bundeskanzler Helmut Kohl wies in der „Welt am Sonntag“ darauf hin: „Wir wissen, daß wir die deutsche Frage nur als ein Werk des Friedens im europäischen Rahmen lösen können.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, hat das Motto des Schlesiertreffens im Juni verteidigt. Er könne den

Wirbel darum nicht ganz verstehen, meinte Hupka im Bayerischen Rundfunk. „Vielleicht klingt die Sprache etwas zu altmodisch altddeutsch, zu lutherisch – es ist ja nichts anderes gemeint, als daß Schlesien unsere Heimat bleibt, als daß Schlesien unser Auftrag ist, daß wir historisch, geistig, kulturell, moralisch und politisch den Anspruch auf Schlesien nicht aufgeben dürfen und sollten.“

Hupka bestätigte, daß Kohl wegen des Mottos mit dem Vorstand der Landsmannschaft sprechen möchte. Er ließ allerdings offen, ob die Landsmannschaft zu einer Änderung bereit sei. Hupka: „Ich baue darauf, daß es uns möglich sein wird, die Mißverständnisse zu beseitigen und zu überwinden.“ Auf die Frage, wenn Schlesien gehöre, antwortete der CDU-Politiker: „Rein rechtlich nach wie vor den Deutschen, denn es ist noch kein Friedensvertrag abgeschlossen worden.“ Polen verfüge lediglich über eine Gebietshoheit.

In Kreisen der Heimatvertriebenen wird seit langem der Verdacht geäußert, daß Genscher den Ostverträgen

aus dem Jahre 1972 eine weitergehende Bedeutung beimißt, als sie bei Vertragsabschluß definiert wurde. Es wird befürchtet, daß der Bundesaußenminister diese Abkommen als vorweggenommene Grenzmarkierungsverträge bewertet.

In einer außenpolitischen Bilanz stand für Minister Genscher der Ausblick auf den Beginn der Gespräche der beiden Großmächte Anfang Januar in Genf im Vordergrund. Zur richtigen Einschätzung, sagte er, müsse man erkennen, daß die Europäer wichtige Beiträge zum Ostdialog liefern können, daß aber auch die beiden Großmächte „eine Menge übereinstimmender Interessen haben“. Außerdem stehe fest, daß die Sowjetunion bei breiten Rüstungskontrollverhandlungen durchaus als handlungsfähige Macht aufträte und nicht etwa in der Führung gelähmt sei. Ebenso sicher sei, die Entschlossenheit des amerikanischen Präsidenten, das Gespräch mit Moskau zu suchen. Für die Bundesrepublik sei „entscheidend“, daß kein Bereich ausgelassen werde.

Arafat: Syrien hinter Mord an PLO-Funktionär

UPI, Amman

PLO-Chef Yassir Arafat hat von Syrien Unterstützung für die Ermordung von Fahl al-Khawar verurteilt. Arafat wurde verantwortlich gemacht, der Mitglied des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation war. Arafat kehrte gestern von Sarajewo nach Amman zurück, um an der Trauerfeier für den am Tag zuvor vor seinem Haus in der jordanischen Hauptstadt erschossenen Politiker teilzunehmen. Khawar, der zuletzt die PLO-Abteilung für besetzte Gebiete leitete, war früher Bürgermeister der Stadt Hebron im von Israel besetzten Westjordanland. 1980 war er wegen seiner Beziehungen zur PLO ausgewiesen worden. In Rom hatte am Samstag ein anonymes Anrufen gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP erklärt, die Palästinensische Befreiungsorganisation (Schwarzer September) stehe hinter dem Attentat.

Kritik an Verletzung der Menschenrechte

AP, Washington

Vom US-Gehheimdienst CIA unterstützte Guerillatruppen, die in Nicaragua gegen das sandinistische Regime kämpften, sind im Jahresbericht des Council of Hemispheric Affairs (etwa: Rat für amerikanische Angelegenheiten) schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte beschuldigt worden. Diese Guerilleros hätten ihre Gewaltakte „mehr auf eine Terrorisierung der Zivilbevölkerung gerichtet als auf ihr vorgegebenes Ziel, Waffenlieferungen an die Guerrillas in El Salvador zu verhindern“, meinte der Rat. Seit 1981 seien nahezu 5000 Nicaraguaner der Guerillatätigkeit zum Opfer gefallen, mehr als 880 von ihnen seien von den „Contras“ nach der Gefangennahme getötet worden.

Die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika lästet der Rat nach wie vor den Führungen in Guatemala und El Salvador an. In Guatemala seien im abgelaufenen Jahr 3000 bis 5000 Zivilisten gewaltsam zu Tode gekommen. In El Salvador hätte zwar die „offizielle Gewalt gegen am Kampf unbeteiligte Zivilisten“ in gewissem Maße abgenommen. Jedoch müßten 1984 mindestens 3000 Todesfälle der Regierung und Rechtsextremisten zugeschrieben werden.

Vogel wünscht sich „mehr Überzeugungsarbeit“

Fortsetzung von Seite 1

ginnenden Gesprächen nicht über die Köpfe Europas hinweg eilen. Allerdings wäre die „Chance, daß Europa Gehör findet, sicher sehr viel größer, wenn der Einigungsprozeß nicht so in Schwierigkeiten steckt, wenn die Europäer erst einmal mit ihren eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig würden.“

Während Vogel vor wenigen Monaten noch auf dem Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik weitgehende Übereinstimmung mit der neuen Regierungspolitik bekundet hatte, hat er jetzt sehr nachdrücklich seine „Sorge“ geäußert, daß auf diesen Politikfeldern im kommenden Jahr „alles verhärten und verkrustet“. Er sehe nicht, daß die Bundesregierung hier „Bewegung einleitet“, nachdem das Kredit-Instrument wohl „ausgereizt“ sei. Im Gegenteil: Der neue Kanzleramtschef Schäuble scheine ihm hinter dem innerdeutschen Minister Windeln „zurückzubehalten“, die „neuen Töne“ insbesondere aus dem Mund des deutschlandpolitischen

Unions-Fraktionsprechers Lintner „in Bezug auf Polen und die DDR erfüllen mich mit Sorge“. Es sei wichtig, die Worte des Magdeburger Alt-Bischofs Krusche „ernst zu nehmen“. Krusche hatte von einem „Egoismus der Flüchtlinge in der Prager Botenschaft“ gesprochen und die „Pflicht, rhetorisch derjenigen verdammte, die von der Wiedervereinigung sprechen.“

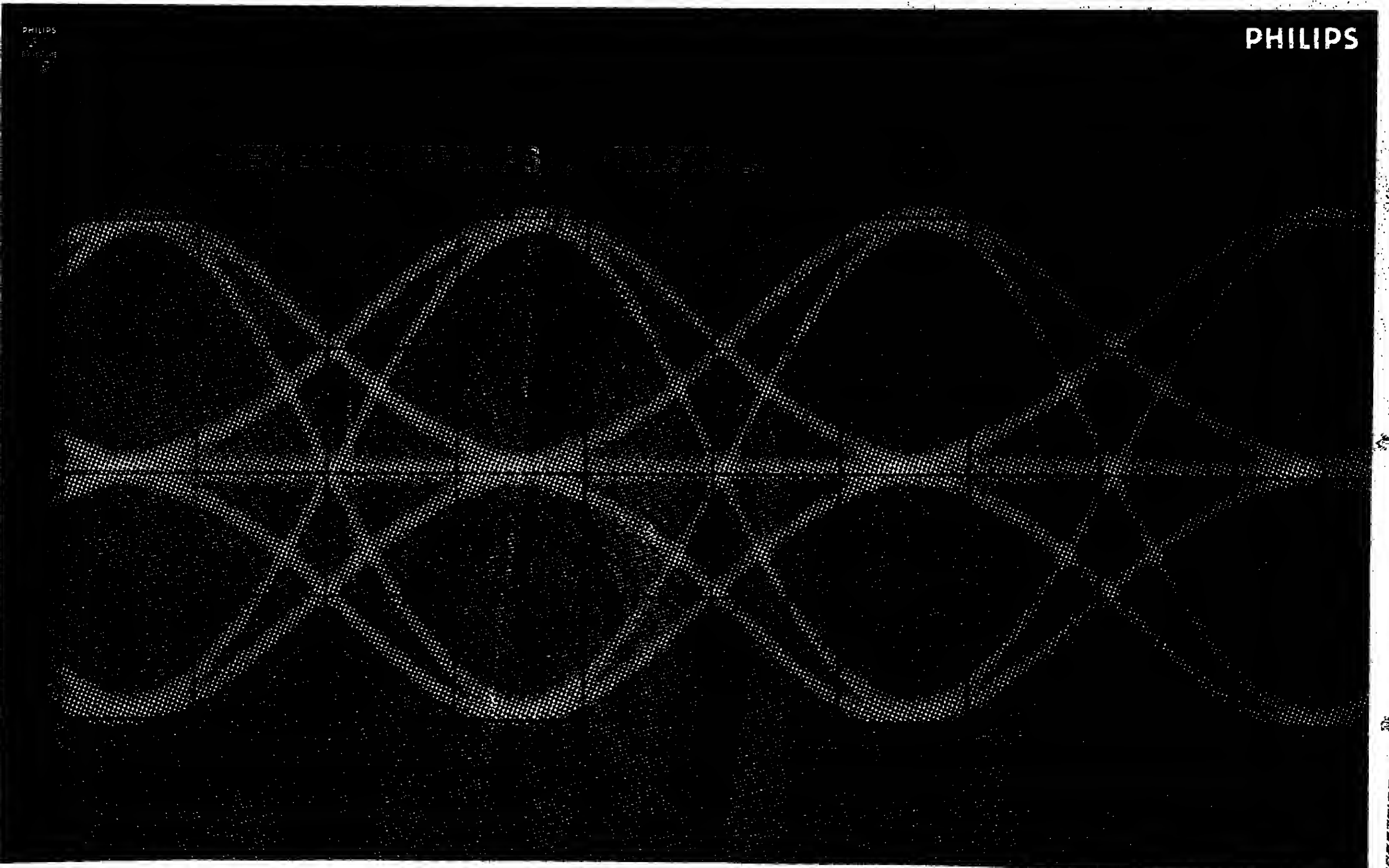
In Bezug auf die „DDR“-Führung räumte er allerdings ein, daß auch die SPD bei ihren Kontakten „nichts besonders Erhellendes“ darüber gehört habe, was denn nun beispielsweise unter „Respektierung einer eigenen Staatsbürgerschaft“ verstanden werden solle. Vogel möchte nicht ausschließen, daß sich die SED in dieser Geier Forderung auch einen Ausweg offenhalte, die deutschlandpolitischen Schrauben zu regulieren.

Ausdrücklich auch „in Nachfolge der Funktion Herbert Wehners“ erneuerte der Oppositionsführer die Sorge, daß es nicht nur Außenseiter, sondern vielleicht fast schon die Mehrheit der Union sein kann, die die

Grenzdiskussion gegenüber Polen für akzeptabel hält“. Er verwies auf den entsprechenden Beschluß der Jungen Union und fragte, bei „wieviel weniger bedeutenden Beschlüssen der Jungsozialisten nicht immer wieder die SPD zum Zurechtücken aufgefordert“ worden sei. „Ein Polen, dem gesagt wird, ihr seid nicht im Besitz der Souveränität über die Gebiete östlich von Oder und Neiße, kann man sich nicht vorstellen.“ Die Möglichkeit, daß der Bundeskanzler im kommenden Jahr auf einer Veranstaltung sprechen werde, die unter dem Motto stehe „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ sei „ein Schlag gegen einen Aussöhnungsprozeß, den viele schon für unumkehrbar gehalten haben“.

Aber auch an den Erörterungen über eine Gedenkveranstaltung am 8. Mai zeige sich, daß eben „unser Verhältnis zur Geschichte problematisch“ sei. Beim Kanzler kämen neben einem gewissen „ahistorischen“ Verhalten, das sich bereits in seinen ständigen Hinweisen auf seinen Ge-

burtsjahrgang während der Israel-Reise gezeigt habe, sowohl „kleinkarierte innenpolitische Taktik“ – wie auch bei der Auswahl sozialdemokratischer Politiker für die Versöhnungsfeier in Verdun deutlich geworden sei – als auch die „mangelnde Neigung“ hinzu, „über solche Dinge rechtzeitig mit den Beteiligten zu sprechen“. Wenn es nach dem „durchaus angebrachten“ ökumenischen Gottesdienst nicht zu dem von der SPD angeregten Gedenktakt des Bundestages kommen sollte, wäre dies „ein Offenbarungseid ganz eigener Art“. Vogel: „Wenn wir uns als Republik gerade an diesem Tag verschwiegen, wäre dies eine absurde Geschichtslosigkeit. Wir würden uns gegenüber der Welt als ein Volk ohne Geschichte darstellen.“ Dabei würde eine solche Veranstaltung, auf der der Bundespräsident das sagen würde, „was für das Volk insgesamt und für die Bundesrepublik insgesamt gesagt werden muß, zur Frage der Normalisierung des Nationalgefühls hinzugehören“.



PHILIPS

Man muß nicht immer ein Prophet sein, um in die Zukunft blicken zu können: Nicht, wenn ein großer Teil der eigenen Entwicklungen den Alltag von morgen bestimmen wird. Nicht, wenn man selbst diese Zukunft gestaltet. Philips ist Innovation – im Bewußtsein

der Verantwortung. Technische Kreativität ist kein Selbstzweck. Wer Einfallsreichtum liebt, braucht den Menschen als Maßstab.

Interessiert Sie das?

Dann sollten Sie MIT PHILIPS ÜBER INNOVATION UND VERANTWORTUNG REDEN: 0 40 - 2 81 22 10

Innovation aus Verantwortung bei Philips: Für bessere Diagnosen in der Medizin. Für weltweite Kommunikation. Für die Sicherheit von Menschen und Werten. Für die Erleichterung der Arbeit. Für die Erhaltung und Entwicklung der Kultur. Philips

مركز الأخبار

Von CLAUS DERTINGER

Nach dem „Jahr guter Aktien“, das dem „Jahr der Aktie“ folgte, stehen die Börsenampeln immer noch auf Grün. Das ist der Eindruck, der sich aus Gesprächen mit Börsianern ebenso wie aus den bislang veröffentlichten Börsenprognosen der Banken ergibt. Wohin man auch blickt: Überall wird Zuversicht „verkauft“ für den Aktienmarkt 1985. So richtig „bullish“ gibt sich die Commerzbank, und sie wird dabei ganz konkret. Sie rechnet für die ersten Monate des neuen Jahres mit einem weiteren Kurssteigerungs-potential von rund zehn Prozent, und zwar für den Marktdurchschnitt, wie er sich im Aktienindex widerspiegelt, was bedeutet, daß Spitzenreiter noch besser abschnitten und lahme Enten schlechter.

Auch zahlreiche andere Banken schwärmen auf der Prognosefront der Commerzbank. Selbst Institute, die auf mögliche Klippen hinweisen, machen den Freunden der Aktie Mut. So zum Beispiel die Helaba, die überdurchschnittliche Kurschancen sieht, wobei es nur mehr als in manchen anderen Jahren darauf ankomme, das „richtige“ Papier zu kaufen.

Am letzten Tag neuer Index-Höchststand

Die richtige Auswahl war auch schon in diesem Jahr die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiches Operieren an der Börse. Denn anders als in der ersten Aufschwungphase vom Herbst 1982 bis Ende 1983 ist der Aktienmarkt 1984 nicht mehr in seiner ganzen Breite von der Aufwärtsbewegung erfaßt worden. Der WELT-Aktienindex stieg, übers ganze Jahr gesehen, nur noch um 6,7 Prozent von 152,6 Punkten auf einen neuen absoluten Höchststand von 162,8 Punkten am letzten Börsentag dieses Jahres. Das war mehr als bescheiden im Vergleich zu dem 1983er Index-Plus von 37,4 Prozent.

Dennoch bekommt das Aktienjahr 1984 von fast allen Seiten gute Noten. Und das auch noch, obwohl der deutsche Aktienmarkt im internationalen Börsenkonzert, in dem Tokio, Mailand, Paris und London mit Indexgewinnen von gut 16 bis gut 21 Prozent den Ton angaben, nur einen der hinteren Plätze einnimmt, wenn gleich er noch besser abschnitten als die Wall Street, die mit gut vier Prozent (beim Dow-Jones-Index) ins Minus gerutscht ist. Verständlich wird das positive Urteil über das Börsenjahr 1984, wenn man einen Blick auf

BÖRSE 1984 / Bundesrepublik im internationalen Vergleich zwar nur auf einem hinteren Platz, aber dennoch Lob von allen Seiten

Nach dem Jahr guter Aktien bleiben die Ampeln auf Grün

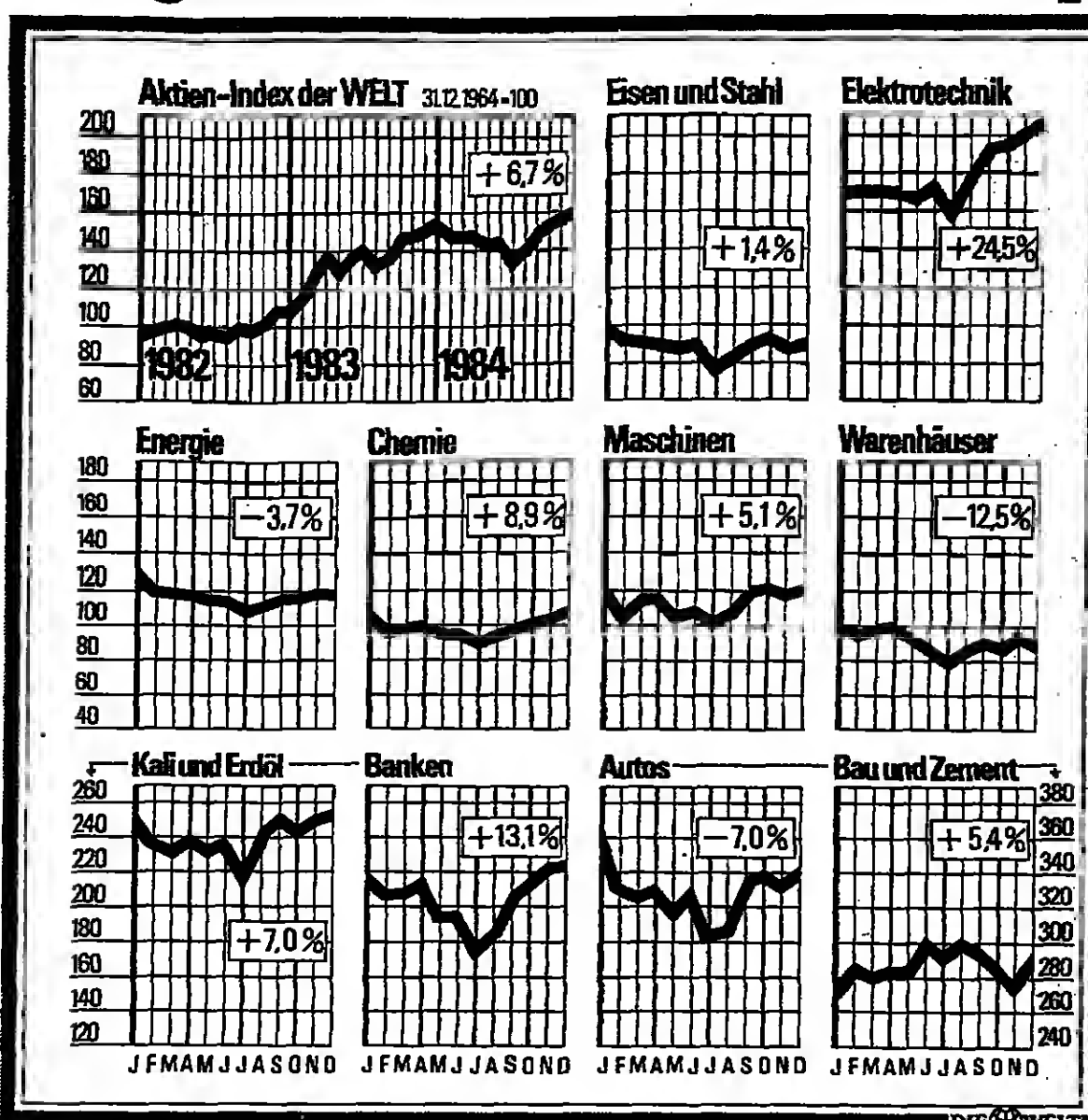
die Kurssteigerungen einiger Branchen und einiger Einzelaktien.

Gewiß waren Versicherungsaktien, die den Marktdurchschnitt etwa zehnmal schlugen, die großen Ausreißer, die wegen ihrer relativ geringen Gewichtung im Index den Gesamtmarkt allerdings nicht nennenswert beeinflussen und die auch, von den Allianz-Papieren einmal abgesehen, nicht unbedingt zu den sehr breit gestreuten Publikumsaktien gehören. Anders war das schon bei den Elektrowerten, die unter den Industriektien an der Börse nach einem vorjährigen gut 44prozentigen Plus 1984 das Rennen machten.

Innerhalb dieser Branche brachte es die Siemens-Aktie, ein Titel, der praktisch in jedem Aktienportefeuille zu finden ist, immerhin auf einen stolzen Gewinn von gut 24 Prozent. In der gleichen Größenordnung bewegte sich die Kurssteigerung der AEG-Aktie; aber beide Papiere rangieren auf der Hitliste noch weit abgeschlagen hinter PKI (plus 97 Prozent) und dem Börsenneuling Nixdorf (plus 37 Prozent). Es war also schon Geld zu verdienen an der 84er Börse, auch mit Chemiek Aktien wie Schering (plus 21 Prozent) und Bayer (plus 14 Prozent) oder dem Star unter den Großbankaktien, der Deutschen Bank, die 28 Prozent zulegte, ganz zu schweigen von der Stahlaktie Klöckner-Werke (plus 45 Prozent).

Geld zu verdienen war 1984 an der Aktienbörse aber auch, wenn man die Schwankungen im Jahresverlauf geschickt nutzte. Denn nach dem flotten Aufgalopp, der bis Anfang Februar ein Indexplus von fast fünf Prozent bescherte, ging es mit dem Index bis in die vierte Juliwoche um 16 Prozent bergab, und seitdem hat sich der Index um gut 21 Prozent erholt.

Aber man mußte schon auf die richtigen Aktien aus den richtigen Branchen setzen, auf Papiere von Unternehmen, die ein gutes Gewinnwachstum erwarten ließen, deren Ertragsbewertung moderat erschien, und vor allem auf Industriezweige, die als zukunftsstrahlend galten. Wo diese Voraussetzungen nicht als erfüllt angesehen wurden, sah es zum Teil recht trübe aus an der Börse. Als Beispiel seien hier nur die Autoaktien genannt, die unter dem Arbeitskampf und der Katalysatordiskussion litten, die Aktien der Maschinenbaubranche, die ebenfalls vom Streik tan-



glert wurden, sowie die Warenhausaktien, die sich wegen nur mäßiger Zunahme des Konsums und sinkender Erträge keiner Beliebtheit erfreuten.

Nicht nur das schlechte Abschneiden der Aktien einiger Branchen, sondern auch die Wechselbäder, denen der Aktienmarkt 1984 ausgesetzt war, haben zahlreichen Aktionären auch Enttäuschungen gebracht: denn die Börsenentwicklung entsprach in der ersten Jahreshälfte nicht dem, was die Konjunktur vorzuzeichen schien. Unprogrammgemäß war der Arbeitskampf, der das Wirtschafts-

wachstum im zweiten Quartal deutlich hemmte. Einen Strich durch die Rechnung machte auch New York.

Der unerwartete Wiederanstieg der US-Zinsen – ein Reflex der steigenden Defizite im Budget und in der Leistungsbilanz – drückte auf die Kurse an der Wall Street und verbreitete auch hier gedämpfte Stimmung. Hinzu kam, daß die attraktiven amerikanischen Zinsen, die in der ersten Jahreshälfte zeitweilig um etwa sechs Prozent höher waren als die deutschen, Kapital in die USA lockten, was mit einem Adress für die deutschen Wertpapiermärkte gleichzuset-

zen war. Außerdem gab es noch eine andere böse Überraschung. Der steigende D-Mark-Kurs im Frühjahr war nicht etwa, wie erhofft, für Ausländer ein Signal, sich nun verstärkt in deutschen Papieren zu engagieren, sondern er bewirkte genau das Gegenteil.

Erst mit dem Einsetzen eines Zinsrückgangs in den USA, der mit dem Ende der längsten Streiks in der Bundesrepublik zusammenfiel, bellte sich der deutsche Börsenhorizont wieder auf. Das Börsenvolk füllte wieder Mut, als nach und nach immer deutlicher sichtbar wurde, daß die Wirtschaft Anschluss an das Wachs-

tumstempo vom Jahresbeginn gewinnen würde. Ausgesprochen kräftige Impulse kamen außerdem von der monetären Seite. Die in Aussicht genommene Aufhebung der Kuponsteuer bewirkte eine schlagartige Zunahme des Anlansinteresses für deutsche festverzinsliche Papiere, das die Kapitalmarktzinsen seit Anfang August um mehr als einen vollen Prozentpunkt leicht unter die Sieben-Prozent-Marke drückte. Daß auch der Zinsrückgang in den USA zu dieser Entwicklung beitrug, sei nicht nur am Rande erwähnt.

Bemerkenswert ist allerdings, daß sich dieser Zinsenkungsprozeß trotz einer zuvor kaum für möglich gehaltenen Dollarhaube vollziehen konnte; immerhin kletterte der Dollarkurs seit seinem Tiefstand Anfang März um rund 25 Prozent auf über 3,15 DM im September, und auch am Freitag überschritt der Greenback zeitweilig diese Marke. Doch die Einstellung der Börsianer zum Dollarkurs ist heute eine ganz andere als noch vor einem Jahr. Je höher der Dollarkurs, um so billiger ist für Ausländer der Einstieg in D-Mark-Papiere, die zusätzliche Wechselkurschancen versprechen; und so hofft man denn auf entsprechende Auslandsengagements, die allerdings an der Aktienbörse in letzter Zeit mehr sporadischen Charakter hatten.

Der hohe Dollarkurs ist aber auch noch aus einem anderen Grunde ein Stimulus für die Börse, auch im Hinblick auf 1985. Er stärkt wie im deutschen Export, der ebenso wie im abgelaufenen Jahr ein Zugpferd der deutschen Konjunktur sein wird, und zwar wohl auch dann noch, wenn er sich zwischen 2,70 und 3,00 Mark bewegen sollte, wie viele Experten für 1985 erwarten.

Das zweite und vermutlich noch wichtigere Bein für das Wirtschaftswachstum soll im neuen Jahr die Investitionstätigkeit sein, die 1985 nach den Erwartungen des Sachverständigenrats von einer realen Zunahme der Ausstattungsinvestitionen um rund zehn Prozent geprägt sein soll. Wenn die fünf Weisen mit ihrer Prognose eines gut dreiprozentigen Wirtschaftswachstums, das sich im Jahresverlauf eher verstärkt, recht bekommen, müßten von der konjunkturellen Seite her günstige Voraussetzungen für eine gute Börsenentwicklung gegeben sein.

Da von der Kostenseite her aus

heutiger Sicht keine übermäßigen Belastungen ins Haus stehen, müßten in den von der Konjunktur begünstigten Branchen auch der positive Gewinnrenden anhalten, wenngleich die Zuwachsraten allein schon wegen des inzwischen erreichten hohen Niveaus geringer ausfallen dürften. Wie weit sich die Börsianer von dem zu erwartenden prozentualen Rückgang der Gewinnzuwächse ins Bockshorn jagen lassen, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Als börsenfreundlich ist auch die für 1985 erwartete ruhige Preisentwicklung einzuschätzen; sie bewirkt einmal eine weitere Verbesserung der Qualität der Unternehmensgewinne, die nicht mehr wie in manchem früheren guten Ertragsjahr durch inflationäre Scheingewinne aufgebläht sind.

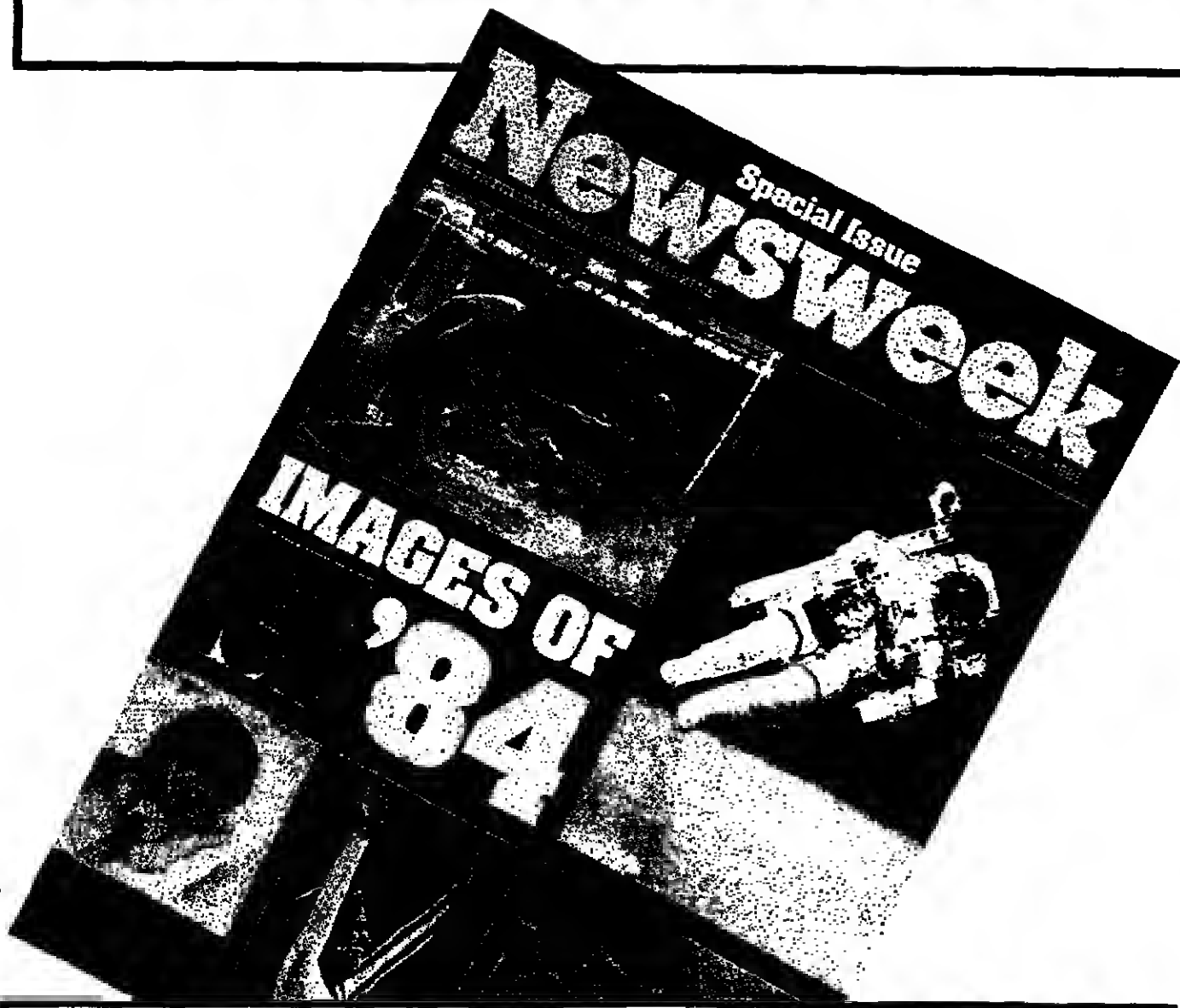
Weitere Zinsenkung am Rentenmarkt

Zudem läßt das ruhige Preisklima einen Fortgang des Zinsenkungsprozesses am Rentenmarkt erwarten. Optimisten schließen nicht aus, daß die Rendite für zehnjährige Bundespapiere von jetzt knapp sieben Prozent auf sechseinhalb Prozent oder sogar noch weiter sinkt. Eine weitere Zinsermäßigung, für die auch das nach wie vor hohe Realzinsniveau von knapp fünf Prozent spricht, rechtfertigt nach Ansicht vieler Analysten eine höhere Gewinnbewertung am Aktienmarkt, die Spielraum für Kurssteigerungen schafft.

Die größten Chancen werden an der Börse derzeit den Aktien von Unternehmen eingeräumt, die 1985 vom Investitionsschub profitieren. Dazu zählen wie schon 1984 in erster Linie die Elektronikwerte. Nachholbedarf müßten eigentlich die Aktien der Maschinen- und Anlagebaus haben. Ebenfalls werden die Aktien der Chemie- und Kunststoffindustrie als aussichtsreich eingestuft; die hohen Dividendenrenditen werden bei den Farbnachfolgern, die sich einschließlich Steuerguthaben besser rentieren als Bundesanleihen, als zusätzlicher Stimulus angesehen. Auch Bankaktien stehen auf den Empfehlungslisten vieler Anlageberater.

Alle Prognosen stehen freilich unter zwei Vorbehalten. Einmal dem, daß es in den USA weder einen Konjunkturaufschwung noch eine neue Zinsexplosion gibt. Zum anderen, daß die Landtags- und Kommunalwahlen im Frühjahr nicht die Gefahr eines 1987er Machtwechsels in Bonn signalisieren.

1984 IS HERE AGAIN.



Outside views. Inside information.

Höflichkeit, Liebenswürdigkeit
im Umgang miteinander
im Bus, im Wartezimmer, im Theater,
in den Restaurants ist unmodern.

Man gibt sich cool und distanziert,
fordert aber eine humanere
Gesellschaft. Die brauchen wir wirklich.
Gehen wir aufeinander zu,
so oft es möglich ist.

Nur gemeinsam werden wir
die Zukunft gewinnen.



Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2
und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen“
senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.
Aktion Gemeinsinn e.V., eine Vereinigung unabhängiger
Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

مكتبة المستقبل

AM-VERSICHERUNGEN / Höhere Holding-Erträge

Vorjahresdividenden sicher

HARALD POSNY, München

Die Holding der AM-Versicherungs-Gruppe, Aachen, die Aschener- und Münchener Beteiligungs-AG, erwartet für 1984 ein Ergebnis auf Vorjahreshöhe (21,7 Mill. DM). Wie aus dem Aktionärsbrief hervorgeht, erreichen die Beteiligungserträge der Tochtergesellschaften nicht die des Vorjahres (44,2 Mill. DM). Sie liegen aber unter Berücksichtigung von Sondererträgen aus dem Verkauf der US-Beteiligung First Colony Life nicht zuletzt wegen gesteigerter Erträge aus Kapitalerträgen auf 4,65 Mill. DM über den von Sondererträgen bereinigten Wert. Zwar gibt der AMB-Vorstand keinen Hinweis auf die Ausschüttung, doch scheint die Vorjahresdividende 9 DM je 50-DM-Aktie sicher, nicht jedoch der 1984 gezahlte Bonus von 2,50 DM.

Das Geschäft der Tochtergesellschaften zeigt in den ersten drei Quartalen 1984 ein zufriedenstellendes Wachstum bei unterschiedlichen Schadenverläufen. Die AM-Versicherungs-AG hatte in den ersten 11 Monaten ein Prämienplus von knapp 6 Prozent. Sanierungserfolge in der Hausrat- und Transportversicherung lassen eine verbesserte Schadenquote und bei unverändertem Kostensatz

ein höheres technisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung (1983: 3,3 Mill. DM) erwarten. Gemeinsam mit höheren Erträgen aus Kapitalanlagen und angemessener Rücklagenbildung ist Ausschüttung wie (7 DM je 50-DM-Aktie) möglich. Gleiches gilt für die Thüringia Versicherungs-AG, München, die in den ersten drei Quartalen bei einem Prämienplus von 4,5 Prozent als Folge des Hagelunwetters jedoch 8,6 Prozent mehr an Schadenleistungen ausweist.

Die AM-Lebensversicherung wird mit einem Neugeschäft von 4,5 Mrd. DM (plus 15 Prozent) abschließen. Der Bestand lag Ende September bei 28,2 Mrd. DM. Die Kapitalanlagen nahmen bei zufriedenstellender Ertragsentwicklung um 9,3 Prozent auf 6,3 Mrd. DM zu. Der Direktversicherer Cosmos erwartet 1984 ein Neugeschäft von 130 Mill. DM. Hier wird eine gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhte Dividende erwirtschaftet. Die Central Krankenversicherung hatte in den ersten drei Quartalen ein Aufwandsplus von 3,7 Prozent bei nur um 1,4 Prozent höheren Beiträgen. Damit stieg die Schadenquote von 68 auf 70,9 Prozent. Das Gesamtergebnis liegt in Vorjahreshöhe.

US-HANDELSBILANZ / Minus bei 125 Milliarden Dollar

Baldrige: Defizit steigt

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine neue Rekordhöhe hat das US-Handelsbilanzdefizit in den ersten elf Monaten dieses Jahres erreicht. Gegenüber der gleichen Zeitperiode 1983 stieg es von 62,6 auf mehr als 115,4 Mrd. Dollar. Das sind umgerechnet etwa 358 Mrd. Mark. Während die Ausfuhr um 8,4 Prozent auf 188,8 Mrd. Dollar zunahm, erhöht sich die Importe um 27,8 Prozent auf 314,2 Mrd. Dollar. Diese Explosion ist das Ergebnis des überbewerteten Dollar und des Konjunkturbooms im ersten Halbjahr. Auf der Exportseite ist jedoch eine Wende eingetreten: Hier machte das Minus 1983 noch 6,4 Prozent aus.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige rechnet jetzt für das Gesamtjahr 1984 mit einem Defizit in Höhe von 125 (1983: 68,4) Mrd. Dollar. Das sind plus 78,5 Prozent. Da der Dollar stark bleibe, verdrängt der Passivsaldo in den ersten Monaten des kom-

menden Jahres noch vergrößern, erklärte er. Nach seiner Ansicht gibt es für die USA nur einen Weg, um aus den roten Zahlen herauszukommen: Das riesige Haushaltsdefizit, das die Zinsen und damit den Dollar hochhält, muß gekappt werden. Baldrige sieht aber schon erste Anzeichen, die auf ein geringeres Importwachstum hindeuten.

Gegenüber dem Vormonat hat sich das US-Handelsdefizit im November von 9,2 auf 9,9 Mrd. Dollar erhöht. Die Ausfuhr erreichte 18,4 (minus 0,1), die Einfuhr 28,3 Mrd. Dollar (plus 2,7 Prozent). Im Agrarhandel erzielte die USA einen Überschuss von 1,5 Mrd. Dollar, während der Passivsaldo bei verarbeiteten Gütern und Rohöl 7,0 und 3,5 Mrd. Dollar erreichte. Im Handel mit Japan betrug das US-Defizit 2,7, mit Westeuropa 1,9, mit Kanada 1,8 und mit der Opec 1,1 Mrd. Dollar.

DEUTSCH-IRANISCHE HANDELSBANK

Die Altlasten sind getilgt

J. BRECH, Hamburg

Die Deutsch-Iranische Handelsbank AG, Hamburg, hat ihre Altlasten aus der Zeit nach der Revolution in Iran getilgt. Die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 1983/84 (30. Juni) zeigt, daß die Hilfestellungen zum Erhalt der Bank sinnvoll gewesen seien, schreibt der Vorstand in dem jetzt vorliegenden Bericht. Das Institut hatte vor der Revolution erhebliche Ausleihungen an iranische Unternehmen getilgt, deren Bezahlung über eine Rückzahlung nahezu unmöglich geworden war. Die Wirtschaftsprüfer hatten damals erhebliche Wertberichtigungen gefordert, die über das vorhandene Eigenkapital weit hinausgingen.

Aus einer gemeinsamen Stützungsaktion des größten iranischen Anteilseigners, der Industrial and Mining Development Bank of Iran (heute Bank of Industry and Mining) sowie anderer am Geschäft beteiligten Banken waren Besserungsscheinverpflichtungen in Höhe von 103 Mill.

DM entstanden. Diese Verbindlichkeiten sind durch die Abführung des Gewinns aus dem Berichtsjahr vollständig getilgt worden. Die Bank weist für 1983/84 einen Überschuss von 53,1 Mill. DM aus, in den 44 Mill. DM Erträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Wertberichtigungen auf Forderungen eingeflossen sind.

Die Wiederbelebung des Außenhandels zwischen Iran und der Bundesrepublik hat im Berichtsjahr zu einer kräftigen Ausweitung des Geschäftsvolumens von 565 auf 880 Mill. DM geführt. Es zeige sich, so heißt es, daß länderspezifische Außenhandelsbanken gesuchte Partner der exportierenden Wirtschaft seien. Im Handel mit Iran gebe es allerdings den Trend, aufgrund des Ungleichgewichts in der deutsch-iranischen Handelsbilanz Importe aus anderen Ländern zu bevorzugen. Auf diese Entwicklung habe sich die Bank eingestellt und die Geschäfte mit anderen europäischen Ländern intensiviert.

SÜDKOREA / Importliberalisierung führt zu einem höheren Leistungsbilanzdefizit

Die Konjunktur ist spürbar abgeflaut

FRED de la TROBE, Tokio

Die Konjunktur in Südkorea, die bis Mitte dieses Jahres im Zeichen des Booms stand, ist seit dem Spätsommer spürbar abgeflaut. Im Quartal Juli-September ging das Wachstum bei allen wichtigen Indikatoren deutlich zurück. So betrug die reale Wachstumsrate - auf Jahresbasis umgerechnet - in den ersten neun Monaten 1984 nur 7,1 Prozent statt 7,5 Prozent, wie das Ziel des laufenden Fünfjahres-Plans vorsieht.

Die leichte Konjunkturabkühlung in den letzten Monaten ging auf die staatlichen Kreditrestriktionen, die infolge der ruhigeren Wirtschaftsentwicklung in den USA nur noch langsam steigenden Exporte, die Überschwemmungskatastrophe im September und die flache Bautätigkeit zurück. Das Defizit der Leistungsbilanz droht in diesem Jahr um fast die Hälfte höher auszufallen, als es die im Fünfjahres-Plan vorgesehenen Rahmenzahlen annehmen.

Die Prioritäten der Regierung sind noch auf Preisstabilität und den Abbau der Zahlungsbilanzdefizite festgelegt, nicht mehr auf ein höchstmögliches Wirtschaftswachstum. Das erste Ziel dürfte auch in diesem Jahr noch recht befriedigend eingehalten werden. Das Defizit der Handelsbilanz erreichte aber schon in den ersten elf Monaten dieses Jahres einen Wert von 5,4 Mrd. DM, 13 Prozent

mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Im Quartal Juli-September 1984 stiegen die Exporte nur noch um 2,5 Prozent gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr. Die Importe nahmen dagegen um 15,2 Prozent zu.

Beim Anstieg der Einfuhren spielte die zunehmende Importliberalisierung eine Rolle. Der Anteil der liberalisierten Einfuhren soll von jetzt 80 Prozent auf 90 Prozent 1986 erhöht werden. Schärfere Abwehrmaßnahmen gegen koreanische Lieferungen beeinträchtigen andererseits die Ausfuhr. Auch die relative Stärke der südkoreanischen Währung verteuerte die Exporte. Der Wechselkurs des Won zum Dollar sank in den ersten zehn Monaten um 3,15 Prozent, während die europäischen Währungen in dieser Zeit gegenüber dem Dollar um zehn bis 20 Prozent verloren.

Die Verbraucherpreise werden nach den bisher vorliegenden Zahlen in diesem Jahr um etwa drei Prozent steigen, etwas mehr als im Fünfjahresplan vorgesehen ist. Die relativ geringe Inflationsrate ist vor allem auf die stabilen Importpreise für Öl und Rohstoffe, geringe Lohnsteigerungen und Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft zurückzuführen. Die restriktive Politik der Regierung führt dazu, daß die Geldversorgung Ende Juni nur um 8,5 Prozent höher als im Vorjahr lag. Der Umfang der

HAMBURG / WELT-Gespräch mit Alfons Pawelczyk, Bevollmächtigter der Hansestadt beim Bund

„Immer noch ein attraktiver Wirtschaftsstandort“

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Aus der Abwartehaltung heraus in die Offensive - so begriff Alfons Pawelczyk, seit einem halben Jahr Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund, nicht nur seine Aufgabe in Bonn, sondern so sollte sich auch die Hansestadt präsentieren. Sie sei immer noch ein attraktiver Wirtschaftsstandort, für den auch sehr viel getan werde, mit einem ebenso attraktiven Kultur- und Freizeitangebot. Kurz: „Eine Stadt, in der es sich lohnt zu leben“, so Alfons Pawelczyk in einem Gespräch mit der WELT, in dem er die Probleme Hamburgs keineswegs herunterspielt. Aber der Zweite Bürgermeister gibt sich auch selbstbewußt.

Pawelczyk ist sich, wie er selber betont, nicht zu schade, für Hamburg zu werben. Es geht ihm in starkem Maße darum, daß dann, wenn in Bonn Entscheidungen fallen, das für Hamburg Spezifische auch auf den Tisch kommt. Daher hat er in den vergangenen Monaten nicht nur den Kontakt zum Kanzler gesucht, sondern auch zu den Ministern, die Einfluß auf Wirtschaft, Strukturpolitik, Forschung und Umweltschutz haben.

So hat er mit Forschungsmitteln Riesenhuber nicht nur über die TU Harburg und das Fraunhofer-Institut

für Umwelttechnik, Altlastensanierung und Recycling gesprochen, sondern auch über die Mülldeponie Georgswerder. Er hat eine Zusage von zunächst 13 Millionen DM für das Pilotprojekt „Abfallbeseitigung“ erhalten. In den Kontakten mit dem Bundesverkehrsminister ging es um anderem um den Seehafen-Hinterlandverkehr. Mit Wirtschaftsminister Bangemann hat er sich über die Regionalpolitik unterhalten. Beziehungen gibt es auch zum Verteidigungsministerium.

Seine Referenten hat Pawelczyk angewiesen, nicht zu warten, bis etwas auf sie zukommt, sondern den Kontakt zum Beispiel zu jedem Hamburger Abgeordneten zu suchen, gleich welcher Partei. Die Wirtschaft erwarte Informationen und auch Hilfestellung, die sie auch erhalten solle. Das Problem sieht er darin, daß die Firmen sich häufig erst an die Landesvertretung wenden, wenn „das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist“. Rechtzeitige Kontaktaufnahme würde manches erleichtern.

Die wichtigste Aufgabe des Bevollmächtigten sei natürlich der Einfluß auf die Politik. Dabei müssen die regionalen Aspekte eingebracht werden. Die Zusammenarbeit der Kü-

stenländer sei in der letzten Zeit besser geworden. Die Region müsse sich so präsentieren, daß ein realistisches Bild von ihr entsteht.

Natürlich kommt auch Pawelczyk nicht um das Nord-Süd-Gefälle herum. Den Umschwung begründet er nicht nur mit der Krise etablierter Branchen wie der Wertindustrie und der Randlage durch die politische Teilung Europas, sondern auch mit der stärkeren staatlichen Förderung von Forschung und Innovation im Süden. Diesen Pendelschlag müsse die Küstenregion wieder ausgleichen.

Die Aussichten für Hamburg seien recht gut. Denn Hamburg sei immer noch eine reiche Stadt. Sie zahle in den Finanzausgleich, während die Nachbarländer aus diesem Topf etwas bekommen. Im Gegensatz zu vielen Nachbarregionen erhalte Hamburg keine Fördermittel aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ oder der „Zonenrandförderung“. Und die Kumulation der Fördermittel habe zur Abwanderung von Betrieben ins Umland geführt. Hamburg müsse seine Metropolfunktion für den Norden ausschließlich aus eigenen Mitteln bezahlen, und das trotz der angespannten Arbeitsmarktsituation. Pawelczyk benutzt zur Illustrati-

on folgenden Vergleich: In Hamburg gebe es 80 000 Arbeitslose, denen stünden aber 160 000 Einpendler aus dem Umland gegenüber.

Die Arbeitslosigkeit mindere die Steuerkraft. Daher sei der Senat zu Einsparungen selbst im Personalbereich gezwungen gewesen. Die eingesparten Mittel würden zur Attraktivitätsverbesserung Hamburgs eingesetzt. Für Pawelczyk eine Investition in die Zukunft.

An erster Stelle nennt er die TU Harburg, eine Forschungsuniversität, deren Ergebnisse unmittelbar der norddeutschen Wirtschaft zugute kommen. Sie soll intensiv den Kontakt zur Wirtschaft suchen.

Investiert werde in die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Hafens, des größten in der Bundesrepublik. Hier sei aber auch der Bund gefordert. Er habe für einen Ausgleich des geographischen Randlage zu sorgen. Die Tarife im Seehafen-Hinterlandverkehr müßten denen im grenzüberschreitenden Verkehr angepaßt werden.

Es gehe aber auch um die Erhaltung des Medienzentrums Hamburg. Pawelczyk weist darauf hin, daß innerhalb der SPD die Hamburger den Vorreiter gespielt haben.

KARTELLAMT

Fusionsverfahren in der Schweb

dpa/VWD/AP, Berlin

Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat die Untersuchungsverfügung des Bundeskartellamts gegen die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS) und der Technische Werke der Stadt Stuttgart AG (TWS), beide Stuttgart, aufgehoben. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Dem Kartellamt bleibt der Weg der Rechtsbeschwerde. Ob das Bundeskartellamt in die Rechtsbeschwerde gehen wird, werde erst nach Vorlage der schriftlichen Begründung entschieden, teilte der Sprecher des Amtes mit.

EVS und TWS hatten beim Berliner Amt die Gründung der EVS-Gasversorgung Nord GmbH, Stuttgart, für den Aufbau und Betrieb von regionalen Gasversorgungsanlagen im Raum Hohenlohe angemeldet. Das Bundeskartellamt hatte dieses Vorhaben im März 1984 aus Wettbewerbsgründen untersagt und die Auffassung vertreten, beide Unternehmen könnten in Hohenlohe als Anbieter auftreten.

Auch die geplante Beteiligung des US-Nahrungsmittelkonzerns The Pillsbury Co., Minneapolis, an der Sonnen-Bassermann-Werke Siedlung u. Pflanzerei GmbH u. Co. KG, Seesen/Harz, bleibt weiter in der Schwebe. Das Bundeskartellamt hat sich für die Beurteilung des Fusionsvorhabens überraschend eine Fristverlängerung ausbedungen, nachdem den beteiligten Unternehmen bereits in einer sogenannten Abmahnung eine Untersuchungsverfügung angekündigt worden war. Wie der Sprecher des Kartellamts auf Anfrage bestätigte, wurde die Entscheidungsfrist bis Ende März 1985 verlängert. Hintergrund der Fristverlängerung sind neue Überlegungen zur Abgrenzung des relevanten Marktes, der bei dieser Fusion zugrunde zu legen wäre. Die Wettbewerbsbehörden hatten in ihren früheren Überlegungen Nachfrager und Lieferanten getrennt zugeordnet, jetzt wird das Fusionsvorhaben noch einmal unter dem Gesichtspunkt geprüft, daß beide Märkte zusammengehören.

Hohes Auftragsplus im Ausland

dpa/VWD, Ingolstadt

Für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) erwartet die Schubert + Salzer Maschinenfabrik AG (Schubsa), Ingolstadt, auf ihren Absatzmärkten mit Ausnahme der USA keine wesentliche Änderung des Konjunkturklimas. In den USA müsse mit einem stärkeren Rückgang der Investitionsneigung gerechnet werden, heißt es in einem Zwischenbericht. Unter diesen Umständen erwarte der Schubsa-Vorstand für 1984/85 einen Umsatz in Vorjahreshöhe.

Im Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) konnte das Unternehmen den Umsatz um 20 Mill. auf 274 Mill. DM steigern. Der Anteil des Auslandsgeschäfts erhöhte sich auf 64 (57) Prozent. Beim Auftragseingang, der 285 Mill. DM erreichte, wurde der Vorjahreswert um 20 Prozent übertraffen. Der Jahresüberschuss soll mit dem noch bestehenden Verlustvortrag verrechnet werden.

NAMEN

Franz Link, Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG, München, und Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland, vollendet am 3. Januar sein 65. Lebensjahr.

Günter Malkowsky, stellvertretender Hauptgeschäftsführer im Bundesverband Spedition und Lagerei (BSL), Bonn, und Geschäftsführer der Huckspeckgesellschaft Kombiverkehr KG, Frankfurt, wird am 2. Januar 60 Jahre alt.

Hans Westphal, Vorsitzender der Geschäftsführung der SKF GmbH, Schweinfurt, wurde mit Wirkung vom 1. Januar für drei Jahre zum Vorstandsvorsitzenden der Fachgemeinschaft Antriebstechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) gewählt.

Karl-J. Krans wurde zum Mitglied der Geschäftsführung der Roland Berger & Partner, International Management Consultants GmbH, München, berufen. Neuer Partner der Roland Berger & Partner Gesellschaft für strategische Planung mbH, München, wurde Peter Bernhard.

Dr. Carl Ernst Hofstadt (68) beendet am 31. Dezember seine Tätigkeit im Vorstand der Süd-Chemie AG, München. Er bleibt dem Unternehmen beratend und in verschiedenen Aufsichtsrats- und Beiratsfunktionen von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften verbunden.

Gerhard Krieg, Vorstandsmitglied

der Hamburger Sparkasse (HASPA), Hamburg, scheidet zum Jahresende aus dem Vorstand aus und tritt in den Ruhestand. Krieg gehörte dem HASPA-Vorstand 17 Jahre an. Zum stellvertretenden Vorstandsmitglied wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 Dr. Karl-Joachim Dreyer aus dem Hause der HASPA bestellt.

Werner Flath, geschäftsführender Vorstand der GDB Großenkaufvereinigung Deutscher Bürobedarfsgeschäfte e.G., Bergisch Gladbach, ist zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen worden. Zusätzlich in den Vorstand berufen wurde Dr. Karl Friedrich Kießling, bislang Mitglied des Vorstandes der Vedes, Nürnberg.



„drebit“- unser Bildschirmtext-Angebot.

Bildschirmtext (Btx) bedeutet mehr Information, verbesserte Kommunikation. Wir sind seit der ersten Stunde dabei: Unser Btx-Programm finden Sie bundesweit jetzt unter *33 666 *. Bisherige Teilnehmer unseres Programms können uns weiterhin unter *425 # (bis 21.12.1984) erreichen.

Ein umfangreiches Informationsprogramm bietet Wissenswertes für Private und einen besonderen Programnteil für Unternehmen. Das wichtige Dialog-Angebot (Sie sind über Btx mit dem Computer der Bank verbunden) kennen unsere Firmenkunden aus der Broschüre „Bildschirmtext für Firmen“.

Aber jetzt wird der Dialog erst richtig interessant. Eine Idee - „drebit“ - und ein Mikro-Computer im Unternehmen machen noch mehr aus Btx.

„drebit“ ist unser Btx-Angebot für Handwerk, Handel und Industrie.

Ihr Mikro-Computer wählt mit seinem „drebit“-Programm automatisch das öffentliche Btx-System der Bundespost und Ihre dort angeschlossenen Banken an. Er sammelt für Sie von Ihren Konten die aktuellen Informationen: Bankumsätze.

Daraus entstehen auf dem Bildschirm oder auf dem Drucker einheitlich formatierte Tagesauszüge. So sind

diese Informationen jetzt schneller auf Ihrem Tisch als bisher und aufgrund ihrer Übersichtlichkeit für Dispositionszwecke besonders gut geeignet.

Umgekehrt können Sie aber auch „drebit“ bei der Erteilung von Überweisungsaufträgen einsetzen. Hier nimmt Ihnen das System einen guten Teil bisheriger Routinearbeit ab: Zum Beispiel erinnert „drebit“ Sie an Überweisungen, die zu bestimmten Terminen ausgeführt werden sollen. Die Überweisungsaufträge werden mit Hilfe des Mikro-Computers vorbereitet, und Sie veranlassen deren Ausführung. Auch hierbei hilft Ihnen das System mit den in ihm vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen.

Das „drebit“-Programm ist eine Software für Ihren Mikro-Computer, die wir Ihnen liefern. Mit „drebit“ steht Ihnen eine intelligente Lösung für eine schnelle und wirtschaftliche Nutzung des Bildschirmtext-Systems zur Verfügung - genauso, wie es sich unsere Firmenkunden wünschen.

Was „drebit“ aus Bildschirmtext macht, ist für viele große Unternehmen so wertvoll, daß wir auch in unserem internationalen Cash-Management-Angebot „drcam“ diese Vorteile berücksichtigt haben. Sprechen Sie mit Ihrem Firmenkundenbetreuer.



drebit

Dresdner Bank
In Berlin: BfH

1984: Größte Gewinner und Verlierer

Gewinner:	%	Verlierer:	%
ASKO	280	Ekatt-Ried	-38
V. Rumpus	137	Adt AG	-54
Asag	136	Agrob VZ	-45
Concordia-Chemie	106	Huta Hegerfeld	-44
VGT AG	100	Grünz. H.	-32
Allianz-Leben NA	97	Dyckerhoff Zent. ST	-31
Hermes Kred. 50% E.	96	Dyckerhoff Zent. VZ	-30
Philips	95	Agrob ST	-30
Hartmann u. Braun ST	93	IG Farben LIQ	-28
Hermes Kredit	88	Strabag	-28
Bremer Vulkan	84	Dahlbusch ST	-27
Hartmann u. Braun VZ	76	Energie Oberfr.	-27
Victoria Leben	67	Thüringer Gas AG	-27
Edelstahl Witten	66	Vogele	-27
Victoria Leben E.	65	Dyckerhoff u. Widmann	-25
Wickrath	65	Brau AG Nürnberg	-25
Veith Pirelli	65	Orenstein u. Koppel	-23
Mü. Rück. 50% E.	64	Energie Ost ST	-23
Klöcker-Werke	63	Deutsche Texaco AG	-22
Kochs-Adler	62	Porzellan Waldsassen	-21

Quelle: Westf.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz
ASKO	280	Ekatt-Ried	-38	Adt AG	-54	Agrob VZ	-45	Huta Hegerfeld	-44
Grünz. H.	-32	Dyckerhoff Zent. ST	-31	Dyckerhoff Zent. VZ	-30	Agrob ST	-30	IG Farben LIQ	-28
Strabag	-28	Dahlbusch ST	-27	Energie Oberfr.	-27	Thüringer Gas AG	-27	Vogele	-27
Dyckerhoff u. Widmann	-25	Brau AG Nürnberg	-25	Orenstein u. Koppel	-23	Energie Ost ST	-23	Deutsche Texaco AG	-22
Porzellan Waldsassen	-21								

Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz
ASKO	280	Ekatt-Ried	-38	Adt AG	-54	Agrob VZ	-45	Huta Hegerfeld	-44
Grünz. H.	-32	Dyckerhoff Zent. ST	-31	Dyckerhoff Zent. VZ	-30	Agrob ST	-30	IG Farben LIQ	-28
Strabag	-28	Dahlbusch ST	-27	Energie Oberfr.	-27	Thüringer Gas AG	-27	Vogele	-27
Dyckerhoff u. Widmann	-25	Brau AG Nürnberg	-25	Orenstein u. Koppel	-23	Energie Ost ST	-23	Deutsche Texaco AG	-22
Porzellan Waldsassen	-21								

Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz
ASKO	280	Ekatt-Ried	-38	Adt AG	-54	Agrob VZ	-45	Huta Hegerfeld	-44
Grünz. H.	-32	Dyckerhoff Zent. ST	-31	Dyckerhoff Zent. VZ	-30	Agrob ST	-30	IG Farben LIQ	-28
Strabag	-28	Dahlbusch ST	-27	Energie Oberfr.	-27	Thüringer Gas AG	-27	Vogele	-27
Dyckerhoff u. Widmann	-25	Brau AG Nürnberg	-25	Orenstein u. Koppel	-23	Energie Ost ST	-23	Deutsche Texaco AG	-22
Porzellan Waldsassen	-21								

Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz
ASKO	280	Ekatt-Ried	-38	Adt AG	-54	Agrob VZ	-45	Huta Hegerfeld	-44
Grünz. H.	-32	Dyckerhoff Zent. ST	-31	Dyckerhoff Zent. VZ	-30	Agrob ST	-30	IG Farben LIQ	-28
Strabag	-28	Dahlbusch ST	-27	Energie Oberfr.	-27	Thüringer Gas AG	-27	Vogele	-27
Dyckerhoff u. Widmann	-25	Brau AG Nürnberg	-25	Orenstein u. Koppel	-23	Energie Ost ST	-23	Deutsche Texaco AG	-22
Porzellan Waldsassen	-21								

Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz
ASKO	280	Ekatt-Ried	-38	Adt AG	-54	Agrob VZ	-45	Huta Hegerfeld	-44
Grünz. H.	-32	Dyckerhoff Zent. ST	-31	Dyckerhoff Zent. VZ	-30	Agrob ST	-30	IG Farben LIQ	-28
Strabag	-28	Dahlbusch ST	-27	Energie Oberfr.	-27	Thüringer Gas AG	-27	Vogele	-27
Dyckerhoff u. Widmann	-25	Brau AG Nürnberg	-25	Orenstein u. Koppel	-23	Energie Ost ST	-23	Deutsche Texaco AG	-22
Porzellan Waldsassen	-21								

Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz	Notierung	Umsatz
ASKO	280	Ekatt-Ried	-38	Adt AG	-54	Agrob VZ	-45	Huta Hegerfeld	-44
Grünz. H.	-32	Dyckerhoff Zent. ST	-31	Dyckerhoff Zent. VZ	-30	Agrob ST	-30	IG Farben LIQ	-28
Strabag	-28	Dahlbusch ST	-27	Energie Oberfr.	-27	Thüringer Gas AG	-27	Vogele	-27
Dyckerhoff u. Widmann	-25	Brau AG Nürnberg	-25	Orenstein u. Koppel	-23	Energie Ost ST	-23	Deutsche Texaco AG	-22
Porzellan Waldsassen	-21								

Ein hervorragender Jahrgang

Am Rentenmarkt war 1984 trotz zeitweiliger Enttäuschung ein hervorragender Jahrgang. Die Kapitalrenten stiegen seit Jahresbeginn um rund 14 Prozentpunkte auf knapp sieben Prozent, womit das Rentenpapierportfolio der Kapitalrenten des Bundes ein Plus von gut sieben Prozent, das sich zusammen mit 5 Prozent Zinsen zu einer Performance von mehr als 12 Prozent summiert, rund das Doppelte der Aktienindex-Performance.

Bundesanleihen

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesprior

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Länder - Städte

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesschatz

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Bundesschatz

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wandelanleihen

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Währungsanleihen

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Düsseldorfer

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Ausländische Aktien in DM

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Optionsscheine

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Optionsscheine

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Warenpreise - Termine

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Zinn-Pennang

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Getreide und Getreideprodukte

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Edelmetalle

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Westdeutsche Metallnotierungen

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Ne-Metalle

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Genütmittel

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Edelmetalle

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Westdeutsche Metallnotierungen

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Ne-Metalle

Reihe	28.12.84	29.12.84
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

– Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

– Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.

– Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuss der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Bitte senden Sie mir die Informationen
über Abmahnungen an folgende Anschrift:

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____



Zentralausschuss der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Pankraz, E. Jünger und der Tod im Milchsee

Jedermann kennt wohl aus der englischen Schulfibel die Geschichte von den beiden Fröschen, die in einen Milchtopf fielen. „Der eine sagte: „Ja, die schöne Welt und versank.“ Der andere strampelte paddelte, schlug so die Milch allmählich zu Butter und stieg trockenen Fußes an Land. Der eine war ein Pessimist, der andere ein Optimist.“

Weder im englischen Original noch in der deutschen Übersetzung wird ganz klar, welcher Frosch nun eigentlich der Pessimist war und welcher der Optimist. Zwar wird man spontan dem Strampler die Palme des Optimismus zusprechen wollen, aber aus welchem Grund? Ein Optimist glaubt, daß sich die Dinge schon irgendwie zum Guten wenden werden. Daraus folgt nicht unbedingt eine tätige, aktive Lebensauffassung, denn man kann dem Guten auch allzusehr vertrauen. Vielleicht hat der untergehende Frosch angenommen, der große Mantel aller Frösche, Kröten und Salamander werde ihn ohnehin retten. Dann wäre er der Optimist gewesen.

Was andererseits der Strampler betrifft, so hätte er kein optimistisches Weltbild nötig gehabt, um sich zappend und paddelnd seiner Haut zu wehren. Er kann durchaus davon überzeugt gewesen sein, daß die Welt nichts als ein großes Jammerthal sei, in dem man sich dauernd abrackern muß, um wenigstens die Nase über die Milch zu halten. Das Zappeln und Paddeln entsprang einfach seiner tiefen, pessimistisch gestimmten Natur; die Rettung auf der Butter war lediglich ein unerwartetes Nebenprodukt.

Herbert Eisenreich, der österreichische Schriftsteller, vertritt denn auch mit großer Emphase die Meinung, daß alle wichtigen Taten in der Geschichte der Menschheit einer zutiefst pessimistischen Grundeinstellung entspringen seien. Sie seien bewußt dem Chaos angetrieben worden. Ohne Hoffnung auf lebendigen Lohn seien die Täter gewesen, ohne Illusion darüber, daß letztes Ende das Chaos zurückkehren werde. Der Pessimismus sei der eigentliche Motor eines tätigen Lebens.

Pankraz kann sich der These in dieser Fauschalt nicht anschließen. Er hält es lieber mit Ernst Jünger, der in dem Band „An der Zeitmauer“ das Für und Wider von Pessimismus und Optimismus im Hinblick auf tätiges Sein genau abgewogen hat, um schließlich zu konstatieren: „Der Optimismus ist ein unmittelbares Zeichen der Gesundheit und ist im so verdienstvoller, je schärfer er die Gefahr ins Auge faßt. Auf alle Fälle führt die Hoffnung weiter als die Furcht.“

In dem gleichen Band preist Jünger – und zwar in ganz unmissverständlich, gleichsam homerischer Manier – den hoffenden Glauben als Kennzeichen einer „unmittelbaren Beziehung zum Sein“. Damit ist genau die Grenze zu jenem heroischen Pessimismus, der die Eisenreich (oder auch die La Camus) bezeichnet, dem Jünger an sich durchaus mit Sympathie gegenübersteht. Dem heroischen Pessimismus fehlt das Vertrauen in die Schöpfung, so daß trotz der großen Taten, die er zu verrichten vermag, eine verzweifelte Kälte von ihm ausgeht, die ab-

stößt und immer vom Zynismus bedroht ist. Heroischer Pessimismus ist etwas für die Grenzsituation, für den Endkampf in aussichtsloser Position. Als Stimulus eines mit Anstand zu bestehenden Alltags taugt er nicht.

Natürlich taugt auch ein ungesalzener, naiv auf Blau setzender Optimismus nicht dazu. Deshalb spricht ja Jünger, sobald er auf den Optimismus zu sprechen kommt, stets gleichzeitig von der Gefahr, die es ins Auge zu fassen gelte. Ein Optimismus, der nicht um diese Gefahr des Scheiterns weiß, der fröhlich unbekümmert in den Tag hineinlebt, degeneriert leicht zu purer Narretei. Er wird betriebsblind, läßt die Dinge schleifen, hofft unentwegt auf irgendwelche „Selbstheilungskräfte“, verhält sich also exakt so wie der untergehende Frosch im Milchsee.

Ein Sonderfall ist jener Optimismus, den vor allem Politiker und Wirtschaftskommunikatoren planvoll und künstlich verbreiten, um damit eine „Initialzündung“ zu bewirken – Optimismus als Gesundheitsmittel. Ein solcher krampfhaft zur Schau getragener Optimismus hat oft verzweifelte Ähnlichkeit mit dem heroischen Pessimismus, ist aber immer noch besser als jener totale Pessimismus des Sich-hängen-Lassens, des Angsthabens und Panikverbreitens, gegen den er ins Feld geführt zu werden pflegt.

Für den Pessimismus der Panikmacher und professionellen Schwarzseher hat Jünger in seiner Analyse nur Verachtung übrig, und in der Tat: Er ist auch wirklich verächtlich. Pessimismus ohne heroisches Element, der die Mauer schon schleift, bevor überhaupt der erste Schuß gefallen ist, gleicht nur noch dem As. Keine noch so schöne Philosophie, weder Kierkegaard noch Heidegger können ihm aufhelfen, entfallen doch die zentralen Begriffe selbst dieser Denker, die Angst und die Sorge, ein reiches Widerstandswort gegen den Anprall des Nichts. Totaler Pessimismus kann eben niemals eine intellektuelle Angelegenheit werden; wer ihn predigt, schürt lediglich unreine Affekte.

Daß die gegenwärtige Szene dennoch von Angst und Panikmachern wimmelt, ist ein sicheres Indiz für die geistige Verkommenheit dieser Szene. Vielleicht sollte man sie nur noch mit asiatischen Augen betrachten, mit den Augen eines buddhistisch oder schintoistisch geprägten Durchschnittsbürgers in Hongkong, Bangkok oder Seoul, für den Schwarzmalerei von vornherein ins Reich der niedrigsten Dämonen gehört, das man in der Neujahrsnacht mit Knallkörpern und Lichtschlangen austreibt. Mit Knallkörpern gegen die niederen Dämonen – das wäre auch für deutsche Silvesterfeiern ein nahelegendes Rezept. Man sollte aber darauf achten, daß die Frösche aus der optimistischen Observanz stammen, damit sie nicht in der Milch unfrommer Denkart untergehen.

Pankraz

François Bondy wird 70

Der Mann, der nie zu wenig wußte

Gebohren wurde der Essayist François Bondy am 1. Januar vor 70 Jahren in Berlin, wo sein aus der Donaunachfolge stammender Vater damals als Regieassistent Max Reinhardts am Deutschen Theater tätig war. Doch dann veranlaßte die Lungenkrankheit der Mutter die Familie zur Umsiedlung nach Davos, und von da zog man dann weiter ins Tessin. Schwyzdeutsch und Italienisch waren die beiden ersten Fremdsprachen des Gymnasiasten, der im späteren Leben seinen Schriftstellerberuf mühselos in vier Sprachen ausübte, ein Schweizer Staatsbürger und Kosmopolit dazu. Seinen ersten größeren Redaktionsposten hatte er an der in Weltkriegszeiten zunehmend Bedeutung gewinnenden „Weltwoche“ in Zürich inne. Von 1948 an konnte man ihn mit seinem Freund Herbert Löhry in der Berliner „Monat“ lesen. 1950 übernahm er die Chefredaktion der nach dem Muster des „Monat“ in Paris vom Kongress für die Freiheit der Kultur geschaffenen Zeitschrift „Presives“.



Von Geburt an und Geist als Kosmopolit: Der Essayist François Bondy. FOTO: PETER PENTICH

ber zu Wort und schufen ein Gegengewicht gegen Sartre und Mounier, wenn auch die französische Leserschaft nicht so leicht ihre Vorbehalte gegen eine von den Amerikanern subventionierte Publikation aufgab.

In der Bundesrepublik begegnete man einem Geist wie Bondy, der Ende der 60er Jahre nach Zürich zurückgekehrt war, noch herzlich. Man wußte einen Mann zu schätzen, der über so vieles nachgedacht hatte, und man machte ihm zum Teilnehmer von Rundtischgesprächen, Nachtprogrammen und Zusammenkünften wie den Bergedorfer Gesprächen. Zu seinem Jubelstift am Jahreswechsel werden sicherlich so viele Glückwünsche auf ihn hernieveln, daß entgegen anfänglicher Befürchtungen nicht damit zu rechnen ist, daß der Ruhm seines hochbegabten Sohnes, des Regisseurs Luc Bondy, den seinigen ein für allemal überstrahlt.

HELLMUT JÄRRICH

Auf der Suche nach dem gelebten Augenblick: Brüssel zeigt „Zeit: die vierte Dimension in der Kunst“

Die Beharrlichkeit der Erinnerung

Die Zeit, die ist ein sonderbar Ding. Wenn man so hinbleibt, ist sie rein gar nichts. Aber auf einmal, da spürt man nichts als sie; sie ist um uns herum, sie ist auch in uns drinnen. So weiß es die Marchallin im „Rosenkavalier“. Die von ihr beschworene Allgegenwart der Zeit, wenngleich ohne den melancholischen Nebenton von Hofmannsthal/Strauss, hat jetzt, rechtzeitig zum Jahreswechsel, eine Ausstellung im Brüsseler Palais des Schönen Künste zum Thema gemacht: „Zeit: die vierte Dimension in der Kunst“ heißt sie, denn auch die Künste sollen an dem teilhaben, was seit Einstein für Wissenschaft und Philosophie selbstverständlich geworden ist: daß nämlich neben den uns vertrauten drei Dimensionen die Zeit als vierte zu berücksichtigen ist.

Das wirkt als ein sehr gewagtes Unterfangen, weil doch die Bildenden Künste der geflorenen Zeit huldigen, mag es, nach Lessing, auch jener fruchtbare Augenblick sein, den später Henri Cartier-Bresson für die Photographie als den „entscheidenden Augenblick“ adaptiert hat und in dem die Vergangenheit zwar noch präsent, die Zukunft aber ebenfalls schon zu spüren ist. Wer erkennt denn diesen „transitorischen Moment“ etwa im „Lokoon“, wenn ihm die antiken Mythen nicht vertraut sind? Außerdem hat Lessing selbst in seinem „Lokoon“ apodiktisch festgestellt: „Es heißt dabei: die Zeitfolge ist das Gebiet des Dichters, so wie der Raum das Gebiet des Malers.“

Das will nun die Ausstellung korrigieren. Sie sieht die Zeit vor allem durch Bewegung und durch Fleiß ausgedrückt. Das wird ausgiebig mit den neuen Medien, die zu Lessings Zeiten noch nicht denkbar waren, mit Film und Video, demonstriert. Nicht zufällig sieht der Betrachter gleich am Anfang eine hölzerne Treppe mit vier Monitoren, auf denen synchron Shiseko Kubotas Videoversion von Marcel Duchamps berühmtem futuristischem Gemälde „Ein Akt, die Treppe herabsteigend“ zu sehen ist. Aber selbst, die sich ständig wiederholenden Abwärtsbewegungen der nackten Frau wirken trotz unterschiedlicher technischer Modulationen ganz und gar zeitlos. Sie haben keinen Anfang und kein Ende, sie sind nur da.

Dasselbe gilt für die ersten abstrakten Filme, die hier gezeigt werden – Viking Eggelings „Diagonalsymphonie“, Hans Richters „Rhythmus I + II“ sowie László Moholy-Nagys „Licht-Raum-Modulator“, sämtlich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre gedreht. Und auch bei der Video-Installation von Ina Schneider, „Zeitzone“ (24 Monitore, die gleichzeitig zeigen, was augenblicklich in einem bestimmten Moment in



Die Zeit in der Beständigkeit des Raumes: Bronzeplastik von Umberto Boccioni (1915), aus der Brüsseler Ausstellung. FOTO: KATALOG

den 24 Zeitzeilen rund um den Erdball geschieht, vermitteln kein Gefühl für Zeit, sondern nur die Erfahrung, daß die Erde rund ist und darum auf der einen Hälfte Nacht sein muß, wenn auf der anderen Tag herrscht.

Dem Thema wird, was die Videoinstallationen betrifft, allenfalls das Arrangement von Dan Graham, „Zwei Monitoren und zwei Spiegel gegenüber im Raum“, gerecht, weil es dem populären Videospiel, das sich aus dem vielfachen Widerspiegelung des Spiegelbildes in gegenüberliegenden Spiegeln ergibt, einen besonderen Gag abgewinnt. Die Monitoren zeigen aufgrund einer besonderen Schaltung das Spiegelbild mit einer Verzögerung von acht Sekunden, so daß sich zugleich Gegenwart und ein kleines Stück Vergangenheit spiegeln. Da weht einem zumindest eine Ahnung von der Vertracktheit aller Zeitverhältnisse an.

Ausdrücken sei, beantwortet die Ausstellung vor allem mit Arbeiten von Hanne Darboven, Roman Opalka, Filip Francis. Von Hanne Darboven bergen 401 Aktenordner in einem Regal, was in einigen Beispielen auch an der Wand hängt: die mit monotonen Eifer geschriebenen Zahlenkolonnen von „Ein Jahrhundert“.

Roman Opalka hat auf drei 196 x 135 cm großen Leinwänden in verschiedenen Grautönen die Zahlen von 1378724 bis 141898 zu einem gleichmäßigen Muster arrangiert, und Filip Francis das Wortpaar „Ruimte-tijd“ auf sieben 1,65 Meter im Quadrat großen Tafeln, zuerst ganz groß, so daß es nur zweimal zu lesen ist, dann immer um die Hälfte kleiner. Das sind wahrlich rechte Fleißarbeiten. Aber sie vermitteln weniger ein Gefühl für die „vierte Dimension: Zeit“ als für vergeudete Zeit, ohne in die Sphäre der Kunst vorzudringen.

Auch mit der Photographie ist es so

eine Sache. Die Bewegungsabläufe, die Eadweard Muybridge festhält, oder Etienne Mareys Aufnahmen vom Vogelflug haben über den wissenschaftlichen Zweck hinaus, dem sie ursprünglich dienten, einen hohen ästhetischen Eigenwert entwickelt. Aber es ist stets die Schönheit der Formvariationen, bei Marey besonders das Ineinander der Flügelschläge, die fasziniert, nicht die Tatsache irgendeines neuartigen „Zeitgefühls“. Bei den Photographien von Collette Duck schließlich, die den Sonnenlauf über einem Berggipfel im Laufe einer halben Stunde notieren, und bei Christian Boltanski, der anderthalb hundert Familienfotos, über die Jahre aufgenommen, ausbreitet, ist zwar ein Zeitablauf festgeschrieben, aber mit Kunst hat all dies nichts zu tun.

Wie wirklich „zeithaft“ sind dagegen die mittelalterlichen Tafelmalereien in ihren Simultanbildern – z. B. Memling mit der „Passion Christi“ (um 1470) oder mit den „Sieben Freuden Marias“ (1480). Und die Mahnbilder der Vergangenheit, die Totentänze, Vanitas-Süßleben, Lebensdarstellungen! Sie fassen die Zeit allerdings nicht als eine abstrakte wissenschaftliche Kategorie auf, sondern als eine Dimension des Glaubens.

Von den Modernen hat wohl allein Dali mit seiner „Beharrlichkeit der Erinnerung“ und seinen „Weichen Uhren“ (die hier in einer recht komischen plastischen Nachbildung präsent sind) eine echte künstlerische Metapher für die Zeit gefunden. Während Magritte, obwohl hier auch mit eigenen Werken zugegen, sich zu Recht eine Travestie durch Philippe Degobert gefallen lassen muß: Der hat unter einem Glassturz drei Gemälde Magrittes auf einer kleinen Drehtafel ins Plastische übersetzt und läßt sie in einer Miniaturisenbahn, die im Original bedrohlich aus dem Spiegel ragt, stetig und niedlich umkreisen.

Aber auch solche Bewegung ist noch nicht Zeit – jedenfalls nicht als „vierte Dimension der Kunst“. Das macht nicht zuletzt eines von Calders Mobilis bewußt. Neben Dali sind es allenfalls noch die Werke der „Spurensucher“ mit ihren künstlichen Antiquitäten, den Miniaturen fiktiver antiker Plätze von Charles Simonds und Anne und Patrick Poirier oder der Pseudoantiquitäten aus der Vorzeit von Claudio Costa, die überhaupt ein Gefühl von Zeit erwecken. Sie erinnern uns daran, daß jeder Augenblick, in dem er uns bewußt wird, schon Teil der Vergangenheit ist. Die Zeit, das ist eben „ein sonderbar Ding“.

PETER DITTMAR

Bis 20. Januar, Geöffnet: 17. Feb. bis 14. April, Hantelweg 26, April bis 23. Juni, Mannheim: 11. Juli bis 1. Sept., Wien: 19. Sept. bis 17. Nov., Völkswasser: 1. Dez. bis Jan. 1985, London: Febr./März 1986; Katalog 975 Franken.

Trommelfeuer des Blödsinns: Der Film „Top secret“

Trojanische Rindviecher

Wer nur schmunzeln möchte, ist bei ihnen an der falschen Adresse. Denn schon als Drehbuchautoren der kranken Komödien „Kentucky Fried Movie“ bewiesen Jim Abrahams sowie die Brüder Jerry und David Zucker ihre Vorliebe für schrillen Slapstick. Respektlos stellen sie das Alltagsleben auf die schiefste Ebene und lassen es lustvoll ins Chaos abrutschen. In ihrem Regie-debit „Airplane!“ Die unglaubliche Reise in einem verrückten Flugzeug trieben die drei dann gar mit dem Entsetzen Scherz, indem sie Klischees des Katastrophenkinos gekonnt durch den Kakao zogen.

Angesichts ihres jüngsten Werks, „Top secret“, verlassen diese Vorgänger freilich zu harmlosen Schülern. Denn diesmal wird's politisch. Just wenn die ganze NATO-Flotte in der Straße von Gibraltar steckt, will die „DDR“ eine obscure Wunderwaffe zünden, die ein geklappertes amerikanisches Wissenschaftler im Gefängnis konstruiert soll. Um von diesem kühnen Plan abulenken, plant man kurz vor dem Tag X ein Kulturfestival in Ost-Berlin. Dort tritt auch der Schulzen-Rocker Nick Rivers (Val Kilmer) aus Kalifornien auf. Und gerät prompt ins Räderwerk der Verschwörung.

Rasch eskaliert die wirre Intrige zur großen Groteske, in der sich finstere Agenten, vernarrte Widerstandskämpfer und sture Militärs scheinbar bekämpfen, in Wirklichkeit jedoch zur Attacke auf Zwischelfeld des Publikums verbünden.

Schließlich haben die Regisseure (hier auch Drehbuchautoren) den abwegigen Polit-Thriller nur erlassen, um ihn sogleich einem turbulenten Ull auf pathetische Kriegsfilme, naive Elvis-Presley-Abenteuer und unterkühlte Spionagestreifen zu opfern.

Wenn Omar Sharif als tapferer Geheimagent in die Schrotttruppe gerät, wenn eine Westenszene zum Wasserball wird und ein trojanisches Rindviech in Gummirollen marschiert, kann man dieser Offensiv des Blödsinns kaum widerstehen. Zumal Jim Abrahams und die Zucker-Brüder ihre Gags in einem irritierenden Tempo servieren, das an die Verfolgungsjagden aus einschlägigen Zeichentrickfilmen erinnert. Genüßlich drehen sie liebgewordene Sehgewohnheiten des Kinogängers und führen heilige Kühe der Filmgeschichte schmerzhaft zur Schlachtbank. Dabei zünden meist jene komischen Knallbonbons am besten, die sie ganz beiläufig an Nebenschauplätzen verstecken.

Freilich gehen im Eifer des lustigen Gefächts manche Schläge unter die Gürtellinie. Aber: Sollen doch die anderen die ausbalancierten Komödien machen. Abrahams und seine Mitstreiter verstehen sich eben nur auf witzige Trommelfeuer. Das aber halten sie vom skurrilen Vorspann – eine köstliche Kombination von Wellenreiten und Tontaubenschüssen – bis zum augenzwinkernden Finale durch. Solcher Einfallreichtum sucht selbst in Hollywood seinesgleichen.

HARTMUT WILMES

Von Offenbach bis Lehár: Operetten auf der Platte

Streicheln, kitzeln, ätzen

Statt „J'aime le militaire“ tönt es nun wieder: „Ach, wie liebe ich die Soldaten“, also ist aus Jacques Offenbachs „Grande-Duchesse de Gerolstein“ (mit kräftig betontem „stein“ selbstredend) eine „Großherzogin von Gerolstein“ geworden. Seit einigen Tagen steht wieder eine Gesamtaufnahme dieser Operette in den Läden, und die sogar noch in deutscher Sprache, zustandegekommen in einer Koproduktion von Plattenindustrie und Westdeutschem Rundfunk (EMI 27 0073 3, 2 LPs).

Eigentlich hatte Lucia Popp die Titelpartie spielen wollen und sollen, aber sie fiel kurz vor Produktionsbeginn aus. Guter Rat war teuer, wo schnell eine deutsch singende Großherzogin herzuwinken sei. Man landete einen vorzüglichen Treffer: die Spanierin Enriqueta Tarrés, die lange genug in Deutschland gesungen hat, um eine solche Partie ohne störenden Akzent vorzutragen. Freilich nur die Gesangsnummern. In den Dialogen wird sie von Marianne Rogge geduldet, während ihre Mitsänger allesamt selbst sprechen. Aber dieser Stilbruch ist nur ein Schönheitsfehler, ansonsten, zumindest musikalisch, glänzend gelungenen Aufnahme.

Sie bleibt im deutschen Text ein bißchen zu zahn: Kleinstadtoper, Operetten und Paradedrill beim Militär wirken heute nicht mehr als jenes musikalische Kabarett, das Offenbachs Stücke zu ihrer Zeit wohl einmal waren. Wenn der Biß also weg ist, hält man sich am besten an die Musik. Und die findet in dem Dirigenten Pinchas Steinberg wie dem Kölner Rundfunkorchester und Orchester vorzügliche Altväter, die Offenbachs Esprit kitzeln wie auch sein Sentiment streicheln.

Flankiert wird die Großherzogin von zwei Tenören, Adolf Dallapozza als Fritz und Josef Protschka als Prinz Paul, beide so gut und jung bei Stimme, daß die Wahl wohl doch nicht ganz so leicht fällt wie die Handlung glauben macht. Saska Gerritsen bringt als Wanda die liebliche Sopranstimme ein.

Originalen, französisch gesungenen Offenbach bieten zwei Sammelkassetten mit jenen Einaktern, die so typisch sind für des Meisters „Souffles“. Die eine kuppelt „Ba-Ta-Clan“ mit „Les Bavards“ und bietet

Aufnahmen des französischen Fernsehens unter Marcel Couraud (RCA ZL 30805), die andere stützt sich auf das Orchester Philharmonique de Monte-Carlo und bietet „Pomme d'Api“, „Monsieur Choufleur“ (alias „Salon Pitzelberger“) und „Mesdames de la Halle“ (EMI 1731742, 3 LPs). Vor allem letztere Kassette bietet ein Ensemble wirklich ausgefallener Offenbach-Spezialisten inklusive des Dirigenten Manuel Rosenthal, die den spitzen Couplet-Tou des dieser Stücke trefflich beherrschen.

Vielleicht muß man bei einer Übertragung Offenbachs ins Deutsche tatsächlich so weit gehen, wie die Züricher Schauspielhaus kürzlich mit Gilbert & Sullivan und deren „Mikado“ – im Original, ja so etwas wie das zahlreich britisch-viktorianische Pendant zu Offenbach, dem musikalischen Spötter des Second Empire. Den Zürichern jedenfalls hat Dieter Bachmann einen völlig neuen deutschen Text geschrieben, der mit dem Original nur noch die Handlungskurve gemeinsam hat, Armin Brunner die etwas lahme und durchhängende Instrumentation der Savoy Oper abgemagert und aufgepeppt – und heraus kommt eine ätzende Satire auf nicht nur schweizerische heutige Zustände. Daß der Erfolg dieser Theaterproduktion, nicht zuletzt Schauspielern wie Eva Rieck, Christoph Bantzer und Annemarie Kuster zuzuschreiben, gleichsam zu einer Spontan-Produktion auf Schallplatte (Jecklin 1010) geführt hat, ist im ansonsten etwas reaktionslahmen Plattengeschäft fast ein kleines Wunder.

Auch eine andere Operettenrarität kommt aus der Schweiz: eine historische Aufnahme von Franz Lehárs „Zarewitsch“ aus dem Jahre 1948, die bisher nie auf Platte zu haben war und nun als Nr. 826 auf dem Label Relief erschienen ist, in Deutschland über Helikon zu erreichen. Die Aufnahme entstand wie so manche andere Operetten-Trouvaillen in jener Zeit, als in Deutschland der Musikbetrieb noch nicht wieder begonnen hatte. Ihr besonderer Reiz: Sie vereint mit Helge Rosvaenge, nächst Tauber sicher dem gerühmtesten Operettenstar jener Jahre, und Lisa della Casa zwei Singstars von edelstem Stimmspektrum – und genau das brauchen die vokal so anspruchsvollen Lehár-Arien ja auch. REINHARD BEUTH

JOURN/

Deutsches Festiv: Japan ein voller I

Das Interesse der Japaner an „Deutschen Festiv 1984“, das nach zwölf Monaten zu Ende gegangen ist, hat in vielen Fällen „kühnen Erwartungen“ der Veranstalter übertraffen. Wie der Direktor des federführenden Goethe-Instituts in Tokio, Klaus Roos, erklärte, wird sich ein solches kulturelles Mammutprogramm der Bundesrepublik bis zum Ende dieses Jahrhunderts in Japan nicht wiederholen lassen, aber wegen der großen Nachfrage werde die Reihe einzelner Großveranstaltungen fortgesetzt. Rund 30 Millionen Mark hatte die Präsentation (Film, Oper, Ballett, Konzert und Ausstellungen) gekostet. Davon finanzierten die Japaner allein 25 Millionen. Die gewaltige Summe wurde fast voll wieder eingespielt.

Mehr Freiheit für die chinesische Literatur

Für eine gewisse Liberalisierung in der Literatur ist ein hoher chinesischer Politiker eingetreten. Bei der Eröffnung des 4. Kongresses der chinesischen Schriftsteller erklärte Hu Qili, eines der neun Mitglieder des ZK-Sekretariats, die KP werde die Freiheit der chinesischen Schriftsteller gewährleisten und dafür sorgen, daß sie ihre Themen und Ausdrucksmittel frei wählen können. Daß er eine „begrenzte“ Liberalisierung meinte, machte Hu mit der Aufforderung an die Anwesenden deutlich, diese sollten in Übereinstimmung mit der von Partei und Staat geschaffenen Atmosphäre der Freiheit schreiben.

Operationsmikroskop mit der Stimme gesteuert

Französische Mediziner haben in Paris bei zwei Augenoperationen ein Mikroskop getestet, das mit der menschlichen Stimme gesteuert wird. Dafür wird ein Computer benutzt, den die Elsasserin Martine Kempf ursprünglich als Hilfsmittel für Behinderte entwickelt hat. Das Zusatzgerät steuert die Einstellung des Mikroskops, damit sich der Arzt besser auf die eigentliche Operation konzentrieren kann. Vor einer Operation speichert das Gerät, das so groß ist wie ein Videorecorder, die Stimme des operierenden Arztes, damit es seine Kommandos „verstärkt“, Gegenüber früher ist nur noch ein einziges Steuerpedal nötig.

Nathan Milstein 80

Es heißt, es habe länger gedauert, Überredung durch Zukerman und Perlman gebraucht, um Nathan Milstein zur künstlerischen Rückkehr nach Deutschland zu bewegen. Als er sich dann aber in der Berliner Philharmonie erstmals wieder dem deutschen Publikum stellte, wurde es ein Konzert von bewundernder Schönheit und Eindringlichkeit. Dabei war Milstein, der heute 80 Jahre alt wird, der Ruf vorausgeklungen, er sei nichts als ein Teufelsgeister (als wenn das wenig gewesen wäre), ein Virtuose pur sang, ein Mann der interpretatorisch unangekündeten schieren Bravour. Alles falsch! Wohl zeigte sich Milstein auch in vorgeschrittenem Alter noch als ein bestechender Techniker, vor allem aber wies er sich als ein Musiker aus, der alle Register der Geigenkunst zu ziehen verstand, die brillanten wie die ergreifenden. Das mochte in jüngeren Jahren, als Milstein, der aus Odessa gebürtige Russe, noch mit seinem Landsmann Vladimir Horowitz auf Tournee ging, sich Westeuropäer und Amerika unterwarf, anders gewesen sein. Aus der Kunst des Verblüffens hatte sich Milstein indes emporgespielt zur herzerwogenden Kunst des Verkündens. gl.

Sam Peckinpah †

Schon sein erster Spielfilm, „Gefährten des Todes“ (1961), machte den damals 36jährigen Sam Peckinpah bekannt. Und dieses Debüt verhalf ihm ein Image, das er nie wieder loswerden sollte. Seine Kritiker warfen ihm immer wieder vor, er verherrliche die Gewalt. Western wie „Bringt mir den Kopf von Alfredo Garcia“ und der 1969 entstandene Film „Sie konnten kein Gesetz“ schienen diesen Ruf zu rechtfertigen. Doch Peckinpah, der das blutrünstige Drama „Sie konnten kein Gesetz“ als Allegorie auf die schrecklichen Ereignisse von My Lai in Vietnam sah, widersprach heftig: „Ich will mit meinen Filmen zeigen, wie schrecklich Gewalt ist.“ 1976 versuchte er, sich auch einmal ironisch mit der Gewalt und ihren „Machern“ auseinanderzusetzen. „Convoy“ mit Kris Kristofferson gilt heute als ein Klassiker des Genres der Trucker-Filme. Auch sein nächstes Werk, „Das Ostermann-Weekend“ (1983), war ein grimmiger Versuch, das Böse und Gewalttätige in der Welt zu entlarven. Sam Peckinpah, der jetzt mit 59 Jahren an einem Herzeiden gestorben ist, stand kurz vor Ende der Dreharbeiten zu seinem letzten Film, „On the Rocks“, einem Polit-Thriller, der in San Francisco spielt. MvS

1 - sicherstes Jahr er Zivilluftfahrt

10.00 Tages-
10.05 Prognose-
10.10 Auf d.
Lehr

SAD, London
Chir auch der Silvestertag un-
fall-
bist, wird das Jahr 1984 als das
erste in die Geschichte der Luft-
eingeht. Während es bei Li-
a- und Charterflügen im Kalender-
jahr 1983 noch 992 Tote gab, waren im
zu Ende gehenden Jahr nur zwei Tote
zu beklagen. Das hat der Londoner
„Aviation Information Service“ be-
kanntgegeben.

Die veröffentlichten Zahlen bezie-
hen sich aber nur auf Düsenmaschi-
nen und nur auf die Linien- und Char-
terdienste der westlichen Welt. Flug-
zeugkatastrophen im Ostblock wer-
den nie bekanntgegeben. Meist sik-
kern solche Nachrichten nur gerüch-
teweise durch.

Im statistischen Durchschnitt der
vergangenen zehn Jahre waren in der
westlichen Welt pro Jahr bisher 737
Tote zu beklagen. Für den erfreu-
lichen Rückgang dieses Jahres gibt es
keine spezielle Erklärung. Natürlich
verweisen die Fluggesellschaften mit
Stolz auf diesen Erfolg ihrer Si-
cherheitsvorkehrungen. Gleichzeitig
warnen Flugexperten: Es hätte auch
ganz einfach nur Zufall sein könn-
en, daß die Wahrscheinlichkeitsge-
setze dieses Jahr, was Katastrophen
betrifft, schlicht „ausgelassen“ ha-
ben.

Nur sieben Düsenmaschinen muß-
ten im Jahr 1984 bei Unfällen als To-
talschaden abgeschrieben werden.
1983 hatte es 28 und im Jahr 207
Totalschaden gegeben. Zu den Toden
des Jahres 1983 gehörten zum Bei-
spiel die 268 des zivilen koreanischen
„Jumbo“, der von sowjetischen Mi-
lärflugzeugen abgeschossen wurde.

Die größten Totalschäden '84:
Eine Boeing 737 der angolanischen
TAAG, die am 9. Februar durch eine
Bombe in Angola zerstört wurde. Die
128 Insassen entkamen vor der Ex-
plosion.

● Eine DC8 wurde am 10. März in
Tschad ebenfalls durch eine Bombe
zerstört, es gab jedoch keine Verletz-
ten.

● Eine Boeing 737 von Pacific We-
stern stürzte am 22. März in Western
Calgary (Kanada) beim Start ab. Kei-
ne Tote.

● Eine BAC 1-11 der Philippinischen
Luftfahrtgesellschaft schoß am 4. Au-
gust auf den Philippinen über eine
Landebahn hinaus und stürzte in die
See. Keine Tote.

● Eine Boeing 737 stürzte am 30. Au-
gust in Kamerun (West-Afrika) ab,
nachdem eine Düse ausfiel. Von den
118 Passagieren starben zwei.

Dagegen gab es am 18. September
in Ecuador 64 Tote bei einer Bruch-
landung einer DC8-Frachtmaschine.
Die 64 Tote befanden sich nicht an
Bord des Flugzeugs. Die Insassen in
der Pilotkanzel kamen mit dem Le-
ben davon.

Ein ganz anderes Bild ergibt freilich
die Privatfliegerei. Eine Statistik
existiert nicht. Aber weltweit darf
man von einigen Hundert Todesop-
fern ausgehen. Häufigste Unfallur-
sache: mangelndes fliegerisches Kön-
nen, damit verbundene Überschät-
zung und Wartungsfehler. (SAD)

dpa, Jakarta

Eine Verkehrsmaschine der indone-
sischen Fluggesellschaft Garuda
hat gestern auf dem Zentralflughafen
der Insel Bali eine Bruchlandung ge-
macht. Alle 60 Insassen konnten das
Flugzeug vom Typ DC-9 verlassen,
bevor es in Flammen aufging. Die
Maschine kam aus Jogjakarta in Zent-
raljava. Die Passagiere verließen das
Flugzeug durch die Notausgänge.
Kurz darauf explodierte es. 14 Perso-
nen wurden in Krankenhäuser ge-
bracht, jedoch ist niemand ernsthaft
verletzt. Unter den Passagieren be-
fanden sich auch ausländische Urlaub-
er.



Feuerwerk - die friedliche Variante der althinesischen Pyrotechnik

Den Chinesen verdanken wir die Möglichkeit,
das neue Jahr mit einem glanzvollen Feuerwerk
zu begrüßen. Das Manfred Grahe künstlich
verfremdet hat. Waren sie doch im 12. oder 13.
Jahrhundert darauf gekommen, daß sich aus
Kohle, Schwefel und Salpeter Schießpulver fa-
brizieren läßt. Zuerst diente ihre Entdeckung
den Kriegen. Bald erkannten sie aber auch die
herrlichen friedlichen Möglichkeiten der Py-
rotechnik und fügten dem brennenden das „stei-
gende Feuer“ hinzu, das später über die Han-
delswege Europa „eroberte“. Hier soll das erste
Feuerwerk am Pfingsttag des Jahres 1379 zu
Vincenza in Oberitalien zu sehen gewesen sein:
Ein funkenpründer Feuerwerkskörper trieb
eine Riesentaube eine Schnur entlang zischend
zur Schaubühne eines Mysterienspiels herbei.
Heute nacht sollen allein in Deutschland 95
Millionen Mark in den Himmel verpulvert wer-
den.

Die Ansprüche des Menschen an
Menge und Zusammensetzung
seiner Ernährung sind naturgemäß
sehr differenziert. Sie hängen nicht
nur von der Art seiner Tätigkeit ab,
sondern auch von seiner rassischen
Zugehörigkeit und selbstverständ-
lich von den klimatischen Bedingun-
gen, unter denen er lebt. Die indivi-
duellen Erfordernisse richten sich
ferner nach Alter, Geschlecht und
Körpergröße, um nur die wichtigsten
Daten aufzuführen.

LEUTE HEUTE

Der Lottofee gram

Wenn sich alle 13 Ratsberren und
Bürgermeister Walter Schmidt (46)
genau an die selbst erlassene Satzung
gehalten haben, dann hat es in der
kleinen Gemeinde Amtzell im südli-
chen Baden-Württemberg jede Wo-
che ein feierliches Glücks-Zeremoni-
ell gegeben. Unter Anrufung des
Orakels von Delphi und mit Blick zu
den Sternen mußte jeder Gemein-
de-vater Woche für Woche auf eigene
Kosten für zwei Mark im Lotto
tippen. Mögliche Gewinne allerdings
sollten „zum Nutzen und Frommen“
der Allgemeinheit sein und die maro-
den Gemeindefinanzen sanieren. Vier
Jahre lang haben diese Lotto-Träume
gedauert, die wirklich Träume ge-
blieben sind. „Weil wir ständig drange-
zahlt haben“ - so Bürgermeister
Schmidt und seine Ratsmannschaft -
haben Amtzells Volksvertreter kapitu-
liert - im neuen Jahr wird nicht
mehr „satzungsgemäß“ getippt. Aus
welcher Laune auch immer geboren,
Amtzells „lex lotto“ ward am 22. Sep-
tember 1980 schwarz auf weiß in Pa-
ragraphen festgehalten. Wenn schon
jede Woche gut 30 Millionen
Deutsche auf freiwilliger Basis verge-
bens um Fortunas Lotto-Glück buh-
len, müsse die Glücksgöttin doch
wohl mit behördlicher Absegnung,
per einstimmigen Ratsbeschuß, eher
zu bezwingen sein, meinten die Rat-
sberren. Wer nicht im Jahr mindestens
einmal vier „Richtige“ erreiche, zahle
am folgenden Fastensonntag fünf
Mark zusätzlich in die Kasse. Weil die
2760-Seelen-Gemeinde an der Peri-
pherie des Bodensees auf Jahre finan-
ziell blockiert sei, könnten Freizeit-
werte wie ein Hallenbad nur mit Lot-
to-Millionen geschaffen werden.
Doch wie so oft im Leben, ging auch
in Amtzell fast alles daneben. Der
höchste Lottogewinn in all den Jah-
ren bezifferte sich auf ganze 81,80
Mark. Das war dem nun gewählten
Gemeinderat doch zuviel des Guten.
In der ersten Sitzung ging „lex lotto“
den Weg aller erledigten Akten.

Für 5000 Mark Wetterbilder vom Satelliten

dpa, Frankfurt

Mit Elektronik-Baukästen zum Ko-
stenpunkt von rund 5000 Mark kann
jedermann in Deutschland seinen
Fernseher umrüsten, um Wetterbil-
der vom Satelliten selbst auf sein
Fernsehgerät zu holen. Die vom We-
tersatelliten „Meteosat“ gesendeten
Wetterbilder sind nach Angaben der
Vereinigung Deutscher Elektrizi-
tätswerke (VDEW) nämlich „bis auf we-
teres unberechtigt nicht ge-
schützt“. Der private Empfang von
Satellitenbildern sei auch gebühren-
frei, heißt es in der Mitteilung. Wer
sich jedoch das Wetter „vom Himmel
hole“, müsse dies der Bundespost
mitteilen. Zum Empfang der Wetter-
satelliten-Bilder benötigt der Hobby-
Meteorologe eine Parabolantenne, es-
sen Empfänger mit dem bereits bei
Elektronikhändlern angebotenen
elektronischem Zuhörer sowie ein
Fernsehgerät. Die bei der Europäi-
schen Weltraumorganisation ESOC
in Darmstadt aus den vom „Meto-
sat“ zur Erde gefunkten Meßergeb-
nissen zu Bilder umgewandelten und
wieder zum Satelliten zurückge-
strahlten Bilder können von Amateu-
ren nur in schwarzweiß empfangen
werden. Nur die rund 200 000 Mark
kostenden Empfangsgeräte der Be-
ruhmteleologen seien in der Lage,
die Bilder in Farbe umzusetzen.

Glücklicher Ausgang

dpa, Köln

Die 39-jährige Türkin, Synop
Kayoz wollte gestern in der Kölner
Universitätsklinik ihr Baby am lie-
sten nicht mehr loslassen. Das am
Tag vor Heiligabend aus der Einbin-
dungsstation entführte Mädchen Sel-
ma, ihr erstes Kind, ist wieder bei ihr.
Ein deutsches Ehepaar aus Leverkusen,
das den inzwischen zwei Wochen
alten Säugling seit Heiligabend im
Auftrag von drei Landfahrerinnen ge-
pflegt hatte, gab das Baby wieder ab.
Die drei Zigeunerinnen sind als muß-
maßliche Täter hinter Gittern. Gegen
zwei von ihnen ist bereits Haftbefehl
erlassen worden. Ein Motiv der Ent-
führung sei noch nicht erkennbar,
hieß es bei der Polizei.

Kältereord

dpa, Hamburg

Kurz vor dem Jahreswechsel hat
der Winter in ganz Deutschland Ein-
zug gehalten. Von Flensburg bis Gar-
misch-Partenkirchen „sanken“ die
Temperaturen unter den Gefrier-
punkt, auf den Straßen wurde es
glatt, und in einigen Skigebieten
keimte Hoffnung auf, daß vielleicht
doch noch zur Jahreswende „Ski und
Rodel gut“ gemeldet werden könnte.
Ein Kältereord meldeten die sibi-
rischen Städte Jakutsk und Oim-
jakon, wo minus 60 Celsius gemessen
wurden.

Kunstraub

AFF, Valtella

Ein Gemälde von Michelangelo da
Caravaggio (1573-1610) ist aus der Ka-
thedrale der Hauptstadt Maltas, Val-
tella, gestohlen worden. Die Täter ha-
ben das Bild, das den Heiligen Hiero-
nymus darstellt, aus dem Rahmen
geschnitten. Das 1605 geschaffene
Gemälde zählt zu den größten Kunst-
schätzen, über die Malta verfügt.

Noch beherrscht das Elend in Äthiopien die Schlagzeilen, aber schon greift die Not auch nach Sudan und Tschad / Hunger als politisches Druckmittel?

Bald ganz Schwarzafrika im Sog der Apokalypse?

ACHIM REMDE, Addis Abeba

Immer mehr Dürreopfer flüchten
aus dem Norden Äthiopiens in das
Nachbarland Sudan. Sie wollen da-
mit der verhassten Zwangsumsied-
lung entgehen, mit der sie sich ein-
verstanden erklären müssen, wenn
sie in den Genuß von Lebensmitteln
kommen wollen. Dies berichten Ver-
treter internationaler Hilfsor-
ganisationen, die vor Ort mit der Ver-
teilung der Hilfsgüter beauftragt
sind. Der Flüchtlingskommissar der
Vereinten Nationen hat inzwischen
vier neue Lager auf sudanesischem
Gebiet kurz hinter der äthiopischen
Grenze einrichten müssen, in denen
bereits jeweils dreißig bis vierzigtau-
send Flüchtlinge registriert sind.

Unterdessen eskaliert der Haß im
Land. Nach Angaben der in den
äthiopischen Provinzen Eritrea und
Tigre operierenden Rebellen, die den
Menschen auf ihrer Flucht helfen,
hat die äthiopische Luftwaffe vor
kurzem auf etwa 1000 Flüchtlinge
das Feuer eröffnet. Die Regierung
bestreitet dies. Doch der französi-
sche Arzt Alain Moren hat bestä-
tigt, daß er zur fraglichen Zeit in dem

sudanesischen Lager Tekalubab et-
liche Patienten wegen ihrer Splitter-
verletzungen behandelt hat. Bei dem
Überfall sollen 18 Menschen getötet
und mindestens 50 verletzt worden
sein.

Die Regierung Mengistu Haile Ma-
riams begründet ihre Umsied-
lungspolitik damit, daß die Dürrege-
biete ihren Bewohnern nicht mehr
als Lebensgrundlage dienen könn-
ten. Vorgesehen ist in Zusan-
menarbeit mit den Sowjets (s. WELT
v. 29. 12.), daß die Hochlandbewoh-
ner, die dem Regime in Addis Abeba
überwiegend kritisch gegen-
überstehen, in die fruchtbaren Nie-
derungen des Landes überführt wer-
den. Dagegen wehren sich die Men-
schen; eine Umsiedlung bedeutet
die völlige Abkehr von ihrer traditi-
onellen Lebensweise. Die Umsiedler
sprechen nicht einmal die Sprache
der dortigen Bewohner. Westliche
Beobachter haben den Eindruck,
daß das Mengistu-Regime auf diese
Weise vor allem den Widerstand bre-
chen will, der sich hier schon immer
gegen die Zentralregierung gebildet
hatte. Von daher bleibt aus dem

westlichen Lager jegliche Unterstüt-
zung für diese Pläne der Regierung
aus. Fachleute sind im übrigen der
Auffassung, daß es durchaus mög-
lich sei, die Dürreregion zu reha-
bilitieren.

Unterdessen nimmt nahezu von
der Umwelt unbeachtet auch der
Hunger in Sudan äthiopische Aus-
maße an. Reisende, die aus den west-
lichen Provinzen Darfur und Kordofan
kommen, berichten, daß die Be-
wohner der Region in Massen verlas-
sen und nach Osten Richtung Khartoum
strömen. Im Gegensatz zum
Nachbarland erwähnen offizielle
Stellen in Sudan die Notlage mit kei-
nem Wort und machen keinerlei An-
stalten zu Hilfsappelle an die inter-
nationale Gemeinschaft. Vermutlich
will Präsident Numeiri peinliche
Fragen nach den Ursachen ver-
meiden. Hilfsleistungen größeren
Ausmaßes würden seine Regierung
überdies vor unlösbarer logistischer
Probleme stellen. Einfuhrerlöse
Großgrundbesitzer wenden sich zu-
dem gegen die kostenlose Verteilung
von Nahrungsmittelhilfe; sie würde
die Preise für landwirtschaftliche

Produkte ruinieren, die in Sudan
astronomische Höhen erreicht ha-
ben. Der Preis der als Grundnah-
rungsmittel dienenden Hirseart
„Doura“ ist seit 1982 um das Zwan-
zigsfache gestiegen und hat sich allein
in den letzten sechs Monaten ver-
fünffacht.

Während die äthiopischen Flücht-
linge im Süden Sudans und die
100 000 Flüchtlinge aus dem eben-
falls notleidenden Tschad von Hilfs-
organisationen versorgt werden,
kümmernt sich die sudanesischen Re-
gierung um das neue Elendslager in
unmittelbarer Nähe Khartoum, in
dem auch schon an die 100 000
Landlose hausen, überhaupt nicht.
Und der Strom der Halbverhungern-
ten schwillt weiter an...

Die Gesamtzahl der sudanesischen
Flüchtlinge wird auf eine halbe Mil-
lion geschätzt. Nur die hohe Todesra-
te verhindert, daß die Zahl der Lager-
insassen sprunghaft steigt. Entwick-
lungsbefürworter sind überzeugt, daß
die von der Hungersnot betroffenen Re-
gierungen die Bekämpfung dieses
Problems aus politischen Gründen
nicht absolut vorrangig behandeln.

Was braucht der Mensch fürs nackte Überleben?

Die Ansprüche des Menschen an
Menge und Zusammensetzung
seiner Ernährung sind naturgemäß
sehr differenziert. Sie hängen nicht
nur von der Art seiner Tätigkeit ab,
sondern auch von seiner rassischen
Zugehörigkeit und selbstverständ-
lich von den klimatischen Bedingun-
gen, unter denen er lebt. Die indivi-
duellen Erfordernisse richten sich
ferner nach Alter, Geschlecht und
Körpergröße, um nur die wichtigsten
Daten aufzuführen.

Den täglichen Nahrungsenergiebe-
darf des durchschnittlichen, männli-
chen, mitteleuropäischen Büromen-
schen im Alter von 25 Jahren gibt die
Deutsche Gesellschaft für Ernährung
(DGE) mit 2600 Kalorien (cal) an. Eine
gleichaltrige Frau mit vergleichbarer
Tätigkeit benötigt 400 Kalorien we-
niger. Je schwerer die berufliche Bela-
stung, desto höher der Bedarf; der
Schwarzarbeiter „Zuschlag“ beträgt
bis zu 1800 Kalorien.

Ein durchschnittlich belasteter, im
kalten Norden lebender Schwede be-
nötigt täglich durchschnittlich 2940
cal, wie die Welternährungsbehörde
der Vereinten Nationen (FAO) angibt.
Der Ägypter braucht dagegen nur
knapp 2400 cal und der Ceylonese gar
nur 2270 cal. Diese Menschen sind
kleiner als die Nordeuropäer - und
leben in einer wärmeren Umgebung.
Folglich ist ihr Grundumsatz gerin-
ger.

Tatsächlich liegt aber die Nah-
rungsmittelversorgung in vielen Län-
dern der Erde weit unter diesen Wer-
ten. In Indien stehen jedem Bewoh-
ner durchschnittlich nur 2000 cal zur
Verfügung, in Bangladesch 1800 cal
und in Äthiopien sogar nur 1700 cal.

Durch die zunehmende Trockenheit
und die verschlechterte wirtschaft-
liche Situation ist die Versorgungslage
hier inzwischen katastrophal ge-
worden. Und bei diesen Angaben
handelt es sich um Durchschnitts-
werte - insofern hungern die Armen
noch viel mehr.

Doch das Versorgungsproblem der
Menschen beruht nicht nur auf Un-
terschreitung - meist ist die nicht aus-
reichende Nahrung auch zu einseitig.
Der Mensch benötigt nun einmal eine
Mischkost aus Kohlenhydraten, Fett,
Eiweiß, Mineralstoffen, Spurenele-
menten, Vitaminen etc. Gerade Ei-
weißmangel ist aber eine der typi-
schen Erscheinungsformen der Un-
terernährung in der Dritten Welt.
Und bei akuter kalorischer Unterver-
sorgung wird Nahrungsenergie sogar
zur Energiegewinnung im Körper
verbraucht.

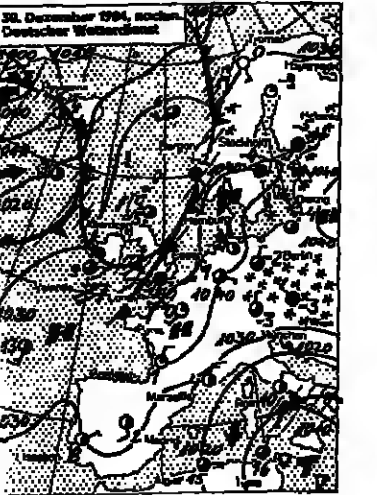
In diesem Zustand liegt das
Körpergewicht des Menschen weit
unter dem Normalmaß, und seine
physischen Aktivitäten sind erheb-
lich eingeschränkt. Letztere als Fol-
ge wurde früher als typisch für die
Menschen in den Tropen und Sub-
tropen erachtet. Heute weiß man, daß
dies eine Folge der unzureichenden
Nahrungsmittelversorgung ist. Die
Anfälligkeit gegen andere Krankhei-
ten, vor allem gegen infektiöse,
nimmt zu, weil der geschwächte
Körper nicht mehr genügend Ab-
wehrkräfte hat. Darüber hinaus gibt
es typische Mangelkrankheiten - et-
wa Beriberi bei Vitaminmangel oder
Kwashiorkor bei Eiweißmangel -
hieran erkranken unglücklicherweise
vor allem Kinder. HANS OTZEN

Ein Bild von heute
wie aus dem Alter
Testament:
Afrikaner auf
der Flucht vor
dem Hunger.
Doch ist diese
Not nicht nur die
Folge
ausbleibenden
Regens - der
Hunger wird auch
bewußt als
politisches
Druckmittel
eingesetzt.
FOTO: ACHIM REMDE



WETTER: Hochdruckeinfluß

Wetterlage: Eine Hochdruckzone über
Mitteleuropa bleibt nahezu ortsfest
und bestimmt das Wetter über die Jah-
reswende in Deutschland.



Verhersage für Montag:

In Franken und Ostbayern anfangs
noch leichter Schneefall. Später hier
wie im übrigen Bundesgebiet teils auf-
geklöckert, teils stärkere Bewölkung
und niederschlagsfrei. Im Westen
Höchsttemperaturen bei plus 1 Grad
und nichtliche Tiefstwerte bei minus 2
Grad. Im übrigen Bundesgebiet Dau-
erfrost zwischen minus 3 Grad am Tag
und minus 7 Grad in der Nacht.

Weitere Ansichten:

Am Neujahrstag von Nordwesten auf-
kommender Schneefall.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:			
Berlin	-2°	Kairo	21°
Bonn	1°	Kopenhagen	-2°
Dresden	-3°	Las Palmas	18°
Essen	1°	London	6°
Frankfurt	-1°	Madrid	7°
Hamburg	-2°	Mailand	7°
Leipzig/Stettin	0°	Mailorca	10°
München	-3°	Moskau	-15°
Stuttgart	-2°	Nizza	7°
Athens	15°	Oslo	-5°
Amsterdam	3°	Paris	0°
Brüssel	11°	Prag	-6°
Barcelona	6°	Rom	10°
Brüssel	2°	Stockholm	-4°
Budapest	-2°	Tel Aviv	21°
Bukarest	-3°	Tunis	10°
Helsinki	-5°	Wien	-3°
Istanbul	9°	Zürich	-1°

Sonnenanfang am Dienstag: 8:38
Uhr, Untergang: 16:34 Uhr, Mondan-
fang: 13:04 Uhr, Untergang: 2:34 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Seit 200 Jahren unerschrocken und unabhängig

AFF, London

Am 1. Januar 1985 wird die älteste
Zeitung Großbritanniens, „The Ti-
mes“, 200 Jahre alt. Das am 1. Januar
1785 zum erstenmal unter dem Titel
„Universal Daily Register“ gedruckte
Traditionsblatt ist in den zwei Jahr-
hundert seiner bewegten Ge-
schichte zu einer Institution neben
dem Königshaus und der Anglikani-
schen Kirche geworden. Die Über-
nahme des Verlages durch den au-
stralischen Presse-Magnaten Rupert
Murdoch 1981 und dessen Kampf um
höhere Verkaufsziffern schrecken
viele Stammleser auf, die um die Qua-
lität ihrer Zeitung fürchteten.

Ein Leitartikel in dem im Jahr
1831 das britische Volk aufgefordert
wurde, „mit donnernder Stimme“
Reformen zu verlangen, verlieh der „Ti-
mes“ im 19. Jahrhundert den Beinamen
„The Thunderer“ (Der Donner-
er). Daß sie als einzige der damaligen
Blätter überlebte, ist auf ihr ständiges
Bemühen zurückzuführen, unabhän-
gig von allen Parteien und Interessen-
gruppen zu bleiben. Die „Times“ sei
„weder gegenüber den Ministern noch
den Lords, sondern allein gegen-
über dem englischen Volk verant-

wortlich“, hieß es in einem Leitartikel
aus dem Jahr 1954.
Nachdem die „Times“ während der
Napoleonischen Kriege Schmuggler
als Nachrichtenkurier eingesetzt
und so die Konkurrenz geschlagen
hatte, entsandte sie 1857 als ersten
Kriegskorrespondenten der Presse-
geschichte William Howard Russell



200 Jahre liegen zwischen diesen beiden Fassungen:
Oben die Erstausgabe vom 1.1.1785, unten das
heutige Bild des Weltblattes.

auf die Krim. Seine harte Kritik an
den Führungsschwächen des briti-
schen Oberbefehls löste damals in der
britischen Öffentlichkeit eine ähn-
liche Bestürzung aus wie gut hundert
Jahre später die Reportagen des US-
Fernsehens über den Vietnamkrieg.
William Howard Russell machte sich
durch seine ungeschminkten Be-
richte zahlreiche Feinde. Königin

Victoria bezeichnete die „Times“ als
„abscheuliches Druckwerk“ und Pre-
mierminister Lord John Russell
meinte, das Heil Englands hinge von
der Beseitigung der „Tyrannei“ die-
ser Zeitung ab. Der amerikanische
Präsident Abraham Lincoln würdigte
dagegen 1861 „The Times“ als „eine
der stärksten Kräfte der Welt. Ich

kenne nichts, was mehr Kraft hätte -
außer vielleicht der Mississippi.“
„The Times“ hatte immer den Ehr-
geiz, für die Elite zu schreiben. Noch
in den sechziger Jahren dieses Jahr-
hunderts hieß es in der Eigenver-
bung: „Top people take The Times.“
Dann kam die schwere Finanzkrise
des Traditionsblattes und 1981 die
Übernahme durch den australischen

Verleger. Unter den sogenannten „se-
riösen“ Zeitungen nimmt „The Ti-
mes“ hinter „The Daily Telegraph“
(1,4 Millionen Exemplare) den zwei-
ten Platz ein, vor „The Guardian“ und
dem Wirtschaftsmagazin „Financial
Times“. Murdoch scheute sich nicht,
einen Teil der Stammleser durch
Modernisierungsmaßnahmen und
Werbekampagnen wie das „Bingo-
Spiel“ zu schockieren. Der Erfolg ließ
nicht auf sich warten. Während die
tägliche Auflage im ersten Halbjahr
1983 noch bei 336 000 Exemplaren
lag, erreichte sie im September dieses
Jahres bereits 130 000 Exemplare
mehr. „The Times“ ist wahr-
scheinlich die bekannteste Zeitung der
Welt“, meint ihr neuer Chefredakteur
Charles Douglas-Home. Am Blatt
wird zur Zeit von der Konkurrenz in
der Fleet Street vor allem kritisiert,
die neue Leitung der „Times“ sei
nicht kritisch genug gegenüber dem
Kurs der Regierung Thatcher. Dou-
glas-Home, der Neffe des früheren
britischen Premierministers Alec
Douglas-Home, weist diese Vorwürfe
zurück. „Niemand kann sich unserer
Unterstützung von vornherein sicher
sein.“ FRANCIS CUKTA

Wenn
Bildung
für Sie
ein Thema ist:
DIE WELT
Tageszeitung

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-
Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-
datum) gegen Entgelt schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT,
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 30

Bestellform
Bitte befolgen Sie nur den nachstehenden
Termin bei Auftragsannahme: Der monat-
liche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland
35,00, Luftpostvermerk auf Anfrage), anson-
sten: und Zustellkosten sowie Mehrwert-
steuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____
Datum: _____

Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung inner-
halb von 7 Tagen (Absende-Datum) gegen-
entgeltlich zu widerrufen bei: DIE WELT,
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

ZU GUTER LETZT

Letzter Schrei: Verrückte Quarz-
uhr läuft „verkehrt“ rum und ist in
New York bei O. K. Harris, 333 West
Broadway, zu haben. Ein Versuch,
zum Ende des Jahres die Zeit zurück-
zudrehen?

